

Universität
Stuttgart

Fakultät 1 Architektur und Stadtplanung
IWE Institut Wohnen und Entwerfen
Architektur- und Wohnsoziologie

Materialien zur Architektur- und Wohnsoziologie Nr. 08

Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft

Dokumentation der Vorträge, Workshops und
studentischer Seminararbeiten

Sommersemester 2018

Vortragsreihe, Workshops und Seminar im Sommersemester 2018

Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft

Eine Kooperation der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg, dem Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie an der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart, dem Evangelischen Bildungszentrum, dem Hospitalhof Stuttgart und dem Forum der Kulturen Stuttgart.



Januar 2018

Bearbeitung und Layout: Marija Zivanovic, Stuttgart.

Die Veröffentlichung von Beiträgen aus dieser Publikation ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft

Dokumentation der Vorträge und Workshops

Seminararbeiten zur Vertiefung der Thematik
von Studierenden im Seminar „Wohnen in der
Einwanderungsgesellschaft“ im Sommersemester 2018 an
der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität
Stuttgart

Inhalt

1 Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft	
Christine Hannemann.....	08
Andreas Baumer.....	12
2 Dokumentation der Vorträge und Workshops	
2.1 Migrationsbedingte Vielfalt in Städten und die Herausforderungen für die Stadtteile und das Thema Wohnen	
Felicitas Hillmann.....	16
3.1.1 INFO-Werkstatt	25
2.2 Wohnen an urbanen Fluchorten	
Ingrid Breckner.....	46
3.2.1 DENK-Werkstatt	55
2.3 Nachhaltige Stadtquartiere im Blickwinkel heutiger Herausforderungen	
Peter Pätzold.....	76
3.3.1 IDEEN-Werkstatt	85
2.4 Offenbach ist anders - Stadtentwicklung und Integration in der kleinen globalen Stadt	
Kai Vöckler.....	108
2.4.1 KONZEPT-Werkstatt	116
2.5 Anhang zur Dokumentation der Vorträge und Workshops	130

3 Seminararbeiten zur Thematik

3.1 Urbane Informalität in Deutschland	
Miryam Bah.....	140
3.2 Arrival City	
Dipayan Bhowmik.....	156
3.3 Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland	
Lisa Jehle.....	168
3.4 „Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs	
Marija Zivanovic.....	196
4 Referent*innen und Organisator*innen	266

1 Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft

Christine Hannemann

Migration verändert unsere Gesellschaft und unsere Städte. Jede Einwanderungsgesellschaft muss sich auch beim Wohnen auf neue Wege begeben, soll die Integration von Alteingesessenen und Migrant*innen gelingen: Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht Raum – und ganz konkret Wohnraum.

Wohnen ist in der Einwanderungsgesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung. Wohnungs- und Städtebau sind wesentliche Schlüssel zum Gelingen von Integration in Stadt und Quartier. In den Zählungen des statistischen Bundesamts rechnen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer oder Ausländerin in Deutschland geborenen Elternteil als Menschen mit Migrationsintergrund. Die Studie „Deutschland postmigratisch – Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse“ des Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung weist auf Grundlage dieser Zahlen nach, dass schon 2014 jeder dritte Deutsche über Migrationsbezüge verfügte. Inzwischen ist diese Proportion weiter zugunsten von Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen. Bezogen auf die Herkunft sind Menschen deutscher Abstammung eine Gruppe unter vielen und sind längst nicht mehr die Norm. Angesichts der demografischen Entwicklung innerhalb Deutschlands und angesichts der aktuellen Zuwanderung werden Migrantinnen und Migranten als „normal Wohnende“ zwangsläufig in das Blickfeld der Forschung, aber vor allem der Stadtpolitik und der Wohnungswirtschaft gelangen müssen.

Obwohl sich Deutschland seit Jahrzehnten zum Einwanderungsland entwickelt, werden bis heute Migrantinnen und Migranten hauptsächlich als Unterbringungsproblem thematisiert. Wohnformen und Wohnwünsche von Menschen mit Migrationshintergrund im Wohnungsbestand sind bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Wenn es um Wohnen mit Migrationshintergrund geht, dann steht (berechtigterweise) die Konkurrenz um die knappe Ressource bezahlbaren Wohnraums im Vordergrund – und das in einer zunehmend angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt, die das Produkt einer

Vernachlässigung der öffentlichen Wohnungsbaupolitik ist.

Einige wenige Studien geben erste Hinweise auf Wohnvorstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Beispielsweise der Projektbaustein des ExWoSt Programms des Bundesministeriums für Bau-, Stadt- und Raumforschung „Oberhausen: Pro-Wohnen – Internationales Wohnen“¹, in dem die Stadt Oberhausen einer soziale und städtebauliche Standortprofilierung für den zunehmenden Bedarf an Wohn- und Versorgungsangeboten für ältere Migranten und Migrantinnen nachging. Dazu wurde als Modellvorhaben ein Siedlungsbestand aus den 1950er Jahren in Oberhausen-Tackenberg gewählt. Dieser Stadtteil hat den höchsten Anteil an Migrantenhaushalten in Oberhausen. Die Wohnungen im Stadtteil gehörten zum sozialen Wohnungsbau, für den Fördermittel des Kohlebergbaus vorrangig zur Wohnungsversorgung von Bergarbeitern verwendet wurden. Aus Kostengründen erstellte man die Siedlung in flächenspender Bauweise und in einfacherem Standard bezogen auf Wohnungsgrößen und Ausstattung. Es wurden ausschließlich Zwei- bis Dreiraumwohnungen in der Größe von 43 bis 58 Quadratmetern errichtet. Durch rationelle Grundrissaufteilung sowie durch Kammern im Dachgeschoss, die ergänzend genutzt werden konnten, sind die Wohnungen bei beengten Wohnverhältnissen auch für Familien mit ein oder zwei Kindern nutzbar. Im Rahmen des Projektes ist auch ein spezifisches Modell der Wohngemeinschaften – sogenannte Pendlerwohnungen – entwickelt worden: In einer 96-Quadratmeter-Wohnung werden drei Zimmer vermietet. Wohnzimmer, Küche, Bad und Gästetoiletten stehen zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Die Küche sowie das Wohnzimmer sind möbliert, das Bad mit einer Waschmaschine ausgestattet. Die Mieter*innen sollen nur die Zimmer einrichten. Geplant wurde dieses Modell für Alleinstehende, mit geringer Rente ausgestattete ältere Migrant*innen oder Pendler*innen. Denn Ältere Migrant*innen leben zum Teil in Mehrgenerationenhaushalten, aber immer häufiger auch in

1 Pro Wohnen – Pendlerwohnungen für Migrantinnen und Migranten Oberhausen (2006) (<https://heimatkunde.boell.de/2013/11/18/alternative-wohnformen-f%C3%BCr-%C3%A4ltere-migrantinnen-und-pendlerinnen-das-modellprojekt-%E2%80%9Epro>; Zugriff 25.10.2018)

Christine Hannemann

Ein-Personen-Haushalten. Die Ursache hierfür ist oft migrationsbedingt, das heißt der Ehepartner/ die Ehepartnerin ist verstorben, die Kinder leben alleine und die Restfamilie ist nicht nach Deutschland nachgezogen. Aber viele von ihnen verfügen über Eigentum im Herkunftsland, pflegen den Kontakt zu Familienangehörigen in der Heimat und pendeln zwischen ehemaliger Heimat und Deutschland.

Internationale Studien zum Wohnen von Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise in Singapur, England und Kanada haben gezeigt, dass Kernelemente des Wohnens aus den Herkunftsländern ein Beharrungsvermögen aufweisen.

Auch wenn diese Studien einige Erkenntnisse zum Wohnen von Menschen mit Migrationshintergrund bieten, bleiben noch viele Fragen offen:

- Welche Fragen stellen sich beim Thema Migration und Einwanderung ganz allgemein?
- Welche neuen Wege kann der Städte- und Wohnungsbau in der Einwanderungsgesellschaft beschreiten?
- Vor welchen konkreten Herausforderungen stehen Städte wie Stuttgart?
- Wie sehen Antworten und Perspektiven aus? Und:
- Wie muss ein Stadtteil konzipiert sein, damit interkulturelles Wohnen gelingt?

Diesen Fragen wurde in der Veranstaltungsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ im Sommersemester 2018 im Evangelische Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart in Form von Vorträgen und Diskussionen mit Expert*innen aus Wissenschaft und Politik nachgegangen. Die Vortragsreihe war eingebunden in eine gleichnamige Lehrveranstaltung an der Universität Stuttgart eingebunden und setzte sich aus vier öffentlichen, abendlichen Vorträgen:

17.04.2018 „Migrationsbedingte Vielfalt in Städten und die Herausforderungen für die Stadtteile und das Thema Wohnen“

Prof. Dr. Felicitas Hillmann

15.05.2018 „Wohnen an urbanen Fluchorten“

- Prof. Dr. Ingrid Breckner
19.06.2018 „Nachhaltige Stadtquartiere im Blickwinkel heutiger Herausforderungen“
Dipl. Ing. Peter Pätzold
10.07.2018 „Offenbach ist anders- Stadtentwicklung und Integration in der kleinen globalen Stadt“
Prof. Dr. Kai Vöckler

Die Themen der abendlichen Vorträge wurden jeweils in öffentlichen Workshops am darauffolgenden Vormittag vertieft. So erhielten Studierende, Vertreter*innen der Stadtöffentlichkeit und andere Akteur*innen die Möglichkeit, ihre eigenen Erfahrungen und Vorschläge in die Debatte einzubringen. Vorträge und Workshops wiederum wurden von Studierenden des Seminars „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ protokolliert und dokumentiert. Zur Vertiefung der Veranstaltungsreihe erarbeiteten die Studierenden darüber hinaus selbst gewählte Seminararbeiten innerhalb des Seminars „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“. Hiervon wurden für die Veröffentlichung die Besten ausgewählt.

Die Veranstaltungsreihe wurde in Kooperation der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg, des Fachgebiets Architektur- und Wohnsoziologie an der Fakultät Architektur- und Stadtplanung der Universität Stuttgart, des Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhofs Stuttgart und des Forums der Kulturen Stuttgart ausgerichtet. Ihnen allen sowie den Studierenden und Bürger*innen gilt unser Dank: Durch das Einbringen ihrer Expertise konnte diese Dokumentation qualifiziert werden.

Stuttgart, im Dezember 2018

Christine Hannemann

Andreas Baumer

Wohnen ist eine der zentralen politischen Herausforderungen für unser Land. Der Zugang zu angemessenem, bezahlbarem und sicherem Wohnraum gehört zu den existentiellen Bedürfnissen aller Bürger*innen. Wohnen muss jede und jeder. Die eigene Wohnung ist als Heim und Rückzugsraum, aber auch als Raum für Freizeit und Regeneration von grundlegender Bedeutung.

Immer mehr Menschen machen die Erfahrung, dass die Befriedigung dieses grundlegenden Bedürfnisses zunehmend schwieriger wird. Akute Wohnungsnot ist längst kein Problem mehr, das nur Arme und Marginalisierte bedroht. Auch gutverdienende Mittelschichtsangehörige haben auf den leergefegten Miet- und überhitzen Miet- und Kaufmärkten schlechte Chancen. Die Wohnungsfrage betrifft viele Menschen – ob jung oder alt, ob Migrant*in oder Deutsche*r, ob Frau oder Mann.

Die Politik tut sich schwer mit einer Antwort. Öffentliche Wohnungsbaupolitik wurde jahrelang vernachlässigt. Engagierte und fortschrittliche Politikansätze können kaum schnelle Lösungen bieten. Die betroffenen Politikfelder sind komplex und vielfach verwoben. Die Zielkonflikte – etwa schneller und günstiger Wohnraum und hohe ökologische und energetische Standards – sind eine große Herausforderung.

Die Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg hat angesichts dieser Problemlage im Jahr 2018 das Schwerpunktthema „Wohnen“ in den Fokus ihrer politischen Bildungsarbeit gestellt. Ziel war es, die zahlreichen Herausforderungen dieses grundlegenden Themas zu diskutieren und dabei neue, grüne Perspektiven aufzuzeigen. Eine besondere Bedeutung nahmen dabei die vielfältigen Zusammenhänge zwischen den Themen Wohnen und Migration ein. Denn Migration verändert unsere Gesellschaft und unsere Städte. Jede Einwanderungsgesellschaft muss sich auch beim Wohnen auf neue Wege begeben, soll die Integration von Alteingesessenen und Migrant*innen gelingen: Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht Raum – und ganz konkret Wohnraum.

Wir sind sehr glücklich darüber, mit dem Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie an der Fakultät Architektur- und Stadtplanung der Universität Stuttgart, dem Evang. Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart und dem Forum der Kulturen Stuttgart engagierte und kompetente Kooperationspartner gefunden zu haben, um gemeinsam diesen Themenkomplex zu bearbeiten und geeignete Bildungsformate zu konzipieren. Die hier dokumentierte Vortragsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ ist das Ergebnis dieser intensiven und fruchtbaren Zusammenarbeit. Unser besonderer Dank für diese gelungene Kooperation gilt dabei Frau Prof. Christine Hannemann, ihrer Mitarbeiterin Antonia Krahl und Monika Renninger, Leiterin des Hospitalhofs, sowie den Referent*innen, die in ihren Vorträgen und den vertiefenden öffentlichen Workshops den Dialog mit den Vertreter*innen der Stuttgarter Stadtgesellschaft und den zahlreichen studentischen Teilnehmer*innen gesucht haben.

Stuttgart, im Dezember 2018

Dr. Andreas Baumer, Tilman Versch

(Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Heinrich Böll Stiftung Baden Württemberg)

2 Dokumentation der Vorträge und Workshops

2.1 Felicitas Hillmann

Migrationsbedingte Vielfalt in Städten und die Herausforderungen für die

Hospitalhof Stuttgart am 17.04.2018

Die Referentin Frau Prof. Dr. Hillmann¹ wird nach einer Einführung zur Vortragsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“² durch die Leiterin des Evangelischen Bildungszentrums Pfarrerin Monika Renninger vorgestellt. Die Referentin gliedert ihren Vortrag mit Hilfe von forschungsleitenden Fragen und Themen wie der Verortung von Migration in der Stadt, den Positionen zur sozialräumlichen Segregation, der migration-led regeneration, der migrationsbedingten Vielfalt in den Städten- Versuch einer Stadtypologie, dem Fallbeispiel Berlin und Kreuzberg und schließt mit einem Erkenntnisgewinn.

Städte wünschen sich in ihren Stadtentwicklungsprogrammen sehr gut ausgebildete und sozial bessergestellte Zuwanderer. Sie bekommen hingegen viele Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge, wodurch sich in Städten temporäre Camps der ungeplanten Zuwanderung ausbilden, um dem Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden. Sogenannte „Arrival Cities“ sind neu für Deutschland, die Menschen sind in Deutschland relativ sesshaft. Lediglich in Städten wie Bremen gab es sogenannte Abwanderungsviertel.

Welche Fragen stellen sich beim Thema Migration/Einwanderung und Wohnen allgemein?

Die Abwanderung wurde in der Soziologie u.a. von Max Weber untersucht: Landarbeiter wechselten und migrierten dorthin wo mehr Geld verdient werden konnte. Anfang der 20er Jahre beschrieb William Thomas „The Polish Peasant in Europe and America“. Elias und Scotson schrieben über „Etablierte und Außenseiter“.

Die Industrialisierung in den USA brachte die „Hobos“ als ein Beispiel für eine „transitär wohnende Subkultur“ hervor. In Chicago waren zeitweise ein Drittel der Bevölkerung Hobos. Es gab eine große Arbeiterwanderung. Die USA ist eine

1 Frau Prof. Hillmann ist Professorin am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung an der Technischen Universität Berlin.

2 Eine Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, dem Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie der Fakultät Architektur- und Stadtplanung der Universität Stuttgart, dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart und dem Forum der Kulturen Stuttgart.

Die Stadtteile und das Thema Wohnen

Einwanderungsgesellschaft, wo ethnische Gruppen in Städten zoniert sind und sich in einzelnen Stadtteilen wie „Little Sicily“ oder „China Town“ finden lassen. Wobei es auch dort zu Konkurrenzen und Streit um Lebensraum kommt.

In Deutschland gibt es so gut wie keine qualitativen Studien zu Migration, sondern lediglich Zahlen. Die Migrationsforschung in Deutschland ist quasi nicht existent. Mit Migration wurde sich bisher vorwiegend in der Bevölkerungswissenschaft beschäftigt. Bis in die 1950er Jahre wurden in Deutschland Menschen aufgrund der Gesellschaftsideologie der Nationalsozialisten vertrieben. Es wurde versucht Migrationsprozesse durch push-pull-Effekte zu erklären. Deutschland sieht sich selbst bis zum Jahr 2000 nicht als Einwanderungsland, obwohl ein großer Teil der Bevölkerung Einwanderer darstellt.

Für die USA hingegen ist das Modell der Assimilation erprobt: Die Einwanderer möchten „im Endzustand Amerikaner werden“, die ethnischen Gruppen vermischen sich mit der Mehrheitsgesellschaft und lösen die ethnische Identifikation auf. Dabei stellt sich die Frage, ob Städte den Assimilationsprozess filtern und beschleunigen. Während Einwanderer lokal im Haushalt eingebunden sind, haben sie dennoch Anschluss an einen internationalen Arbeitsmarkt. Die Stadt ist Referenz- und Anziehungspunkt. Die Migrationswahrnehmung nach innen und nach außen ist äußerst wichtig. Migration bedeutet in den meisten Fällen die Erlangung der Staatsbürgerschaft.

Welche neuen Wege kann der Städte- und Wohnungsbau in der Einwanderungsgesellschaft beschreiten?

Für Städte gibt es unterschiedliche Regenerierungsansätze: investment-led regeneration, culture-led regeneration, community-led regeneration, flagship-led regeneration. Ein weiterer Ansatz ist migration-led regeneration. Dabei spielen Einflüsse innerhalb und außerhalb der Stadt eine Rolle. Einflüsse von außen sind beispielweise Investitionen aus dem Ausland. Innere Einflüsse sind beispielsweise Gewerbeneugründungen, wobei auffällig ist, dass diese größtenteils von Migranten angemeldet werden. Ein weiterer Einfluss ist die kulturelle Vielfalt innerhalb der Städte, die sich in unterschiedlichen Aktionen wie beispielsweise dem „Karneval der Kulturen“ widerspiegelt. Durch die migration-led regeneration ändert

2.1 Felicitas Hillmann

Migrationsbedingte Vielfalt in Städten und die Herausforderungen für die

sich die städtebauliche Stadtstruktur, wobei große Strukturen wie Häfen oder ähnliches entstehen. Aber auch die Ökonomie, in welcher kurze Arbeitsverträge, eine selbstständigere Form des Arbeitens ermöglicht wird. Städte wetteifern um ihr Image und ihre Offenheit.

Vor welchen konkreten Herausforderungen stehen die Städte?

Wird die Deutschlandkarte vor dem Hintergrund der Bevölkerung mit Migrationshintergrund oder der ausländischen Bevölkerung betrachtet, fällt auf, dass dieser Teil der Bevölkerung im industrialisierten Westen, mit Ausnahme Berlin, ansässig ist. Eine lebendige Stadt besteht immer aus „stock-“ und „flow-population“, indem sich eine bestehende hohe oder niedrige migrationsbedingte Vielfalt mit dem Zuzug diverser Mobilitätsgruppen oder Geflüchteten mischt.³ Beispiele für Städte mit langen Integrationskonzepten sind Essen oder Bremen. Die Herausforderung der Städte schlägt sich unter anderem im Thema Wohnen nieder. Der Trend auf städtischen Wohnungsmärkten ist ein schrumpfendes Angebot an leistungsbarem Wohnraum. Die Ungleichheit der Einkommensgruppen zeichnet sich von 1995 bis 2015 durch eine schrumpfende Mitte und wachsende Ränder ab. 40 Prozent aller Mieter können sich eine Wohnung nicht leisten und es kommt zu zunehmenden Spannungen auf dem Wohnungsmarkt. In vielen deutschen Städten können sich Personen mit einem Durchschnittseinkommen die Mieten nicht mehr leisten. In Berlin demonstrieren Menschen gegen Mietwucher. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum.

Wie sehen Antworten und Perspektiven aus?

Eine Antwort auf die Problematik sind eigene Lösungen von Unternehmen, die für ihre Mitarbeiter Wohnungen bereitstellen oder bauen: In London werden Heime für Feuerwehrleute gebaut, Asklepios baut für seine Mitarbeiter auf Sylt und in München Wohnungen, da ein Pflegegehalt die Miete nicht bezahlen

3 Bei der Bertelsmann-Stiftung erscheint ein Beitrag zur Typologie migrationsbedingter Vielfalt in Städten. (Der Beitrag ist inzwischen erschienen: Hillmann, Felicitas; Alpermann, Hendrikje (2018): Kulturelle Vielfalt in Städten. Fakten- Positionen- Strategien, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.)

Die Stadtteile und das Thema Wohnen

kann.⁴ Das hat Segregation zur Folge und kann analog zu einstmaligen Bergbau-siedlungen gesehen werden.

Wie muss ein Stadtteil konzipiert sein, damit interkulturelles Wohnen gelingt? Der aktuelle Forschungsstand zeigt, dass es in deutschen Städten keine echten Ghettos gibt, sondern sich ethnische und soziale Segregation vielfach überlap-pen. Es werden heterogene Wohnquartiere bewahrt und lokale Initiativen und Aktionen, welche einen Kontakt zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen herstellen, gestärkt. Eine freiwillige Segregation und Ankunftsquartiere werden auch toleriert. Bei der Konzipierung eines Stadtteils kommt es auf eine „richtige Mischung“ von Einheimischen und Hinzugezogenen an, wobei es hier keine Einheitslösung gibt, sondern im öffentlichen Diskurs daran gearbeitet wer-den sollte.

Extremfall Berlin

Das Stadtwachstum in Berlin ist nach einer Stagnationsphase durch den Zuzug von Hochqualifizierten, Künstlern, Start-Up-Unternehmern und einer starken temporären Nutzung gekennzeichnet, womit auch ein bestimmter Life-Style und bestimmte Wohnvorstellungen einhergehen. Diese zugewanderten Gruppen konzentrieren sich in bestimmten Gebieten, sodass es zu einer Abnahme von Armut in den innerstädtischen Lagen, aber zu einer Zunahme der Armut in den Großsiedlungen am Stadtrand kommt. Seit 2011 sind die Mieten in Kreuzberg um 142% gestiegen. Der Mikrozensus von 2014 zeigt, dass für Menschen mit Migrati-onshintergrund weniger und dafür im Schnitt teurerer Wohnraum zur Verfügung steht als für Menschen ohne Migrationshintergrund. Mit einem Durchschnitts-monatseinkommen von Brutto 3.010 € pro Haushalt kann man sich das Wohnen nicht mehr leisten.

4 Discounter wie Lidl oder Aldi steigen nun wohl in den Immobilienmarkt der Großstädte ein und verdichten ihre Grundstücke mit mehrgeschossigem Wohnungsbau nach. Vorgesehen soll ein Sozialwohnungsanteil von 30% mit 6,50 Euro pro Quadratmeter Netto-Kaltmiete sein. Die anderen Wohnungen sollen nicht mehr als zehn Euro pro Quadratmeter Netto-Kaltmiete kosten. Die Zeit 2018.

2.1 Felicitas Hillmann

Migrationsbedingte Vielfalt in Städten und die Herausforderungen für die

Die Wohnungspolitik in Berlin entwickelt sich weg von einer Stadt des sozialen Wohnungsbaus hin zu einer marktorientierten Wohnraumversorgung, in der die lokale Versorgung mit Wohnraum durch Investoren bestimmt wird. Seit 2009 werden extreme Mietpreissteigerungen, auch in Sozialwohnungen, aufgrund des Verfalls der Mietpreisbindung, verzeichnet. Wodurch die „Miete zum Armutsfaktor Nummer eins“ wird und in sozialer Verdrängung resultiert.

Einen besonderen Fall stellt Kreuzberg dar: Dort wurden städtische Transformationen durch die stark vertretene alternative Szene in Gang gebracht. Günstige Mieten und eine starke Konzentration an ausländischer Bevölkerung führte zu einer bunten sozialen Mischung. Die ehemaligen Stadtbesetzungshäuser wurden saniert und es folgten neben einer behutsamen Stadtterneuerung weitere Experimente, etwa durch die Förderungen vom Quartiersmanagement oder der Selbstorganisation unterschiedlicher Migrationsgruppen sowie Gemeinschaftsprojekten und Tourismus. Die „Kreuzberger Mischung“ führte zu einer Verdrängung des Handwerks und einem vermehrten Aufkommen von Gastronomie. Das „Migrantische“ wird zum Aushängeschild des Stadtteils, wodurch sich die kreative Working-Class dort ansiedelt und das Viertel sozial zusätzlich aufgewertet wird. Die langjährige Wohnbevölkerung des Stadtteils wird allerdings aufgrund der Verdrängung von bezahlbarem Wohnraum und der Spekulation mit Wohnraum internationaler Investoren immer weiter aus ihrem Viertel verdrängt.

Im Ergebnis können folgende Leitfragen zusammengefasst werden:

- „Welche Fragen stellen sich beim Thema Migration/Einwanderung und Wohnen allgemein?
- Wie wirkt sich migrationsbedingte Vielfalt (die Gleichzeitigkeit von stock und flow-population) auf die Stadtentwicklung/das Wohnen aus?
- Wie kann das Thema „Migration“ zum Anlass genommen werden, allgemein über das Wohnen in der Stadt nachzudenken?
- Vor welchen konkreten Herausforderungen stehen Städte (wie Stuttgart)?
- Welche Konzepte für die „richtige Mischung“ oder überhaupt für „Mischung“ können entwickelt werden?
- Wie kann Wohnspekulation in aufgewerteten Nachbarschaften verhindert

Die Stadtteile und das Thema Wohnen

werden?

- Wie muss ein Stadtteil konzipiert sein, damit interkulturelles Wohnen gelingt?
- Wie kann der Mietschutz der langjährig ansässigen Stadtbevölkerung erreicht werden? Wie kann der Wandel der Arbeitswelten mit neuen Wohnformen verbunden werden?
- Was lehrt das Fallbeispiel Berlin?
- Migrationsbedingte Vielfalt in Nachbarschaften braucht Zeit, um sich zu entwickeln (keine Instant-Lösungen) in einem dichten und oft konflikthaften Feld - Integrationsleistungen honorieren.“

Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Dr. Hillmann wird eine Diskussion eröffnet, in der es um den Wandel der Arbeitsformen und die Frage geht wie neue Wohnformen zukünftig aussehen können. Die Referentin erläutert, dass der jetzige Trend bereits weg von der Kleinfamilie und hin zu Wohngemeinschaften geht. Daneben boomen Baugenossenschaften und das Thema der Erbpacht wird immer aktueller.

Ein anderer Kommentar aus dem Publikum bezieht sich auf die Genossenschaften und ihre Aufgabe in jüngerer Zeit. Auch wird die Wohnsituation von Pflegekräften angesprochen und dass in den 1960er Jahren noch Schwesternwohnheime von Krankenhäusern gebaut wurden.

Die Referentin schildert, dass es in den 1920er Jahren eine Hochzeit der Genossenschaften gab und es heute schlicht andere Modelle wie beispielsweise Baugruppen gibt, die sich an der Idee der Genossenschaft anlehnen. Schwesternwohnheime und Ledigenwohnheime sind aus den 1960er Jahren. Heute gibt es einen neuen Trend an Mitarbeiterwohnungen. Ein Beispiel dafür ist die Stadt München mit ihrem Wohnraum für Busfahrer. Der Nachteil dieses Angebotes ist, dass es nur solange wie der Arbeitsvertrag besteht, sodass die Wohnproblematik nur mittelfristig gelöst ist und keine echte Lösung vorhanden ist.

Ein anderes Beispiel ist der Wohnraum, der von Kirchen gestellt wird. Etwa für alleinerziehende Mütter in den 1980er Jahren. Heute sind zwar noch Wohnanlagen der Kirche zu finden, beispielsweise Kolping für junge Menschen oder das Siedlungswerk, in diesen aber werden nur rund sieben Prozent Sozialwohnungen

2.1 Felicitas Hillmann

Migrationsbedingte Vielfalt in Städten und die Herausforderungen für die

angeboten. Der Rückgang der Kirchenmitglieder schwächt durch geringere Einnahmen auch diese Anlagen.

Die Referentin schließt ihren Vortrag mit der Kritik, dass eigentlich im Wohnen ein Ort der Mischung angestrebt werden sollte und das Wohnen nicht durch eine bestimmte Mitgliedschaft definiert werden sollte. Doch selbst ein Stadtteil wie Berlin-Kreuzberg, der offen und divers ist, kann den Preissteigerungen durch Sanierungen und deren negativen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt nicht standhalten. Wenn es nicht in Kreuzberg funktionieren kann, wo kann es dann funktionieren? Gibt es überhaupt Mechanismen und Möglichkeiten, um diesen negativen Wandel aufzuhalten?

Festzuhalten ist, dass Städte und Stadtteile wie Kreuzberg sich durch Investoren verändern, die kreative Szene darunter leidet und dann vielleicht nach Leipzig oder Dresden abwandert. Doch womöglich gehört auch das zu einer Erneuerung der Stadt hinzu.

Stuttgart, protokolliert am 14. Mai 2018.

se Stadtteile und das Thema Wohnen

2.1.1 INFO-Werkstatt

Hospitalhof Stuttgart am 18.04.2018

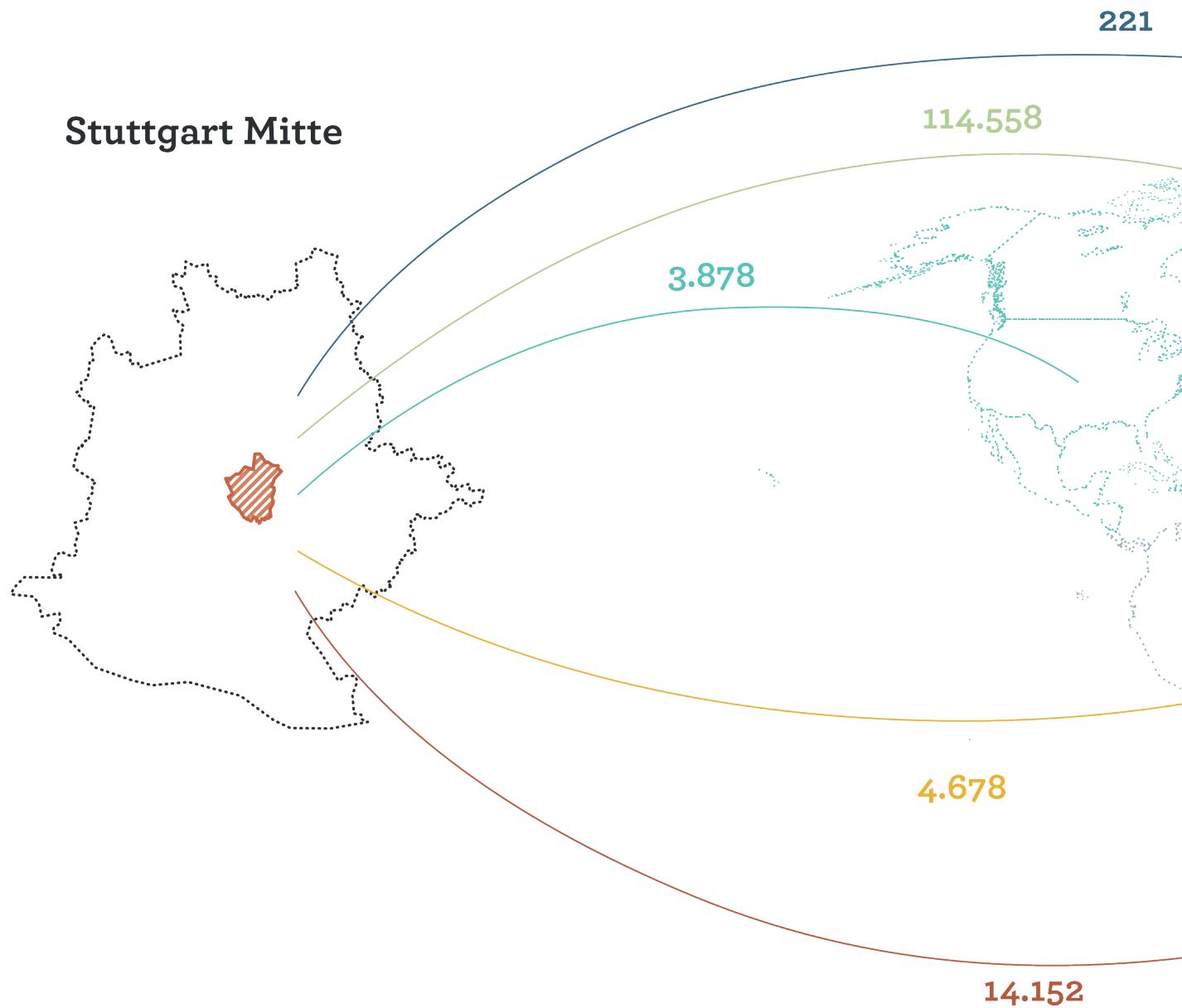
Die Teilnehmer der INFO-Werkstatt teilen sich in fünf Arbeitsgruppen auf, um Zahlen, Daten und Fakten zu Stuttgart als Einwanderungsgesellschaft zu recherchieren. Dabei waren folgende Fragen maßgeblich:

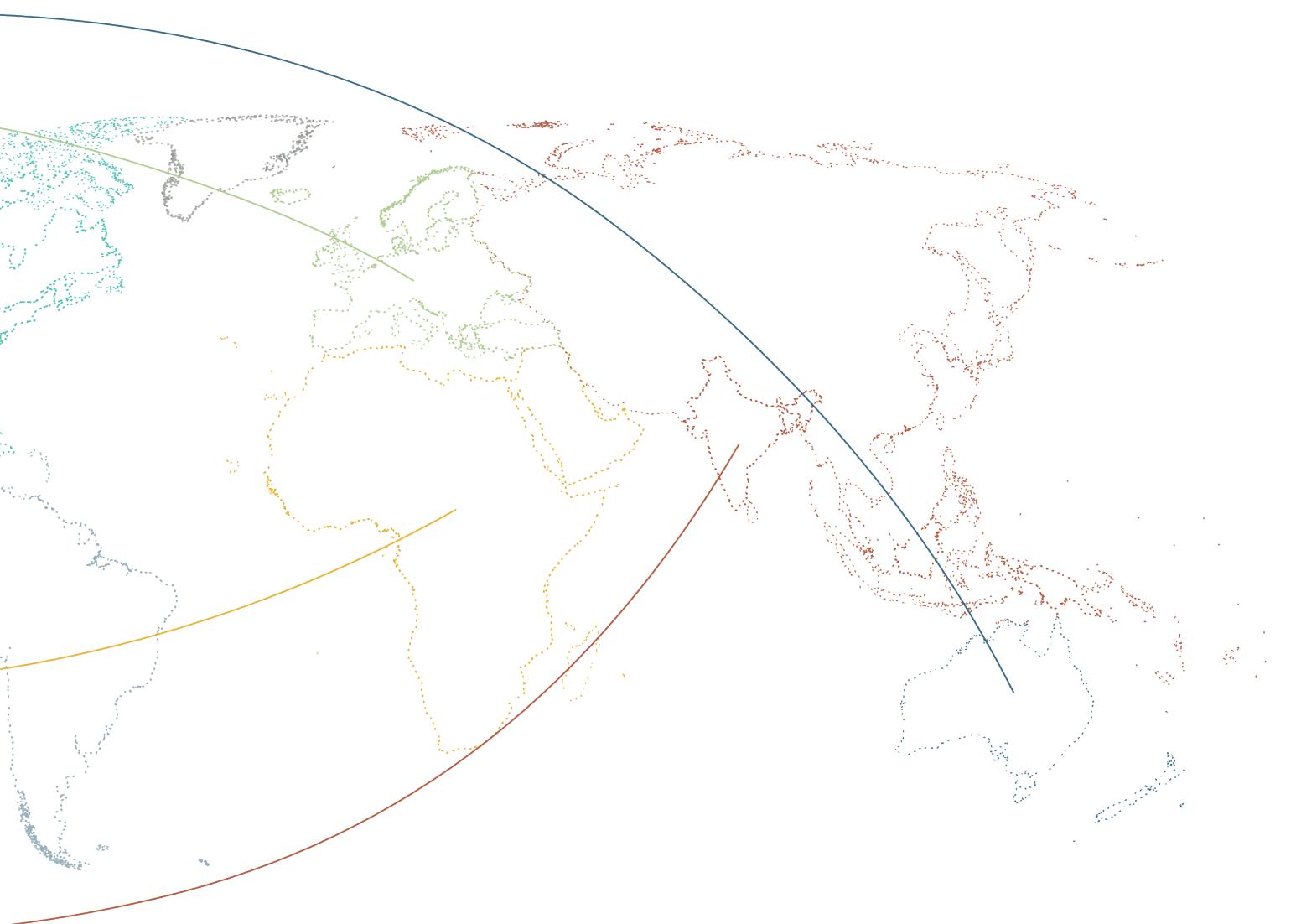
- „Was bedeutet Einwanderung in meinem gewählten Stadtgebiet?
- Wie äußert sich Einwanderung in meinem Stadtgebiet (bspw. Beschreibung meines Stadtgebiets)?
- Wie kann ich diesen Querschnitt mit Zahlen und Fakten untermauern?
- Wie manifestiert sich diese Entwicklung im Wohnen?
- Welche Daten oder auch Studien mit welchen Aussagen zum Thema gibt es von wem (der Wissenschaft, der Stadt, der Planung, den Bürgerinnen und Bürgern, etc.)?
- Wie lassen sich alle recherchierten Ergebnisse graphisch darstellen und zusammenfassen?“⁵

Die Arbeitsergebnisse werden auf Plakaten, aufgeteilt in die Stadtteile Stuttgart Nord, Ost, West, Süd und Mitte (vgl. Abb. 1-5b), präsentiert.

Die Arbeitsergebnisse des Workshops sind nach folgend dokumentiert.

5 Handout IDEEN-Werkstatt 2018a, S.2.





Stuttgart-Nord



25.618 Einwohner insgesamt (2014)

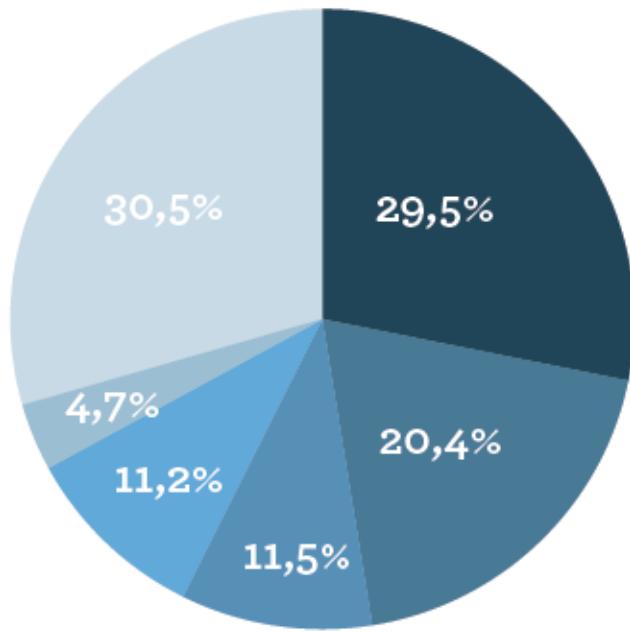
5.966 Ausländer (davon 68,8% 15-64 Jahre)

10.501 Einwohner mit Migrationshintergrund (2000-> 2014 +2,4%)

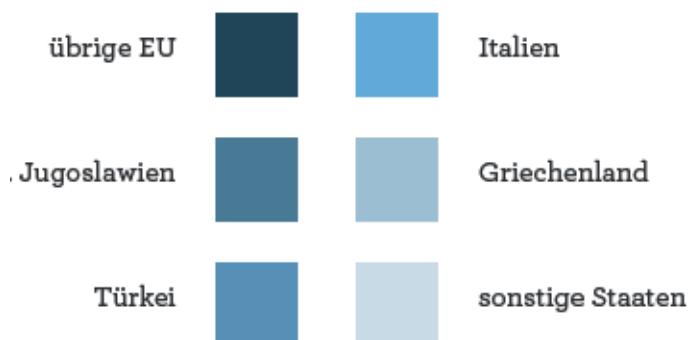
+69,4% 85 und älter

-23,9% 18-25 Jahre

Altersentwicklung 2000-2004



Ausländische Staatsangehörigkeiten



Stuttgart-Nord im Vergleich

Haushaltsgröße

1,87 Nord Stuttgart **1,69**

Wanderungssaldo

4,9 Nord Stuttgart **5,9**

Netto-Einkommen

114,4 Nord Stuttgart **103,4**

Killesberg

19% Migrationsanteil

77,5% Ein-/ Zweifamilienhäuser

9 Arbeitslose

Nordbahnhof

64,0% Migrationsanteil

22,6% Ein-/ Zweifamilienhäuser

98 Arbeitslose

Am Bismarkturm

18,7% Migrationsanteil

70,2% Ein-/ Zweifamilienhäuser

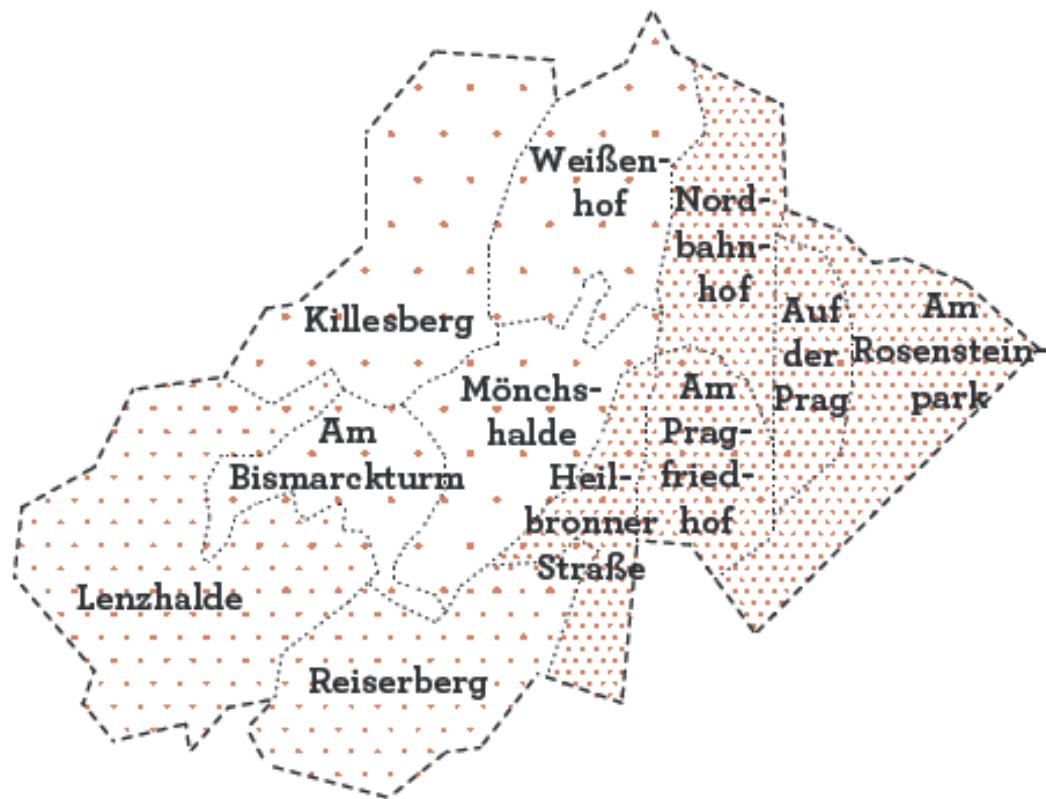
- Arbeitslose

Am Bismarkturm

63,0% Migrationsanteil

5,3% Ein-/ Zweifamilienhäuser

136 Arbeitslose



Ausländeranteil

ca. 21.000 Türkei (Auf der Prag)

ca. 30.000 ehem. Jugoslawien (Rest)

ca. 13.000 Italien (Killesberg)

Ausländeranteil



unter 12%



12 - 20%



20 - 28%



28% und mehr

Stuttgart-Ost



47.224
Einwohner

Faktor 1: Wohnungsangebot (Zeitraum 14 Tage)

Zimmer

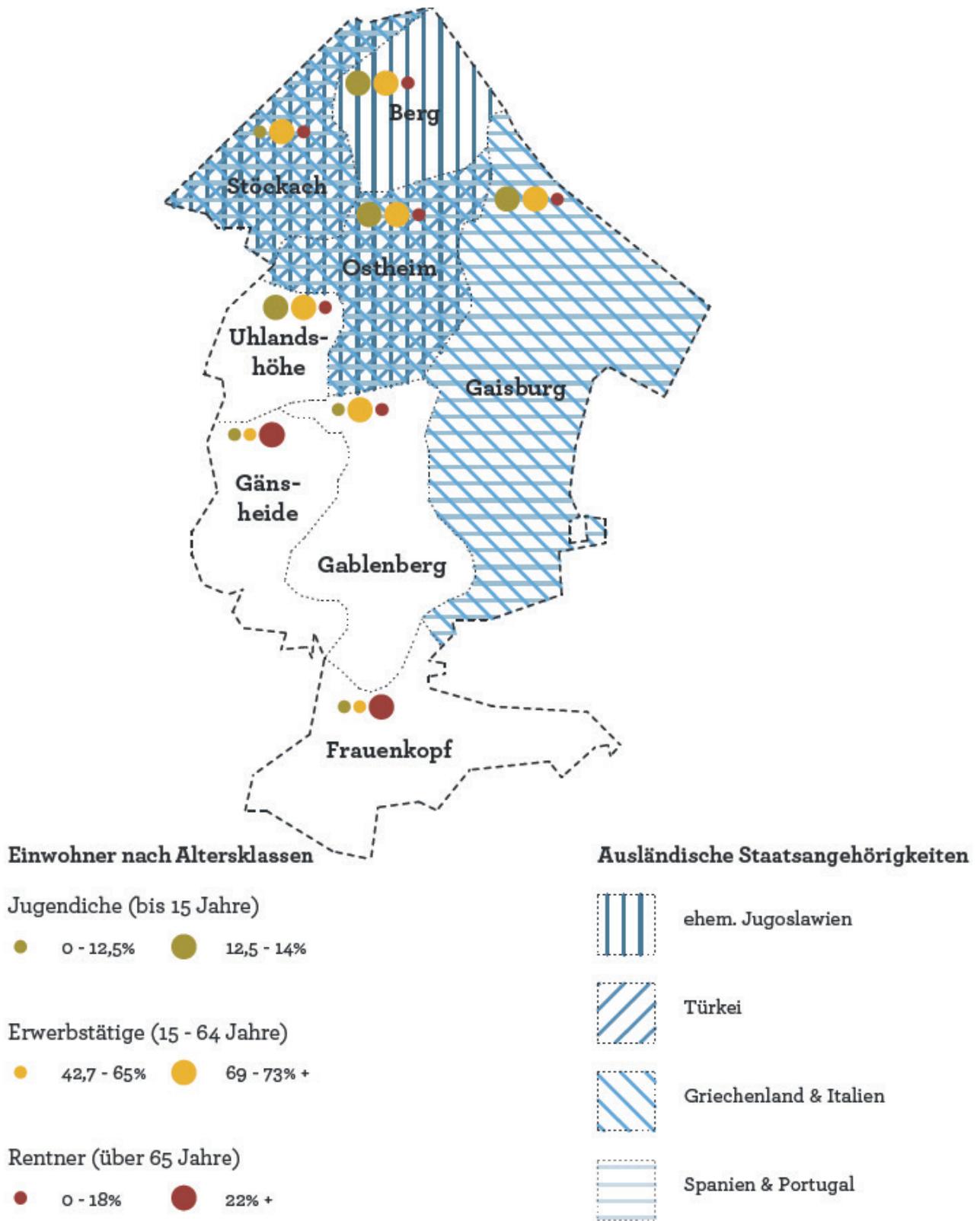


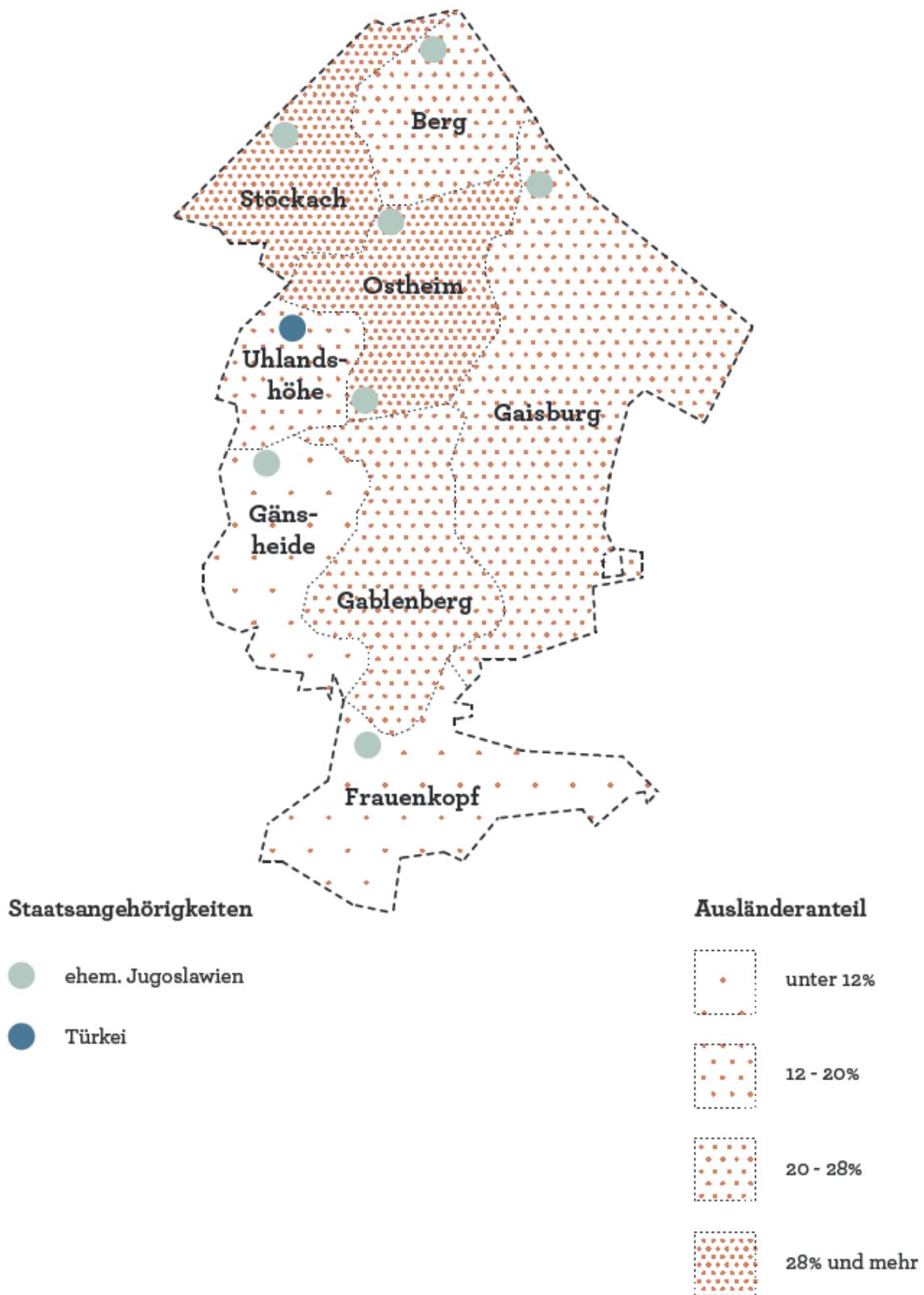
Faktor 2: Ökonomie

- Woher kommt das Geld?
 - Arbeitssituation
 - Wechselkurs
- Einschränkung? Leistbar? Realistisch?

Faktor 3: Kultur

- Community
- Räume zum Beten?
- Handel?





Stuttgart-Süd



Familienstand Stuttgart Süd

● **55,1%** ledig

34,0% verheiratet

4,0% verwitwet

7,0% geschieden

Haushalte Stuttgart Süd

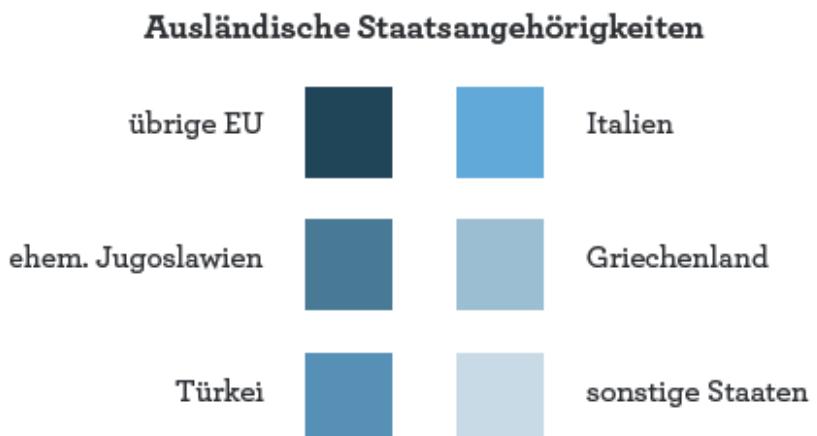
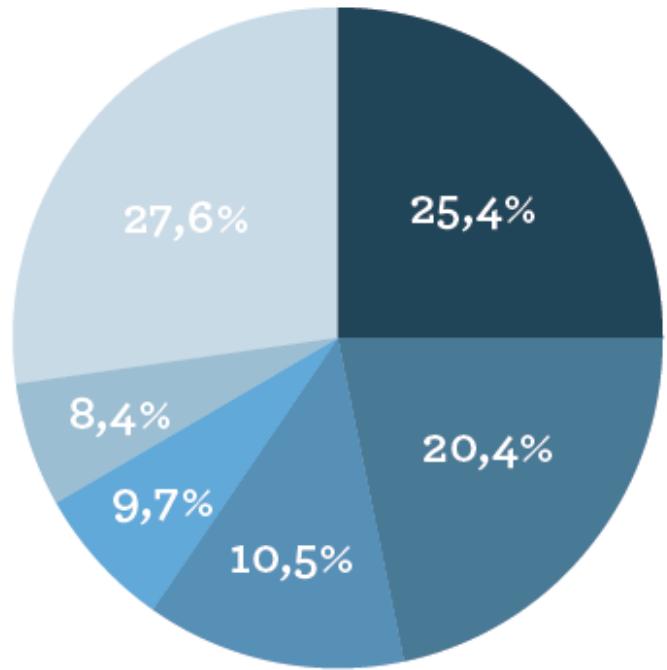
59,3% 1 - Person

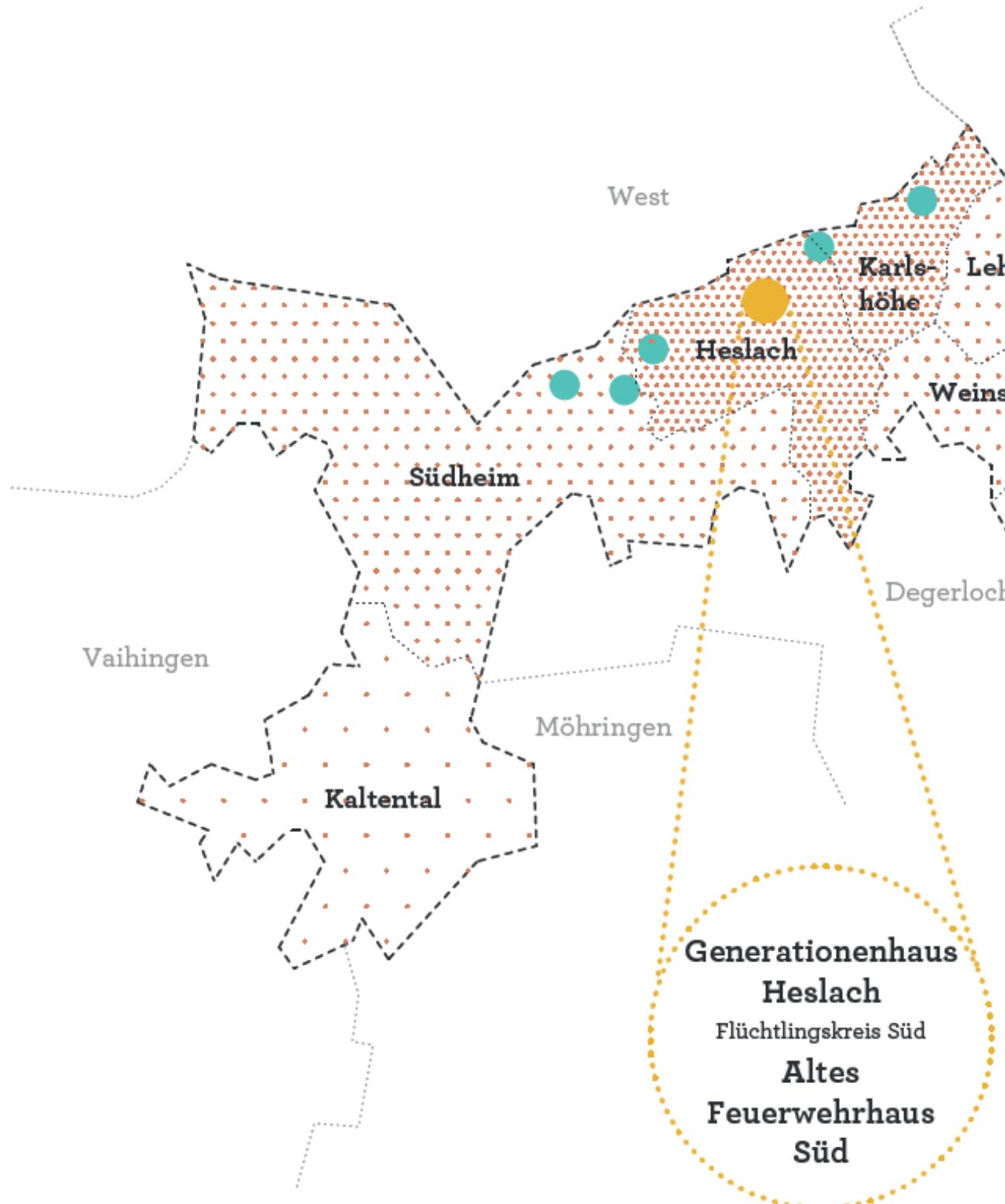
23,3% 2 - Personen

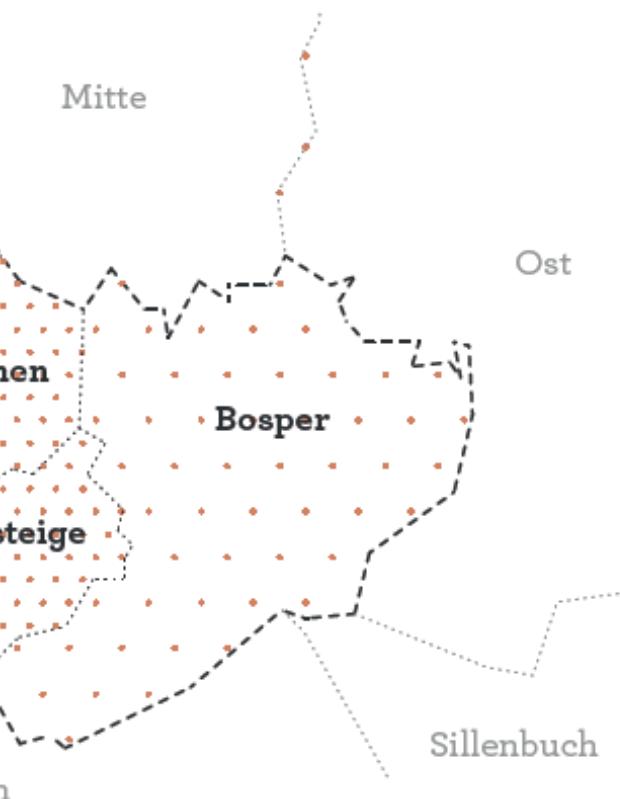
8,8% 3 - Personen

8,5% 4 - Personen +

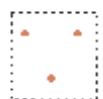
43.561
Einwohner



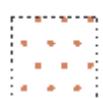




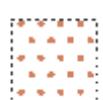
Ausländeranteil



unter 12%



12 - 20%



20 - 28%

Stuttgart-West



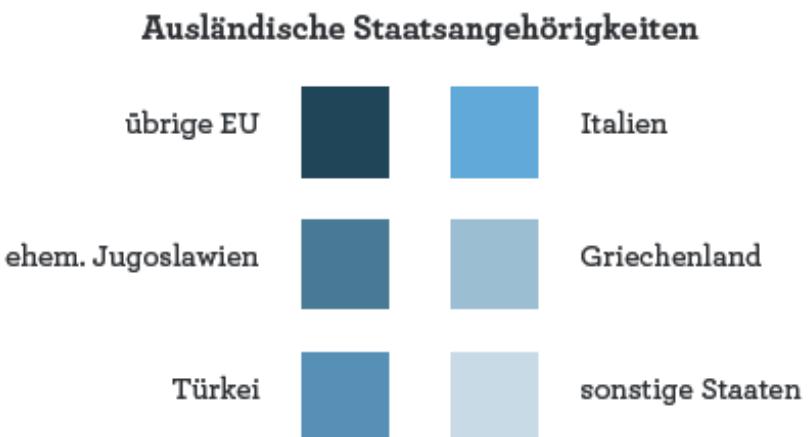
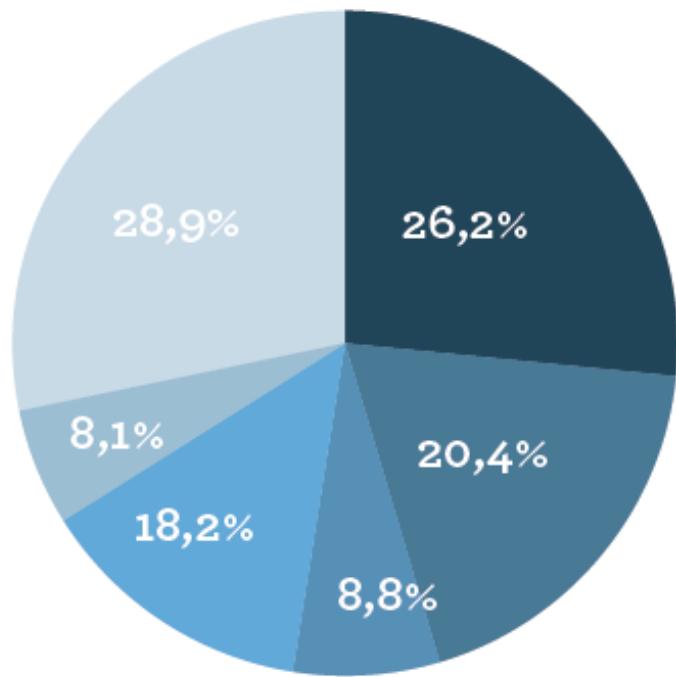
Bevölkerungsdichte in Einwohner/km²

2.749 Stuttgart West

5.924 Stuttgart Mitte

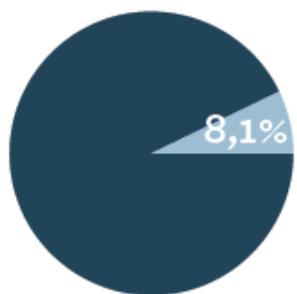
51.250

Einwohner



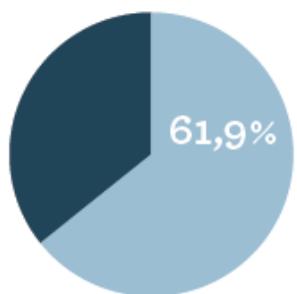
Anteil an der Bevölkerung Stuttgart

51.000 Einwohner



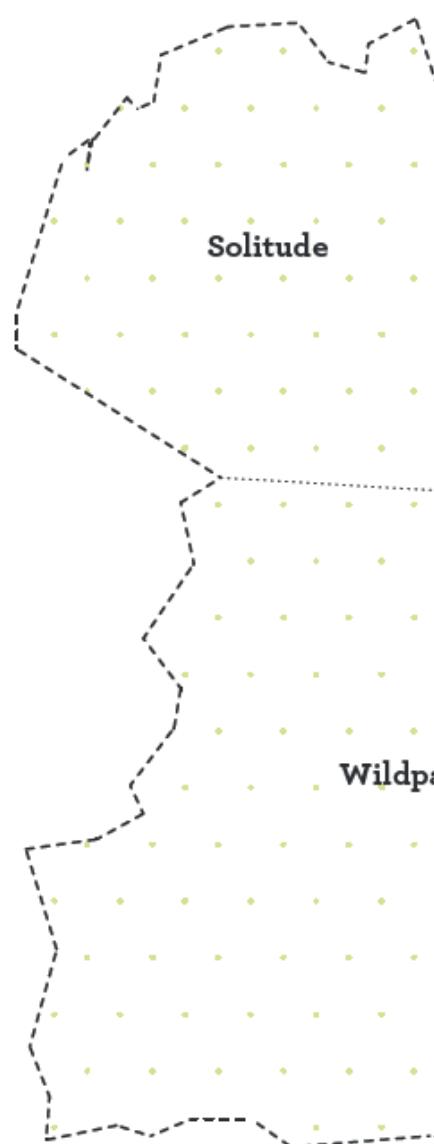
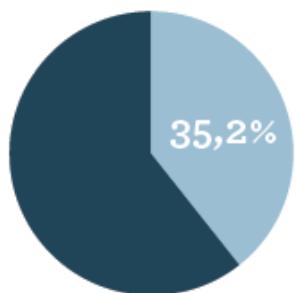
1 - Personenhaushalte

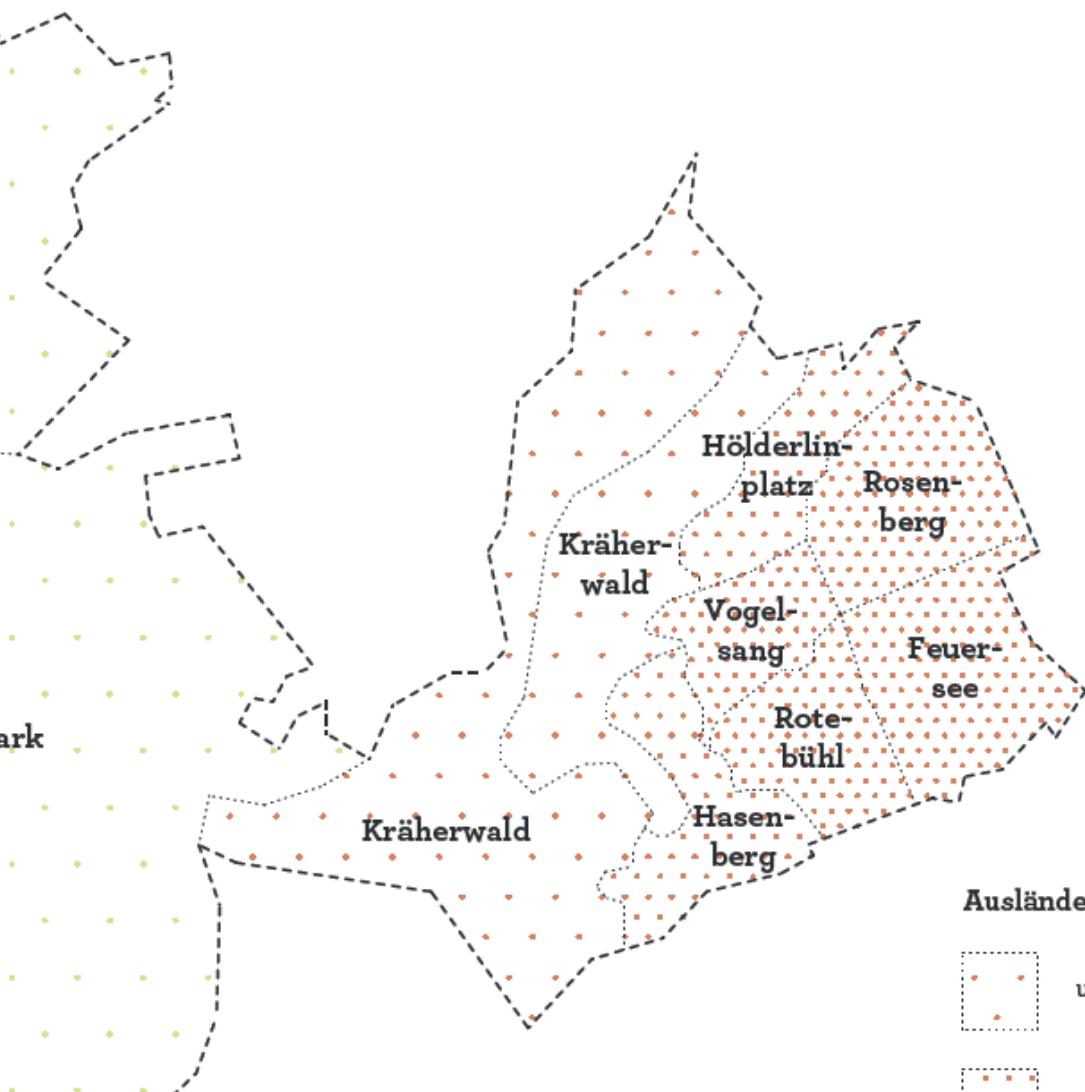
30.000 Haushalte



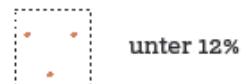
Einwohner mit Migrationshintergrund

42% Stuttgart





Ausländeranteil



unter 12%



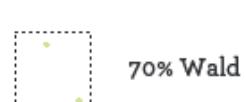
12 - 20%



20 - 28%



28% und mehr



70% Wald

2.1.1 INFO-Werkstatt

Die Plakate zeigen die einzelnen Stadtbezirke Stuttgarts mit der geographischen Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ihrer jeweiligen Herkunft. Dabei zeigen die Stadtbezirke unterschiedliche Herkunftsländer und Dichte an Bewohnern mit Migrationshintergrund auf. Zusammenfassend hat Stuttgart einen sehr hohen Prozentsatz an Einwohnern mit Migrationshintergrund (42,2%)⁶. Der Anteil an Bevölkerung der Herkunftsländer ehemaliges Jugoslawien, Türkei, Griechenland und Italien ist besonders hoch. Insgesamt lässt sich in Stuttgart gleichwohl eine gute geographische Ausgewogenheit der Haushalte mit Migrationshintergrund innerhalb der untersuchten Stadtbezirke feststellen.

Stuttgart, protokolliert am 14. Mai 2018.

6 Statistisches Amt Stuttgart 2015a, S. 13.

2.2 Ingrid Breckner

Wohnen an urbanen Fluchttorten

Hospitalhof Stuttgart am 15.05.2018

Die Referentin Prof. Dr. Breckner⁷ wird nach einer Einführung der Vortragsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ von der Leiterin des Evangelischen Bildungszentrums Pfarrerin Monika Renninger durch Prof. Dr. Hannemann⁸ vorgestellt.

Frau Prof. Breckner forscht seit Jahren zum Thema der Einwanderergesellschaft und beschäftigt sich in ihrer Forschung unter anderem mit dem Fluchttorten Stadt.

Die Entwicklung der Zuwanderung der Jahre 2011 bis 2017 lässt erkennen, dass viele Menschen als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind. 2016 gab es mit mehr als 745.000 Menschen einen Zuwanderungshöhepunkt, welcher seit 2017 aber wieder zurückgeht. 2016 wurden 25% der Asylbewerber abgelehnt, 62,4% anerkannt und 12,6% bekamen eine formelle Entscheidung.⁹

Asylsuchende in Deutschland werden nach dem Königsteiner Schlüssel¹⁰ auf die Bundesländer verteilt. Dieser bestimmt auch, wie viele Gelder dem jeweiligen Bundesland zugeteilt werden. Sollte die Quote eines Bundeslandes erfüllt sein, so kommt es dazu, dass Asylsuchende das Bundesland wechseln und umziehen müssen. Geflüchtete zieht es aufgrund besserer Möglichkeiten vorerst in Städte. Wenn es in Städten wie Hamburg eine geringere Zahl an Anerkennungen gibt, so ziehen sie weiter.

Der Bedarf an Unterbringung, sei es eine Erstaufnahme oder temporäre Un-

7 Frau Prof. Breckner ist Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der HafenCity Universität Hamburg.

8 Frau Prof. Hannemann ist Professorin für Architektur- und Wohnsoziologie am Institut für Wohnen und Entwerfen der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart.

9 „Formelle Entscheidungen erfolgen ohne nähere inhaltliche Prüfung des Asylvorbringens (z.B. Ablehnung des Antrags auf Durchführung eines weiteren Asylverfahrens oder Einstellung des Verfahrens wegen Antragsrücknahme durch den Asylbewerber).“ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018a.

10 „Nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ wird festgelegt, wieviele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dies richtet sich nach Steuereinnahmen (2/3 Anteil bei der Bewertung) und der Bevölkerungszahl (1/3 Anteil bei der Bewertung). Die Quote wird jährlich neu ermittelt. Im Jahr 2015 hat NRW die höchste Quote und Bremen die niedrigste Quote Asylsuchende aufzunehmen.“ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018b.

terkunft, sei nicht gedeckt. Dabei geht es nicht nur um die Asylsuchenden selbst, sondern auch um die Wohnungslosen innerhalb einer Stadt, die sich mit Asylsuchenden Notunterkünfte zum Teil teilen müssen. Die jeweiligen Trägerverbände entscheiden, wo und wie dicht die Menschen untergebracht werden. Sie sind abhängig von Verwaltungsentscheidungen. Sondernutzungen für Flüchtlingsunterkünfte sind im Planungsrecht zugelassen- die Geflüchteten haben lediglich ein Recht auf Unterkunft, nicht auf Wohnen. Die Kosten für eine Unterkunft aber sind höher als die einer Wohnung.

Geflüchtete möchten nach ihrer Asylanerkennung so schnell wie möglich eine Wohnung suchen, sind aber mit einer hohen Fremdenfeindlichkeit konfrontiert. Der Wohnungsmarkt in Großstädten ist ohnehin problematisch und der Zugang wird noch schwieriger, wenn der Suchende kein akzentfreies Deutsch spricht. Das zeigt sich unter anderem darin, dass Menschen, die im Bosnienkrieg nach Deutschland geflohen sind, zum Teil seit 20 Jahren in Unterkünften leben müssen, weil sie keine Wohnung bekommen können. Da stellt sich die Frage, was in solchen Situationen mit der Integration passiert? Haben ihre Kinder so eine Chance in dem neuen Land Anschluss zu finden?

Die Menschen geben die Wohnungssuche aufgrund von „unsichtbarer Diskriminierung“ auf. Selbst sehr gut ausgebildete Norditaliener fallen durch das Raster. Mit dieser Problematik beschäftigt sich seit 2006 die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die Menschen unterstützt, berät und ihnen Schutz vor Diskriminierung bietet. Das Wohnen ist ein zentraler Ausgangspunkt um alle Teilhabeaspekte in einer Gesellschaft in Gang zu setzen.

Beispiel Hamburg

In Hamburg wurde viel unternommen, um die vielen, neu ankommenden Geflüchteten 2015/ 2016 unterzubringen: Es gab Wohnschiffe in Altona, Container wurden aufgestellt, Zeltstädte aufgebaut und Baumärkte angemietet. Die Stadt versuchte schnell bessere Unterkünfte zu schaffen, um kurzfristige Lösungen wie Zeltstädte oder angemietete Baumärkte wieder außer Betrieb nehmen zu können. Doch gab es in allen Stadtteilen, die Flüchtlingsheime aufnehmen sollten große Proteste. In Blankenese sind Menschen mit ihren SUVs sogar auf Baustellen

2.2 Ingrid Breckner

Wohnen an urbanen Fluchttorten

von Unterkünften gefahren und haben sie gelähmt. Aus diesen Protesten sind Initiativen und schließlich auch die Bürgerverträge zur Flüchtlingsunterbringung in Hamburg entstanden, die unter anderem besagen, dass zu keiner Zeit mehr als 300 Geflüchtete in einer Unterkunft untergebracht sein dürfen.

Die Situation in den Zeltstädten und Baumärkten ist äußerst problematisch, da es keine Trennung zwischen den Geschlechtern und keine Rücksichtnahme auf Kleinkinder gibt. Alle Menschen sind ohne jegliche Privatsphäre untergebracht. Es wird eine minimale Privatheit in Form von Sichtschutz aber keine akustische Trennung vorgenommen. Es ist zu beobachten, dass Menschen die in Containern untergebracht sind versuchen, sich die Unterkünfte wohnlicher einzurichten, indem sie Teppiche oder Wasserkocher, für Kleinkinder zur Nahrungs- oder Teebereitung, aufstellen. Diese müssen aber aufgrund von Brandschutzrichtlinien wieder entfernt werden. Hinzu kommen Konflikte zwischen Neuankömmlingen und bereits in Unterkünften untergebrachten Menschen. Bei der Wohnungssuche kommen nicht alle Wohnungssuchende gleichermaßen zum Zug.

Laut Bundesminister Horst Seehofer sollten die Asylsuchenden in Erstaufnahmecamps verharren, bis ihr Asylverfahren beschieden worden ist. Argumentiert wird mit Zentralität und Kompaktheit. Außer Acht gelassen werden aber alle Konfliktpotentiale, die in einer solchen Unterkunft natürlich entstehen können.

In Hamburg sind die Unterkünfte relativ dezentral und auf alle Stadtteile verteilt, sodass die ganze Gesellschaft sich an der Thematik beteiligt. Pro Stadtteil gab es beispielsweise im Rahmen von „finding places Hamburg“¹¹ sieben Workshops, in welchen Bürgerinnen und Bürger diskutierten und Orte für die Unterkünfte vorgeschlagen haben, die eine gute Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel haben und sich in der Nähe von Schulen und Kindergärten befinden. Geprüft wurden die vorgeschlagenen Orte dann von der Hamburger Verwaltung.

Neben der Suche nach einem geeigneten Ort für die Unterkünfte, ist der Asylantrag an sich hochgradig komplex. Man kann geradezu von einer Asylmaschine

¹¹ „Finding Places“ ist Gegenstand der Forschung der Zusammenarbeit des City Science Lab der HafenCity Universität Hamburg und des Massachussets Institute of Technology, die Veränderungen von Städten im Kontext der Digitalisierung erforscht. HafenCity Universität Hamburg 2018a und HafenCity Universität Hamburg 2018b.

sprechen: Die Rechtslage wird permanent verschoben, sodass selbst renommier- te Juristen nicht mehr wissen wo links und wo rechts ist. Das ganze System ist in seiner Komplexität hochgradig anfällig. Kein Geflüchteter ist in der Lage es zu verstehen. Das lange Warten auf eine Entscheidung zermürbt sie und raubt ihnen jegliche Motivation.

In allen Städten wird ein geschützter Markt für die Unterbringung von Geflüchteten gebraucht, der eine geeignete Infrastruktur für Bildung und Erziehung und somit auch Integration bietet. Selbst wenn die Behörden versuchen die Menschen „so schnell wie möglich in Regelsysteme zu bringen“, muss der Regelprozess an die Bedarfe angepasst werden.

Werden Nachbarn von Unterkünften nach ihrer Erfahrung gefragt, so antworten sie, dass die Geflüchteten „gar nicht so schlimm seien“, was auch ein Beleg dafür ist, dass schlicht Begegnungsräume in der Stadt fehlen, um sich kennenzulernen. Begegnungen helfen Ablehnung und Vorurteile abzubauen. Um Themen zusammenzubringen, müssten Ressortgrenzen der Politiker aufgehoben werden, damit Menschen, die sich engagieren und zur Integration beitragen wollen, ihre Kompetenzen auch anwenden können.

Hamburg beispielsweise versucht gezielte Integrationsprozesse real zu untersuchen und aktiv für die Integration einzustehen. Es werden Wohnungen gebaut und als Flüchtlingsunterkünfte genutzt, solange, bis das Planungsrecht geschafft ist. Es findet mit den Bürgern eine permanente Kommunikation statt, in welcher auch versucht wird die Bürgerverträge zu lockern. Die Anstalt öffentlichen Rechts „Fördern & Wohnen“ ebenso wie Wohlfahrtverbände, beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz, schaffen Wohnungen und Unterkünfte für Geflüchtete, wobei die Stadt Hamburg zuerst ihre eigenen Unterkünfte füllt, um Investitionskosten zu decken. Die Wohlfahrtverbände stehen an zweiter und dritter Stelle. Investoren im Wohnungsbau sind schwierig fachlich¹² zu beraten, da sie doch mehr an dem Marktwert der Immobilie und nicht an den sozialen Faktoren der Stadt interessiert sind. Wohnungen können im besten Fall von Geflüchteten „trocken gewohnt werden“ bevor sie zu Sozialwohnungen werden. Generell kann die Frage gestellt werden, wie lange zivilgesellschaftliches Engagement anhält, da

12 Fachliche Beratung durch Soziologen.

2.2 Ingrid Breckner

Wohnen an urbanen Fluchtorten

die psychische Belastung der Helfer bei diesem schwierigen Thema überaus hoch ist.

Die Hamburger Aktenlandschaft ist enorm unübersichtlich und Wissenschaftler haben, womöglich aus Angst vor Kontrolle, oft keinen Zugang zu den Akten und Daten.

In Hamburg wurden 2016 897 Millionen Euro öffentlicher Gelder für die Unterbringung von Geflüchteten ausgegeben. Davon fielen für die Erstaufnahme 375 Millionen Euro an. Neben solchen Zahlen sollten die nichtfunktionierenden Eingliederungen von Geflüchteten einmal berechnet werden, um abschätzen zu können, wie teuer den Staat die Nicht-Integration der Menschen zu stehen kommt- Stichwort Ressortegoismus.

Beispiel Lübeck

Der Wohnungsmarkt in der Hansestadt ist weniger drückend als in anderen Großstädten. Mithilfe von der Mobilmachung aller Ressourcen und der engen Kooperation der kommunalen Ebenen konnten Umzugsketten von Geflüchteten reduziert werden. Konflikte bei der Wohnungsmarktsuche werden niederschwellig reguliert, indem bei der Wohnungsvermittlung nicht preisgegeben wird, dass es sich um eine geflüchtete Person handelt. Sobald es einen Konflikt gibt, wird die für den Geflüchteten zuständige Person geschickt, um der Situation nach zu gehen. In den meisten Fällen geht es um Schuhe im Treppenhaus, Lärm oder zu volle Mülltonnen, nie ist die Flucht oder der Geflüchtete an sich ein Thema. Das Programm nennt sich „Probewohnen“. Der Mietvertrag wird für ein Jahr abgeschlossen und von einem Wohlfahrsträger übernommen. Sobald das Asylverfahren positiv entschieden ist, geht der Mietvertrag auf den Asylanten über. Sollte der Bescheid negativ ausfallen, aber dennoch eine Bleibeperspektive bei Einlage von Widerspruch bestehen, so wird der Mietvertrag gehalten und ansonsten gekündigt. Hinzu kommen viele vermittelnde Helfer von kommunaler und privater Seite.

Das Programm in Lübeck läuft seit 2012 und wurde von der HafenCity Universität mit Forschungsgeldern untersucht. In dem Programm werden nur Wohnungen vermittelt, die nicht Spekulationsprozessen anhängig sind. Instabi-

litäten bei Geflüchteten sind sehr hoch, wenn sie in ihrer eigenen Sprache nicht alphabetisiert sind, sodass ein Deutschkurs nicht immer sinnvoll ist. Studierende aus aller Herren Länder helfen den Geflüchteten bei Sprachkursen und sind große Motivationsträger für die Geflüchteten.

Das Wohnrecht ist noch nicht im Baugesetzbuch festgeschrieben. Bau- und sozialrechtliche Bestimmungen sollten zusammengeschaltet werden. Zudem muss eine bessere Kooperation zwischen der Bundes- und den Landesebenen gewährleistet werden. Das BAMF dokumentiert die Durchläufe der Fälle, während die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben. Die unterschiedlichen Handlungsebenen stehen im Konflikt, da die praktischen Problematiken bei den Kommunen liegen, während der Bund nur indirekt damit konfrontiert ist.

Dabei sind es konkrete Thematiken gerade beim Wohnen, die kulturell bedingt sind und durch Wohnungsplanung ohne Konfliktpotential angegangen werden können. Muslime beispielsweise möchten nicht, dass man Einblick auf den Balkon hat, sie legen Wert auf eine Trennung der Geschlechter und nicht auf hochtransparente Wohnräume oder sie hängen ihre Unterwäsche zum Trocknen nicht in Gemeinschaftsräumen auf. In Helsinki sind die öffentlichen Toiletten beispielsweise als sogenannte muslimische Toilette ausgestattet. Durch einfache Maßnahmen kann Respekt und Anerkennung in der Architektur selbst für andere Kulturen geschaffen werden. Hier stellt sich die Frage, wie multikulturelles Wohnen aussehen kann, ein neues Wohnen für alle? Hier gibt es Entwicklungspotential für die Architektur.

Bei der Integration und dem Lösen von Konflikten gibt es leider kein eines Erfolgsrezept, da die Gruppe an Geflüchteten zu heterogen ist. Es zeichnet sich ein politisches Versagen im menschlichen Umgang und in Bezug auf populistische Proteste mit der Gesamtsituation ab. „Es brennt an vielen Stellen“, wenn die Demokratie jedoch weiter leben soll, dann braucht sie viel mehr Menschlichkeit und gesellschaftliches Engagement. Ein Beispiel dafür sind zwei alte Lübecker Damen, die eine Hassstirade in ihrer Nachbarschaft unterbrochen haben, weil sie froh sind, dass durch den Zuzug der Geflüchteten endlich wieder Leben in das Miethaus gekommen ist.

2.2 Ingrid Breckner

Wohnen an urbanen Fluchtorten

Geflüchtete wollen aufgrund besserer wirtschaftlicher Perspektiven in die Städte ziehen und Geflüchtete, die aus Städten kommen, möchten ebenfalls nicht unbedingt in ländlichen Regionen leben. Deshalb werden mehr Stellen für Hilfestellungen in den Städten selbst benötigt. Einheimische ziehen ebenfalls in die Städte, sodass Randgebiete ausbluten. Dezentrale, kleinere Unterbringungen für Geflüchtete würden die Randgebiete wiederbeleben. Damit dies gelingt, braucht es ein bundesweites Konzept.

An der HafenCity Universität forscht Frau Prof. Breckner unter anderem an zwei laufenden Forschungsprojekten, welche sich mit den positiven Transformati-onen von Orten durch den Zuzug von Geflüchteten und Selbstinitiativen von Ge-flüchteten beschäftigen. Als Methodik werden qualitative Interviews verwendet. Es werden die Bewegungen der Geflüchteten in der Stadt kartiert, die aufzeigen, dass Geflüchtete sich, um etwa kulturspezifische Nahrungsmittel zu besorgen, durch die ganze Stadt bewegen und nicht nur in ihrem Kiez bleiben. Aus den Bewegungsmustern lassen sich dann Versorgungsverbesserungen entwickeln.

In der Diskussionsrunde spricht Frau Prof. Hannemann an, dass die Illegalität und die Korruption als nicht-intendierte Handlungsfolgen neue Probleme wie Engpässe beim Wohnungsmarkt oder Korruption im Alltag kreieren. Eine kleinteilige Korruption gab es in vielen Bereichen schon immer, nur ist das Korruptions-thema schwer erforschbar.

Des Weiteren wird bemerkt, dass mit dem Leben nicht begonnen werden kann, wenn das Wohnen nicht gesichert ist. Wohnen ist der Schlüssel zur Integ-ration, da Wohnen existentiell ist. Eine Sprache zu lernen ist nicht das erste, das getan werden muss. Die Menschen brauchen einen Platz zum Lernen und einen zum Wohnen.

Eine Frage wurde zu Spekulationen und Leerstand auf dem Wohnungsmarkt gestellt und ob es keine Räumungen von Hausbesetzern geben sollte, woraufhin geantwortet wurde, dass die Wohnungsaufsicht hoffnungslos unter-ausgestattet und überlastet ist, um sich der Leerstandsthematik anzunehmen. Eine Folgefrage war, ob man nicht Gesetze gegen Leerstand schaffen könnte, woraufhin geant-wortet wurde, dass es durchaus Gesetze gibt, aber die Kontrolle nicht vorhanden ist. Eine Lösung wäre, dass die Stadt ihren Besitz behält und dadurch auch ihre

Steuerungsmöglichkeiten behält. Ein geschützter Wohnungsmarkt für einen gesetzlich festgelegten Prozentsatz an Wohnungen für Geflüchtete wäre perfekt.

Stuttgart, protokolliert am 18. Juni 2018.

2.2.1 DENK-Werkstatt

Hospitalhof Stuttgart am 16.05.2018

Die Teilnehmer der DENK-Werkstatt teilen sich in vier Arbeitsgruppen auf, um die eigenen Wohnerfahrungen ihres Herkunftsortes und die des jetzigen Wohnorts aufzuzeichnen.

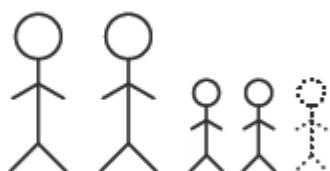
Die Arbeitsergebnisse werden auf Plakaten, aufgeteilt in die Herkunftsorte Deutschland/ Schweiz/ Österreich, Bulgarien/ Rumänien/ Kroatien, Sierra Leone/ Kolumbien/ Indien und Ägypten/ Türkei/ Iran präsentiert. Die Plakate zeigen die einzelnen Wohnorte mit spezifischen kulturellen Unterschieden, welche in Architektur und Wohnsituation sichtbar werden.

Die Arbeitsergebnisse des Workshops sind nachfolgend dokumentiert (vgl. Abb. 6a-8e).

Gebäudetypen



Haushaltsstruktur



Wohnen ist Arbeit

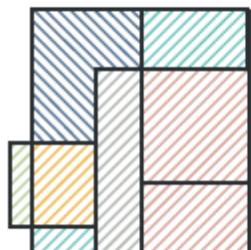


Wohnstationen



Grundrisse

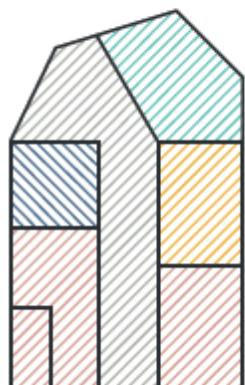
Pärchen-WG



Wechsel-Wohnung



Wohngemeinschaft



Raumtypen



Wohnen



Küche



Schlafen



Sanitär



Flur, Nebenraum

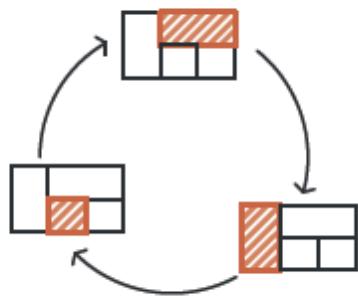


Veranda, Garten

Wohnumfeld wechselt



Nutzung wechselt



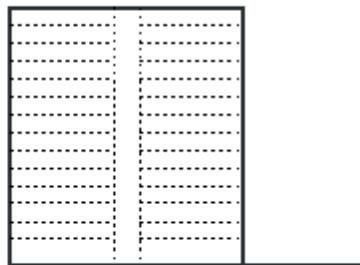
Verhältnis

50% Miete

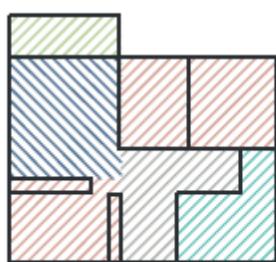
50% Eigentum

Kroatien

Hochhaus - Eigentum



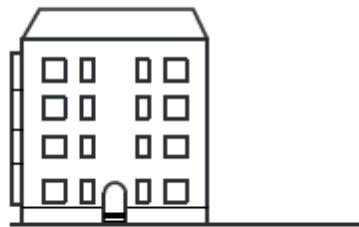
Dreizimmerwohnung
3 - 4 Personen



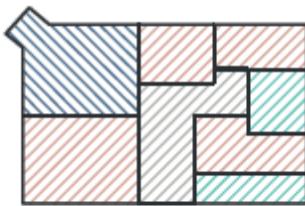
16. OG

Deutschland

Mehrfamilienhaus - Miete



Dreizimmerwohnung
3 Personen

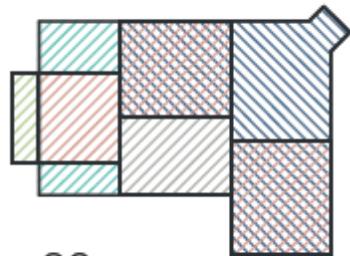


5. OG

Mehrfamilienhaus - Miete



Wohngemeinschaft
Dreizimmerwohnung
3 Personen



1. OG

Raumtypen



Wohnen



Küche



Schlafen



Sanitär



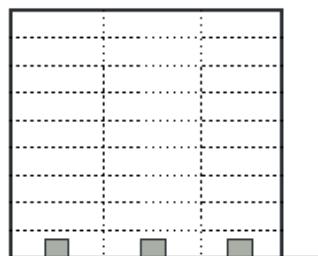
Flur, Nebenraum



Veranda, Garten

Bulgarien

Wohnblock - Eigentum

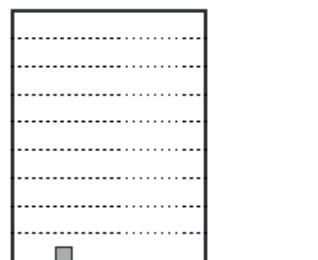


Ferienhaus - Eigentum

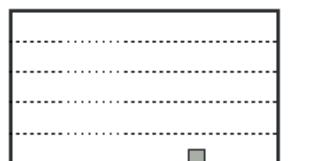


Deutschland

Studentenwohnheim - Miete

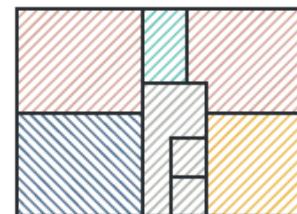


Wohnhaus - Miete



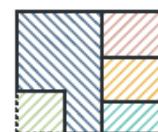
Dreizimmerwohnung

2 - 3 Personen - 150 m²



Grundriss 5.OG

Pro Etage 100m²
3 - 6 Personen



Grundriss EG

Wohngemeinschaft

6 Personen - pro Zimmer 12 m²



Grundriss 5.OG

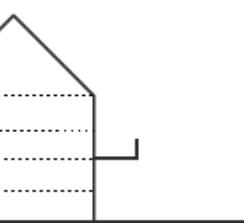
Einzimmerwohnung

1 Person - 20 m²



Grundriss 2.OG

nhaus - Eigentum



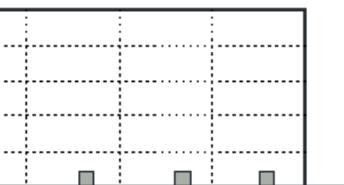
Fünfzimmerwohnung

4 Personen



1. OG

mblock - Miete



Dreizimmerwohnung

3 - 4 Personen



1. OG

Raumtypen



Wohnen



Küche



Schlafen



Sanitär



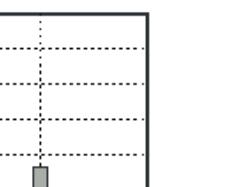
Flur, Nebenraum



Veranda, Garten

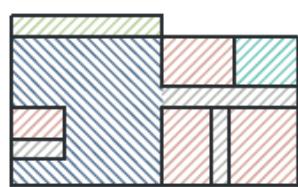
schland

familienhaus - Eigentum



Vierzimmerwohnung

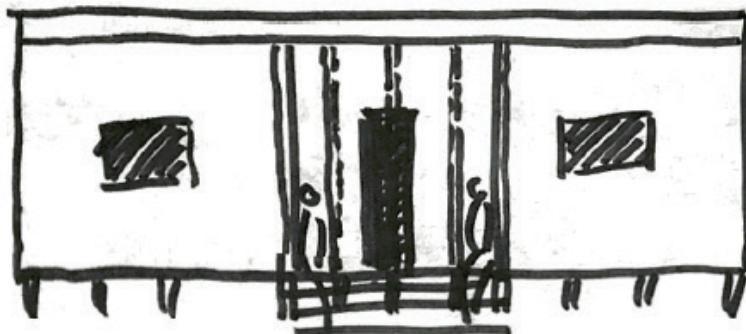
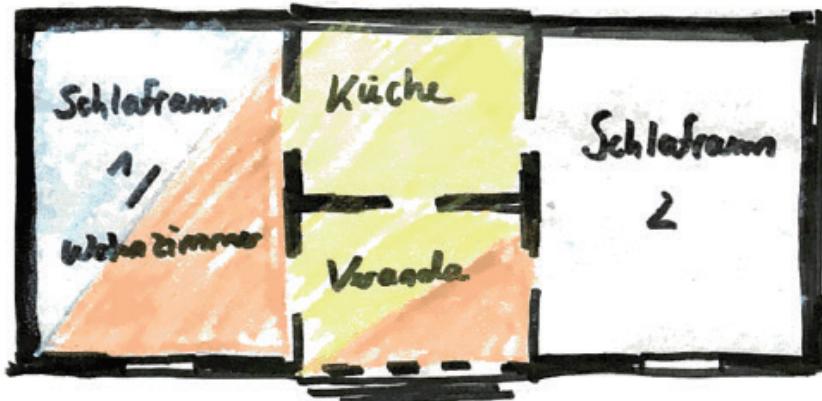
1 Person



2. OG

Sierra Leone

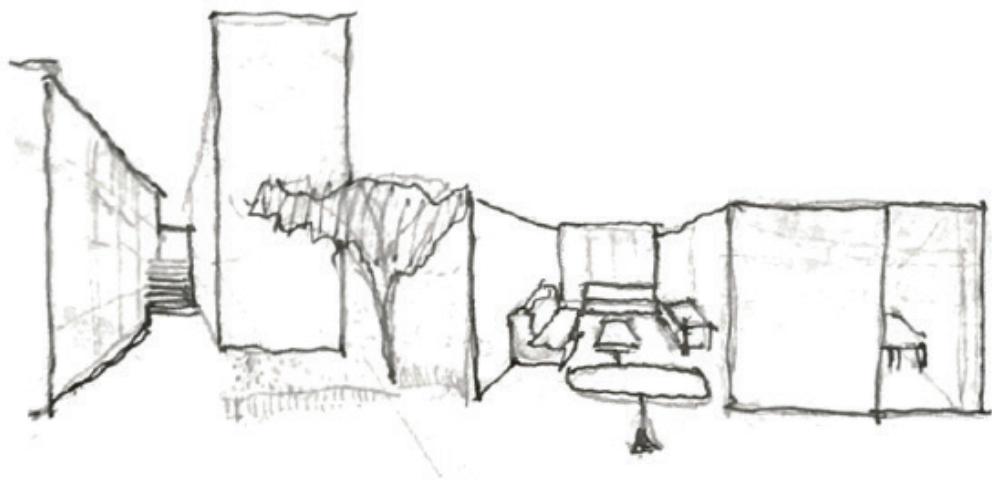
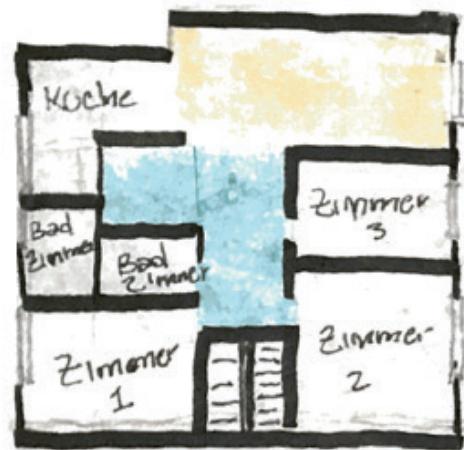
Ländlicher Raum

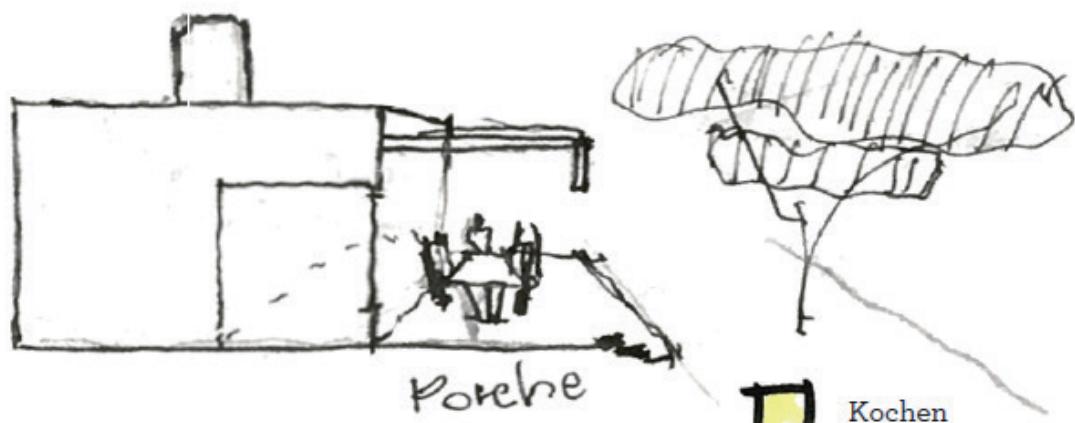
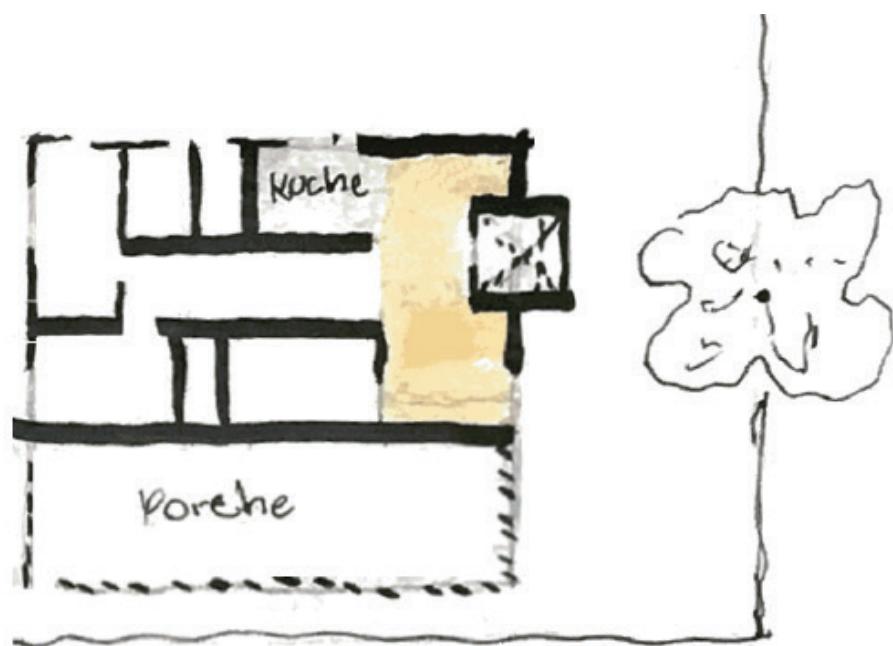


reiche Rückkehrer



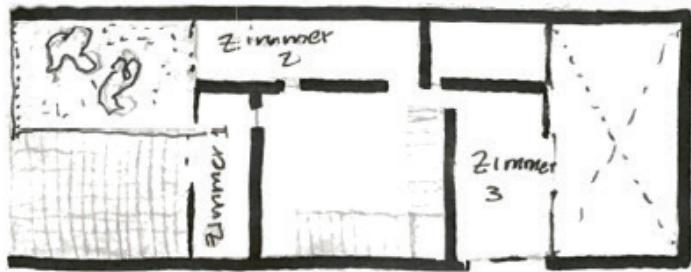
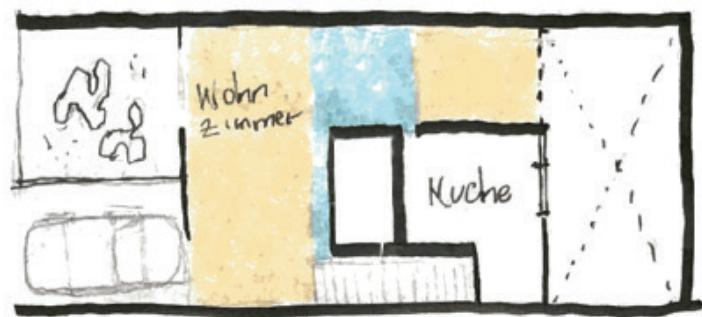
Kolumbien



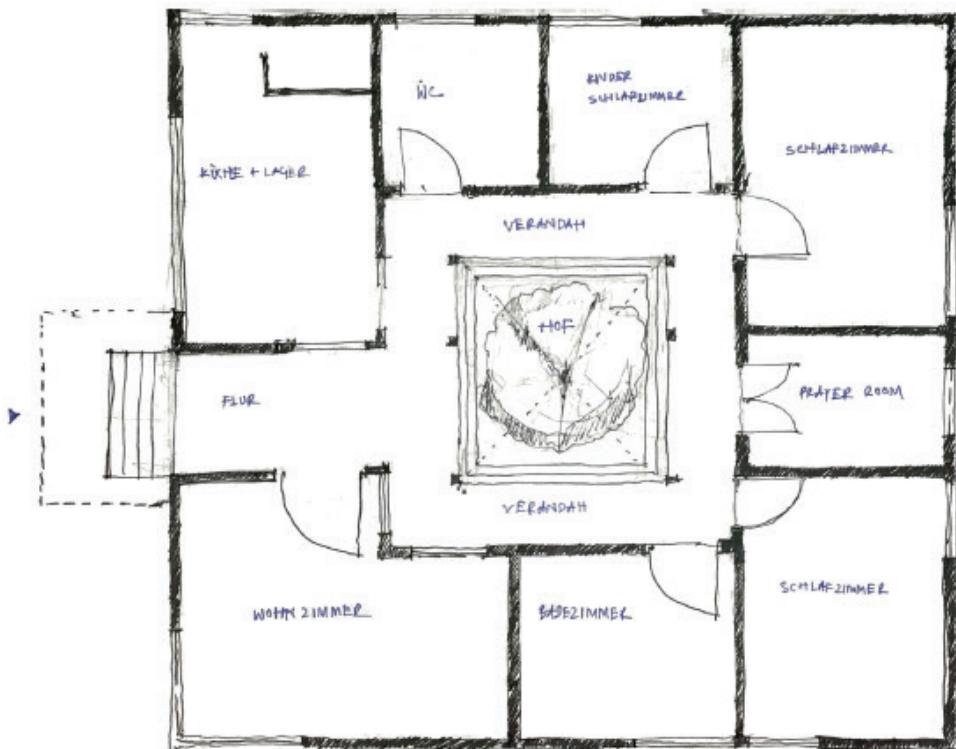


- Kochen
- Schlafen
- Sanitär
- Wohnen

Kolumbien

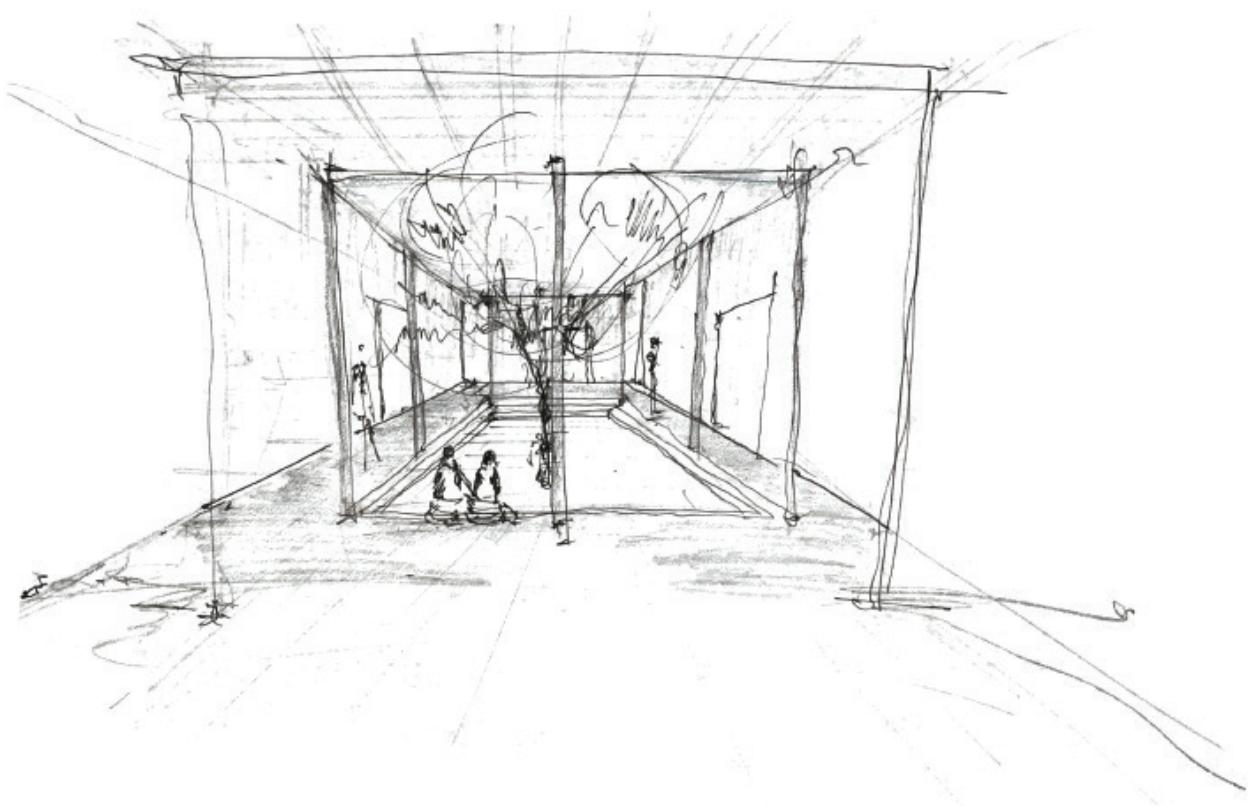


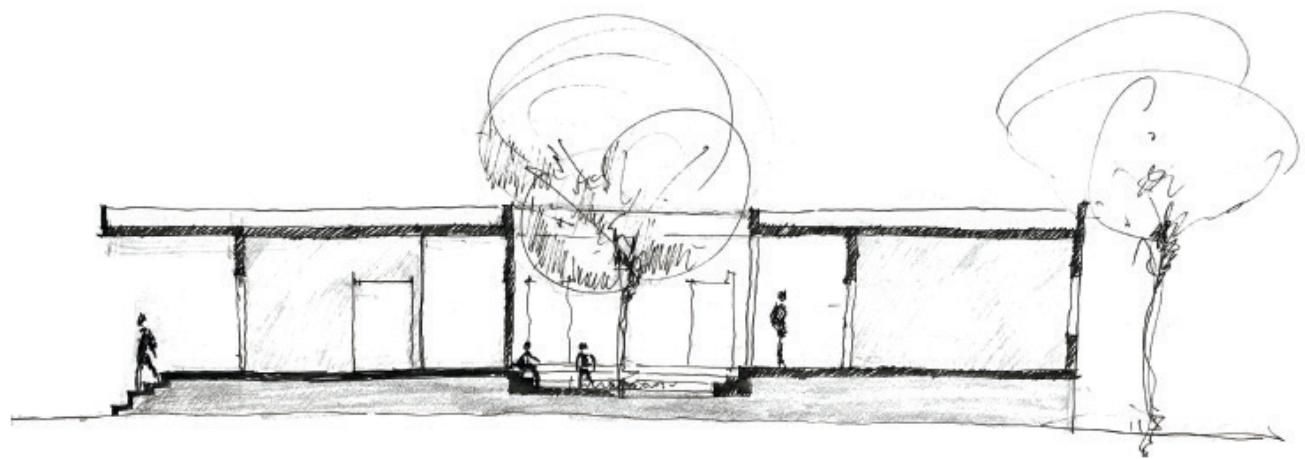
Indien



- Kochen
- Schlafen
- Sanitär
- Wohnen

Indien





Kochen



Schlafen



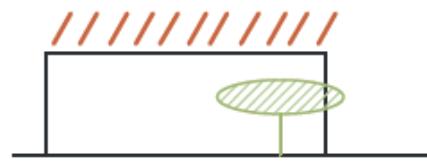
Sanitär

Iran



Einfamilienhaus - Dorf

Ägypten

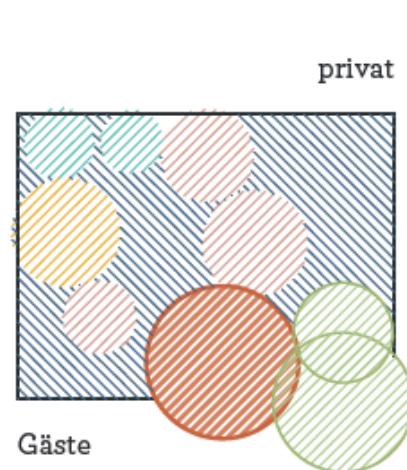
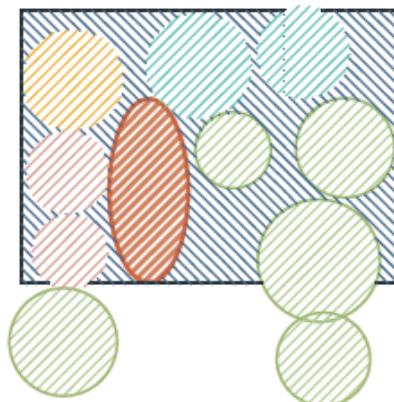


Einfamilienhaus - Dorf

Türk

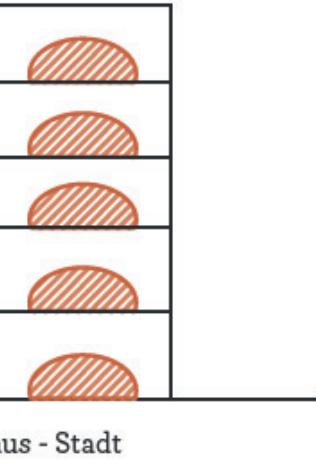


Hochha

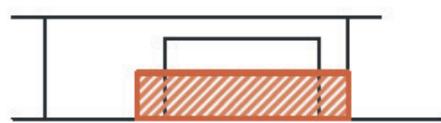


ei

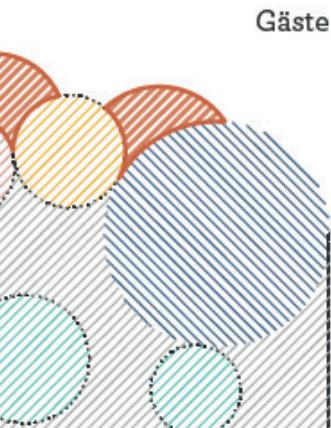
Türkei



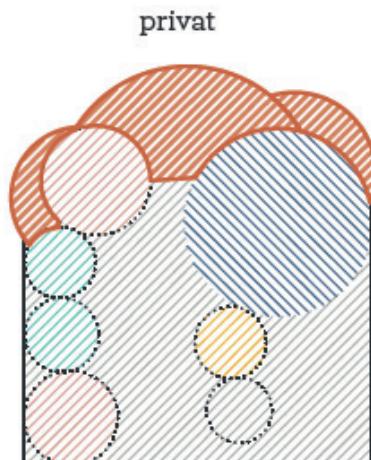
haus - Stadt



Einfamilienhaus - Stadt



Gäste



privat

Raumtypen

	Wohnen
	Küche
	Schlafen
	Sanitär
	Flur, Nebenraum
	Balkon
	Veranda, Garten

2.2.1 DENK-Werkstatt

In Deutschland wird in der Familie mit durchschnittlich zwei bis drei Kindern gewohnt. Dabei gibt es unterschiedliche Gebäudetypologien. Je nach Gebäude- typ wird bei Bedarf etwas angebaut oder es wird aus einer zu kleinen Wohnung in das Reihen- oder Einfamilienhaus umgezogen. Mit 18 Jahren wird das elterliche Haus in der Regel verlassen und in eine Einzimmerwohnung oder in eine Wohngemeinschaft gezogen. In Deutschland kann durchaus das Ziel des „Alleinwohnens“ ausgemacht werden. Andere Kulturen haben hingegen eine höhere Familienbindung und wohnen länger in einer großen Familie zusammen.

In Bulgarien wird in Sofia durch die hohe Stadtmigration vermehrt in großen Wohnblöcken gewohnt. Wohngemeinschaften sind in Bulgarien unüblich, sodass junge Erwachsene bis zu ihrer Heirat im Rahmen der Familie wohnen bleiben. Manche Familien haben neben der Wohnung in der Stadt im näheren Umkreis noch ein kleines Ferienhaus in der Natur. Dort werden meist die Wochenenden und der Sommer verbracht.

In Rumänien herrschte in den 1950er/1960er Jahren eine Wohnungzwangswirtschaft. Die Menschen wurden Häusern zugeteilt, Familien zusammengelegt. In dem vorliegenden Beispiel mussten drei Familien gemeinsam in einem großen Landhaus leben. Die Hauseigentümerin musste sich dort den Wohnraum mit der Geliebten ihres Mannes und deren unehelichen Kind teilen. Hinzu kamen zwei weitere, fremde Familien und ein Kindermädchen. Kindermädchen wurden von zu Hause weggeschickt, damit sie kochen lernten und lernten Kinder zu erziehen. Sie sollten dadurch heiratsfähig werden. Es wurde in dem Landhaus wie in einer großen Wohngemeinschaft gelebt. Nachdem die Wohnungzwangswirtschaft aufgehoben wurde, zogen Familien aufs Land oder in die Stadt. In der Stadt lebte sie in einem Wohnblock aus den 1960er Jahren, wo sie sich den Wohnraum mit mehreren Familienmitgliedern teilte.

In Kroatien leben die Menschen in der Stadt oft ebenfalls in hochgeschossigen Wohnblocks, Punkt- oder Zeilenbauten, die aus den 1960er Jahren stammen. Dabei wohnen drei bis vier Personen in einer Dreizimmerwohnung mit Balkon. Im Erdgeschoss des Wohnblocks finden sich Stellflächen, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Grünflächen und Spielplätze für Kinder. Das öffentliche Leben vor den

Wohnblocks ist intakt, die Flächen sind sehr belebt. Alle Generationen sind vertreten. In ländlichen Regionen wird in Einfamilienhäusern mit Gärten und oftmals noch landwirtschaftlicher Nutzung gelebt. Bis in die 2010er Jahre hinein haben sich viele Menschen selbst mit Lebensmitteln aus eigenem Anbau versorgt, in manchen Regionen Kroatiens sind die Menschen bis heute noch Selbstversorger.

In Sierra Leone schläft die Mutter bei den Kindern, während der Vater in einem separaten Zimmer schläft. Religionsabhängig haben die Männer mehrere Frauen und mit ihnen jeweils auch Kinder, sodass es oft zu Wechseln zwischen Stadt- und Land in den Familien kommt. Das Leben findet vor allem im Freien und auf der Veranda statt. Auch weil traditionell nicht in der Küche, sondern draußen über einer offenen Feuerstelle gekocht wird. Jedes Haus hat des Weiteren einen „Caretaker“, eine Art Hausmädchen, der sich um das Haus und alle damit zusammenhängenden Aufgaben sorgt.

In Kolumbien gibt es im Grunde genommen drei Wohntypen: Das freistehende Haus/ die Wohnung ohne Garten, wo das Wohnzimmer der Treff- und Mittelpunkt des familiären Lebens ist. Das Reihenhaus mit einer Vorgartenzone, die ein Treffpunkt nachbarlicher Aktivitäten ist. Und das Verandahaus der Küstenregion Kolumbiens, mit großer Veranda und großem Garten.

Nordostindien ist eine ländliche Region. Dort wird in großen Familien mit den Eltern, Großeltern, Onkeln, Tanten, Cousinen etc. gewohnt. Das „Courtyard-house“ ist üblich. Wohnen findet überwiegend im Hof und auf der Veranda statt. Der Hof ist offen und mit Bäumen versehen. Er ist auch die Kochstelle des Hauses. Die Kinder schlafen gemeinsam in einem Zimmer. Männer und Frauen schlafen, wenn sie nicht verheiratet sind, zusammen in geschlechtergetrennten Zimmern. In jedem Haus befindet sich auch ein Raum zum Beten.

In muslimisch geprägten Ländern differieren die Wohnformen ebenfalls zwischen Stadt und Land. Und doch ist in beiden Regionen die Privatsphäre des Wohnens gewährleistet, während sie in westlichen Ländern, in Deutschland etwa, nicht gewährleistet ist und es zu einem Kulturschock für Menschen aus diesen Regionen kommt: Es herrscht eine viel geringere Privatsphäre, es gibt in der Regel keine Gästezimmer, keine Waschmöglichkeiten in der Toilette, weniger und kleinere Innenräume, es fehlen halbprivate Nutzungen und es gibt zu viel

2.2.1 DENK-Werkstatt

Transparenz in Bezug auf die Materialien.

Die Wohnräume in muslimisch geprägten Ländern kommunizieren durchaus nach außen, können von außen aber nicht eingesehen werden. Das gilt für den Wohnraum als klarer Wohlfühlfaktor. Im Außenraum gibt es in Form von Sitzgelegenheiten halbprivate Nutzungen vor Eingängen, die jedem zur Verfügung stehen. Oft verbringen ältere Menschen den Tag vor dem Haus sitzend im Freien.

Die Gewohnheiten der Bewohner in muslimisch geprägten Ländern sind ebenfalls andere. Gegessen, unterhalten oder gearbeitet wird im Hocken auf dem Boden und nicht auf Möbeln. Männer sitzen in Kreisformation, während Frauen in einer Linienformation sitzen. Bevor ein Haus betreten wird, werden die Schuhe ausgezogen und draußen gelassen. Im Flur des Hauses befindet sich zumeist ein schöner Teppich, sodass es unhöflich wäre, ihn mit Schuhen zu betreten. Die Schuhe vor der Haustür sind auch immer ein Indikator dafür, wie die Familienkonstellation des Hauses ist. Der Teppich spielt in der wohnlichen Gestaltung eine besondere Rolle. Eine Wohnung oder ein Haus ist erst ein Heim, wenn sich darin ein schöner Teppich befindet.

Stuttgart, protokolliert am 18. Juni 2018.

2.3 Peter Pätzold

Nachhaltige Stadtquartiere im Blickwinkel heutiger Herausforderungen

Hospitalhof Stuttgart am 19.06.2018

Der Referent Peter Pätzold¹³ wird nach einer Einführung der Vortragsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ von Dr. Andreas Baumer¹⁴ vorgestellt.

Herr Pätzold bedankt sich und spricht sich als Grüner Politiker für die Einwanderungsgesellschaft aus, welche in Stuttgart schon immer da war. Er stellt die Frage, wie die Herausforderungen der Stadt aussehen.

Die Region Stuttgart ist attraktiv und zieht viele Menschen an, die zurück in die Stadt wollen. Im März 2018 lebten in der Landeshauptstadt 611.900 Einwohner, während im März 2017 noch 609.133 gemeldet waren.¹⁵ Die Haushalte in Stuttgart werden immer kleiner und immer mehr Personen leben in Einpersonenhaushalten. 2016 sind es in Stuttgart rund 51%.¹⁶ Das hat zur Folge, dass die durchschnittliche Wohnfläche pro Person zunimmt.¹⁷

Der Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund liegt in Stuttgart bei rund 41%. Die Stadt leistet seit vielen Jahren Integrationsarbeit und zeigt bei der Flüchtlingszuwanderung eine positive Willkommenskultur. In Stuttgart finden sich 41 Freundeskreise mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, welche die rund 7.700¹⁸ dezentral in mobilen und anpassungsfähigen Systembauten untergebrachten Flüchtlinge unterstützen.

Bei den städtischen Wohnprogrammen handelt es sich nicht um exklusive Unterbringungsprogramme für Flüchtlinge, sondern für alle, die bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart brauchen. Dabei wird nicht unterschieden, wer ein Einwohner ist und woher ein Einwohner kommt. Wer in Stuttgart wohnt, ist ein Stuttgarter.

13 Peter Pätzold ist Architekt und war von 2011 bis 2015 Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart. Seit 2015 ist er Bürgermeister für Städtebau und Umwelt der Landeshauptstadt Stuttgart.

14 Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg.

15 Statistisches Amt Stuttgart 2018.

16 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2018.

17 Das Statistische Bundesamt gibt für 2014 im Gesamtdurchschnitt eine Wohnfläche von 43,8m² pro Person an, während die durchschnittliche Wohnfläche für einen Einpersonenhaushalt 66,7m² beträgt. Statistisches Bundesamt 2018.

18 Landeshauptstadt Stuttgart 2015b, S. 5.

Um eine ausreichende Versorgung in der ganzen Stadt anbieten zu können, wurde unter anderem die Infrastruktur der Kindertagesstätten ausgebaut, sowie Ausbildungen von Erzieherinnen und Erziehern gefördert.¹⁹ Die Schülerzahlen in Stuttgart sind nicht wie prognostiziert zurückgegangen, sondern sind in den vergangenen Jahren gestiegen, sodass in Quartieren neben den Kindertagesstätten auch das schulische Angebot gewährleistet werden muss. Die Quartiere müssen aber auch dem demographischen Wandel standhalten und gewährleisten, dass ältere Bewohner in ihrem eigenen Quartier altern können.

Eine weitere wichtige Thematik der Stadt Stuttgart ist aufgrund ihrer Kessellage der Klimawandel. Die stadtclimatischen Untersuchungen der sommerlichen Wärmebelastung in Stuttgart zeigen im Klimazeitraum 1971-2000 etwa 30-35 Tage im Jahr mit starker Wärmebelastung an, während für den Klimazeitraum 2031-2060 die Tage im Jahr mit starker Wärmebelastung im günstigsten Fall mit etwa 40-55 Tage prognostiziert werden.²⁰ Diese Daten verdeutlichen, dass die Frischluftschneisen und Freiflächen in Stuttgart des Stadtklimas wegen, trotz der steigenden Frage nach Wohnraum, geschützt werden müssen und nicht bebaut werden dürfen.

Seit 2010 steigen die Baugenehmigungen für Wohnraum an. Bezahlbarer Wohnraum wird in Stuttgart mit rund 14 Millionen Euro gefördert. Im Jahr 2017 wurden in Stuttgart 552 geförderte Wohnungen fertiggestellt, wobei keine Stadt es schafft der Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden.

Maßnahmen für mehr Wohnraum in Stuttgart sind beispielsweise:

- Stuttgart hat ein Innenentwicklungsmodell entwickelt, das ein Mittel für eine sozial ausgewogene und städtebaulich qualifizierte Bodennutzung in Stuttgart sein soll und in welchem Bauherren verpflichtet werden 20% der für Wohnen neu geschaffenen Geschossflächen für die Wohnbauförderung zu sichern.²¹
- Das „Bündnis für Wohnen“ soll attraktiven und bezahlbaren Wohnraum in

19 Kultusministerium Baden-Württemberg 2015.

20 Stadtklima Stuttgart 2018.

21 Landeshauptstadt Stuttgart 2018a.

2.3 Peter Pätzold

Nachhaltige Stadtquartiere im Blickwinkel heutiger Herausforderungen

Stuttgart erhalten, beziehungsweise neu schaffen.²²

- Das „Nachhaltige Baumanagement“ heißt „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ und hat das Ziel neuen Flächenverbrauch zu reduzieren und Flächenpotentiale in der Stadt zu identifizieren, um Bauflächen für Wohn- oder Gewerbenutzung zur Verfügung zu stellen.²³
- Bauen in Baugemeinschaften ermöglicht es den Baugruppen gemeinschaftlich und individuell ihr Quartier und die Zukunft aktiv mit der Stadt mitzugestalten.²⁴
- Die Konzeptvergabe ist ein Werkzeug, um „die Vielfalt im Wohnungsbau und eine effiziente Wohnflächengestaltung, aber auch soziale Integrationsleistungen, Barrierefreiheit oder innovative Energieversorgung und Mobilitätsangebote“ zu fördern.²⁵ Dabei wird bei der Vergabe die Konzeptqualität mit 70% und das finanzielle Gebot mit 30% gewichtet.

Die Bautätigkeit in Stuttgart hat zugenommen. Das Wohnen in der Stadt ist wieder gewollt, wodurch städtische Flächen auch für Investoren attraktiv sind. Stuttgart möchte eine nachhaltige städtische Entwicklung mit Beteiligungsprozessen und der aktiven Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger vorantreiben. Man wünscht sich eine dichte Stadt, eine Stadt der kurzen Wege sowie eine klimagerechte Stadt. Eine Dichte von 200 Wohneinheiten/ ha soll Attraktivität durch soziale Angebote schaffen und ein durchmisches, nachhaltiges und durchgrüntes Quartier für jung und alt sein. Es stellt sich die Frage, wie Barrierefreiheit und Sondernutzungen mit einbezogen werden können. Bei der Verteilung von Grundstücken wird auf die Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen geachtet. Nebeldiskussionen über Dachbegrünung und Fahrradstellplätze als Kostenfaktoren sind unnötig, da die wahren Kostenfaktoren das Grundstück, die Tiefgarage und die Flächen selbst sind.

Ein gelungenes Beispiel für ein gemischtes urbanes Quartier ist das neu ent-.....

22 Landeshauptstadt Stuttgart 2018b.

23 Landeshauptstadt Stuttgart 2018c.

24 Landeshauptstadt Stuttgart 2018d.

25 Landeshauptstadt Stuttgart 2018e.

stehende Olga-Areal, welches mithilfe eines öffentlichen städtischen Wettbewerb mit Bürgerbeteiligung entwickelt wurde, nach welchem sich Baugemeinschaften mit Konzepten auf Parzellen bewerben mussten. Ein weiteres Beispiel ist das neu entstehende Neckarpark-Quartier, welches sich nach anfänglichen Diskussionen, ob an dieser Stelle überhaupt gewohnt werden könnte oder ob dort IKEA einen neuen Standort finden könnte, nun im Bau befindet. Das Quartier bindet nicht nur das Zollamt mit seiner Kulturinsel ein, sondern entwickelt sie zusammen mit Beteiligten und aktiven Bürgerinnen und Bürgern aus dem Veielbrunnengebiet zu einem Stadt- und Familienzentrum. Des Weiteren beherbergt das Neckarpark-Quartier Kindertagesstätten, eine Grundschule, ein Bildungszentrum, ein Frauenhaus und Pflegeeinrichtungen. Der zentrale Park wurde als Statement zusammen mit der wichtigsten Infrastruktur als erstes hergestellt. Weitere Beispiele für Quartiersprojekte sind zukünftig die Fläche für die Rote Wand Killesberg, welche momentan noch für Flüchtlingsunterkünfte genutzt wird, oder das Bürgerhospital.

Der Hallschlag in Stuttgart wurde revitalisiert und durch punktuelle Eingriffe nachverdichtet. Ebenfalls wurde die Infrastruktur im Quartier durch die neue Bahnansbindung und unter anderem kulturelle Angebote in der Reiterkaserne, wie das neue Medien- und Stadtteilzentrum, verbessert.

Der öffentliche Raum spielt in der dichten Stadt ebenfalls eine wichtige Rolle, welcher bei der Nachverdichtung nicht aus den Augen verloren werden darf. Die Bedürfnisse und Themen des Bismarckplatzes wurden im Vorfeld zum Wettbewerbsverfahren mit den Bürgern erarbeitet. Im Ergebnis wird ein neuer, urbaner Platz im Stuttgarter Westen entstehen.

Der Stadt ist es wichtig die Bürger mitzunehmen und durch Beteiligung an den Prozessen ihre Bedürfnisse zu erfahren, um auch um Akzeptanz für neu zu gestaltende Flächen zu werben. Schwierige Diskussionen müssen, der urbanen Qualitäten und dem Ziel von gemischten Quartieren wegen, durchgestanden werden.

Frau Prof. Hannemann bedankt sich bei dem Vortragenden und eröffnet die Diskussionsrunde mit der Frage, wer in der Stadt der Meinung ist, dass etwas gemacht werden soll und ob es seitens der Bürgerinnen und Bürger keine Wider-

2.3 Peter Pätzold

Nachhaltige Stadtquartiere im Blickwinkel heutiger Herausforderungen

stände oder Konflikte gibt? Daraufhin antwortet Herr Pätzold, dass es sich um die Meinung der Stadtverwaltung handele, welche durch den Gemeinderat beschlossen werde. Weiterhin gibt es bei diversen Vorgängen Einwände und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, welche durchaus beantwortet werden, weil die Stadt an einer Entwicklung im Dialog mit demokratischen Gremien interessiert ist.

Ein Zuhörer stellt die Frage, wie Flüchtlingen bei den Schwierigkeiten der Suche nach einer Anschlussunterkunft geholfen würde? Der Vortragende antwortet, dass nicht exklusiv den Flüchtlingen geholfen werde, sondern allen gleichermaßen, damit keine sozialen Spannungen entstünden. 2016 wurden 216 Wohneinheiten für Unterkünfte bereitgestellt, wobei die Flüchtlinge gestreut eingebracht wurden. Es gibt Möglichkeiten der Anmietung bei der stadteigenen SWSG (Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH), die einen großen Anteil der Sozialwohnungen in der Stadt hält. Generell seien die Vermieter in Stuttgart nach der persönlichen Meinung des Vortragenden jedoch offen für Flüchtlinge.

Frau Prof. Hannemann stellt die Frage, wie geförderter Wohnraum auf Dauer funktionieren kann, wenn er zeitlich begrenzt ist? Der Vortragende antwortet, dass es die Möglichkeiten gibt die zeitliche Begrenzung der Wohneinheiten zu verlängern oder sie mit Belegungsrechten zu versehen. Dass das aber die Politik zu entscheiden habe, da Milieuschutz durch die Politik gesteuert werde.

Eine weitere Frage einer Zuhörerin ist, wie viel Prozent der bebauten Fläche der Stadt Stuttgart gehöre, wenn diese doch für die Quartiersgestaltung benötigt werde? Der Vortragende erwidert, dass die Entwicklungsflächen der Stadt Stuttgart gehörten und das Thema des Erbbaurechts aktuell im Gemeinderat diskutiert werde, man sich um weitere Flächen bemühe. Die Zuhörerin stellt die Folgefrage, ob die Stadt sich bemühen würde Flächen wieder zu erwerben? Herr Pätzold antwortet daraufhin, dass sich seit vier Jahren im Rahmen des Konzepts des Oberbürgermeisters „Wohnen in Stuttgart“ darum bemüht wird.

Eine Zuhörerin ist erstaunt über den ganzen geförderten Wohnraum und fragt, was mit den Menschen ist, die nicht in diese soziale Gruppe fallen, wo diese Menschen abblieben und wo die Mitte der Gesellschaft sei? Der Vortragende

meint, dass 20% des Bauvolumens durch Baugemeinschaften geschaffen werden und private Investoren in die Bauentwicklung gehen. Es jedoch immer noch Schwierigkeiten gibt Wohnungen zu bezahlen.²⁶

Auch wird die Frage gestellt, ob man die gesellschaftliche Diskussion um das Thema „Wie wohnen?“ nicht anstoßen möchte und es jetzt nicht an der Zeit sei, sich etwas zu trauen? Der Vortragende verweist auf die Konzeptvergabe und die bevorstehende Internationale Bauausstellung, die die Unterhaltung in der Breite streuen soll.

Frau Prof. Hannemann fragt, wie viel bezahlbarer Wohnraum in Stuttgart verfügbar sei und welcher Standard bezahlbar ist? Der Vortragende antwortet, dass versucht wird günstig und nachhaltig zu sanieren, stellt aber selbst Fragen in den Raum, wer etwa die Qualität und den bezahlbaren Wohnraum bestimmt oder wer bestimmt, welchen Standard man sich leisten könne oder welche die nötige Infrastruktur sei, was die Gesellschaft bräuchte?²⁷

Ein Zuhörer wirft ein, dass man sich um neue Wohnformen Gedanken machen müsse und ob das Züblin-Parkhaus nicht eine gute Fläche für neue Wohnformen sein könnte? Der Vortragende gibt an, dass es eine Bürgerinitiative im Rahmen der Planungen gäbe und dass bei der Roten Wand Killesberg Konzepte wie Minimal-Houses angedacht sind und dahinter Wohnungen von Baugemeinschaften stehen könnten. Doch sei die Diskussion um eine dichte Bebauung in Stuttgart äußerst schwierig.

Es werden die Fragen gestellt, warum die Stadt nicht regulativ in den Markt eingreifen würde und warum man nur so wenig über die Tätigkeiten der Stadt in der Öffentlichkeit hören würde? Herr Pätzold erwidert, dass die SWSG ein soziales Wohnen fördert und hier Bestandshalterin ist. Stuttgart würde versuchen Flächen zu kaufen, um sie dann mit einer klar festgesetzten sozialen Quote unter Wert wieder zu verkaufen. Auf den zweiten Teil der Frage antwortet der Vortragende, dass vieles in der Tageszeitung zu lesen sei, aber vieles mehr im Amtsblatt veröffentlicht werde und stellt die Aussage in den Raum, oftmals sehe die Bevölkerung nur das Schlechte, obwohl die Stadt Vieles und Gutes machen würde.

.....

26 Die Frage bleibt weitestgehend unbeantwortet.

27 Diese Fragen bleiben ebenfalls unbeantwortet.

2.3 Peter Pätzold

Nachhaltige Stadtquartiere im Blickwinkel heutiger Herausforderungen

Frau Prof. Hannemann bedankt sich und spricht sich dafür aus, das Thema des Wohnens in die Aktivität der Stadt und zukünftige Diskussionen einzubeziehen.

Stuttgart, protokolliert am 07. Juli 2018.

2.3.1 IDEEN-Werkstatt

Hospitalhof Stuttgart am 20.06.2018

„In der IDEEN-Werkstatt geht es darum, gemeinsam Ideen für die Stadtverwaltung zu entwickeln, wie sich Stuttgart besser als Einwanderungsstadt präsentieren könnte. Wir fragen uns dabei: An welchen Orten in Stuttgart wird deutlich, dass es sich um einen multikulturellen Ort handelt? Was sind mögliche Ideen, die Stuttgart als Einwanderungsstadt sichtbar und wahrnehmbar werden zu lassen?“²⁸

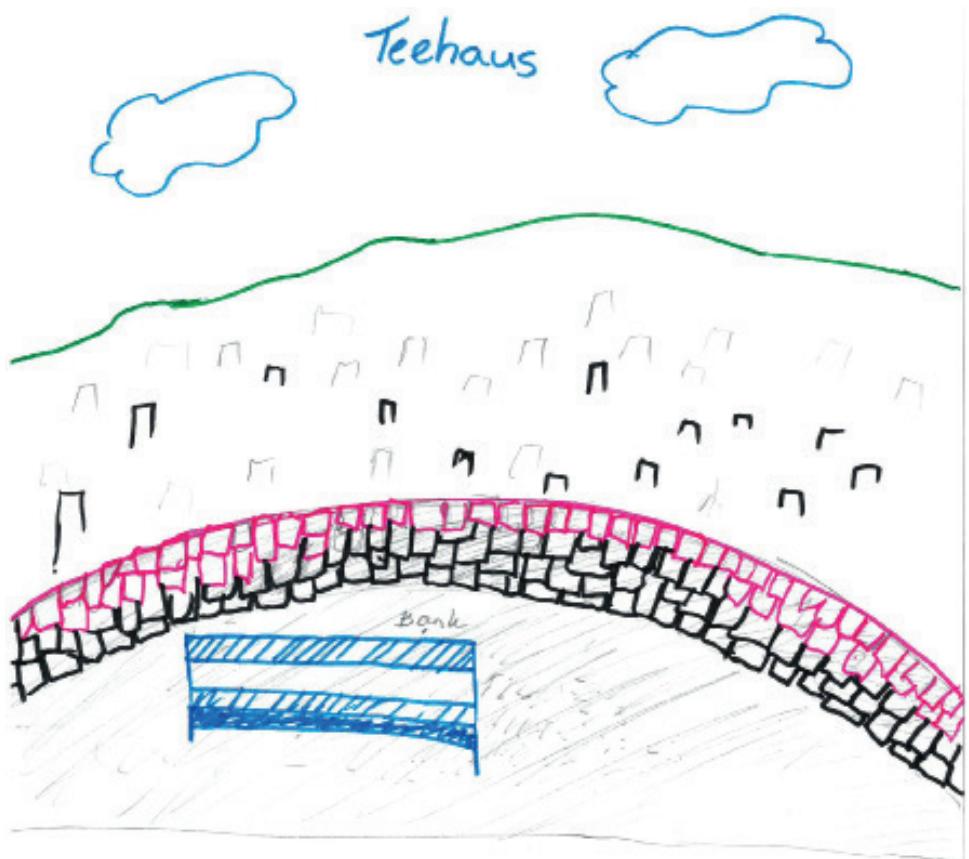
Die Teilnehmer der IDEEN-Werkstatt teilen sich in Zweiergruppen auf, um Passanten in der Stuttgarter Innenstadt zu den oben gestellten Fragen mithilfe des Werkzeugs des „cognitive mapping“ zu interviewen. Ziel ist es herauszufinden, welche Orte die Passanten als multikulturelle Orte in der Stadt wahrnehmen. Dabei werden die Passanten gebeten, diese Orte auf dem Blanco-Stadtplan einzuziehen.

In der Probanden-Befragung wurden 16 Frauen und 21 Männer allen Alters befragt und die Ergebnisse in einer Stadtkarte von Stuttgart eingetragen. Dabei zeigt sich, dass die Probanden vor allem die Stuttgarter Mitte sowie den Stuttgarter Osten und Norden für multikulturelle Orte halten.

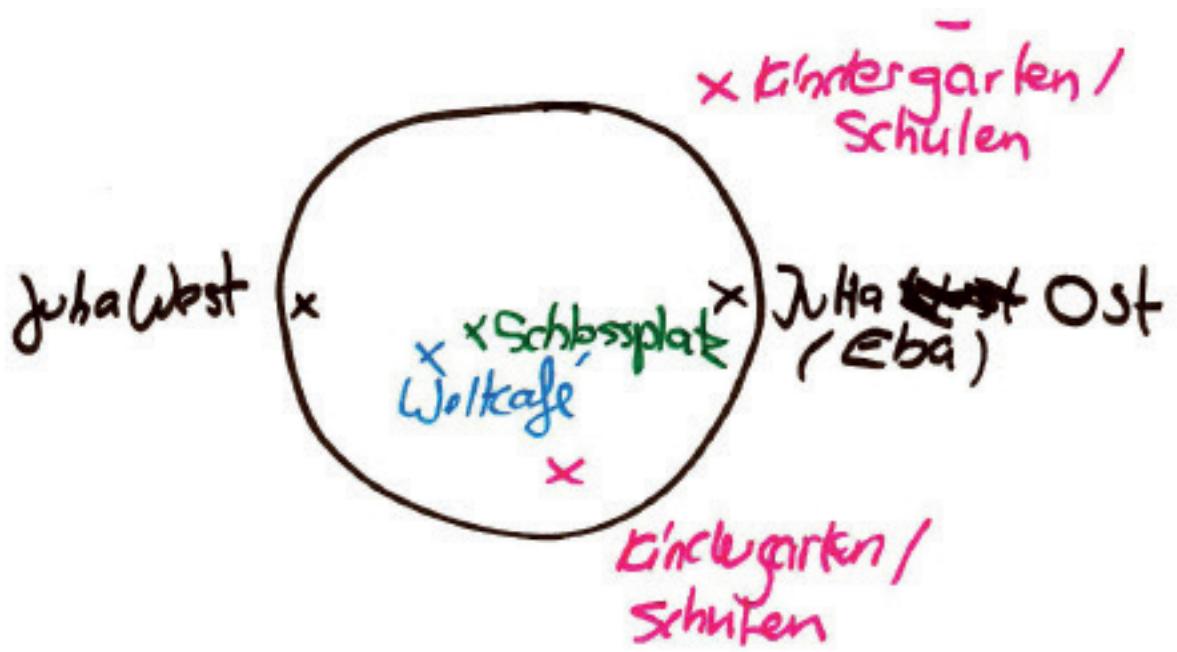
Beispiele der überarbeiteten „cognitive maps“ gezeichneter multikultureller Orte der befragten Probanden in Stuttgart sind folgend aufgelistet.

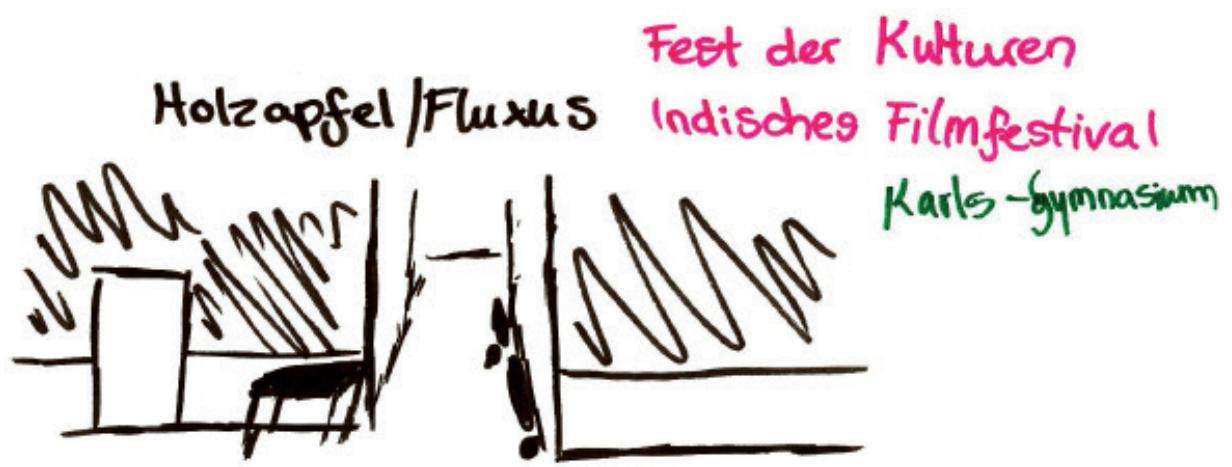
Nachfolgend wird die überarbeitete Stadtkarte von Stuttgart mit den verzeichneten multikulturellen Orten der befragten Probandinnen und Probanden (vgl. Abb. 9a-10) dokumentiert.

28 Handout IDEEN-Werkstatt 2018b, S. 2.

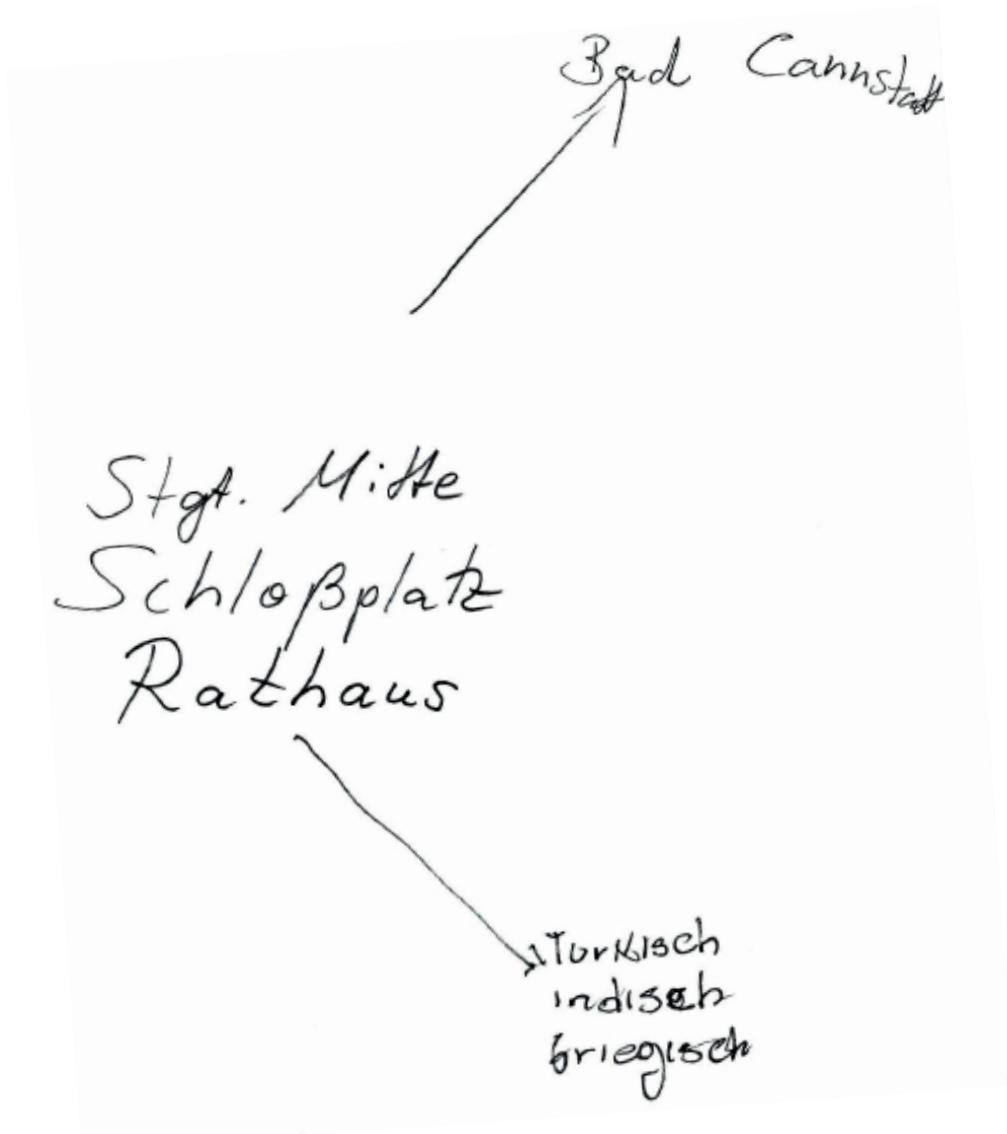


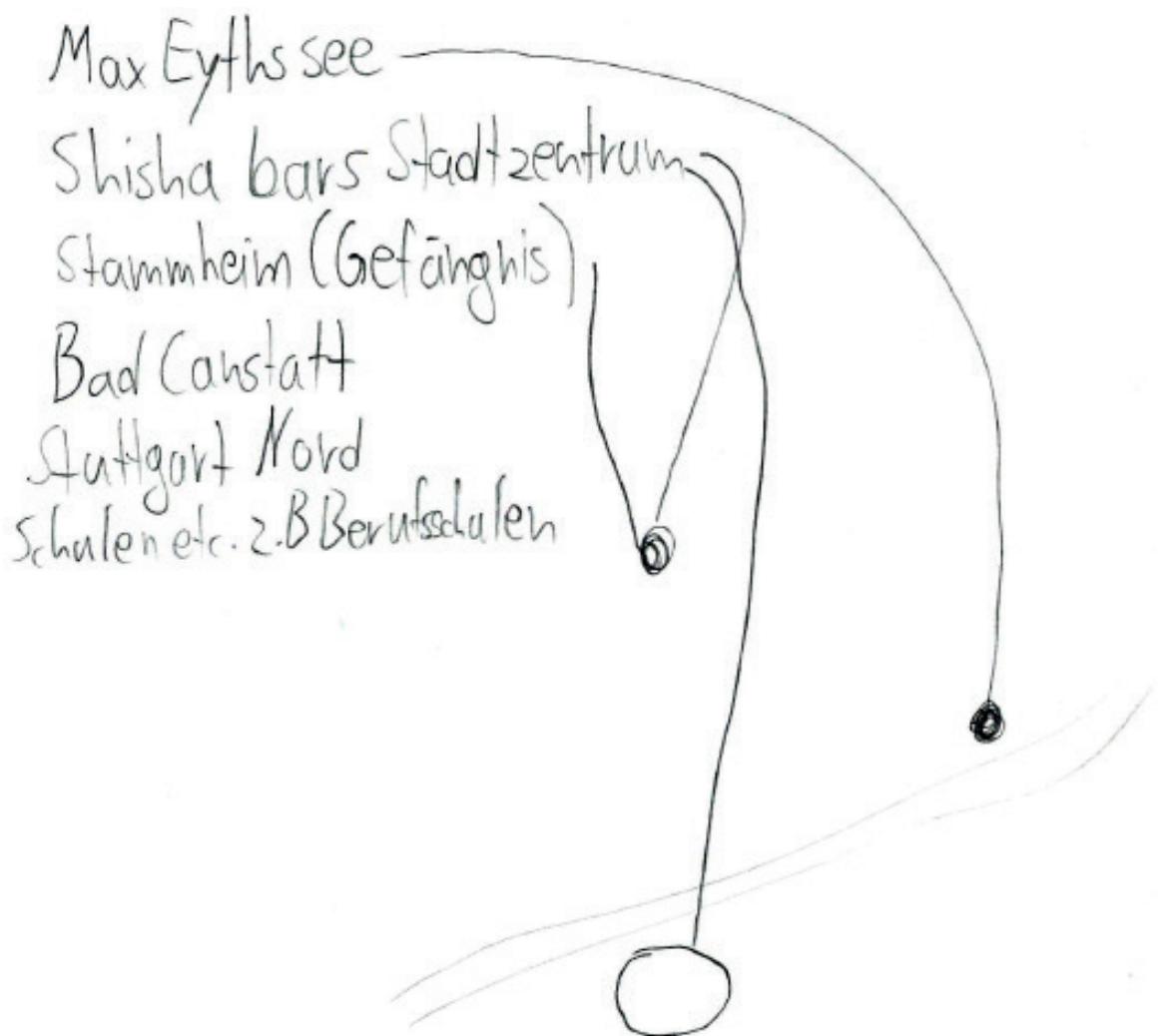
Teehaus
Treffpunkt
Notekühlplatz











Fernsehturm

(ost) X

Zoo

Untertürkheim
Schwimmbad

schloss
Platz

silzen

theater.

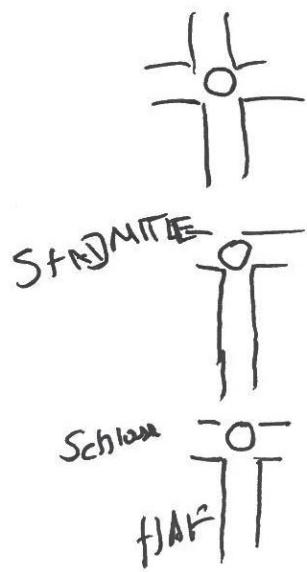
Köln

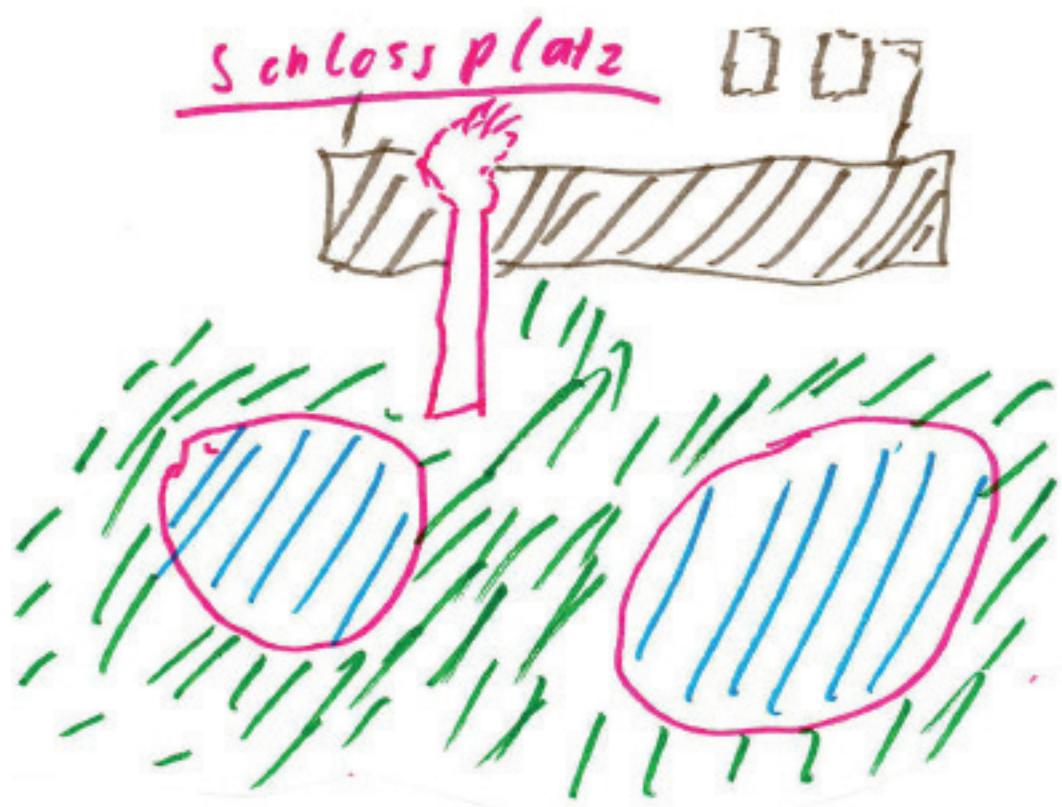
Stuttgart Ost

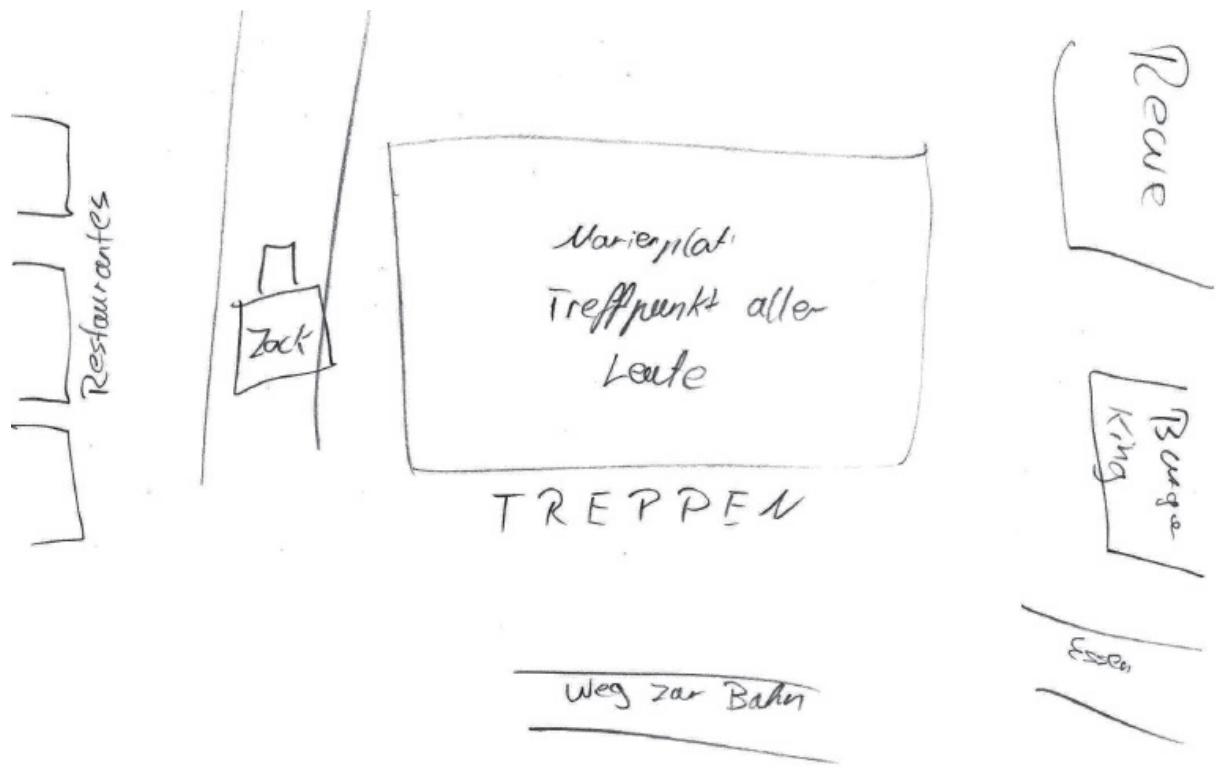
2100
→ 30 J
Sudan

Standort

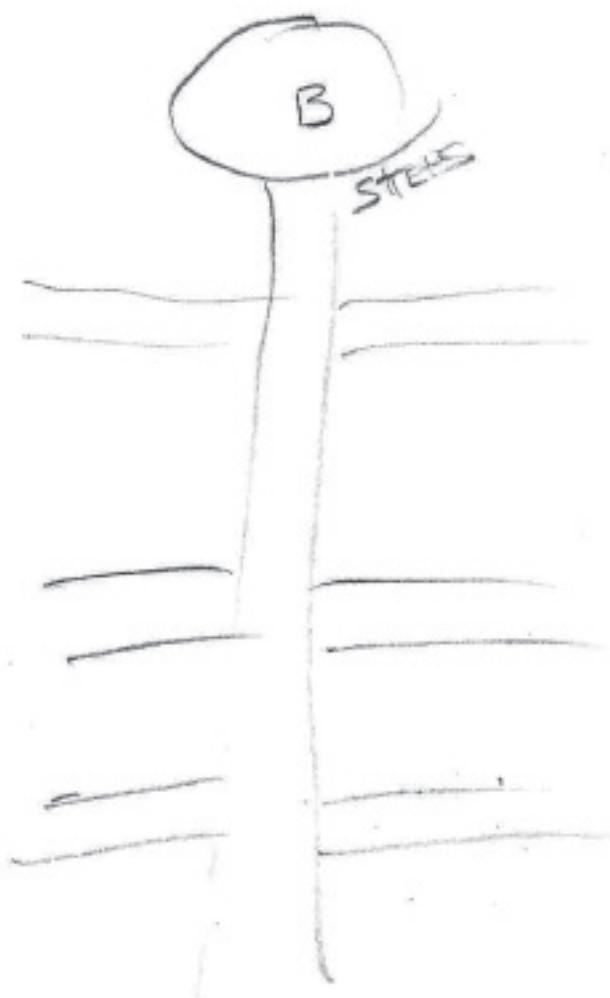




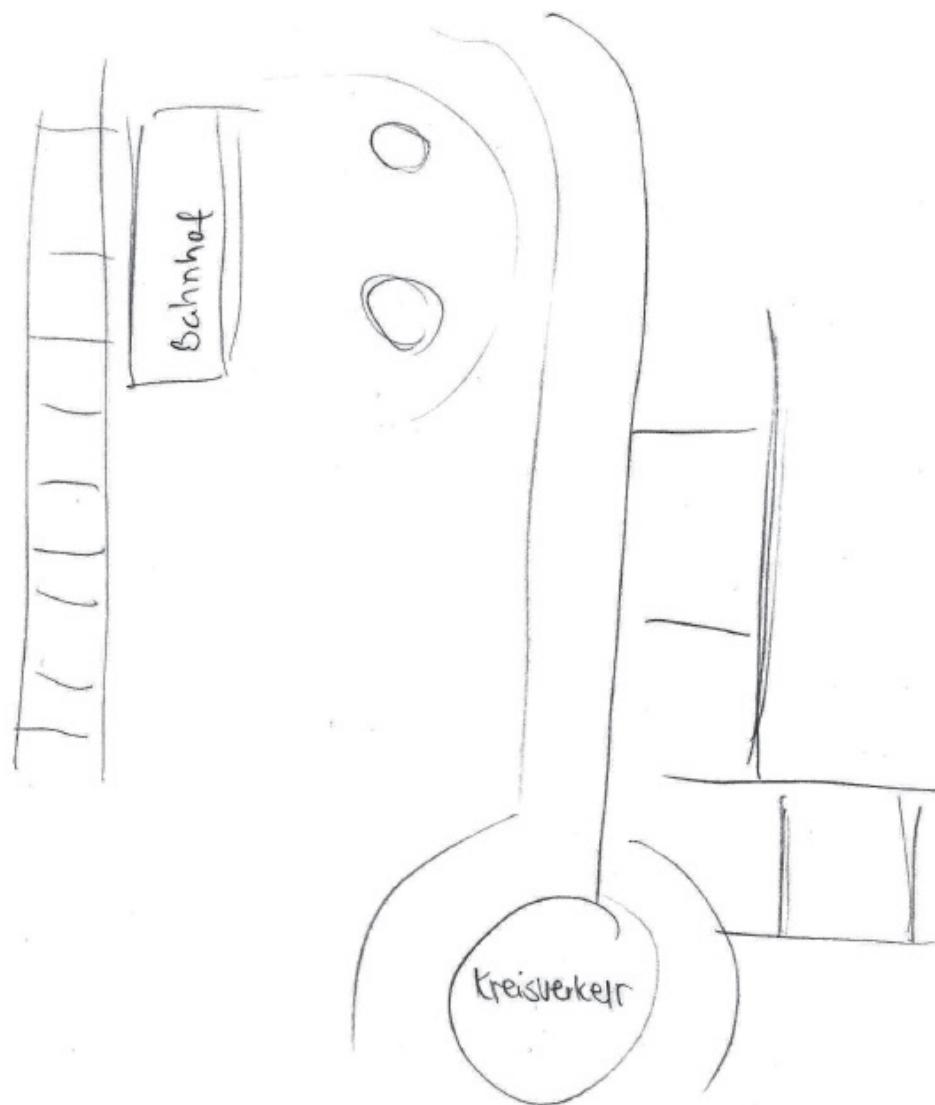


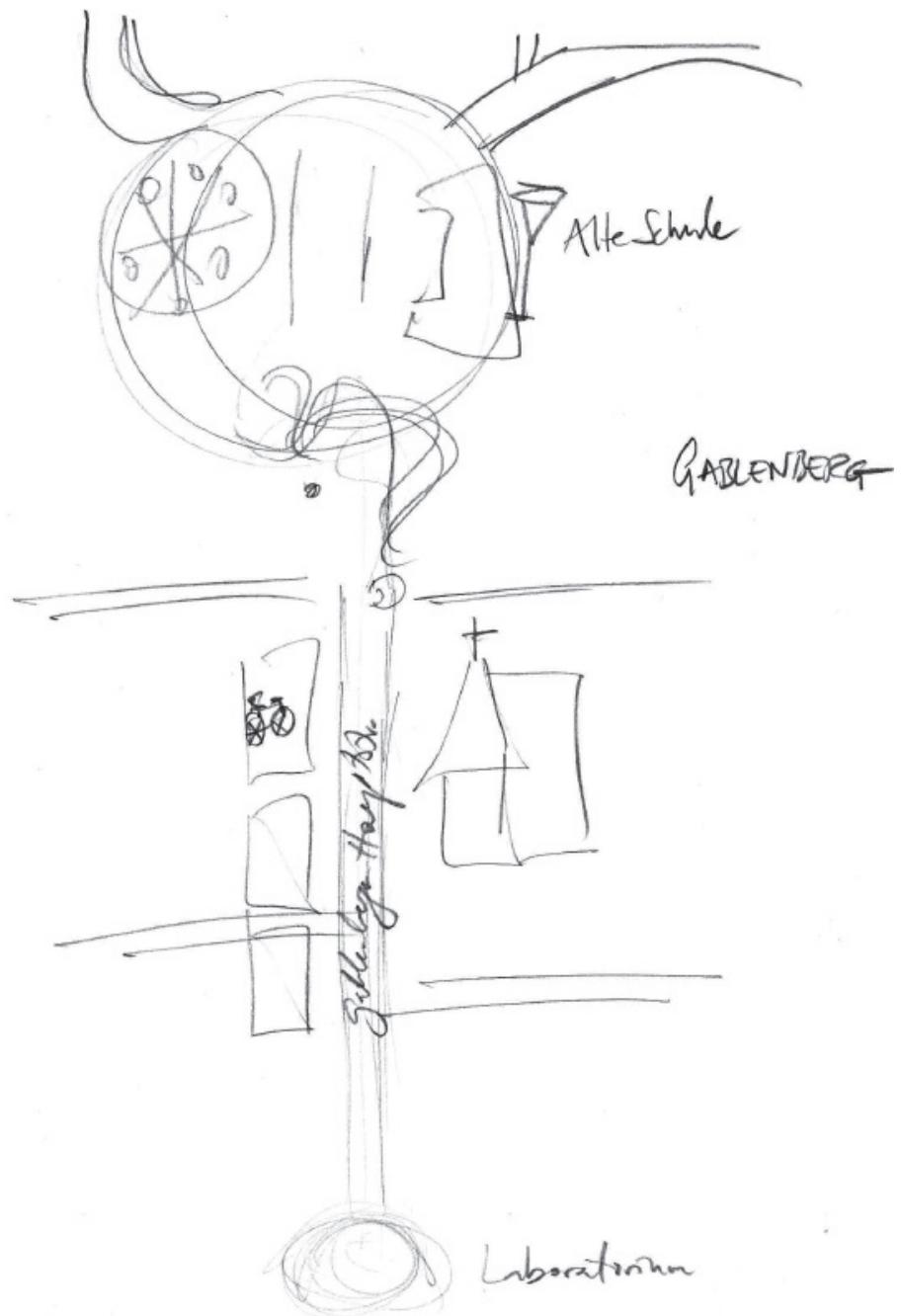


Bohnenvierfel

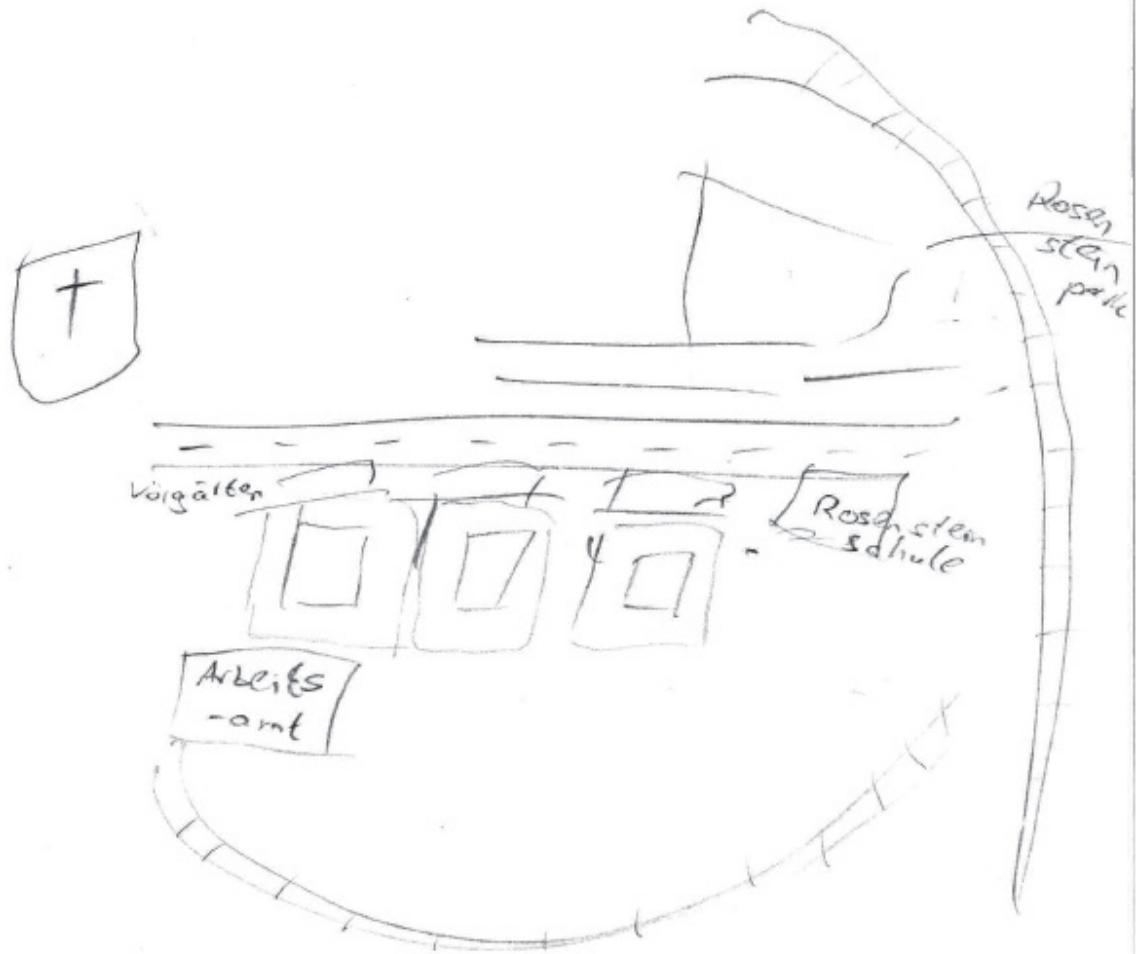


Bad Cannstatt



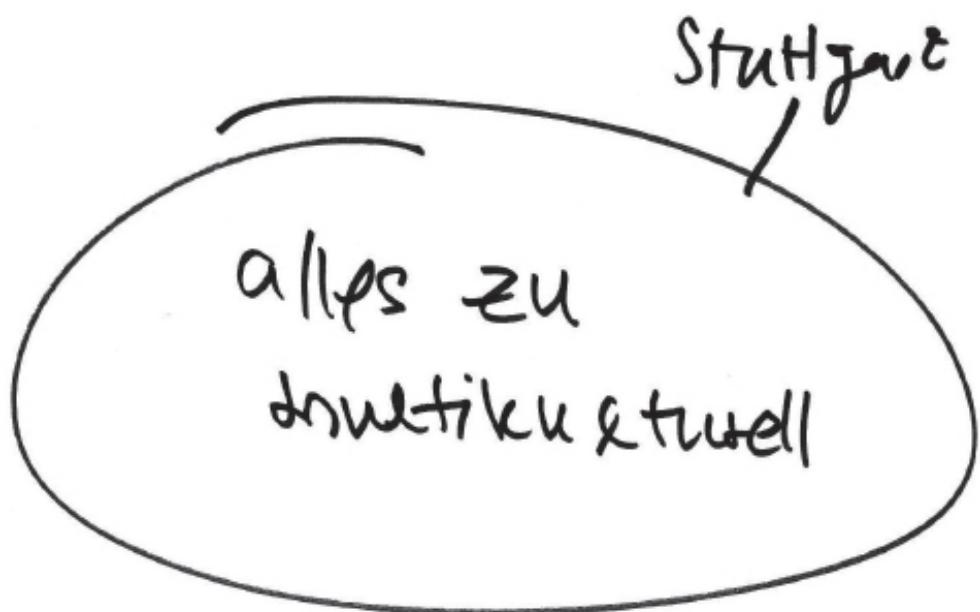


Nordbahnhof

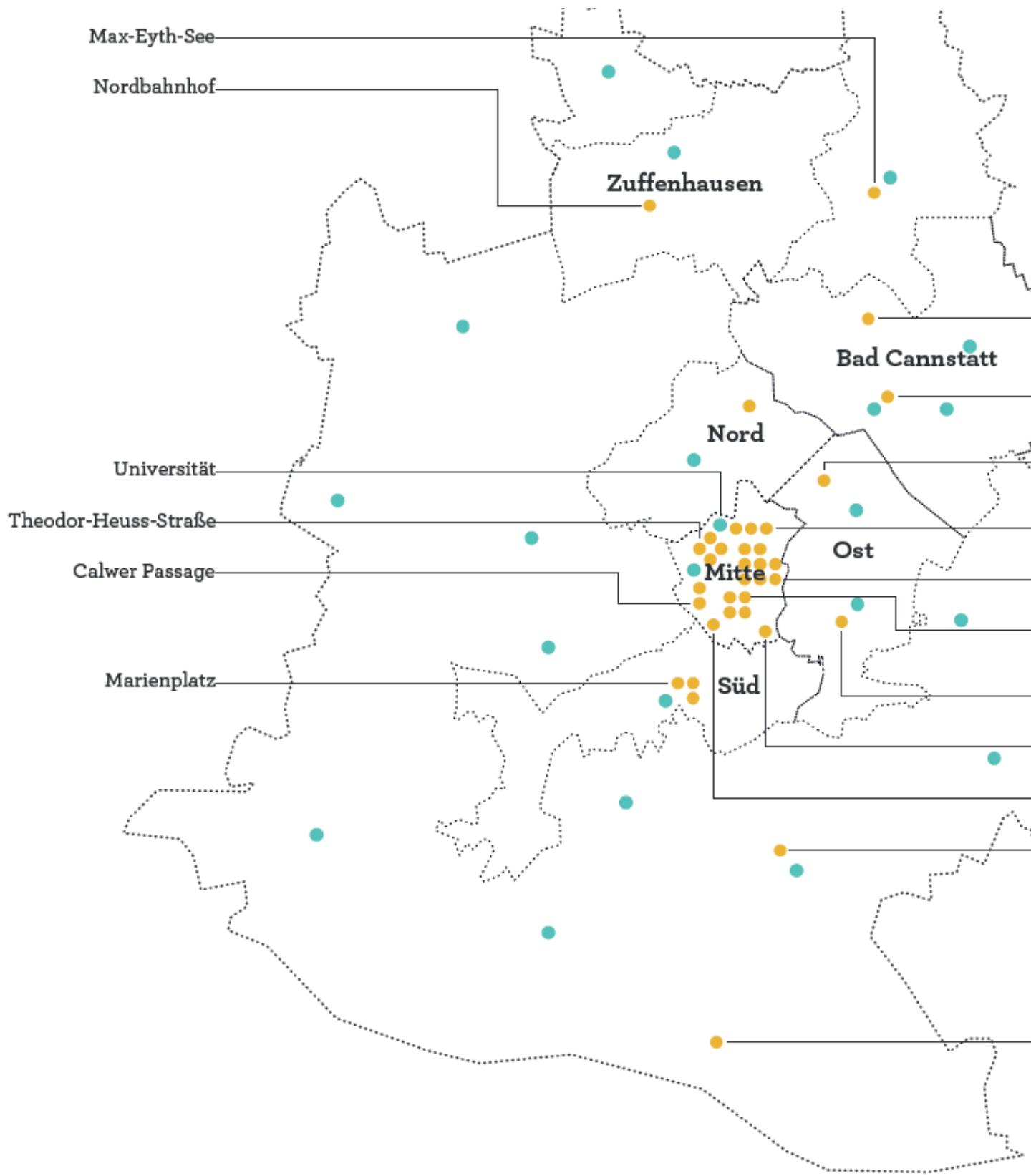


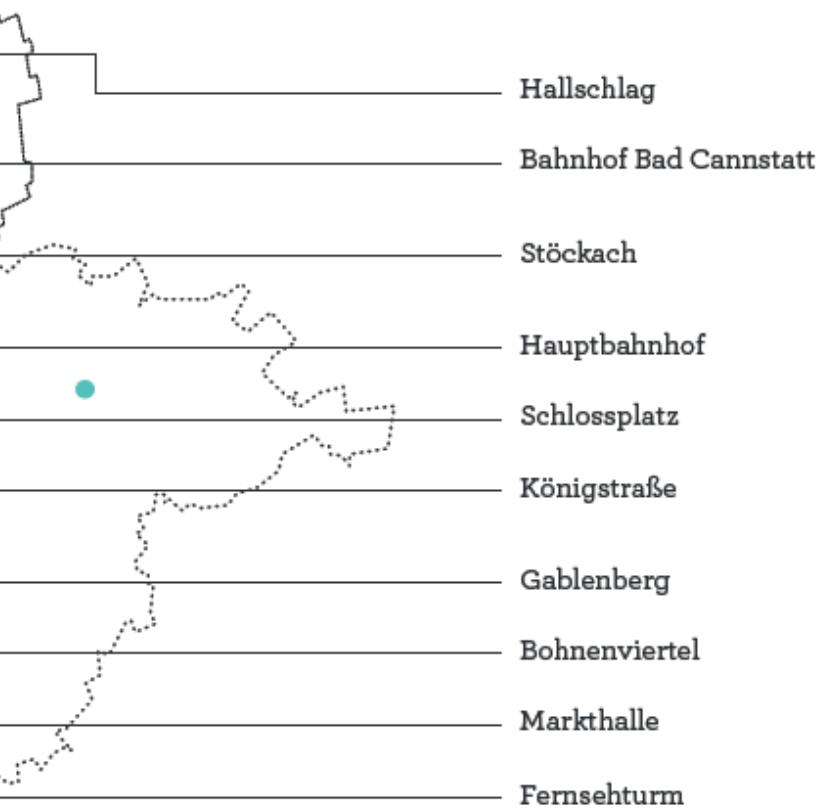


BOSNISCHE MOCHTE S-WANGEN









Multikulturalität

Fasanenhof

- Plätze und Orte in Stuttgart

- Jugendhäuser, Bildungsstätten, Kitas, Spiel- und Fußballplätze

2.3.1 IDEEN-Werkstatt

Die Teilnehmer der IDEEN-Werkstatt diskutierten, wie multikulturelle Orte zu stärken sind und welche Maßnahmen dafür getroffen werden können: Der öffentliche Raum sollte konsumfrei und zum Aneignen sein. Er solle Sitzgelegenheiten bieten. Durch architektonische Elemente könnte der öffentliche Raum zoniert werden und es könnten einander zugewandte, niederschwellige Sitzgelegenheiten für Gruppen und Einzelpersonen entstehen.

Für neuhinzugezogene Bürgerinnen und Bürger sollte als Begrüßung der Stadt eine Ankunftsibel mit multikulturellen Orten, ja einem ganzen Kulturpaket, gewährleistet sein.

Im Allgemeinen könnten „Warte-Orte“ wie Bushaltestellen oder Bahnsteige multikulturell gestaltet sein, d.h. mit Informationen zum multikulturellen Leben in der Stadt.

Stuttgart, protokolliert am 07. Juli 2018.

2.4 Kai Vöckler

Offenbach ist anders - Stadtentwicklung und Integration in der kleinen gl

Hospitalhof Stuttgart am 10.07.2018

Dr. Andreas Baumer begrüßt die Zuhörer zum vierten Vortrag der Vortragsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ und stellt den Referenten Prof. Dr. Vöckler²⁹ vor.

Der Referent bedankt sich und beschreibt aus welcher Position er den heutigen Vortrag hält. Er ist ausgebildeter Künstler und promovierter Kunsthistoriker. Er ist weder Migrationsforscher noch Soziologe, also kein Experte auf diesem Gebiet, sondern bezieht sein Fachwissen aus den genannten Disziplinen. Den Vortrag hält er nicht nur als Akademiker, sondern auch als Bürger von Offenbach. Seit 2011 ist Offenbach am Main sein neuer Heimatort.

Offenbach ist in Deutschland angekommen, man kennt die Stadt und die Menschen dort. Bevor Prof. Vöckler den Ruf nach Offenbach bekommen hat, kannte er die Stadt selbst nicht.

Offenbach hat rund 125.000 Einwohner, befindet sich in unmittelbarer Nähe zu Frankfurt am Main, raumstrukturell gehen die Städte ineinander über, und ist mitten in der Metropolregion Rhein-Main. Die Region ist polyzentral und bildet einen „Global Hub“ als größter Cargo Flughafen für Deutschland. Die Metropolregion erfährt auf allen Ebenen eine Zuwanderung von zwei bis drei Prozent im Jahr: Vom Wanderarbeiter bis zum Bankmanager. Das ist Ausdruck der weltweiten Handelsströme die in einer „Global City“ zusammenkommen. Neben den Handlungsströmen zeigen sich ebenfalls Migrationsströme, welche sich in den letzten 20 Jahren auch intensiviert haben. Die Migrationsströme müssen differenziert betrachtet werden, da die Europäische Union bei Weitem nicht die meisten Migranten aufnimmt, sondern diese Leistung von Afrika und Asien erbracht wird.

In den 1990er Jahren titelte der Spiegel, dass „das Boot voll sei“ und keine Migranten mehr aufgenommen werden können. Metaphern wie diese wiederholen sich in aktuellen Diskussionen.

29 Prof. Dr. Kai Vöckler ist Professor der Stiftungsprofessur „Kreativität im urbanen Kontext“ an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main. Er ist promovierter Kunsthistoriker und war mit dem Projekt „Offenbach als Arrival City“ 2016 bei der Biennale in Venedig vertreten. Zu der Thematik publizierte er Ende 2017 das Buch „Offenbach ist anders: über eine kleine globale Stadt, das Fremdsein und die Kunst“.

lobalen Stadt

Offenbach hat in Deutschland den höchsten Ausländeranteil, 37,8% sind nicht Nicht deutsche Einwohner. Es ist die erste Kommune in Deutschland, in der die Mehrheit, genau 61,6% der Einwohner migrationshintergrund hat. Nichtdeutsche Einwohner dürfen sich nicht am politischen Willensbildungsprozess beteiligen, können dadurch nicht zu hundert Prozent an einem Ort „ankommen“ oder daran teilhaben, mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung erst recht nicht.

Betrachtet man die Karte von Offenbach, so konzentriert sich der Ausländeranteil an den Stellen, wo einst auch die Industriestandorte waren. Das kommunale Leben ist dort von Gastarbeitern geprägt. Die Hauptindustrie von Lederwaren und Maschinenbau ist in den 1970er Jahren in Offenbach weggefallen. Die Kartierung von 2011 zeigt auf, dass es in der Innenstadt einen Anteil von über 50% an nichtdeutscher Bevölkerung gibt. Dort wo dieser Anteil geringer ist, befinden sich die eher bürgerlichen Viertel.

Offenbach hat neben dem größten Ausländeranteil auch die höchste Fluktuation in Deutschland. In der Offenbacher Innenstadt liegt die Fluktionsrate bei über 20%. Durch diese Bewegung in der Bevölkerung kann Identifikation und Zugehörigkeit nur schwer wachsen.³⁰ Die höchste Hartz-IV-Quote in Hessen hat Offenbach. Sie ist bei Migranten höher als bei Herkunftsdeutschen. Wenn die Arbeitslosenquote in Hessen steigt, so ist dieser Wert in Offenbach direkt abzulesen. Die Kommune ist durch soziale Leistungszahlen stark belastet und auf Landeshilfe angewiesen.

Die Hochschule der Gestaltung Offenbach lässt kreative Räume mit sozialproblematischen Räumen zusammentreffen. Unter dem Projekttitel „Wer bist du?“ wurde sich gefragt, wie die Stadt ihre Identität definiert und wie die Stadträume kulturell verhandelt werden. Dabei treffen zwei unterschiedliche Sozialmilieus von nichtakademischen Künstlern der Straßenrapper-Szene, wie Haftbefehl, auf akademische Künstler der Hochschule für Gestaltung.

Der Künstler Haftbefehl ist der Meinung, dass Offenbach ein Ghetto ist. Das wird in den Musikvideos wie „1999, Part I“ inszeniert und in Texten wie „Offenbach bleibt hart. Hermann-Steinhäuser-Straße, Mainpark, Chab. Forever Nor-

30 Prof. Vöckler spricht ebenfalls an, dass das Fluktionsphänomen nicht beforscht wird und man sich fragen muss wohin die Menschen gehen und wo sie bleiben.

2.4 Kai Vöckler

Offenbach ist anders - Stadtentwicklung und Integration in der kleinen gl

dend, Goetheplatz, Büsing-Park. Bruder dieser Ort brennt“ verankert.

Doch das sogenannte Ghetto von Offenbach ist kein Ghetto, da es in ganz Deutschland der Definition nach kein Ghetto gibt. In der Veröffentlichung „Offenbach ist anders: über eine kleine globale Stadt, das Fremdsein und die Kunst“ von 2017 wird der Thematik des sogenannten Ghettos ein ganzes Kapitel gewidmet. Die Stigmatisierung eines Ghettos macht sich der Künstler zu Nutze und nimmt symbolisch den städtischen Raum ein, eignet sich „den Platz“ oder „die Straße“ an. Dabei ist die eigene soziale Gruppe adressiert und es werden Herkunft, Bildung und Aufstiegschancen in den Texten und Videos verhandelt. Es geht um die Fragen „Wer und was sind wir? Wo Kommen wir her und welchen Ort eignen wir uns an?“. Ein anderer Offenbacher Rapper, JAM, verhandelt in seiner Kunst ebenfalls Orte in Offenbach und zeigt dort auch klare Grenzen auf.

Künstler wie Estroe oder Borisman zeigen die selben Räume wie Haftbefehl, doch codieren sie die gleichen Orte anders. Ihre Videos sind an ein anderes Publikum gerichtet, die Räume sehr viel affinativer darstellt.

Wie kann Offenbach nun sein Image verbessern? Imageaufbesserungsmöglichkeiten sind beispielsweise die Facebook-Seite „Like Offenbach“, die „Alternativen Stadttouren“, in welchen ortsfremde Bürger „den Thrill“ von Offenbach erleben können. Aktionen aus dem Rahmen der HfG hinaus, wie etwa die „Grillmeisterschaft der Nationen“ oder „Stadt ergänzen 2013“, stiften Identität innerhalb der Stadt und ihrer Bewohner. Das Kulturformat bietet sich dazu an Begegnungen zu schaffen und Ängste vor der vermeidlichen Fremde zu nehmen. Offenbach ist keine Stadt vor der man Angst haben muss. Sie hat gut ausgestattete Schulen und Kitas, abends können alle Viertel bedenkenlos betreten werden.

Für die Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt am Main wurde die Stadt, als Erweiterung zu dem deutschen Biennale-Beitrag von 2016 in Venedig, in einer Ausstellung zur „Arrival City“ portraitiert. Es wurden die Menschen hinter der Stadtfassade gezeigt: Menschen aus aller Herren Länder, die ein gutes Leben führen wollen.

Doug Sanders hat in seinem Buch „Die neue Völkerwanderung- Arrival City“ die These aufgestellt, dass Ankunftsquartiere entgegen ihres schlechten Images Migranten erfolgreich integrieren, diese aber in der Folge zumeist weiter in die

lobalen Stadt

„besseren“ Quartiere ziehen. Diese These trifft ebenfalls auf Offenbach zu. Es gibt eine stadt- und sozialräumliche Polarisierung im gesamten Rhein-Main-Gebiet. Arme Kommunen wie Offenbach betreiben erfolgreich die eben auch kostenintensive Integration (Stichwort: Fördermaßnahmen, Investitionen in die Ausbildung), die wohlhabenderen Kommunen in der Region profitieren insgesamt davon.

In Offenbach gibt es gemäß den statistischen Werten keine Ethnie, die dominiert, was noch einmal unterstreicht, dass es sich bei Offenbach um kein Ghetto handelt. Tatsächlich sind über 150 Nationen vertreten und es gibt eine starke Durchmischung, obwohl die ausländischen Bürger untereinander auch in Austausch treten müssen. Denn: „Ein Ausländer ist dem Ausländer auch ein Ausländer.“

Offenbach ist kein krimineller Brennpunkt. Generell ist die Kriminalität in Deutschland so niedrig wie seit 1992 nicht mehr. In den 1990er Jahren hatte Offenbach Probleme mit Gassenkriminalität und Drogenhandel, die etwas aus dem Ruder gelaufen waren. Hat daraufhin aber ab 2003 strategische Handlungsfelder für Integration als Querschnittsaufgabe für Politik und Verwaltung entwickelt. Ganz nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ werden Hilfestellungen für Migranten geleistet, aber auch klare Grenzen aufgezeigt. Beispielsweise geht die Verwaltung auf Wanderarbeiter aus Bulgarien zu und ermuntert sie dazu einen Verein zu gründen, um Gelder bei der Kommune beantragen zu können und so den neuankommenden Landsleuten eine Hilfestellung zu bieten, sie über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären. So wird der Verein zum Vermittler zwischen den Neuankommenden und der Verwaltung. Andererseits wird das Ordnungsrecht in der Stadt rigoros aufrechterhalten. Das Quartiersmanagement hat eine tägliche Präsenz und sorgt für Sauberkeit und Ordnung in der Stadt. Indikatoren wie überquellende Mülltonnen deuten auf überbelegte Beherbergungsstätten hin und werden direkt geahndet. Die deutschen Ämter unterbinden alle unerwünschten Auswüchse sofort und machen deutlich, dass gar nicht erst damit angefangen werden soll.

Das Bildungsprogramm spielt in Offenbach ebenfalls eine wichtige Rolle, da Bildung neue Perspektiven sozialer Aufstiegsmöglichkeiten schafft. Die Stadt

2.4 Kai Vöckler

Offenbach ist anders - Stadtentwicklung und Integration in der kleinen gl

bemüht sich darum, dass die gut integrierten Menschen bleiben. Erst in jüngster Zeit wird die erfolgreiche Integration von Migranten in Offenbach auch berregional wahrgenommen und zur Verbesserung des Stadtimages beitragen.

Im Identitätskonflikt geht es konkret um Auseinandersetzungen und die Verhandlung von Werten und Kultur. Die Konflikte müssen gesucht und ausgemacht werden, damit eine kollektive und sinnstiftende Identitätskultur geschaffen werden kann. Das Lokale muss ins Auge gefasst und der Ort konkret verhandelt werden.

Frau Prof. Hannemann bedankt sich für den Vortrag und lädt zur Diskussionsrunde ein. Die erste Frage betrifft die möglichen Handlungsfelder, in welchen Segregation entgegengewirkt werden kann. Prof. Vöckler beschreibt, dass sich bei der Segregation zwei Phänomene belagern: die ethnisch kulturelle und die soziale Segregation. Die Stadt will soziale Mischung in den Quartieren, aber garde in den stark sozial belasteten Quartieren, die zudem einen hohen Ausländeranteil aufweisen, sind die Einkommensstarken Haushalte weggezogen - auch mit Migrationsgeschichte. Ein Beispiel der Schnittpunkte unterschiedlicher sozialen Milieus sind Schulen und Kindertagesstätten. Doch ist die Segregation innerhalb der Schulen bereits wahrnehmbar, da bürgerliche Familien ihre Kinder zunehmend nicht mit Kindern von sozial schwachen Bürgern zur Schule gehen lassen wollen. Dabei ist es wichtig, dass ein sozialer aber auch ein ethnisch-kultureller Austausch zur Stande kommt, damit Brücken geschlagen werden.

Frau Prof. Hannemann wirft ein, dass die Schuldiskussion akut ist, woraufhin der Referent meint, dass auch die Migranten, die gut integriert und sozial aufgestiegen sind, aus den „Assivierteln“ wegziehen und ihre Kinder mittlerweile auch schon auf Privatschulen schicken würden.

Die zweite Frage aus der Zuhörerschaft bezieht sich auf Haftbefehl, der das Image von Offenbach mit dem aus den 1990er Jahren besetzen möchte und ob dieses Image so persistent sei, dass es funktioniere? Prof. Vöckler antwortet, dass die meisten Menschen durchaus zwischen der Kunst und der Realität entscheiden könnten.

Eine Folgefrage geht auf die hohe Fluktuation in Offenbach ein und begründet damit das persistente schlechte Image der Stadt. Der Referent meint, dass die

Imagewende bereits eingesetzt hat und bei Aufwertungsmaßnahmen bereits von einer Gentrifizierung gesprochen wird. Ob es in Zukunft gelingt mit diesen Maßnahmen eine bessere soziale Mischung zu erreichen, wird sich erst zeigen.

Die nächste Frage zielt auf die angesprochenen kulturellen Verhandlungen des Raumes ab und ob es eine tatsächliche Auseinandersetzung oder nur ein Nebeneinander gibt? Ob der Raum verhandelt werde oder man sich nicht begegne? Prof. Vöckler antwortet, dass die Szenen sich durchaus überlappen, da Offenbach eine kleine Großstadt ist. Haftbefehl erreicht ein Millionenpublikum und bezeichnet sich aber immer noch als Offenbacher. Er nimmt den Raum mit einer gewissen Attitude ein, verhandelt den Raum politisch und reagiert dabei aber auch auf Kritik.

Ein Zuhörer stellt die Frage, wie Kunst mit dem Ordnungsamt verbunden werden kann und wie viele Zentren man sich noch leisten könne? Der Referent führt aus, dass die Stadt stark in die Integration investiere, beispielsweise durch Fördermaßnahmen im Bildungsbereich. Leider profitiert sie nicht davon, da bisher gerade die gut ausgebildeten, erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrierten Zuwanderer die Stadt aufgrund ihres schlechten Images auch verlassen habe. Entsprechend ist die Stadt bspw. auf den kommunalen Finanzausgleich und auf Landeshilfe angewiesen. Stadtpolitisch sei aber mittlerweile klar, dass „Arrival Cities“ mehr finanzielle Unterstützung erfahren müssen, da dort die Integrationsarbeit geleistet wird. Die Kunst kann sich nicht über die Gesetze stellen. Das Verhältnis zwischen dem Ordnungsamt und der Kunst in Offenbach ist super, man tauscht sich aus. Das Ordnungsamt schaut mehr auf die Kriminalität.

Es wird gefragt, um wie viel die Kriminalität in Offenbach gesunken sei? In Rastatt gäbe es beispielsweise Vandalismus und die Bewohner fühlten sich unwohl. Geantwortet wird, dass Offenbach, was Kriminalität angeht, im deutschen Mittelfeld liegt.

Auf die Frage, ob die Erwartung sich erfülle, dass mit Grünzonen viel erreicht werden könne, erwidert der Referent, dass die Stadtentwicklung sozialübergreifend handelt und auch Urban Gardening und Gärtnern an sich Integration schafft. Frau Prof. Hannemann führt ebenfalls das Kochen als Integrationsfaktor auf, worauf Prof. Vöckler eingeht und berichtet, dass das „Fest der Vereine“ das

2.4 Kai Vöckler

Offenbach ist anders - Stadtentwicklung und Integration in der kleinen gl

beliebteste in Offenbach sei. In ganz Offenbach werde gekocht und alle hätten einen riesen Spaß daran.

Die folgende Frage geht auf die Zahlen ein. Wie viele Migranten würden Offenbach wieder verlassen und ob es dabei Unterschiede zwischen den Ethnien gäbe? Prof. Vöckler bedauert, dass es keine Zahlen über diese Entwicklungen gibt. Die Stadt wisse nicht genau, wohin und aus welchen Gründen die Menschen ziehen. Es gibt in diesem Feld einen großen Forschungsbedarf. Bei Offenbach habe man genau hingeschaut und bedingt feststellen können, dass die Fluktionsrate bei den „alteingesessenen“ Zuwanderern wie beispielsweise den Italienern deutlich geringer ist.

Frau Prof. Hannemann führt aus, dass die Ethnisierung hier ein Problem sei, woraufhin Prof. Vöckler antwortet, dass der soziale Hintergrund bei der Integration eine wichtige Rolle spielt. So lässt sich beobachten, dass Zuwanderer mit akademischen Hintergrund sich oftmals sehr viel leichter integrieren, auch weil die Bedeutung von Sprachkompetenz und Bildung als Schlüssel für den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Aufnahmegergesellschaft hoch eingeschätzt wird. Menschen mit niedrigem Bildungsstand tun sich oft sehr viel schwerer Fuß zu fassen und bedürfen daher auch besonderer Unterstützung.

Frau Prof. Hannemann bedankt sich bei Prof. Vöckler und dem Publikum.

Stuttgart, protokolliert am 18. Juni 2018.

obalen Stadt

2.4.1 KONZEPT-Werkstatt

Hospitalhof Stuttgart am 11.07.2018

Die Teilnehmer der KONZEPT-Werkstatt teilen sich in zwei Arbeitsgruppen auf, um folgende Leitfragen zu beantworten:

- „An welchen Orten in Stuttgart „sehen“ wir Stuttgart als Einwanderungsgesellschaft? Wo in Stuttgart lassen sich „Ankunftsorte“ finden?
- Was sind die Charakteristika solcher Ankunftsorte? Wie sind sie gestaltet?
 - Soziale Strukturen und Typologien [Vereine, Schulen, Institutionen]
 - Ökonomische Strukturen und Typologien [Signifikante Orte: Supermärkte, Spielhallen etc.]
 - Bauliche städtebauliche Strukturen [Bautypologien]
- Werden Ankunftsorte überhaupt benötigt?
- Wie sollen die „Ankunftsviertel“ gebaut werden?“³¹

Beginnend setzen sich die Teilnehmer im Rahmen einer Diskussion mit dem Thema der „Arrival City“ auseinander. Migranten suchen in einem Ankunftsquartier nach Arbeit und Wohnraum sowie möglicherweise nach eigenen Landsleuten, die es erleichtern Brücken in die neue Gesellschaft zu schlagen. Die Ankunftstypologie des Quartiers und der Gebäude muss dabei untersucht werden und ob es eine Häufung von bestimmten Nationalitäten in bestimmten Quartieren oder Stadtteilen gibt. Nimmt man die nationale Ebene als Beispiel, lässt sich ablesen, dass Kosovoalbaner beispielsweise vor allem die Städte Hamburg und Stuttgart ansteuern, was die Frage aufkommen lässt, ob nicht bestimmte Nationalitäten ganz bestimmte Städte in Deutschland bevorzugen? In den vorangegangenen Werkstätten der Vortragsreihe „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ haben die Stadtstatistiken von Stuttgart gezeigt, dass es in Stuttgart keine Quartiere gibt, in welchen eine bestimmte Nationalität überrepräsentiert ist. Es wird darüber diskutiert, ob es in den Ankunftsquartieren nicht eine Konzentration von Ausländern geben müsse. Ankunftsgebiete könnten in der Nähe von Flughäfen gelegen sein, da Flughäfen viele Arbeitsplätze bieten. Andererseits wird von Migranten eine zentrale Lage bevorzugt oder zumindest eine, an der die öffentliche verkehrliche Anbindung günstig ist, da hohe Transportkosten vermieden

31 Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie 2018c.

werden wollen. Abschließend wird die Frage gestellt, ob Ankunftsorte in Stuttgart benötigt werden und welche Ankunftsorte in Stuttgart bereits bestehen Welche Angebote gibt es und welche werden zusätzlich benötigt?

Untersucht werden die Stadtteile Stuttgart-Bad Cannstatt und Stuttgart-Wangen. Die überarbeiteten Ergebnisse der Plakate sind nachfolgend dokumentiert (vgl. Abb. 11a-12b).

Stuttgart-Bad Cannstatt



Wasen

5 Einwohner je 1.000 ziehen hinzu

Einwohner mit Migrationshintergrund

22% über Stuttgarter Durchschnitt

Bad Cannstatt Mitte

15 Einwohner je 1.000 ziehen hinzu

Arbeitslosenquote

29% über Stuttgarter Durchschnitt

Veielbrunnen

97 Einwohner je 1.000 ziehen hinzu

Über 15 Jahre in Bad Cannstatt

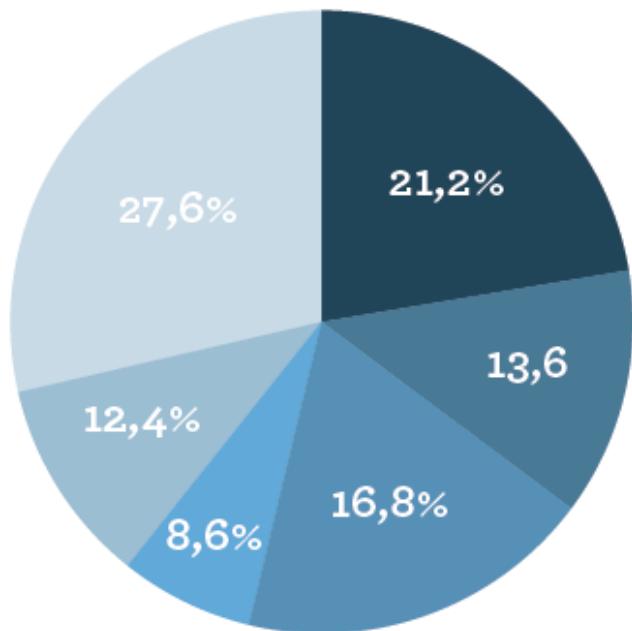
45% Ausländer

Hallschlag

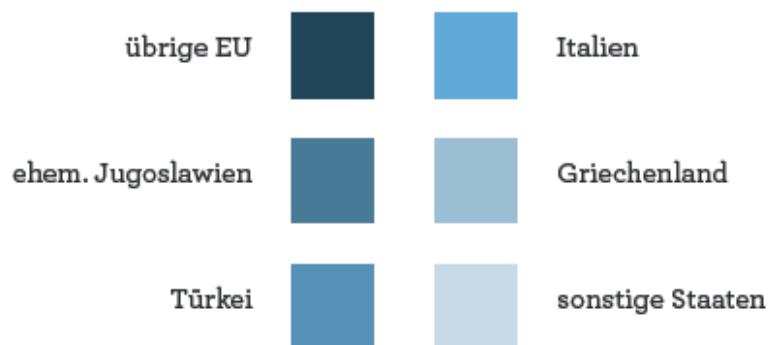
60% Deutsche

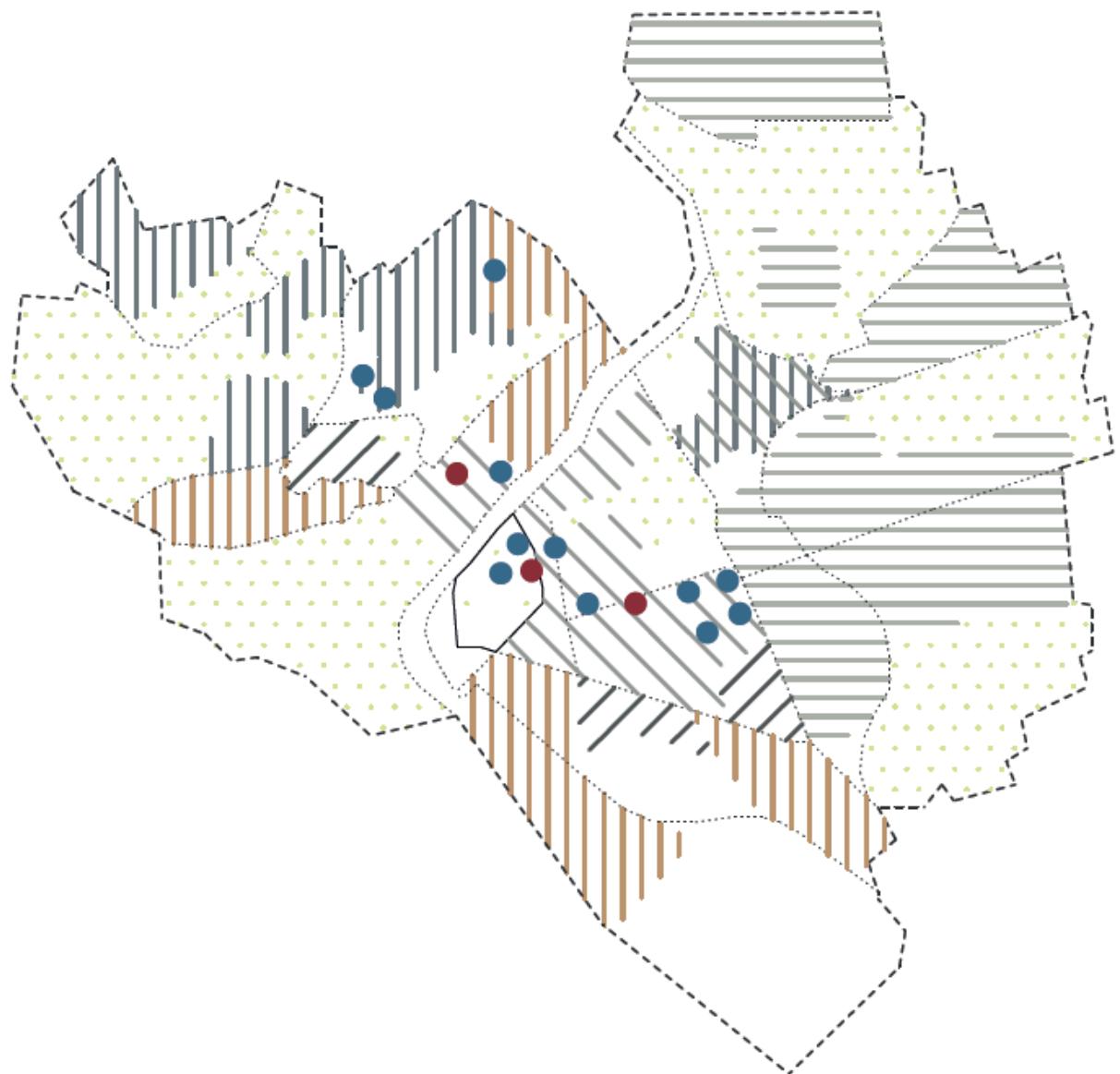
69.543

Einwohner



Ausländische Staatsangehörigkeiten





0

120

Abbildung 11b: Ankunftszeit Stuttgart-Bad Cannstatt.

Institutionen

● Kirchen

● Moscheen

Gebäudetypologien



durchlässige Blockrandbebauung



Blockrandbebauung



Zeilenbauten



Reihen- und Mehrfamilienhäuser



historische Struktur



Industrie



Grünanlagen, Gärten, Landwirtschaft

Stuttgart Wangen Stuttgart-Wangen



Einwohner

34,0% Ausländer

52,6% Migrationshintergrund

Wanderungssaldo

+17,1 Einwohner je 1.000 ziehen zu

Arbeitslosenquote

47,0% über Stuttgarter Durchschnitt

Einwohner mit Migrationshintergrund

25,0% über Stuttgarter Durchschnitt

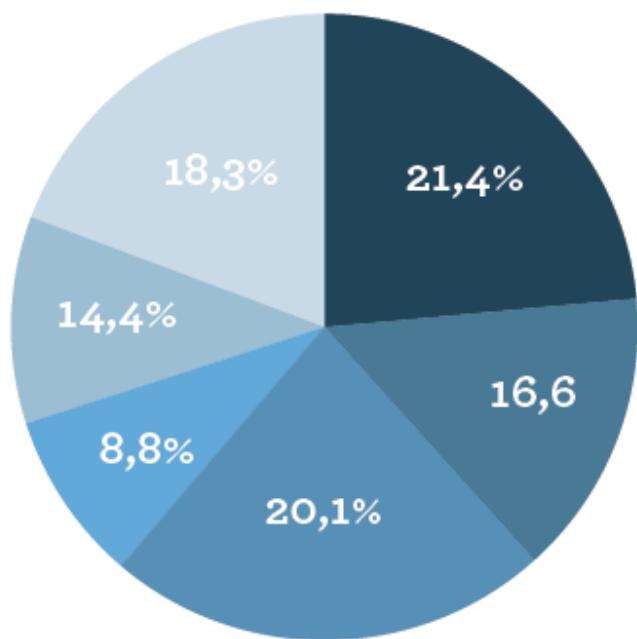
Über 15 Jahre in Wangen

47,3% Ausländer

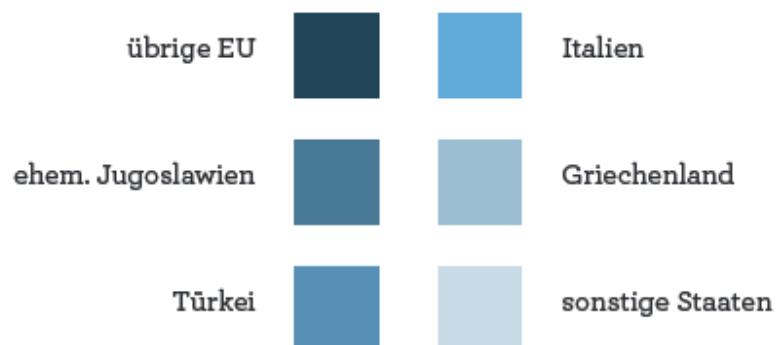
65,8% Deutsche

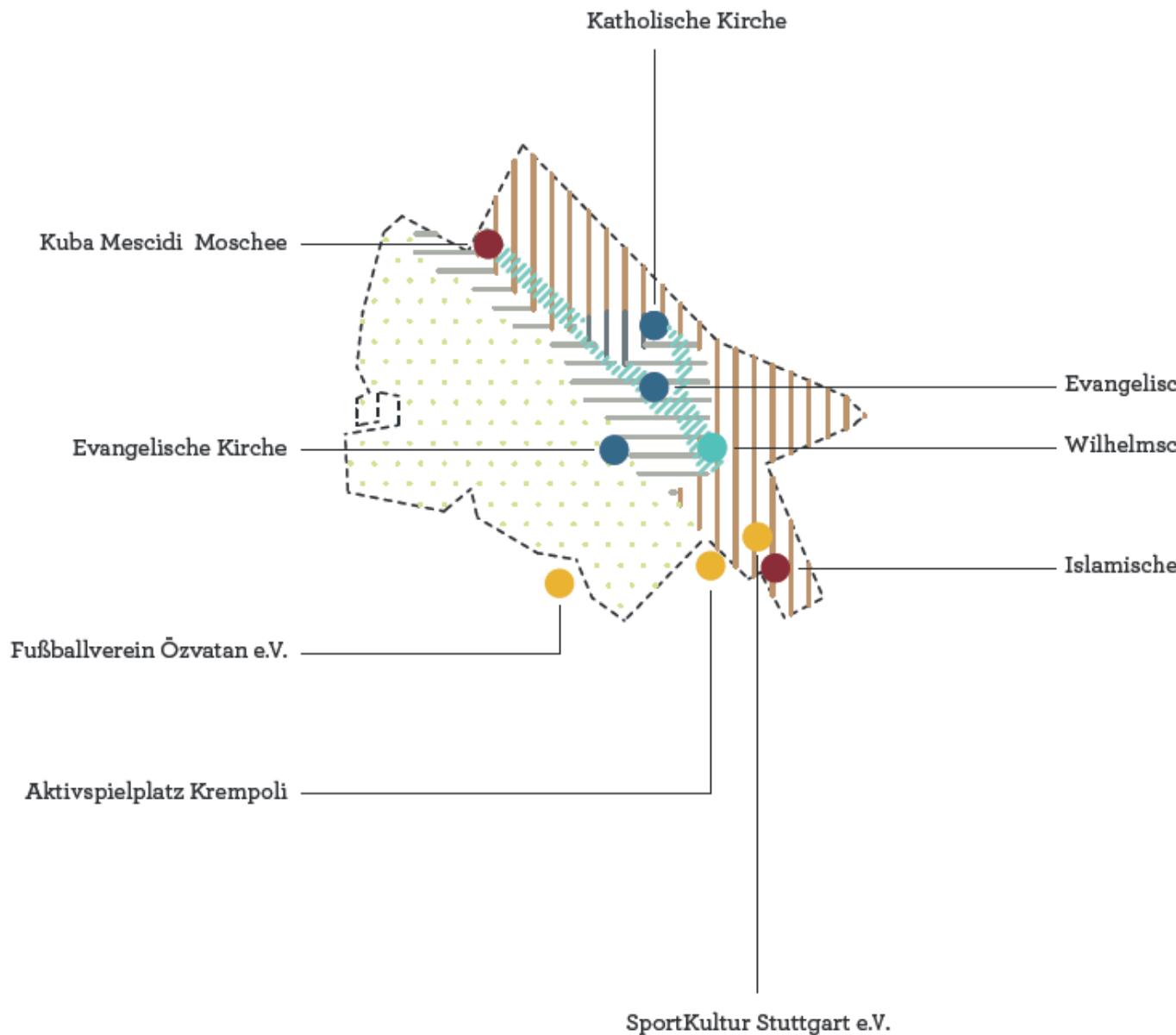
8.904

Einwohner



Ausländische Staatsangehörigkeiten





he Kirche

hule

Gemeinschaft e.V.

Institutionen

● Kirchen

Gebäudetypologien



Zeilenbauten



● Moscheen



Reihen- und Mehrfamilienhäuser



● Freizeit



Kleingewerbe



● Bildungsstätten



Industrie



Grünanlagen

2.4.1 KONZEPT-Werkstatt

Bad Cannstatts (Stuttgart) städtebauliche Struktur ist vielfältig. Neben einer historischen Altstadt gibt es gründerzeitliche Blockrandbebauungen mit Innenhöfen, groß angelegte Grünanlagen, Zeilenbauten und Industrieanlagen. Die Mischung der unterschiedlichen Gebäudetypologien ermöglicht unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten, auch wenn die Gebiete, etwa die freiwerdenden Industrieanlagen, zukünftig umgenutzt werden sollen. Sie bieten vielseitige Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten für Migranten.

Die soziale Struktur in Bad Cannstatt ist durchmischt. Es sind vor allem die Religionen Römisch-Katholisch, Muslimisch und Evangelisch vertreten. Es gibt Kirchen und Moscheen. 45% der Ausländer wohnen seit über 15 Jahren in Bad Cannstatt. Bei den Deutschen wohnen über 60% seit über 15 Jahren in Bad Cannstatt.

Stuttgart-Wangen ist nordöstlich vom Neckar begrenzt und steigt südwestlich topographisch an. Es ist in drei Zonen eingeteilt: Die am Neckar gelegene Industriezone, angrenzende Wohngebiete, die ihrerseits in Typologien von Mehrfamilienhäusern in Blockrandbebauung, Wohnen in Zeilenbauten und kleinteiligen Ein- bis Zweifamilienhausbauten gegliedert ist, und die Landschaftszone mit Kleingärten und Weinanbau, die sich den Berg hinaufzieht. An der Ulmer und Inselstraße ist ein gemischtes Angebot an Kleingewerbe zu finden, vom Bäcker, über den Supermarkt, hin zu Cafés, Restaurants und Hotels. Dabei sind alle kulturellen Richtungen vertreten.³²

Von den 8.904 Einwohnern Wangens sind 3.031 Ausländer, was einem prozentualen Anteil von 34 entspricht. 52,6% der Einwohner in Wangen haben einen Migrationshintergrund. Der Anteil an türkischer Bevölkerung ist mit 20,1% am höchsten.³³ Die Vereinslandschaft in Wangen ist eher mäßig. Es sind nur wenige Vereine zu finden.³⁴ Um einen besseren Austausch und eine einfachere Integration in Wangen zu ermöglichen, werden konkrete Vorschläge gemacht:

32 Die Analyse erfolgte entlang der Ulmer Straße und der Inselstraße mittels Google StreetView. Google 2018.

33 Statistisches Amt Stuttgart 2015b, S. 11 f.

34 Landeshauptstadt Stuttgart 2018f.

Das Angebot für Sprachkurse, Betreuung und die Bildungsförderung im Stadtteil soll ausgebaut werden. Es sollen mehr sichtbare Begegnungsorte geschaffen werden. Darüber hinaus sollen die Bürgerinnen und Bürger zur Vereinsgründung ermuntert werden, um Förderungen durch die Kommune zu erfahren und mit ihr in Kontakt zu treten. Das wiederum ermöglicht eine Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Ebenen.

Zusammenfassend lassen die beiden ausgewählten Stadtteile Qualitäten einer „Arrival City“ erkennen, die diverse Angebote und Möglichkeiten bietet. Abschließend wird in der Gruppe diskutiert, welche Typologien und Angebote wichtig für die „Arrival City“ sind:

Eine „Arrival City“ bietet mehr Möglichkeiten, wenn sie relativ dicht bebaut ist, alles möglichst zu Fuß erreichbar ist, sie auch einen gewissen Grad an informellen Strukturen zulässt und eine gute soziale Mischung herrscht. Selbstweiterbauprojekte wie „Half a House“ von Elemental könnten Möglichkeiten für eine Adaption und eine Identifikation mit der neuen Gesellschaft bieten und auch in Deutschland eine Möglichkeit darstellen, wie ein Stück weit Informalität in europäischen Städten Einzug bekommen könnte. Als Integrationsprojekte sind Gemeinschafts- und Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung ebenfalls sehr gut denkbar. Wichtig ist ein flächendeckendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum, damit es keine sozialräumlichen Konzentrationen und daraus resultierende Negativeffekte gibt. Öffentliche Räume müssen auch konsumfreie Angebote für Freizeitbeschäftigungen bieten. Zonen des gemeinschaftlichen Urban Gardening böten Entfaltungs- und Begegnungsräume. Für eine gute Integration ist jedoch auch die vorschulische Spracherziehung der neuen Generation überaus wichtig, damit Chancen in Schule und Ausbildung wahrgenommen werden und die Sprache an sich keine Barriere darstellt.

Im Rahmen der „Arrival City“ spielen die Geschlechterdynamik beziehungsweise die kulturellen, sozialen Hintergründe und das Familienbild eine große Rolle. Migranten mit einem ländlich-traditionellen Familienbild nehmen An-

2.4.1 KONZEPT-Werkstatt

gebote anders wahr. Hier bleibt die Frau zu Hause und geht nicht arbeiten³⁵, weil das nicht zu ihren Aufgabenfeldern gehört. Beobachtungen zeigen, dass in Migrantenfamilien die Mädchen vermehrt das Abitur machen und dadurch gute Möglichkeiten für eine Ausbildung haben. Integration benötigt Zeit und Verständnis von beiden Seiten. Es muss sich aus sozialer Sicht konkret damit beschäftigt werden, wer nach Deutschland migriert und warum, um eine gelingende Kommunikation und Integration zu bewerkstelligen.

Stuttgart, protokolliert am 18. Juni 2018.

35 Im Gegensatz dazu sind die aus Ost- nach Westdeutschland migrierenden Familien anders aufgestellt. In der DDR war es selbstverständlich, dass die Frau ebenfalls voll berufstätig ist, während in Westdeutschland oft noch die „drei Ks“- Kinder Küche Kirche- zu finden waren und mancherorts auch noch immer zu finden sind. Es ist heute Realität, dass Frauen meist teilzeitbeschäftigt sind, dadurch weniger in die Rentenkasse einzahlen und ein viel höheres Risiko der Altersarmut besteht. Die „Genderfrage“ muss daher vermehrt in den Haushalt integriert werden. Bereits 2015 sind EU-weit Frauen häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. In Deutschland galten 2015 18% der Frauen ab 65 Jahren als armutsgefährdet. Statistisches Bundesamt 2016.

2.5 Anhang zur Dokumentation der Vorträge und Workshops

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Mitte.....	26
Abb. 2a: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Nord.....	28
Abb. 2b: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Nord.....	30
Abb. 3a: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Ost.....	32
Abb. 3b: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Ost.....	34
Abb. 4a: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Süd.....	36
Abb. 4b: Arbeitsergebnisse Stuttgart-Süd.....	38
Abb. 5a: Arbeitsergebnisse Stuttgart-West.....	40
Abb. 5b: Arbeitsergebnisse Stuttgart-West.....	42
Abb. 6a: Arbeitsergebnisse Deutschland, Schweiz, Österreich.....	56
Abb. 6b: Arbeitsergebnisse Deutschland, Schweiz, Österreich.....	58
Abb. 7a: Arbeitsergebnisse Kroatien, Rumänien, Bulgarien.....	59
Abb. 7b: Arbeitsergebnisse Kroatien, Rumänien, Bulgarien.....	60
Abb. 8a: Arbeitsergebnisse Sierra Leone, Kolumbien, Indien.....	62
Abb. 8b: Arbeitsergebnisse Sierra Leone, Kolumbien, Indien.....	64
Abb. 8c: Arbeitsergebnisse Sierra Leone, Kolumbien, Indien.....	66
Abb. 8d: Arbeitsergebnisse Sierra Leone, Kolumbien, Indien.....	68
Abb. 8e: Arbeitsergebnisse Iran, Ägypten, Türkei.....	70
Abb. 9a: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	86
Abb. 9b: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	88
Abb. 9c: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	90
Abb. 9d: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	92
Abb. 9e: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	94

Abb. 9f: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	96
Abb. 9g: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	98
Abb. 9h: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	100
Abb. 9i: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	102
Abb. 10: Beispiele für multikulturelle Orte in Stuttgart.....	104
Abb. 11a: Ankunftsrt Stuttgart-Bad Cannstatt.....	118
Abb. 11b: Ankunftsrt Stuttgart-Bad Cannstatt.....	120
Abb. 12a: Ankunftsrt Stuttgart-Wangen.....	122
Abb. 12b: Ankunftsrt Stuttgart-Wangen.....	124

2.5 Anhang zur Dokumentation der Vorträge und Workshops

Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018a: Glossar Formelle Entscheidungen; https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?l-v3=1504446&lv2=1364172; Zugriff 17.06.2018.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018b: Glossar Königsteiner Schlüssel; http://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?l-v2=5831830&lv3=4552996; Zugriff: 17.06.2018.

Frisoli, Pasquale- Schmitz-Veltin, Ansgar 2014: Internationale Migration und Bevölkerungsentwicklung in Stuttgart 2014; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/10720_1_Internationale_Migration_und_Bevoelkerungsentwicklung_in_Stuttgart_2014.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Google 2018: Google Streetview Wangen; <https://www.google.de/maps/@48.7735872,9.241386,3a,75y,122.17h,100.07t/data=!3m6!1e1!3m4!1srHPik2xtNF-q2tByxV24vrg!2e0!7i13312!8i6656>; Zugriff 11.07.2018.

HafenCity Universität Hamburg 2018a: Finding Places; <https://www.hcu-hamburg.de/research/csl/>; Zugriff 18.06.2018.

HafenCity Universität Hamburg 2018b: Finding Places; <https://findingplaces.hamburg/index.html>; Zugriff 18.06.2018.

Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie 2018a: Handout IDEEN-Werkstatt zum Seminar „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ im Sommersemester 2018, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart.

Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie 2018b: Handout IDEEN-Werkstatt zum Seminar „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ im Sommersemester 2018, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart.

Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie 2018c: Handout KONZEPT-Werkstatt zum Seminar „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ im Sommersemester 2018, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart.

Kultusministerium Baden-Württemberg 2015: Informationspapier zur praxisorientierten Erzieherinnen- und Erzieherausbildung in Baden-Württemberg mit Fördermöglichkeit nach dem Sonderprogramm WeGebAU der Arbeitsagentur;

https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Remote/km/pia-wegebau_2016-03-09.pdf; Zugriff 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2015a: Datenkompass Stadt Stuttgart; https://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/9607_1_Datenkompass_Stadtbezirke_Stuttgart_2014_2015__PDF.PDF; Zugriff: 18.04.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2015b: 37. Stuttgarter Flüchtlingsbericht. Stuttgart; <https://www.stuttgart.de/img/mdb/item/603851/127383.pdf>; Stand: 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018a: SIM – Das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell; <https://www.stuttgart.de/SIM>; Zugriff 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018b: Bündnis für Wohnen; <https://www.stuttgart.de/item/show/603928/1>; Zugriff 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018c: Nachhaltiges Bauflächenmanagement – NBS; <https://www.stuttgart.de/bauflaechen>; Zugriff 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018d: Baugemeinschaften. Bürger bauen mit; <https://www.stuttgart.de/item/show/546864>; Zugriff 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018e: Gemeinderat beschließt Stuttgarter Konzeptverfahren; <https://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/563469?>; Zugriff 07.07.2018.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018f: Wangen- Vereine; <https://www.stuttgart.de/item/show/19798/1>; Zugriff 11.07.2018.

Lindemann, Utz 2005: Ausländer in Stuttgart 1955 bis 2005; https://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/5563_1_Auslaender_in_Stuttgart_1955_bis_2005.PDF; Zugriff 18.04.2018.

O.A. 2018: Immobilienmarkt. Aldi will Wohnungen bauen. In: Zeit Online; <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2018-01/immobilienmarkt-aldi-berlin-sozialwohnungen>; Zugriff 14.05.2018.

Stadtklima Stuttgart 2018: Stadtklimatische Untersuchungen der sommerlichen

2.5 Anhang zur Dokumentation der Vorträge und Workshops

Literatur

Wärmebelastung in Stuttgart als Grundlage zur Anpassung an den Klimawandel (DWD, 2017); https://www.stadtklima-stuttgart.de/index.php?klima_kliks_Stadtklimatische_Untersuchungen; Zugriff 07.07.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2009: Einwohner nach Altersklassen, Ausländer und Migrationsanteil in den Stadtteilen; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/7694_1_Einwohner_nach_Altersklassen__Auslaender__und_Migrantenanteil_in_den_Stadtteilen_2009.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015a: Stuttgarter Einwohnerdaten; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/10661_1_Faltblatt_Stuttgarter_Einwohnerdaten_Ausgabe_2015.PDF; 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015b: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015. Stadtbezirk Wangen; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6453_1_21_Wangen__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 11.07.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015c: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015. Stadtbezirk Bad Cannstatt; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6438_1_06_Bad_Cannstatt__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 11.07.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015d: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015. Stadtbezirk Nord; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6434_1_02_Nord__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015e: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015. Stadtbezirk West; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6437_1_05_West__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015f: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015. Stadtbezirk Ost; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6435_1_03_Ost__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015g: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart
2014/2015. Stadtbezirk Süd; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6436_1_04_Sued__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2015h: Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart
2014/2015. Stadtbezirk Mitte; https://servicex.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6433_1_01_Mitte__Stadtbezirksprofil.PDF; Zugriff 18.04.2018.

Statistisches Amt Stuttgart 2018: Aktuelle Zahl der Anwohner. Einwohnerzahl in Stuttgart; <https://www.stuttgart.de/item/show/55064>; Zugriff 07.07.2018.

Statistisches Bundesamt 2016: Frauen EU-weit häufiger als Männer von Altersarmut betroffen; <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/SozialesLebensbedingungen/Altersarmut.html>; Zugriff 21.09.2018.

Statistisches Bundesamt 2018: Durchschnittliche Wohnfläche pro Person nach Haushaltstyp; https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus/_Tabellen/Wohnsituation_HH_Zensus11_Wohnflaeche.html; Zugriff 07.07.2018.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2018: Gut jeder zweite Haushalt in Stuttgart ist ein »Single-Haushalt«; <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2018006>; Zugriff 07.07.2018.

Theis, Martin 2016: Mir schafft des. In: Fluter; <http://www.fluter.de/mir-schafft-des>; Zugriff 18.04.2018.

3 Seminararbeiten zur Thematik

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

Universität Stuttgart
Fakultät 1, Architektur und Stadtplanung
Institut Wohnen und Entwerfen
FG Architektur- und Wohnsoziologie
Prof. Dr. phil. habil. Christine Hannemann
Antonia J. Krah, M.A.

Seminar Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft
Sommersemester 2018

Inhalt

- 1 Definition „Urbane Informalität“**
- 2 Globaler Kontext**
- 3 Formen urbaner Informalität in Deutschland**
- 4 Implikationen für die Stadtplanung**
- 5 Fazit**
- 6 Abbildungsnachweis**
- 7 Literatur**

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

1 Definition „Urbane Informalität“

Urbane Informalität gilt als Phänomen des globalen Südens. Begriffe wie Slums, Favelas, Ghettos sind damit assoziiert. Im Bereich der Stadtplanung sind diese Begriffe weitgehend anerkannt sowie dass sich Informalität nicht nur auf die räumliche Dimension begrenzen lässt. Colin McFarlane und Michael Waibel sehen Informalität als zentrales Thema, nicht nur für den globalen Süden, sondern auch für die gesamte Welt. Ihrer Meinung nach ist die Beziehung bzw. die Trennung von informell/formell ein bisher vernachlässigter Aspekt in der Debatte von Informalität. In ihrem Buch versuchen sie die vielen verschiedenen, bisher präsentierten Theorien über Informalität in Kontext zu setzen. Dafür sortieren sie zunächst Theorien und Konzepte nach ihrem jeweiligen Verständnis von informell/formell. Dabei entstanden vier Kategorien, in denen Informalität entweder als räumliche Einordnung, als eine Organisationsform, als ein Instrument des Staats oder als verhandelbarer Wert verstanden wird (vgl. McFarlane/Waibel 2012: 1 ff., eigene Übersetzung). Diese Kategorien spiegeln sich in den Arbeiten anderer Wissenschaftler auf dem Gebiet wider. Faranak Miraftab zum Beispiel weist darauf hin, dass diese Kategorien sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen. Sie beschreibt informelle Siedlungen als eine Manifestation aufständischen Bürgertums, aber gleichzeitig auch als stabilisierenden Faktor für das System. Ihrer Meinung nach kann eine Regierung zum Beispiel das Versprechen der Grundversorgung für informelle Siedlungen als Werkzeug für politische Manipulation verwenden, aber im Gegenzug können Bewohner dieser Siedlungen ihren informellen Status auch als Verhandlungsbasis- um ihr Recht an der Stadt einzufordern- nutzen (vgl. Miraftab 2009: 34, eigene Übersetzung).

Ebenso wie McFarlane und Waibel versteht Ananya Roys Informalität als ein Konzept, das sich in den oben erwähnten Kategorien bewegt. Sie beschreibt Informalität nicht als einzelnen Sektor, sondern als einen Modus von Urbanisierung. Dabei geht es ihr vor allem um die Definition von Informalität nicht als Objekt von Deregulierung des Staates, sondern als direktes Produkt des Staats selber (vgl. Roy 2005: 154, eigene Übersetzung). Mit ihrem Artikel möchte sie Planer darauf aufmerksam machen, dass „der Planungsapparat [...] auch Ungeplantes und Unplanbares“ produziert (ebd.: 155, eigene Übersetzung). Außerdem warnt

sie vor einigen aus ihrer Sicht „falschen“ Vorurteilen im Bezug auf Informalität, so zum Beispiel vor der Annahme, dass Informalität immer gänzlich getrennt von dem Formellen sei, oder dass Informalität sich im lokalen Bereich bewegt, anstatt sowohl global als auch lokal zu sein. Sie steht für eine differenzierte Betrachtung von Informalität nicht nur als Frage der Armut, sondern auch der Mittelschicht und Oberschicht, was sich etwa am Beispiel von gehobenen Nachbarschaften, die zwar auf legalem Besitztum basieren, aber gleichzeitig Flächennutzungspläne verletzen, zeigen kann. Ein weiterer interessanter Ansatz ist das Verständnis von Informalität als ständig verhandelbarer Wert. Diese Theorie ist neben anderen auch auf Nezar AlSayyad und Ananya Roy zurückzuführen. Zu diesem Thema äußern sich die Autoren wie folgt: „[...] Agiert das Formelle durch die Festsetzung von Werten, inklusive der Kartierung von räumlichen Werten, dann agiert das Informelle durch seine ständige Verhandelbarkeit von Werten“ (Roy/ AlSayyad 2004: 5, eigene Übersetzung). In diesem Kontext suggerieren McFarlane und Waibel, dass Informalität als ein Modus der täglichen Sozialisierung verstanden werden kann, durch den Stadtbewohner ihre Hoffnungen und Wünsche filtern und sortieren (vgl. McFarlane/ Waibel 2012: 6, eigene Übersetzung).

Wenn also urbane Informalität auch als allgemeiner Modus der Organisation verstanden wird, der, wie die amerikanische Stadtforscherin Ananya Roy unterstreicht, v. a. die Verhandelbarkeit von Raumproduktion und räumlichen Ordnungen betont, dann gilt es zu erkunden, wie „Stadt“ entlang verschiedener, sich verschiebender Prozesse und Grade von Legalisierung produziert wird (vgl. Roy 2005: 147 ff.). Dies herauszufinden scheint in Zeiten des schwindenden Wohnraums, zunehmenden Flächendrucks und einer sich immer weiter aufspaltenden Gesellschaft durchaus erstrebenswert. Ebenso wichtig sind die Implikationen für die Planungswelt. Welche Formen urbaner Informalität gibt es in Deutschland: Etwa Zeltstädte, Wagenburgen, temporäre Zwischennutzungen? Wie entstehen sie und wer agiert in ihnen, Obdachlose, Migranten, Künstler oder auch Planer und „Normalbürger“? Welche Herausforderungen aber auch Chancen ergeben sich für die Stadtplanung?

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

2 Globaler Kontext

Die Themen Informalität und Stadtplanung in der sogenannten Dritten Welt überschneiden sich oft und bei beiden lässt sich in letzter Zeit eine Verschiebung von amerikanischen oder eurozentrischen Perspektiven hin zu einer Perspektive des globalen Südens erkennen. Die berühmte Wissenschaftlerin des globalen Urbanismus Ananya Roy verteidigt diese Verschiebung als sinnvoll, da sich ihrer Meinung nach der höchste Anteil an Entwicklung, aktuell und zukünftig, im globalen Süden abspielen wird (vgl. Roy 2009: 7). Ein weiterer Grund Perspektiven des globalen Südens mehr Gewicht zu geben, ist die Tatsache, dass dort schlicht mehr Informalität vorhanden ist. David Simon argumentiert, dass in Entwicklungs- und Schwellenländern Informalität nicht als normwidrig und als Ausnahme, sondern als normal und familiär betrachtet wird, da es in den urbanen Gebieten dieser Länder viele verschiedene Formen von Informalität gibt (Mbaye/Dinardi 2018: 1 ff., eigene Übersetzung).

3 Formen urbaner Informalität in Deutschland

Wie im vorigen Abschnitt beschrieben, wird hauptsächlich im globalen Süden von verschiedenen, weitverbreiteten Formen von Informalität gesprochen. Sie reichen von Favelas, Slums über gehobene urbane Subdivisionen und noch viel weiter. Wie aber sieht urbane Informalität in Deutschland aus? Von einer Domi-



Abb. 1 Beispiel Zwischennutzung, Kulturinsel Stuttgart Bad-Cannstatt.

nanz der Informalität kann jedenfalls nicht gesprochen werden.

Zwischennutzungen und Raumpioniere

Es lohnt sich unsere Stadtplanung genauer zu betrachten: Durch den post-industriellen Strukturwandel kam es zu einem radikalen Stadtumbau vieler europäischer Metropolen. Laut dem Landschaftsarchitekten Klaus Overmeyer führte das zunehmend zu einer durch Investoren beeinflussten Stadtplanung und einem vom ihm sogenannten „Inselurbanismus“. Dabei entsteht ein Gegensatz zwischen für Investoren und damit auch für Stadtplaner interessanten Projektorten, die dann bis ins Detail geplant, aber oftmals trotzdem implantiert und ohne lokale Vernetzungen funktionieren, und städtischen Arealen, die weniger interessant für Investoren, fast vom Bewusstsein der Planung verschwinden und zunehmend sich selbst überlassen sind (vgl. Overmeyer 2006: 47). Hier entsteht Raum für Zwischennutzungen und Informalität. Raumpioniere, zu denen z.B. die urbane Clubszene, Migrantenkulturen, neue Formen von Freizeit- und Eventaktionen und soziale Initiativen gehören, eignen sich die verlassenen, provisorischen Räume an und nutzen sie als Laboratorien, in welchen Ideen ausprobiert werden können. Oft schaffen sie es, Räume, an denen die klassische Stadtplanung gescheitert ist, mit Hilfe von sehr geringen Mitteln zu revitalisieren und tragen damit ganz erheblich zur Gestaltung der Stadt bei (vgl. ebd.: 50). In dieser Aufwertung der Räume durch Zwischennutzung kann eine Parallele zur Ananya Roys Theorie von Informalität gezogen werden: Durch Innovation, Kreativität und soziales Engagement schaffen es die Raumpioniere, in einer informellen Art und Weise den Wert der urbanen Räume neu zu verhandeln und in den meisten Fällen zu steigern. Dennoch: Zwischennutzungen haben oft nur einen temporären Status, sie sollen eine Notlösung oder, wie der Name schon sagt, Zwischenlösung für ein anderes, späteres Ziel sein. Daher kann es zu Konflikten kommen, wenn die Zwischennutzung populärer als das angedachte Ziel wird oder weil es generell wenige Instrumente gibt, die es Stadtplanern ermöglichen Zwischennutzungen in die traditionelle Stadtplanung einzubetten. Hier besteht also noch Handlungsbedarf vonseiten der Planer, Politik und weiterer Institutionen, um konkrete Modelle für einen erfolgreichen Umgang mit Zwischennutzungen zu gewährleisten.

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

Wagenburgen

Wagenburgen oder Wagenplätze stellen eine nach Bau- und Planungsrecht unzulässige Wohnform dar, die aber trotzdem seit den 1980-ern vereinzelt vorkommt. Sie stellen in Deutschland so etwas wie die Spitze des unsichtbaren Eisbergs informeller Wohnverhältnisse dar (vgl. Lutz 2015: 46). Es gibt sie hauptsächlich in größeren Städten oder „liberaleren“ Städten wie Tübingen, Freiburg und Berlin. Denn was sie von anderen Formen informellen Wohnens unterscheidet ist, dass



Abb. 2 Wagenburg in Freiburg.

ihre Bewohner oft nicht nur aus reiner Not auf die Wagenplätze ziehen, sondern auch, um konkrete Kritik an bestehenden Wohnformen zu üben und Alternativen auszuleben. So ist die größte Dichte an Wagenburgen in Freiburg zu finden. In der Stadt gibt es 3 Plätze mit jeweils unter 100 Bewohnern: Die Wagenburgen „Öhlmühle“, „S.U.S.I“ und „Eselsmühle“ (vgl. ebd.: 47). Der Humangeograph Jürgen Hesse schreibt in seinem Artikel über Wagenburgen (2009): „Wagenburgen stellen in gewisser Weise Relikte einer Zeit des Protestes gegen herrschende gesellschaftliche Verhältnisse dar“. Er weist weiter darauf hin, dass die meisten der heute noch bestehenden Wagenburgen zwischen den frühen 1980ern und

den frühen 1990ern gegründet wurden. Und zwar weil die zuvor bewährten Hausbesetzungen mit zunehmenden Räumungen nicht mehr praktikabel waren und deshalb zur mobilen Besetzung mit Wägen übergegangen wurde, um alternative Wohnformen zu erproben (Hasse 2009: 148f.). Damit bewegen sich ihre Bewohner natürlich außerhalb der gesellschaftlichen Norm des bürgerlichen Wohnens, was dazu führen kann, dass sie Opfer von Diskriminierung, teilweise aus Unverständnis für diese andere Lebensweise, werden können. Dabei sind die Wagenburgen auch nicht für alle offen, sondern ein soziales System mit seinen eigenen Regeln. So ist z.B. der Zuzug von Neuen streng geregelt, wird meist durch alle zusammen entschieden und auch das Betreten des Geländes für jegliche Besucher ist nicht selbstverständlich. Auch wenn ihnen individuelle Entfaltung, Selbstverantwortung und die Freiheit von gesellschaftlichen Zwängen sehr wichtig ist, betrachten sich die Bewohner als Gemeinschaft. Konflikte und Probleme werden intern gelöst. Oftmals wird ein ökologischeres Leben angestrebt, die Bewohner bauen ihre eigenen Photovoltaik-Anlagen und andere technische Lösungen, um vom Netz unabhängig zu sein. Auch die größere Nähe zur Natur ist einigen wichtig (vgl. Hasse 2009: 147 ff.). Natürlich ergeben sich dennoch Konflikte mit der Stadt und den Nachbarn. Oft sind die Wagenburgen auf verlassenen Grundstücken entstanden, wahrscheinlich auch in einem juristischen Vakuum, und die Bewohner weigern sich ihren gewählten Platz freiwillig zu räumen. Nicht selten wird auch eine gewaltsame Räumungen verordnet (vgl. ebd.: 194). Mit Mühe und Not gelang es den meisten heute noch existierenden Wagenburgen, mithilfe von Protestaktionen und Öffentlichkeitskampagnen, ihr Recht an der Stadt einzufordern und mit der Stadt zu verhandeln. Das Resultat waren oft Duldungen für die bestehenden Wagenplätze und Bedingungen für die Duldung von neuen Plätzen (vgl.: Lutz 2015: 47). Diese Bedingungen sind aber so schwierig zu erfüllen, dass keine weiteren Wagenplätze gefunden werden können. Es entsteht eine Art selektive Formalisierung, dabei liegt die gesamte Macht bei der Stadt (den Regierenden). Eine Theorie, die auch Roy vertritt, ist, dass der Staat (oder andere formelle Institutionen) durch Informalität an Macht gewinnt, die es dem Staat ermöglicht, ständig über Landansprüche zu verhandeln, diese aber nie vollständig aufklärt oder formalisiert. So behält der Staat viel Handlungsspielraum

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

bzw. Flexibilität (vgl. Roy 2004: 159, eigene Übersetzung).

Campingplätze und andere Arten des informellen Wohnens

Natürlich gibt es neben Zwischennutzungen und Wagenburgen noch andere Arten von urbaner Informalität in Deutschland. Allerdings sind kaum wissenschaftliche Auseinandersetzungen darüber zu finden. Auch Manuel Lutz stellt in seinem Beitrag über informelles Wohnen in Deutschland und den USA fest, dass dieser weite Bereich eine unerforschte Leerstelle bleibt (vgl. Lutz 2015: 45). Solche Formen des informellen Wohnens machen sich dafür aber teilweise in den Medien bemerkbar. Man hört, dass von Altersarmut betroffenen Rentner auf Campingplätzen permanent wohnen. Anstatt viel Miete für eine Wohnung oder auch nur ein Zimmer zu zahlen, wohnen sie laut Zeitungsberichten vermehrt in Wohnwagen oder semi-permanenten Bungalows. Sie machen quasi ständigen Urlaub, aber eben nicht des Luxus wegen, sondern weil sie dadurch Steuern entgehen und viele Campingplätze ausreichende Infrastruktur bieten. Dabei sind Platzgebühr, Wasser und Strom vergleichsweise günstig. Vereinzelte Artikel sprechen nicht nur von Rentnern, sondern auch von anderen Notbedürftigen, die sich nicht gänzlich in die Obdachlosigkeit begeben wollen. Natürlich ist ein Campingplatz für dauerhaftes Bewohnen eigentlich nicht gedacht und oftmals kann das nur realisiert werden, indem die Betreiber ein Auge zudrücken oder die Betroffenen von Platz zu Platz ziehen. Das kann zu Konflikten mit den Behörden



Abb. 3 Beispiel Campingplatz.

führen, denn schließlich ist das dauerhafte Leben auf dem Campingplatz nicht legal und nur eine informelle Lösung.

Andere Formen informellen und irregulären Wohnens können das Wohnen in umgebauten Kellern, Garagen, ungenehmigten An- und Umbauten, überbelegten oder anderen nicht den Normen entsprechenden Verhältnissen sein (vgl. Lutz 2015: 46).

Urbane Informalität kann sich möglicherweise auch durch Lifestyle- und Trendbewegungen, wie die aus den USA stammende „Tiny House Movement“, ausdrücken. „Tiny Houses“ sind Mikrohäuser, die je nach Erbauer mobil oder stationär sind und aufgrund ihrer kleinen Größe nur wenig Fläche verbrauchen. Sie



Abb. 4 Tiny House.

haben, aus einer Kombination von ökologischen und finanziellen Beweggründen, in Nordamerika Anhänger gefunden. Viele ihrer Verfechter können und wollen sich kein großes Haus leisten, sondern begrenzen ihren Platzanspruch auf das Geringste, um theoretisch überall in der Stadt, bei Freunden/Familie im Hinterhof wohnen zu können. Das entspricht allerdings meist nicht den Normen von Bau- und Planungsrecht, zumindest Sonderregelungen müssen getroffen werden und selbst das gelingt nicht immer. In Deutschland werden diese Häuser nur sehr selten genehmigt.

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

Auch das Thema von überbelegten Wohnverhältnissen erlangt durch die sogenannte Flüchtlingskrise an Wichtigkeit. Ähnlich wie zuvor schon bei Gastarbeitern oder saisonalen Arbeitern in der Landwirtschaft, weiß man, dass Flüchtlinge nicht nur über die öffentliche Hand Unterkünfte finden. Oft sind sie durch die angespannte Lage auf dem privaten Wohnungsmarkt auf Unterhändler und informelle Verhältnisse angewiesen. Auch wenn man teilweise davon hört, fehlen verlässliche Zahlen und Fakten. Hier existiert nach der Meinung der Autorin ein dringender Forschungsbedarf.

4 Implikationen für die Stadtplanung

Zu Beginn dieses Artikels wurden Gründe aufgelistet, warum es sich lohnen würde, urbane Informalität in Deutschland näher zu betrachten, z.B. aufgrund des schwindenden Wohnraums und steigenden Flächendrucks. Es gilt aber auch herauszufinden, was dies für Implikationen für die Stadtplanung hat. Muss es zu einer Hinterfragung konventioneller Top-Down- Planungsansätzen kommen, wie Stephan Willinger es in seinem Artikel über informellen Urbanismus beschreibt (vgl. Willinger 2014: 1)? Ähnlich wie Overmeyer sieht auch Willinger eine neue Art von Raumentwicklung ausgehend von verschiedenen unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, nicht mehr durch die Planung von Kommunen, sondern durch Eigeninitiative und informelle Prozesse (vgl. ebd.: 1). Auch der Architekt und Stadtplaner Rem Koolhaas spricht von diesem Potenzial: „Sollte es einen neuen Urbanismus geben, dann wird sich dieser nicht auf die Zwil-lingsphantasien von Ordnung und Omnipotenz stützen [...]. Er wird Unsicherheit stiften, er wird sich nicht länger mit der Planung mehr oder weniger dauerhafter Objekte befassen, sondern bestimmte Areale mit allem düngen, was möglich sein könnte; er wird nicht mehr auf feste Strukturen zielen, sondern auf die Bereitstellung von Möglichkeitsfeldern für Prozesse, die sich dagegen sträuben, eine endgütige Form anzunehmen“ (Koolhaas 2009, zitiert nach Willinger 2014: 6). Dieses Zitat scheint sehr passend, da es sowohl auf Chancen, als auch auf die Herausforderungen, die auf die Stadtplanung zukommen, hinweist. Eine Chance kann sein, dass es neue Koalitionen geben wird; neue Akteure, die mitmachen können. Laut Overmeyer kommt dem Bürger eine neue Rolle zu, er wird Stadt-

produzent, nicht nur Konsument, und kann so direkt auf seine Umgebung Einfluss nehmen (vgl. Overmeyer 2006: 51). Dies spiegelt sich in den Erfahrungen und dem Selbstverständnis der Bewohner von Wagenburgen wider: Sie sehen sich als Teilnehmer einer „Zukunftswerkstatt“ für experimentelles Wohnen und einen kreativen Umgang mit Armut (vgl. Hasse 2009: 192). Vielleicht eröffnen informelle Formen der Stadtentwicklung wirklich neue Lösungen und Antworten auf die Frage, wie wir in unseren Städten leben wollen. Das ist nicht nur eine Frage der Kreativität, sondern auch der Politik und Eigenverantwortung der Bürgerschaft. Willinger verbindet dies mit dem Konzept von Resilienz, wobei eine Verminderung der Verletzlichkeit einer Stadt durch die Stärkung der Selbstorganisationskraft der Zivilgesellschaft erreicht werden kann. Außerdem kann Informalität zur Balance der Stadt beitragen, sie ist flexibel an Stellen, an denen die Planung bisher nur statisch sein konnte, vielfältig, wo bisher vielleicht Monotonie herrschte (vgl. Willinger 2014: 3).

Sowohl Hesse als auch Williger sprechen das Potenzial der Daseinsvorsorge durch Informalität an. Vermehrt bieten zivilgesellschaftliche Organisationen Leistungen an, die die Stadt aus verschiedenen Gründen- wie Finanzknappheit, Ressourcenknappheit oder auch vielleicht Kurzsichtigkeit- nicht erbringen kann oder will. Ein Beispiel dafür sind Bürgerstiftungen oder Tafeln, die Bedürftige versorgen (vgl. Willinger 2014: 3). Dem stehen Planer, vielleicht in etwas zu großer Hoffnung dadurch entlastet zu werden, gegenüber. Dabei handelt es sich nur um Not- oder Zwischenlösungen: Die Stadt sollte das nicht als Erlaubnis betrachten ihrer Verantwortungen zu entgehen.

Zu einer anderen Art der Daseinsvorsorge beizutragen kann das informelle soziale Netzwerk sein. So beschreiben Bewohner von Wagenburgen etwa, dass sie durch Beziehungen innerhalb der verschiedenen Wagenburgen Arbeit gefunden hätten (vgl. Hasse 2009: 184).

Informalität sollte als wertvoller Indikator für Lücken in der Stadtplanung verstanden werden: Sie kann zeigen, wo gültige Normen nicht ausreichen, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden (vgl. Rieniets 2006: 41). Aber bei dieser Erkenntnis darf es nicht bleiben, vielmehr muss die Stadtplanung versuchen, Formelles und Informelles gemeinschaftlich zu betrachten, anerkennen, wo Informalität

3.1 Miryam Bah

Urbane Informalität in Deutschland

vielleicht eine sinnvolle Alternative bildet, und sie dann folgerichtig formalisieren und in die „traditionelle“ Stadtplanung einbinden. Wie Overmeyer betont, geht es dabei nicht um Formalisierung und Vorausplanbarkeit von informellen Aktivitäten, sondern um die Förderung von Möglichkeitsräumen und Rahmenbedingungen, in denen sich das Potenzial von beispielsweise Zwischennutzungen entfalten kann (vgl. Overmeyer 2006: 51). Darin liegt natürlich auch die Herausforderung für die Stadtplanung. Gerade für geschrumpfte Verwaltungen ist die Vielfalt neuer Stadtentwicklungen und Akteure oft überwältigend und bisher gelingt es nur selten, systematische Verknüpfungen zwischen Formellem und Informellem herzustellen (vgl. Willinger 2014: 6). Hinzu kommt, dass Stadtplaner oft mit Vorurteilen der Bevölkerung umgehen müssen. Eine dualistische Gegenüberstellung mit dem Formellen ist langfristig nicht hilfreich, wie die Soziologin Saskia Sassen formuliert: „Ich meine damit, dass es hier weder um Rechtsverletzung noch Rechtsbefolgung geht. Es gibt eine neue Realität, die in Lücken existiert [...]. Wir haben es vielmehr mit neuen Entwicklungen zu tun, auf die das Recht noch nicht eingestellt ist“ (Sassen 2013: 113). Daher besteht eine wesentliche Aufgabe der Planung darin, die vielfach durch Stereotype, Unwissen und Misstrauen geprägten Aushandlungsprozesse mit Informalität fachlich fundiert zu unterstützen und weiter zu qualifizieren. Damit geht auch das Überdenken bisheriger normativer Annahmen der Planungswelt einher und die Berücksichtigung, dass bestehendes Recht immer auch ein Kräfteverhältnis widerspiegelt, das unter Umständen neuen, sich verändernden Verhältnissen und Bedürfnissen nicht gerecht werden kann (vgl. Lutz 2015: 49).

5 Fazit

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass Informalität aufgrund der sich immer schneller verändernden Gesellschaft, immer mehr an Bedeutung erhalten wird und daher nicht nur als Thema des globalen Südens, sondern auch des globalen Nordens und damit Deutschlands, behandelt werden sollte. Das heißt aber nicht, dass in dieser Debatte die Sichtweise der westlichen Welt Überhand nehmen sollte, sondern dass Deutschland in den Lehren des globalen Südens eine Hilfe sehen sollte, um die Informalität im eigenen Land zu verstehen.

Wie in dieser Seminararbeit beschrieben, gibt es vermutlich viele verschiedene Formen von urbaner Informalität in Deutschland. Über deren Ausmaß, Einfluss auf die Gesellschaft und Wahrnehmung durch die Bürger ist, wie oben erwähnt, nicht viel bekannt. Dadurch ergibt sich zu allererst die dringende Forschungsnotwendigkeit bestehende Wissenslücken zu schließen. Insbesondere im Hinblick auf den schwindenden Wohnungsmarkt, steigenden Flächendruck, Altersarmut und die neue Migrationswelle in Deutschland sollten Erkenntnisse gewonnen werden. Wichtig hierfür ist das Verständnis, dass urbane Informalität über die räumliche Dimension hinausgeht und in Bereiche des Sozialen, der Organisation und der Verhandelbarkeit von Werten eindringt. Möchte sich die Planungswelt Informalität annähern, muss sie akzeptieren, dass durch Stadtplanung nicht nur Planbares sondern auch Ungeplantes und Unplanbares entsteht.

Wenn davon ausgegangen wird, dass sich Informalität durch die ständige Verhandelbarkeit von Werten definiert, so ist klar, dass die Stadtplanung im Umgang mit dem Informellen flexibel sein muss: Es kann nicht nur ein einziges Modell für die Auseinandersetzung mit Informalität geben. Es muss stets verhandelt werden, jede Instanz von Informalität ist immer kontextuell, situativ und relational. Das stellt die Stadtplanung vor neue Herausforderungen. Es muss eine kritische Hinterfragung von bestehenden, normativen Annahmen und die Reflexion eventuell bestehender Vorurteile der Stadtplanung gegenüber dem Informellen folgen.

Um den Bedürfnissen aller Bewohner gerecht zu werden, muss sich die Stadtplanung bewusst werden, dass urbane Informalität oft auch mit ungleichen Kraftverhältnissen einhergeht und ein behutsamer Umgang mit den Benachteiligten und Marginalisierten notwendig ist. Gleichzeitig besteht Hoffnung auf neue kreative Ansätze für Probleme, die die Stadtplanung bisher nicht bewältigen kann, und auf das Potenzial einer neuen Partnerschaft der Planungswelt mit der Zivilgesellschaft, um das Leben in der Stadt gemeinsam zu gestalten. Informalität kann damit unter Umständen als Katalysator innovativer Stadtentwicklung funktionieren.

6 Abbildungsnachweis

Abbildung 1: <https://goo.gl/images/NpspNx> , besucht am 23.09.18.

Abbildung 2: <https://goo.gl/images/MDnB42>, besucht am 24.09.18.

Abbildung 3: <https://goo.gl/images/B3NRRX> , besucht am 23.09.18.

Abbildung 4: <https://goo.gl/images/s9otMh>, besucht am 21.09.18.

7 Literatur

- Hasse, Jürgen 2009: Unbedachtes Wohnen. Lebensformen an verdeckten Rändern der Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag, Reihe Kultur- und Medientheorie.
- Koolhaas, Rem 2009: so zitiert in polis. Magazin für urban development 01/02.2009.
- Lutz, Manuel 2015: Informelles Wohnen in Deutschland und den USA. Ein Beitrag zur planerischen Bearbeitung irregulärer Wohnformen. In: RaumPlanung Vol. 178, No. 2-2015, 45-49.
- Mbaye, Jenny/ Dinardi, Cecilia 2018: Ins and outs of the cultural polis: Informality, culture and governance in the global South. New York: Sage Journals, Urban Studies.
- Mirafatab, Faranak 2009: Insurgent Planning: Situating Radical Planning in the Global South. In: Planning Theory, Vol 8, No. 1, 32-50.
- Rienties, Tim 2006: informal–Berlin / Jerusalem / Istanbul. In: Christiaanse, Kees/ Michaeli, Mark/ Rieniets, Tim/ Höger, Kerstin (Hrsg.): Situations – Entwurf und Strategie im urbanen Raum. In: http://www.kerstinhoeger.com/HOEGER/publications/061027_HGKZ_NDS_UrbanIdentityandDesign_Reader.pdf; zugegriffen am 12.12.2018, 41-46.
- Roy, Ananya 2009: Strangely Familiar: Planning and the Worlds of Insurgence and Informality. In: Planning Theory, Vol 8, No. 1, 7-11.
- Roy, Ananya (2005): Urban Informality: Toward an Epistemology of Planning. In: Journal of the American Planning Association, Vol. 71, No. 2, 147-158.
- Roy, Ananya/ AlSayyad, Nezar (2004): Urban informality: Transnational perspectives from the Middle East, South Asia and Latin America. Lanham: Lexington Books.
- Sassen, Saskia 2013: Informelle Ökonomien und Kulturen in globalen Städten. Saskia Sassen im Gespräch mit Philipp Oswalt. In: Oswalt, Philipp/ Overmeyer, Klaus Misselwitz, Philipp (Hrsg.): Urban Catalyst. Berlin: DOM Publishers.

- Waibel, Michael 2012: The Informal-formal Divide in Context. In: McFarlain, Colin/ Waibel, Michael (Hrsg.): Urban Informalities. Reflections on the Formal and Informal. New York: Routledge, 1-12.
- Willinger, Stephan 2014: Informeller Urbanismus. In: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2014/2/Inhalt/Einführung.pdf;jsessionid=E246302D96821892F24DDD20BFBB8F54.live21301?__blob=publicationFile&v=4; zugegriffen am 12.12.2018.

3.2 Dipayan Bhowmik

Arrival City

Universität Stuttgart
Fakultät 1, Architektur und Stadtplanung
Institut Wohnen und Entwerfen
FG Architektur- und Wohnsoziologie
Prof. Dr. phil. habil. Christine Hannemann
Antonia J. Krah, M.A.

Seminar Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft
Sommersemester 2018

Inhalt

1 Introduction: Arrival City

2 The importance of Arrival Cities

2.1 Learning from Arrival Cities

2.1.1 Urban villages as success model

2.1.2 The Power of Informal

2.1.3 Hypothesis of a successful Arrival City

2.2 Design for Arrival: Inclusive urbanism

2.2.1 Density and difference

2.2.2 The city as a hub of Collectivity

2.2.3 Design prerequisites for a Collective City

3 Conclusion

4 Bibliography

3.2 Dipayan Bhowmik

Arrival City

1 Introduction: Arrival City

‘The great migration of humans is manifesting itself in the creation of a special kind of urban place. These transitional spaces- arrival cities- are the places where the next great economic and cultural boom will be born, or where the next great explosion of violence will occur. The difference depends on our ability to notice, and our willingness to engage’.¹ If one follows this definition of the Canadian journalist Doug Saunders, then „Arrival Cities“ are transitional places created by migrants within existing cities. According to Saunders, these can either offer the possibility of a transition through mutual support to help the migrants to provide them with the basis for social advancement or depending on the ability of the perception of politics and the willingness of society to as places of social violence. Arrival cities are especially important for a large number of migrants because these places are the first point of contact, networks with already integrated migrants, opportunities for work, affordable housing and the possibility of social advancement.

Migration is by no means a new phenomenon. People have always wandered far and wide in search of a better, safer life. Never before has this been such an urgent issue, especially given the refugee crisis in Europe. These movements will hardly slow down in the near future, as there will be prolonged armed conflict, economic hardship and the predicted mass migration caused by climate change. Crises have dramatically staged the human movement as a fast, universal, complex and, above all, spatial phenomenon. Cyclical flows of people, goods and capital as well as their resettlement have a visible, transforming effect on urban space. Migrants prefer predominantly urban areas as entry points into new life, and the effects of change are felt above all on an urban scale. The economic, political and social impact of migration has shaped and continues to shape cities in many ways, with visible effects on architecture and urban design.

In the course of the Seminar ‘Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft’, I would like to explore the topic of „Arrival City“ and examine what we can learn from Arrival Cities. What role urban planning and architecture can play in the integration of migrants into society? With the argument that urban planning is

1 Saunders 2010: 3.

an innovative, resilient and politically powerful tool for architects and planners to deal with such complex issues and to get away from mere emergency solutions (e.g. refugee camps, transit centers), I want to explore the concept of „staying“. So, what can be the design response to the concept of „staying“ in the context of an integrative urban practice?

2 The importance of Arrival Cities

2.1 Learning from Arrival Cities

Arrival cities are vital places for social progression. Arrival cities serve as the link between the migrants' original homes and their final stops. Newly formed social networks replace the security once offered by the extended families, which may have been lost during the migration process. Latecomers are usually welcomed with ease into these new networks. The arrival cities offer a stepping stone which allows migrants to climb up the social hierarchy. A huge shadow economy with informal labor conditions and marginalized illegal businesses usually flourishes in the slums of many cities in the developing world before it evolves and become a central part of the local economy.

2.1.1 Urban villages as success model

Fragmented areas in the middle of the urban fabric are common phenomena within today's fast urbanizing world. They are known as urban villages. In many cases urban villages develop in urban niches, inbetween spaces and cultural and economic zones that are organized according to their own principles or certain modes of self-organization. Very often these enclaves preserve an identity as the settings change enormously, creating their own social settings and contributing to both the richness as well as potential friction in heterogeneous urban environments.² The urban villages can be considered as informal, but mostly they follow very formal rules, that are simply different from what is largely understood as the official formalized system. Urban villages within the city are part of the urban landscape and play a major role in providing affordable housing and other services that are not guaranteed by governments or markets. From this perspec-

2 Hehl/ Engel 2015: 19.

3.2 Dipayan Bhowmik

Arrival City

tive, the favelas in Brazil or the urban villages in China can be interpreted as areas of parallel governance that follow their own governing principles while embedded in other legal, administrative, economic and social frameworks. They are compact and densely built that resist largescale urbanization and sprawl. Urban villages represent condensed urban models as zones of alternatively secured urban economies. The inherent logic of neoliberal urbanization, and in many cases, makes the evolutionary urban village more resilient than any planned development. As counter models to the formal market they constitute the back-end of global capitalism and as self organized communities they challenge the efficiency of common urban production. The contradictory nature of urban economics is revealed in the urban village and provides new narratives for peripheries located in the center.³

2.1.2 The Power of Informal

The informal city, long treated as an aberration or an exception to the standards of urbanism, is becoming the norm throughout the Global South, and it does so as an integral part of the global economy. Informal or Arrival Cities are more resilient, because they work in approximation, they work spontaneously, they grow and adapt together. They produce less waste than the formal city. They use less resources. The interesting fact about the slum is, that it is both the individual and the collective. There is an incredible sense of community because houses in an informal city are connected in incredible ways. This cohesion, the new urban village, is the greatest innovation that we can call a slum, but the inhabitants call their home.

‘Informal’ does not mean ‘lacking form’. The informal city is subject to rules and procedures potentially as specific and necessary as those that have governed official, formal city-making. It is by no means lawless, but it does occupy a grey area between legal and illegal transactions- and it is precisely that grey area that informal developers and architects working together can explore to great advantage. The processes of informality, like the informal city itself, can be elusive. If one looks at them from a distance, one searches in vain for an ordering principle,

³ Hehl/ Engel 2015: 19.

a clear beginning and end, for ways to separate the whole into comprehensible elements. But close up, patterns begin to emerge and a certain logic, unlike that taught by conventional architecture or planning, can be discerned.⁴

The „informal“ can serve as the basis for studying adaptation and innovation. The informal city itself has enormous potential as a laboratory in which large-scale scenarios can teach and inform us. From a design point of view, informality is a condition of complex, nonlinear systems in which patterns overlap, intersect, and mutate in unexpected ways. The informal city offers a generation of young architects a new way to consider and practice their art, to think differently about materials and their applications.

2.1.3 Hypothesis of a successful Arrival City

The German pavilion at the Architecture Biennale with the title „Making Heimat. Germany, Arrival Country“ focuses on the development of Arrival Cities and refers to Doug Saunders‘ research. In collaboration with Saunders, the following eight theses have been developed in this way:⁵

- The Arrival City is a city within a city.
- The Arrival City is affordable.
- The Arrival City is easily accessible and offers work.
- The Arrival City is informal.
- The Arrival City is homebuilt.
- The Arrival City is on the ground floor.
- The Arrival City is a network of immigrants.
- The Arrival City needs the best schools.

2.2 Design for Arrival: The Collective City

How can one design arrival? The tasks facing Europe and the European states in the face of the so-called „refugee crisis“ have not existed since yesterday and will shape and determine political and social debates in the medium and long

4 De Baan et al. 2007: 189 f.

5 Deutsches Architekturmuseum 2018: w.p.

3.2 Dipayan Bhowmik

Arrival City

term. What needs to be done in view of the numerous people who, for whatever reason, flee to the relatively safe and prosperous region of Europe, in order both to enable those who arrive to live in dignity and not to endanger social peace in Europe, is a field of open questions and a headache for politicians, civil servants, people of all professions and strata.⁶ Architects are important when it comes to how arrivals are accommodated; how the available space can be optimally used on the one hand, and how the special needs of migrants can be taken into account on the other. Until now, accommodation has been dominated by makeshift structures, temporary arrangements, which are aimed more at safekeeping than at medium- and long-term prospects for life. More and more it becomes distinct that the existing solutions themselves create new problems. The accommodation in gyms, empty hotel buildings and similar temporary accommodations cause ghettoization and brutalization and thus also seemingly confirm existing prejudices against migrants, especially from the Muslim world. It also becomes obvious that the already existing need cannot be met without structural solutions.

2.2.1 Density and difference

It is precisely the current migration situation that poses the question of suitable forms of housing for a rapidly changing society; on the one hand, a rapidly growing resident population with the need for more community and flexible structures and, on the other hand, an immigrant extended family and traditional culture. Flexible structures with optional spaces that can be reassembled again and again according to requirements (office, workshop, guest rooms etc.) will generate a future possibility of coexistence.

The city, invented thousands of years ago, has always been contentious. According to the United Nations, three out of four people will be living in densely populated zones in the foreseeable future. In the future, „urban areas“ may well emerge alongside the commercial areas, mixed-use areas, and residential areas we are familiar with today. In such zones, buildings will be close together and the density generally higher. Such reforms might finally make it possible to bury the ideological nonsense of the Charter of Athens. Back then, in 1933, cities were

6 Barboza et al. 2016: 137, own translation.

segmented: work, leisure time, and housing were spatially separated. The result: deserted bedroom communities and fatal commuter traffic. Urbanity is, however, exactly the opposite, namely a highly concentrated city with short distances. The problem now is that people are afraid of moving closer together and of living in closer proximity to their neighbors once again. They also fear the alien: foreign languages, cultures, religions. The city is the idea of density and difference materialized as space. Density is its nature, a social mix its character. Only density and difference produce infrastructure, cultural institutions, knowledge and information, commerce and exchange in an economical way. Cities are integration machines, motors for jobs, and places of knowledge. There are conflicts over allocation and there is a housing shortage; but this also provides an opportunity to reinvent the city and to reanimate its spirit: density and difference- combined with spatial quality. It is a huge task, but a task that architects need to tackle.⁷

2.2.2 The city as a hub of Collectivity

Throughout the world there is a new wave of revival of the city and collective urban life. In the 1980s European cities were pronounced dead, housing only the poor, migrants, and senior citizens. But this trend is now reversing, because urban life does not take place in the suburbs. As young urban professionals, families, and even senior citizens return to city centers, urban life is looking more attractive than ever before. Corresponding to this new trend of moving back into the city, there is also an increased appreciation of urban collective life. There is experimentation with collective forms of work and consumption like setting up urban farms. City life is being reorganized into new collective forms, reviving our cities and redefining urbanity. By merging shared living with collective work, social, or leisure spaces and generating an open interface with the urban fabric around them, the new collective housing experiments are starting to function as small cities within cities.

All these three major trends: sharing, changing demographics, and growing urbanization, have triggered a fascinating search for new housing typologies and programs in contemporary architecture. New communally inspired projects are

7 Matzig 2016: 248 f.

3.2 Dipayan Bhowmik

Arrival City

the critical solution to the conventional monofunctional housing developments of the post-war era. The architecture of collective housing inspires ways to increase the quality of urban life in our cities by fixing the relationship between private and public space. It envisions a city with an extremely diverse program combining housing, working, and leisure environments and promoting an inclusive social stratification, whereby people from different income groups live side by side rather than being spatially segregated.⁸

Occasionally, the new cooperative housing projects are viewed as part of a wave of gentrification that is escalating homogenous, left-wing, middle-class ghettos. To avoid this from happening, integrating functions into housing complexes that profits not only the inhabitants themselves but also the larger public. This is also a good way of financing public amenities such as day-care centers, swimming pools, restaurants, or community centers. Such projects improve the quality of their environments and hence generate a positive dynamic in the neighborhood.

2.2.3 Design prerequisites for a Collective City

Urbanity cannot be achieved via architecture alone, however, but requires the direct conceptual and physical transformation of urban space itself. Urban space does not become livable automatically- even the much-lauded Gründerzeit neighborhoods do not spontaneously generate urban life. Rather, structures are required that stimulate both the residential spaces inside buildings and the outside areas surrounding them. So what kind of tools do urban planners need to facilitate urbanity? The answer can be vibrant, mixed neighborhoods that seek new typological approaches that go beyond perimeter-block development. The two most important factors for the new form of urbanity are probably the mixed-use ground-floor zones and the carefully designed outside spaces that lend themselves to appropriation by the public. This „urbanization“ of the ground-floor level is of central importance, because a ground floor used exclusively for residential purposes generates privacy conflicts with the public and hence paralyses the adjacent public space. Businesses, retail, and ateliers, on the other

8 Müller et al. 2017: 39.

hand, can liven up the ground-floor zone and help the public to feel at ease while walking by. To make long-term flexible use possible on the ground floor, a ceiling height of at least 3.50 meters is required. Generous glazing and ideally doors or gates that can be opened make the spaces attractive for retail outlets and businesses and studios in the ground floor zone, the outside use of the ground floor may often, a floorplan that is as neutral as possible is helpful, ideally an open skeleton construction without large wall other fixed elements. The street should be dominated by pedestrians, cyclists, and children at play. The outside spaces can be conceived in participatory programs (workshops, urban gardening etc.) involving the members of the cooperative. This can enable ensemble of flexible-use outside spaces, which can at any point be reprogrammed to meet diverse needs. In other words, they offer concrete uses, rather than just pretty greenery to look at.⁹

3 Conclusion

In my opinion, the Arrival City should be an open system for participation and improvisation. Migration has converted a fact of life and the city should adapt to migrants. Newcomers should be received in a vibrant area where there are prospects for integration and work. The Arrival City should not be just a transit place for migrants, it should also give the possibility for 'staying' and integrating to the society to push the economy of future cities.

The experimental bottom-up approach enables innovative forms of living that create intelligent responses to today's demographic circumstances and new lifestyles, while the market often continues to imitate old typologies that principally overlook actual requirements. Simultaneously, these built experiments demonstrate the potential for a type of collective living that fills not only the buildings themselves but also the spaces between them with animated public and community life. For our cities to change for the better in a sustainable way and for them to become filled with real, lived urbanity, the basic social and architectural principles stated above must become the benchmark of our urban planners, and it will be the job of politicians, city planning offices, and municipalities in their

9 Frühwirth 2016: 26 ff.

3.2 Dipayan Bhowmik

Arrival City

role as property-owners and developers to make sure this happens. Vienna is an ideal example how this might be achieved. This city, in which 62 percent of the population live in subsidized housing, has realized its more recent projects in a cooperative, participatory process in accordance with the „Vienna model“.¹⁰ This has led to whole neighborhoods being redeveloped for mixed use. If politicians responsible for housing policy, planning officials, and property developers are prepared to learn this lesson from the decades of utopian work carried out by often anonymous urban pioneers all over the world, then the city of tomorrow can be as open, transparent, and empowering as it needs to be for the preservation of our democratic societies today and in the future.¹¹

10 Förster/Menking 2016: 111.

11 Müller et al. 2017: 42.

4 Bibliography

- Barboza, Amalia/ Eberding, Stefanie/ Pantle, Ulrich/ Winter, Georg 2016: Räume des Ankommens. Topographische Perspektiven auf Migration und Flucht. Bielefeld: transcript.
- De Baan, Christine/ Declerck, Joachim/ Patteeuw, Véronique 2007: Visionary power: producing the contemporary city. Rotterdam/ New York: NAI Publishers.
- Deutsches Architekturmuseum 2018: Making Heimat. In: <http://www.makingheimat.de/en/the-arrival-city-is>; zugegriffen am 12.12.2018.
- Förster, Wolfgang/ Menking, William 2016: Das Wiener Modell: Wohnbau für die Stadt des 21. Jahrhunderts. Berlin: Jovis.
- Frühwirth, Martina 2016: Mehr als nur vier Wände. In: Förster, Wolfgang/ Menkin, William (Hrsg.): Wohnbau für die Stadt des 21. Jahrhunderts. Berlin: Jovis, 26-39.
- Hehl, Rainer/ Engel, Ludwig 2015: Berlin Transfer. Learning from the Global South. Berlin: Ruby Press.
- Matzig, Gerhard 2016: Density and difference: what the housing shortage and migration have to do with the future of the city. In: Schmal, Peter Cachola; Elser, Oliver; Scheuermann, Anna; Saunders, Doug (Hrsg.): Making Heimat. Germany, Arrival Country. Frankfurt: Hatje Cantz Verlag, 248-251.
- Müller, Mathias/ Niggli, Daniel/ Ruby, Ilka/ Ruby, Andreas 2017: Together- The new Architecture of the collective. Berlin: Ruby Press.
- Saunders, Doug 2010: Arrival City: How the Largest Migration in History is Reshaping Our World. New York: Pantheon Books.

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland

Universität Stuttgart
Fakultät 1, Architektur und Stadtplanung
Institut Wohnen und Entwerfen
FG Architektur- und Wohnsoziologie
Prof. Dr. phil. habil. Christine Hannemann
Antonia J. Krah, M.A.

Seminar Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft
Sommersemester 2018

Inhalt

- 1 Ein kaum bekanntes Volk**
- 2 Ein Volk ohne Nation**
- 3 Eine Geschichte voller Ablehnung**
- 4 Ändert das Minderheitenrecht der Bundesrepublik Deutschland etwas?**
 - 4.1 Wo liegen die Grenzen des Minderheitenrechts?**
- 5 Die unbeliebteste aller deutschen Volksgruppen**
 - 5.1 Wie problematisch ist die Bildungssituation?**
 - 5.2 Werden Klischees weiter gefördert?**
 - 5.3 Findet Integrationspolitik statt?**
 - 5.4 Wie wohnen Roma-Familien in Deutschland?**
- 6 Etikettiert als Außenseiter**
- 7 Minderheiten muss zugehört werden!**
- 8 Abbildungsnachweis**
- 9 Literatur**

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

1 Ein kaum bekanntes Volk

Diese Seminararbeit befasst sich mit der Frage, ob die Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma ein ungewolltes Volk in der Bundesrepublik Deutschland darstellt und wie Diskriminierung in Bezug auf Wohnen gegenüber der Ethnie stattfindet. Die Schwierigkeit über Sinti und Roma zu berichten liegt darin, dass es nur wenige statistische Daten gibt, da Ethnien keinen Teil der amtlichen Statistik darstellen. Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurden deshalb Studien und Berichte von unter anderem der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Bundeszentrale für politische Bildung, des Bundestags und von UNICEF, die als Grundlage dieser Arbeit dienen, herangezogen und studiert. Da der Umgang mit Minderheiten Ländersache ist, gibt es in manchen Bundesländern mehr Berichte als in anderen. In Bezug auf Stuttgart gibt es keine Studien, weshalb in dieser Arbeit Wohnsituationen in anderen Städten Deutschlands herangezogen werden, um einen Einblick zu geben, wie Sinti und Roma leben.

Um zu verstehen wie weit die Diskriminierung der Ethnie in der Menschheitsgeschichte zurückreicht, wird zunächst auf die Migration und Geschichte von Sinti und Roma eingegangen. Anschließend wird diskutiert, ob die Bevölkerungsgruppe als eine der am meisten diskriminierten Minderheiten gesehen werden kann und wie das Minderheitenrecht der Bundesrepublik Deutschland versucht Minderheiten zu schützen.

Anschließend werden Eindrücke der Wohnsituation der Sinti und Roma beschrieben, Problematiken formuliert, auch in Bezug auf Vorurteile und Beispiele verschiedener Städte, und deren politischer Umgang mit Flüchtlingen erläutert. Dazu wird das konkrete Beispiel Duisburg-Hochfeld beleuchtet, an dem gesehen werden kann, wie sich alteingesessene Migranten gegenüber neu angekommenen Roma-Familien verhalten und wie schnell eine zuvor abgelehnte Bevölkerungsgruppe zum Verbündeten gegen ein ungewolltes Volk werden kann.

2 Ein Volk ohne Nation

„Sinti“ bezeichnet Angehörige der Minderheit „Roma“, die bereits seit dem Mittelalter in Mitteleuropa ihre Heimat haben. „Roma“ oder „Rom“ bedeutet „Mensch“ und wird oft als Sammelname für Sinti und Roma genutzt (vgl. Zent-

er Bundesrepublik Deutschland

ralrat Deutscher Sinti und Roma 2015). In Deutschland bilden Sinti die größere Gruppe, daher wird meist der Begriff „Sinti und Roma“ benutzt (ebd.). Bei Sinti und Roma handelt es sich um Bevölkerungsgruppen, die besonders stark von Vorurteilen belastet sind (Golz 2011, S. 2). Im 20. Jahrhundert wurden über eine halbe Million Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten im okkupierten Europa aufgrund „rassischer Säuberung“ ermordet. Doch auch nach 1945 wurde ihre Verfolgung durch die Mehrheit der Gesellschaft verdrängt oder verleugnet, was dazu führte, dass Entschädigungen nur schwer oder schleppend gezahlt wurden. Erst im Jahre 1982 wurde der Völkermord an den Sinti und Roma durch die damalige Bundesregierung anerkannt (ebd.).

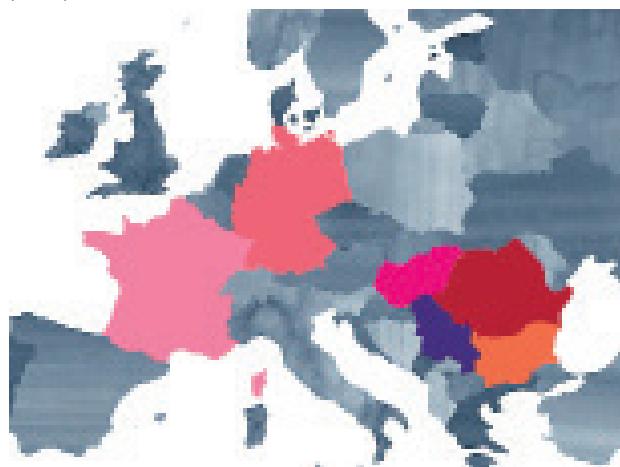


Abbildung 01: Sinti und Roma im neuen Europa

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, eigene Darstellung.

Sinti und Roma sind im europäischen Raum seit hunderten von Jahren beheimatet, haben jedoch keine Nation mit eigenem Staatsgebiet (Engbring-Romang 2014). In Abbildung 01 wird veranschaulicht, in welchen Ländern Europas die acht bis zwölf Millionen Roma leben. Die Mehrzahl lebt im Osten und Südosten Europas (ebd.). Die Bundesregierung geht davon aus, dass ungefähr 80.000 bis 120.000 Personen dauerhaft in Deutschland wohnen, die der Minderheit angehören (Marx 2011, S. 41). Die Mehrheit der nicht-deutschen Roma hat keine

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d...

Aufenthaltsgenehmigung, sondern nur eine Duldung (ebd.).

Jedoch sind auch viele von ihnen deutsche Staatsbürger, verschweigen aber teilweise ihre Herkunft, um bessere Chancen im Berufsleben zu haben (Klovert 2018). Dazu sagt Thomas Wagner, 35 Jahre alt, der seit fünf Jahren als Maschinen- und Anlagebauer in Süddeutschland arbeitet:

„Es wäre schön, wenn die anderen sehen würden, dass an dem Klischee des ‚Zigeuners‘, der klaut und Teppiche vertickt, nichts dran ist“, sagt Wagner. „Aber ich wüsste genau, dass ich mit manchen Kollegen nicht mehr professionell zusammenarbeiten könnte, wenn sie einen Spruch loslassen.“ (ebd.)

Mehr als 75% dieser nationalen Minderheit, so der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, haben im Alltag bereits Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht, zum Beispiel bei der Suche nach Arbeit oder bei der Wohnungssuche (Zoll 2014).

In den 1960ern und 1970ern kamen, im Zuge einer Gastarbeiterchaft, Roma aus Südosteuropa nach Deutschland (Engbring-Romang 2014). Eine weitere Gruppe der Roma wanderte im Rahmen der Jugoslawienkriege in den 1990ern nach Deutschland ein und eine letzte Gruppierung folgte mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder in die EU. Häufig werden Sinti und Roma als „Zigeuner“ bezeichnet. Der Begriff „Zigeuner“ steht dabei mehr für einen sozialen Stand als für eine Ethnie (ebd.).

Nach dem Abschluss des Rücknahmevertrags zwischen Deutschland und dem Kosovo, ändert sich die Lage der Roma drastisch (Jakob 2011). Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, welche Zuflucht vor dem dortigen Bürgerkrieg in Deutschland gefunden hatten, drohte mit diesem Abkommen die Abschiebung. Unter ihnen befinden sich auch etliche, die hier geboren und aufgewachsen sind (ebd.). Darüber hinaus besteht eine paradoxe Situation in Europa: Einerseits besteht ein besserer Schutz von Minderheiten in neuen EU-Ländern, als in den bereits bestehenden (Breckner/ Jonas 2014, S. 18). Dies begründet sich damit, dass eine Bedingung zum Beitritt in die EU besagt, dass der Schutz von Minderheiten gewährleistet sein muss. Andererseits sind Roma aus den zuletzt beigetretenen EU-Ländern nach wie vor massiver Diskriminierung und Exklusion ausgesetzt (ebd.).

er Bundesrepublik Deutschland

„In Südosteuropa leben Roma häufig am Rande der Gesellschaft: In den ehemals sozialistischen Staaten geht es ihnen heute schlechter als vor der Zeitenwende 1989/90. Klischees sind langlebig, antiziganistische Ressentiments weit verbreitet. Die EU-Kommission hat jüngst den Mitgliedstaaten aufgetragen, nationale Roma-Strategien zu entwickeln. Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft hat die Integration der Roma zum Schwerpunkt erklärt. Der Schlüssel zur gesellschaftlichen Inklusion heißt Bildung.“ (Golz 2014, S. 2)

Roma aus der unteren sozialen Schicht, die in den letzten Jahrzehnten aus Osteuropa in die Bundesrepublik ausgewandert sind, sind oft von Abschiebung bedroht und hoher Diskriminierung ausgesetzt (Klovert 2018). Sie beeinflussen das Image der Sinti und Roma, die seit Jahrzehnten zur deutschen Bevölkerung gehören und bereits in die Gesellschaft integriert sind (ebd.).

3 Eine Geschichte voller Ablehnung

Das Wissen über die Herkunft von Sinti und Roma ist begrenzt (Volkshochschule der Burgenländischen Roma 2012). Nur einzelne Schriftstücke von Chronisten geben Aufschluss darüber. Diese gehören aber nicht selbst der Gruppe der Sinti und Roma an. Dies begründet sich vor allem dadurch, dass Sinti und Roma selbst keine eigene Schriftsprache besitzen und somit nicht in der Lage waren, ihren Werdegang nieder zu schreiben (ebd.). Es ist davon auszugehen, dass die Vorfahren der heutigen europäischen Sinti und Roma aus den Gebieten des heutigen Indien beziehungsweise des heutigen Pakistan stammen (Breckner/ Jonas 2014, S. 16). Dies lässt sich aus der Sprache der Sinti und Roma, dem Romanes, herleiten. Es besitzt eine hohe Verwandtschaft mit dem altindischen Sanskrit (ebd.).

Dabei hat sich aus dem Romanes im Laufe der Jahrhunderte eine Vielzahl von Dialekten herausgebildet (Volkshochschule der Burgenländischen Roma 2012). Dies hängt zum einen mit den unterschiedlichen Wanderwegen zusammen, zum anderen ist es mit den jeweiligen heutigen Standorten der Roma in Zusammenhang zu bringen. Einige dieser Ethnien besitzen mittlerweile keine eigene Sprache mehr. Dies ist mit Zwangsassimilierungen zu erklären. Aufgrund dessen, dass das Romanes eine mündliche Sprache darstellt, sind in diversen Teilen Europas Projekte entstanden um ihre Sprache zu verschriftlichen. Dies geschieht oft nicht

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

unter Beteiligung der Betroffenen. Ihre Vorfahren wanderten im Zeitraum zwischen dem 8. Jahrhundert und dem 10. Jahrhundert über das damalige Persien, Kleinasien beziehungsweise den Kaukasus zunächst Richtung Griechenland und den Balkan ein. Von dort aus setzten sie ihre Wanderungsbewegung im 13. und 14. Jahrhundert in Richtung restliches Europa fort. Von dort aus ging die Reise weiter in die neue Welt (ebd.). Es ist davon auszugehen, dass sie dies entgegen gesetzt der Annahme eines Wandertriebs taten, sondern dass sie sich auf der Flucht vor Kriegen, Vertreibung, Verfolgung beziehungsweise in einer Notlage befanden (Engbring-Romang 2014). Ihre Berufe als Metall- oder Pferdehändler, Scherenschleifer oder Korbflechter waren oftmals nicht freiwillig gewählt. Vielmehr wurden ihnen andere Berufe untersagt (Klovert 2018). Ihre Berufe machten es erforderlich, oft den Ort zu wechseln, doch heute sind sie definitiv keine Nomaden mehr (Mihăilescu 2017, 00:03:00). Eine Roma aus Rumänien sagt dazu: „Wir bleiben so lange an einem Ort, wie man es uns erlaubt.“ (Micu 2017, 00:03:15).

Die Geschichte der Sinti und Roma in Europa begann grundsätzlich mit einem Missverständnis. Als Sinti und Roma im ausgehenden 14. Jahrhundert und im beginnenden 15. Jahrhundert Mitteleuropa erreichten, wurden sie als Pilger gesehen (Breckner/ Jonas 2014, S. 16). Dementsprechend wurden sie durch Monarchen mit Geleitbriefen ausgestattet, die es ihnen ermöglichten, durch die Lande zu pilgern. Pilgernden sollte damals Unterkunft und Nahrung geboten werden. Grundsätzlich gingen jedoch die Bevölkerung sowie die Herrschenden davon aus, dass sie sich nur auf dem Pilgerweg befanden und sie nach dem Erreichen ihres Ziels wieder zurück in ihre Heimat kehren würden. Dem war jedoch nicht so und das Wohlwollen ihnen gegenüber schwand und führte letztlich dazu, dass ihnen nun Ablehnung entgegengebracht wurde (ebd.). Jetzt galten sie nicht mehr als Pilger, sondern als Heiden (Engbring-Romang 2014). Weshalb es Anstrengungen gab, sie zum Christentum zu bekehren. Diese wurden jedoch nur halbherzig durchgeführt. Stattdessen wurden sie von protestantischer Seite Juden gleichgesetzt und verfolgt, während sie von Katholiken aus den Gemeinden ausgeschlossen wurden. Dieser Zustand hielt bis in das 20. Jahrhundert an und wurde letztlich im Nationalsozialismus verschärft. Dabei erhielten die Kirchen

er Bundesrepublik Deutschland

den Auftrag, in ihren Kirchenbüchern den Grad des Ziganismus einer Familie zu eruieren. Die dort enthaltenen Daten wurden zu Zigeunertafeln zusammengeführt. Dabei stieß die nationalsozialistische Herrschaft auf nur wenig Widerstand. Dies führte mitunter dazu, dass 500.000 Sinti und Roma im besetzten Europa ermordet, vergast, deportiert und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Diese Geschehnisse wurden erst 1982 durch die damalige deutsche Bundesregierung als Völkermord anerkannt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es zwar vereinzelt Fälle, in denen Wiedergutmachung geleistet wurde, jedoch gab es eine Reihe von Hindernissen, um die Wiedergutmachung durch Reparationszahlungen und Hinterbliebenengeld zu erlangen. Zunächst gab es keine einheitliche Rechtsprechung und das erste Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes in den 1950er Jahren verschlechterte die Situation. Die einzelnen Landesgerichte zweifelten diese Entscheidung oftmals an, sodass neu entschieden werden musste (ebd.).

4 Ändert das Minderheitenrecht der Bundesrepublik Deutschland etwas?

Mit dem Ende der sozialistischen Staaten in den osteuropäischen Ländern verloren viele ungelernte Arbeiter ihren Job und wurden teilweise durch Zwangsräumungen aus den Arbeitervierteln vertrieben (Lièvre et al. 2017, 00:20:30, 00:35:00). Die zuständigen Behörden lassen dabei die Viertel verkommen und setzen die Gelder der EU-Förderprogramme falsch ein. Die Menschen sind gezwungen in heruntergekommenen Baracken ohne Kanalisation und fließen-dem Wasser zu leben (ebd.). Für viele Sinti und Roma ist daher die Zugehörigkeit zur EU seit 2004 und 2007 eine Enttäuschung gewesen und sie befinden sich in schlechteren Lagen als zuvor (Heuss 2011, S. 21).

Die Bevölkerungsgruppe wird systematisch diskriminiert, kann aber auch kein politisches Asyl beantragen, da ihre Länder Teil der Europäischen Union sind und somit als sichere Herkunftsländer gelten (Lièvre et al. 2017, 00:37:30).

Sinti und Roma sind in Deutschland grundsätzlich eine anerkannte nationale Minderheit, neben der dänischen Minderheit, den Friesen und den Sorben (Zentralrat Deutscher Sinti & Roma). Dies wurde im europäischen Rahmenüber-einkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates am 11. Mai

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

1995 festgehalten. Die Bundesregierung muss fördern, dass die Minderheiten die Möglichkeit haben „ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprache, ihre Tradition und ihr kulturelles Erbe, zu bewahren.“ (Ebd.)

Die konkrete Umsetzung des Rahmenübereinkommens unterliegt den einzelnen Mitgliedsstaaten (Engbring-Romang 2014). In der Bundesrepublik ist sie Ländersache. In Schleswig-Holstein wurden Sinti und Roma ebenso, wie Dänen und Friesen in die Landesverfassung aufgenommen (ebd.).

4.1 Wo liegen die Grenzen des Minderheitenrechts?

„Allen Erziehungsprojekten der Moderne, seien sie auf Roma gerichtet oder nicht, war die Disziplinierung des Subjekts, die Zurichtung des Menschen auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt gemeinsam.“ (Heuss 2011, S. 26)

Dabei ist dies nicht eine Erscheinung des Sozialismus, sondern liegt allen modernen Zivilisationen und deren Gesellschaften zugrunde. Schulische Bildung gilt als Grundvoraussetzung für die Teilhabe und Inklusion in die Gesellschaft. Schule schafft diesbezüglich das Maß an Selbstorganisation, das für das Zurechtfinden in der Gesellschaft und das Bestehen darin, verantwortlich ist. Eben diese Anforderungen sind für Sinti und Roma gar nicht so einfach zu verwirklichen, da sie, wie bereits gesagt, hoher Diskriminierung ausgesetzt sind. Dennoch lautet die Forderung der Politik, beziehungsweise der Gesellschaft, die diese vertritt, nach wie vor, dass sich die Sinti und Roma der Mehrheitsgesellschaft anzupassen haben.

Genau hier wird die genannte Grenze erlangt. Auf der einen Seite ist festzuhalten, dass man sich auf verschiedenen Ebenen, sei es auf Ebene der EU oder auf Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten und deren Ländern, für die Sinti und Roma einsetzt und Programme vorlegt, um deren Lage in verschiedenen Lebenssituationen zu ändern und vor allem diese zu verbessern. Auf der anderen Seite ist jedoch festzuhalten, dass dies kaum (ausgenommen sind natürlich die Interessenverbände) mit deren Mitwirken geschieht. Dies hat natürlich unterschiedliche Gründe: Zum Beispiel die Angst vor Repressalien und ein damit einhergehendes Gefühl des Abgesondertseins. Auf der anderen Seite wird über die Köpfe dieser

er Bundesrepublik Deutschland

Menschen hinweg entschieden. Somit ist dazu zu sagen, dass es sich hierbei um eine prekäre Lage handelt, bei der Regierungen, Zivilgesellschaften und Interessensverbände an einem Strang ziehen müssen um einen gelingenden Prozess der Eingliederung in das Gesellschaftssystem zu bewerkstelligen, um Menschen vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen sowie Teilhabe, Akzeptanz, Toleranz und Inklusion zu ermöglichen (ebd.).

5 Die unbeliebteste aller deutschen Volksgruppen

Es gibt nur wenige Statistiken zu der Bevölkerungsgruppe. Die Ethnie ist, wie bereits erwähnt, kein Teil der amtlichen Statistik (Breckner/ Jonas 2014, S. 19). Allerdings wurde im Jahr 1984 eine umfassende, bundesweite Studie durchge-

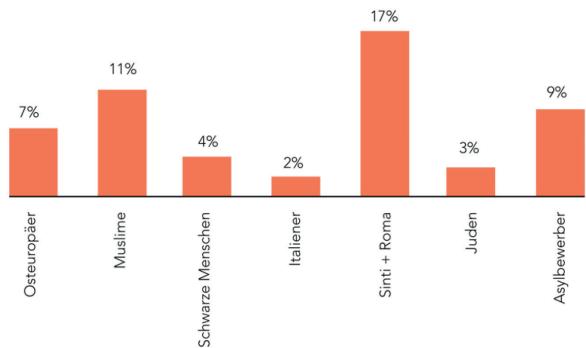


Abbildung 02: Welche Bevölkerungsgruppe wird als unsympathisch wahrgenommen
Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014), S. 73, eigene Darstellung.

führt. Aus dieser Studie geht hervor, dass in den 1970er Jahren 25-30% der Sinti und Roma in Deutschland in Obdachlosenheimen oder „Zigeunersiedlungen“ wohnten (Hormel et al. 2012, S. 255).

Die Begrifflichkeit der „Zigeunersiedlung“ deutet auf eine Problematik hin: Sinti und Roma sind in Deutschland die mit Abstand unbeliebteste aller deutschen Volksgruppen (Widmann et al. 2006, S. 1). Abbildung 02 zeigt die Ergebnisse einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014, in der Sinti und Roma als unsympathischste Bevölkerungsgruppe deklariert wurden. Eine Umfrage der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2008 ergab, dass sich nur 36%

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

der Europäer damit „wohlfühlen“ würden, wenn diese Ethnien in ihrer Nachbarschaft leben würden. 24% würden sich sogar „unwohl“ fühlen (Europäische Kommission 2008, S. 46).

Eine darauffolgende Studie der Leipziger »Mitte« 2016 zeigte, dass die abwertende Haltung gegenüber Sinti und Roma sogar zugenommen hat. Knapp 60% der Befragten haben Schwierigkeiten damit, wenn Sinti und Roma in der Nähe wohnen und rund 50% der Befragten gaben an, dass sie es befürworten würden, wenn Sinti und Roma in der Innenstadt nicht mehr geduldet werden würden. Knapp 60% denken, dass Sinti und Roma dazu neigen kriminell zu sein (Decker et al. 2016, S. 49). Auch, dass Sinti und Roma ein Wandervolk sind, trifft heute nicht mehr zu (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014, S. 10). Dennoch sagte bei einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein Drittel aus, dass „Zigeuner“ ein „fahrendes Volk“ seien (ebd.). Eric Fassin, Professor für Soziopolitik in Frankreich meint, dass ein Unterschied konstruiert wird und dieser die Rechtfertigung kreiert, Roma anders behandeln zu können, als alle anderen (Fassin 2017, 00:04:00).

Als Vorurteile lassen sich außerdem nennen: Wanderzwang, ein Diebesleben, das Leben ohne moralische Grundsätze und ein Mangel an Hygiene (Marchand 2017, 00:07:20). Es sind Ängste entstanden und es ist schwer diesen entgegenzuwirken (ebd.). Der Bundesgerichtshof verfasste 1956 ein grundsätzliches Urteil über „Zigeuner“: „Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Beträgereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist“ (Klovert 2018).

In wichtigen Aspekten wie Wohnen, Arbeiten, Bildung und Gesundheit werden die Sinti und Roma auch heute noch auf enorme Weise diskriminiert und haben erschwerten Zugang ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sozial aufzusteigen (Hormel et al. 2012, S. 270). Neben Ungewissheit, beschreibt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weitere Gründe für die Diskriminierung: „So stark die Ablehnung in der Bevölkerung ist, so ausgeprägt ist die Gleichgültigkeit Sinti und Roma gegenüber.“ (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014, S. 15).

5.1 Wie problematisch ist die Bildungssituation?

Für viele Minderheiten ist der Zugang zur Bildung erschwert. Dies liegt daran, dass „viele der rund zehn bis zwölf Millionen in Europa lebenden Roma [...] tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert [sind]. Sie leben als Randgruppe unter äußerst prekären sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen“ (Koch 2011). Frühe Schulabgänge sind keine Seltenheit, sondern die Regel (Heuss 2014, S. 24). Höhere Schulabschlüsse oder höhere Schulbildung stellen eine Ausnahme dar. Oftmals besuchen Roma-Kinder Haupt- und Sonderschulen (ebd.). Knapp 30% der Kinder besuchen die Sonder- schule, 30% der Eltern haben überhaupt keine Schulausbildung und 50% brechen die Schule vorzeitig ab (Benz 2007, S. 5).

Im April 2014 forderte die Europäische Union von allen Mitgliedsstaaten nationale Fahrpläne zur Frage der Integration von Sinti und Roma bis zum Jahr 2020 und stellte klar, wie wichtig die Rolle der Bildung diesbezüglich sei: „Wir müssen daher dringend in die Bildung der Roma-Kinder investieren und ihnen so später einen erfolgreichen Weg in den Arbeitsmarkt ermöglichen.“ (Strauß 2011, S. 49).

Solche Maßnahmen sollen es ermöglichen, dass ein Zugang zu Bildung und wiederum dadurch zum Arbeitsmarkt ohne Diskriminierungen erfolgen kann (Cada 2017, 00:57:12). Wobei es oft so ist, dass Roma, die beruflich etwas erreicht haben, nicht mehr als Roma gesehen, sondern als Nachbarn anerkannt werden. Sie werden dann über ihren Beruf definiert (ebd.).

Seit 1999 gilt das Romanes als eine deutsche Minderheitensprache (Kressel et al. 2014, S.17). Hamburg stellt als einziges Bundesland einen Romanes Sprachunterricht zur Verfügung- mit großem Erfolg (ebd.).

5.2 Werden Klischees weiter gefördert?

Über das europäische Rahmenübereinkommen ist Deutschland dazu verpflichtet, Minderheiten zu unterstützen. Dies gelingt auch über Medien und bedeutet, dass ein medialer Auftritt geschaffen werden muss. Dabei wird von Seiten der Bundesregierung Material erstellt und bereitgestellt. Dies wird zum Beispiel über die Bundeszentrale für politische Bildung umgesetzt. Als Unterstützer zur Verbreitung von Medien in Form von Broschüren ist der Zentralrat deutscher Sinti und

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

Roma zu nennen. Dieser veröffentlicht verschiedene Publikationen.

In vielen Berichten über Sinti und Roma werden Klischees und Stereotypen unterschwellig, indirekt und subtil oder direkt und offen benutzt, um damit antiziganistische Bilder zu erzeugen (Lohse 2016, S. 145). Eine, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte, Untersuchung zur Berichterstattung über Sinti und Roma kam zum Ergebnis, dass es sich bei 60% der zur Verfügung stehenden Zeitungsartikel aus der Lokalpresse mit dem Themenschwerpunkt Sinti und Roma, um eine Berichterstattung handelte, welche diese mit kriminellen Geschehnissen in Verbindung brachte und diese ohne jeglichen Beweis kriminalisierte. Zusätzlich stellten 37% der Artikel eine Verbindung zwischen Sinti und Roma sowie Konflikten her. Dies verdeutlicht, dass die Berichterstattung durch die Presse nach wie vor von antiziganistischen Ressentiments geprägt ist. Außerdem werden in den Medien immer die „schlimmsten“ Bilder gezeigt – also bettelnde Mütter mit ihren Kindern (Rodriguez 2017, 00:13:50).

5.3 Findet Integrationspolitik statt?

Die Aufenthaltsgenehmigung ist entscheidend, um Zugang zur Verbesserung der Lebenssituation zu erreichen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit. Aber auch die gesamte Aufenthaltsdauer, die familiäre Herkunftsgeschichte, der soziale Status und die Lokalpolitik im Umgang mit Minderheiten und Flüchtlingen sind ausschlaggebend. Da hier jede Kommune eigene Spielregeln aufstellen kann, sind die Zugänge sehr unterschiedlich (Mihok et al. 2007, S. 11).

Eine Studie von UNICEF beschäftigt sich mit der Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland. Der politische Wandel in den siebziger und achtziger Jahren vollzog sich zunächst in der Kinder- und Jugendarbeit, durch Schul- und Berufsbildungsmaßnahmen, bald aber auch durch lokale Wohnungsbauprogramme. So entstanden in den siebziger und achtziger Jahren Sinti-Siedlungen in Städten wie Düsseldorf, Köln, Freiburg im Breisgau, Ravensburg, Straubing, Bremen, Bremerhaven oder Bad Hersfeld (Benz 2007, S. 5f.). Stadtverwaltungen versuchten mit den Maßnahmen ein Grundniveau gesellschaftlicher Teilhabe zu erreichen. Verbesserte Situationen in Bezug auf Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildung wurden für die Bevölkerungsgruppen geschaffen. Viele

er Bundesrepublik Deutschland

sind aber nach wie vor nicht in den Arbeitsmarkt integriert und können sich nur schwer eine selbständige Lebensweise schaffen.

Hinzu kommt, dass Sinti und Roma häufig in Vierteln wohnen, die einen schlechten Ruf haben. Dies erschwert die erfolgreiche Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Diese Beobachtungen werden vor allem bei der untersten ökonomischen Schicht der Bevölkerungsgruppe gemacht. Viele Roma-Familien haben sich aber auch äußerst erfolgreich in alle Bereiche der deutschen Gesellschaft integriert, wobei sie ihre Herkunft oft nicht öffentlich machen. Sobald eine Familie erfolgreich ist, zieht sie meist aus der Sinti-Siedlung weg, um keine weitere Stigmatisierung durch die Siedlung zu erfahren. Dies hat eine Segregation nach Schichten innerhalb der Stadt zur Folge (ebd.).

Nachfolgende Grafik zeigt Ergebnisse einer Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014. Demnach schlagen Befragte vor, dass Integrationsangebote der wichtigste Faktor beim Zusammenleben mit Sinti und Roma darstellen. Ein Zugang zum Arbeitsmarkt, Kriminalitätsbekämpfung und eine Stärkung des Minderheitenrechts werden ebenfalls von vielen Befragten genannt. Etwas erschreckend ist, dass ein Drittel der Befragten denkt, dass das gute Zusammenleben nur durch die Polizei stattfinden kann. Es schwingt der Gedanke mit, dass Sinti und Roma kriminell seien. 22% schlagen Abschiebung und 14% eine gesonderte Unterbringung vor, was bedeutet, dass hier die Meinung vorliegt, dass eine Integration nicht möglich ist.



Abbildung 03: Vorschläge für ein gutes Zusammenleben mit Sinti und Roma
Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014), S. 89, eigene Darstellung.

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in Deutschland

5.4 Wie wohnen Roma-Familien in Deutschland?

Die Mehrheit der Sinti und Roma lebt mit festem Wohnsitz im deutschsprachigen Raum (Widmann et al. 2006, S. 1). Auch in Osteuropa sind sie seit den 1970er Jahren sesshaft. Ab den 1960er Jahren wurden aus Wohnwagensiedlungen selbstgebaute Hütten und einfache Betonhäuser, die in Randgebieten von Städten lagen. Wer in solchen Siedlungen aufwuchs, hatte geringe Chancen auf Bildung oder sozialökonomischen Aufstieg (ebd.). Die Siedlungen bestätigten die stereotypischen Bilder der Mehrheitsbevölkerung und die Annahme, dass sich Sinti und Roma nicht um „die Konventionen der bürgerlichen Gesellschaft“ kümmerten (Widmann et al. 2006, S. 2).

Im Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die Europäische Kommission wird unter dem Punkt „Zugang zu Wohnraum“ festgehalten: „Die Versorgung mit bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum ist ein wichtiges wohnungs- und sozialpolitisches Anliegen der Bundesregierung. Die Wohnungspolitik der Bundesregierung gewährleistet die Wohnraumversorgung aller Bevölkerungsgruppen und differenziert nicht nach ethnischer Zugehörigkeit. In einigen Städten werden Belange der Sinti und Roma bei der Wohn- und Stadtentwicklungs politik besonders berücksichtigt.“ (Bundesministerium des Innern 2011, S. 6)

Flüchtlinge die geduldet sind, können sich ihre Unterkunft nicht aussuchen, sondern werden in bestimmten Heimen untergebracht. Sie haben wenig Möglichkeiten auf eine erfolgreiche Integration. Flüchtlinge mit Aufenthaltsgenehmigung können sich eine Wohnung suchen. Dies ist ein wichtiger Aspekt, denn „der Zugang zu Wohnungen ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und alle anderen gesellschaftlichen Bereiche“ (Brücker 2018, S. 3). So sagt auch eine Migrantin aus Rumänien: „Das wichtigste ist eine Wohnung. Jeder Mensch braucht eine Unterkunft“, denn ohne feste Adresse bleibt jeder Zugang zur Gesellschaft verwehrt (Staravache 2017, 01:22:53).

Ab dem Ende der 1990er Jahren wurden Roma-Flüchtlinge in Wohnheimen untergebracht, die in Stadtteilen lagen, die sozial schwach sind, die schlechte Wohnsituationen bieten und wenig Betreuung (Mihok et al. 2007, S.15f.). Viele Städte boten für Roma-Flüchtlinge bewusst schlechte Unterbringungsmöglichkeiten am Stadtrand an, um abzuschrecken und abzuwehren. Die Unterkünfte

er Bundesrepublik Deutschland

hatten eine schlechte Verkehrsanbindung und waren teilweise ausschließlich von Roma bewohnt, sodass alleine durch die Wohnsituation eine Ausgrenzung und Stigmatisierung der Kinder und Familien stattgefunden hat (ebd.).

„Die Lebensbedingungen in diesen Heimen orientieren sich an folgenden Mindestanforderungen: Pro Person sind etwa 7 qm vorgesehen, in der Regel sind zwei Personen in einem 14 qm großen Raum untergebracht. Dieser Raum ist Wohnzimmer, Schlafzimmer und Esszimmer zugleich. Die notwendige Ausstattung (Tisch, Schrank, Stühle, Küchenschrank, etc.) verstärkt die Enge des Raumes. In den Gemeinschaftsküchen können die Familien zwar kochen, aber das Essen müssen sie auf ihre Zimmer tragen und dort speisen. Rückzugsmöglichkeiten oder Räumlichkeiten, wo die Kinder alleine und ungestört sein könnten, gibt es nicht.“ (Mihok et al. 2007, S. 16).

Ab 2003 veränderte sich die Situation, da einige Städte Flüchtlinge besser integrierten wollten und es Flüchtlingen, die geduldet waren, ermöglichten in Mietwohnungen zu ziehen (vgl. Mihok et al. 2007, S. 16ff.). Einige Familien haben dies geschafft: In Münster leben über 50% der Roma in Wohnungen und in Berlin lebt ebenfalls ein Großteil in Wohnungen. Soziale Fachkräfte haben dabei beobachtet, dass der Umzug oft erschwert wird, weil Eigentümer Ressentiments und Vorurteile gegenüber Roma-Familien haben. Verschiedene Kriterien müssen erfüllt sein, bevor eine Familie die Möglichkeit bekommt, eine Wohnung zu suchen, wie beispielsweise die Aufenthaltsdauer, das Strafregister und eine Einschätzung, ob die Familie als „sozial angepasst“ oder „anpassungsfähig“ gilt. Für viele Roma-Familien ist es also schwierig, aus dem geschilderten Kreislauf herauszukommen, sie verbleiben in den Unterkünften (ebd.).

2000 wurde in Münster das „Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen“ beschlossen, das drei Komplexe mit 50 Wohnplätzen plante. Drei Jahre später erfolgte die Realisierung. 890 geduldet Roma, davon über 50% Kinder, aus dem Kosovo und aus Serbien-Montenegro wohnen in Münster. Über die Hälfte der Kinder wohnen bereits in Privatwohnungen, auf die ganze Stadt verteilt. Die übrigen wohnten in Flüchtlingsunterkünften, besuchten aber fast alle einen Kindergarten oder eine Schule.

Köln begann 2003 mit einer ähnlichen Politik für Flüchtlinge: dezentrale

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

Unterbringung, Verbesserung des Standards in Wohnheimen und familiengerechte Unterbringung mit maximal 80 Plätzen. In 40 Unterkünften für Flüchtlinge wohnten knapp über 1.000 Kinder und Jugendliche, davon sind 870 Roma-Kinder. Als erste Integrationsphase werden Roma-Familien für 3 Jahre in ein qualitativ besseres Wohnheim mit sozialer Betreuung gebracht. Wenn alles funktioniert, wird eine „Prognosen hinsichtlich des Wohn- und Sozialverhaltens“ erstellt, die es den Familien dann ermöglicht, in eine Privatwohnung zu ziehen. Nur wenigen Familien steht diese Option offen. Die meisten leben nach wie vor in Unterkünften mit schlechten Bedingungen (ebd.).

2003 hat Berlin festgelegt, dass Asylbewerber und Flüchtlinge nicht weiter sozial ausgegrenzt werden dürfen und der soziale Zusammenhalt gefördert werden soll. So durften viele Flüchtlinge in Privatwohnungen ziehen. Auch hier wurden „Integrationsprofile“ erstellt, die prüfen, wer dazu geeignet ist, umzuziehen. Die Kriterien sind dieselben: Aufenthaltsdauer, Abschiebungsrisiko, Straftatenbestand. Der Großteil der Roma-Familien lebt bereits in Mietwohnungen (ebd.). Berlin hat sich dabei stark engagiert und das Problem einfach selbst in die Hand genommen. So arbeiteten dort Sozialarbeiter, die die Sprache der Roma sprechen, Schulen und eine engagierte Zivilgesellschaft eng zusammen (Kolat 2017, 01:22:30).

In Frankfurt am Main und Hamburg müssen Roma-Familien in Unterkünften bleiben, bis sie eine Aufenthaltserlaubnis vorlegen können (vgl. Mihok et al. 2007, S. 16ff.). In Hamburg leben circa 1.000 Flüchtlinge aus Südosteuropa. Es wird versucht Roma-Familien auf alle Heime zu verteilen. Die Situation in Frankfurt am Main wird als ungenügend bezeichnet. Es leben circa 200 Roma in der Stadt, davon 23 Familien mit insgesamt 60 Kindern in Obdachlosenheimen und notdürftigen Unterkünften. In der Praxis ist es oft schwer, einen bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu finden, vor allem wenn die Familie viele Kinder hat. Die Wohnungen werden dann oftmals überbelegt und es entstehen Konflikte mit anderen Hausbewohnern (ebd.).

6 Etikettiert als Außenseiter

Im Stadtteil Duisburg-Hochfeld wanderten in den vergangenen Jahren 1.800 Personen aus Südosteuropa zu, die überwiegend Roma waren (Ceylan 2012, S.99ff.). Schätzungen verdoppeln diese Zahl sogar. Die Einwanderer sind hauptsächlich im untersten ökonomischen Segment beschäftigt – zumeist als Tagelöhner auf dem Bau (ebd.).

Zusätzlich wandern seit 50 Jahren Migranten aus der Türkei nach Deutschland ein und die Population beträgt in der Bundesrepublik bereits drei Millionen (Ceylan 2012, S. 102). Diese Migrationsgruppe zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich schnell eigene ethnische Strukturen schafft. Besonders sind hier religiöse Einrichtungen zu nennen, von denen in Deutschland circa 2.500 vorhanden sind und die meist in „sozialräumlich segregierten Wohngebieten“ entstanden sind (ebd.). Die westthrakischen Türken wanderten von Nordgriechenland ein und wurden in der bisherigen Migrationsforschung kaum berücksichtigt (Ceylan 2012, S.102ff.). Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches kämpft die Minderheit um den Erhalt ihrer Kultur. Die meisten westthrakischen Türken sind Sunnitzen und haben daher dieselbe religiöse Richtung wie die meisten Muslime in der Türkei, trotzdem werden sie wegen ihres Dialekts und eigener Normen und Traditionen oft als „anders“ gesehen. Nach 1974 wanderten über 15.000 westthrakische Türken nach Deutschland ein. Dass sind laut Ackermann 10% der Gesamtpopulation der ethnischen Gruppe. Diese Migranten versuchen in Deutschland ihre eigene Kultur zu bewahren und sind gleichzeitig als türkische Muslime in die türkische Gemeinschaft in Deutschland zu integrieren. Seit 2005 wandern türkischsprachige Gruppen aus Bulgarien nach Deutschland ein, die überwiegend Roma sind. Dieser Fakt beeinflusst das Gruppenverhältnis zwischen westthrakischen Türken und den zuvor eingewanderten Türken im Stadtteil Duisburg-Hochfeld. Die Roma haben die neue Position als Außenseiter zugewiesen bekommen und Westthrakier und Türken haben ein neues Wir-Gefühl entwickelt (ebd.). Türken, die schon lange in Deutschland zuhause sind, haben sich eine eigene kulturelle und soziale Infrastruktur geschaffen und dadurch „eine Definitionsmacht [etabliert], welche die soziale Abgrenzung gegenüber den neuen Migrantengruppen ermöglicht“ (Ceylan 2012, S. 107). Die muslimische Roma-Gruppe wird für alle negativen

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

Tendenzen verantwortlich gemacht.

Untersuchungen von Elias und Scotson zeigen, dass eine Etabliertengruppe dazu neigt „einer Außenseitergruppe, die ‚schlechten‘ Eigenschaften der ‚schlechtesten‘ ihrer Teilgruppe, ihrer anomischen Minorität, zuzuschreiben. Und umgekehrt wird das Selbstbild der Etabliertengruppe eher durch die Minorität ihrer ‚besten‘ Mitglieder, durch ihre beispielhafteste oder ‚nomischste‘ Teilgruppe geprägt.“ (Elias et al. 2002, S. 13).

Hinzu kommt, dass die Roma in den schlechtesten Lagen wohnen und dass sie mit Tätigkeiten wie Prostitution, Betteln, Schwarzarbeit und kriminellen Eigenschaften in Zusammenhang gebracht werden.

„Der Mechanismus der Etikettierung treibt Menschen in abweichende Karrieren, zur Übernahme devianter Lebensstile und in abweichende Subkulturen. Dabei spielt es eine Rolle, von sozialen Bezügen abgeschnitten zu werden. [...] Auf diese Weise trägt die Gesellschaft gerade durch die Etikettierung einiger Mitglieder als abweichend sowie durch deren Ausschluss aus dem konventionellen Leben in Wirklichkeit zur Erhaltung des Verhaltens bei.“ (Sack et al. 2007, S. 190)

Die Abgrenzung der alteingesessenen Türken gegenüber den westthrakischen Türken nimmt durch die neue Bevölkerungsgruppe ab (Ceylan 2012, S. 110 ff.). Sie werden zu Verbündeten gegen die Roma und somit von Außenseitern zu Etablierten. Die beiden Bevölkerungsgruppen solidarisieren sich. Eine solche Entwicklung muss nicht an religiösen Parallelen festgemacht werden, sondern vor allem am zeitlichen Faktor, wie Elias und Scott in ihren empirischen Untersuchungen nachgewiesen haben (ebd.).

Anhand dieses Beispiels wird verdeutlicht, wie schwer Sinti und Roma mit der Denkweise in Stereotypen zu kämpfen haben. Die Vorurteile machen den Start im Ankunftsland schwerer, als er sowieso schon ist. Roma scheinen in der Situation Duisburg-Hochfeld ein ungewolltes Volk zu sein. Trotzdem wäre ohne die Migration der Roma ein Zusammenschluss der zuvor voneinander abgegrenzten türkischen Gruppen nicht möglich gewesen.

7 Minderheiten muss zugehört werden!

Wie die vorliegende Arbeit zeigt, ist die Situation der Sinti und Roma, trotz der Maßnahmen und Regelungen die unter anderem auch zu ihrem Schutz getroffen wurden, nahezu unverändert. Sie sehen sich nach wie vor einer starken Diskriminierung ausgesetzt. Dabei wird die Feindschaft der Mehrheitsbevölkerung Deutschlands gegenüber der Gruppe der Sinti und Roma zusätzlich durch eine sehr antiziganistische Berichterstattung der Medien gesteigert. Wie vorangehend geschildert wurde, ist in vielen Lebensbereichen der Zugang zur Gesellschaft für Sinti und Roma erschwert. Nur wer eine bewilligte Aufenthaltsgenehmigung hat, darf in eine Mietwohnung ziehen. Dass oftmals viele Roma-Familien in derselben Unterkunft wohnen müssen, verschlechtert die Möglichkeiten weiterhin. Ganze Stadtteile können dann mit Stigmatisierungen behaftet werden, indem, wie das Beispiel Dusiburg-Hochburg zeigt, immer diejenigen, die am wenigsten lange dort wohnen, alles in die Schuhe geschoben bekommen. Dies begünstigt einen nahezu ewigen Kreislauf. Ohne den Zugang zu Bildung ist es nur schwer möglich einen gewissen Lebensstandard, einen bestimmten sozioökonomischen Status zu erlangen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass ein Ausbruch aus den gewohnten Verhältnissen mit all ihren Nöten und ständiger Armut nahezu unmöglich ist und fortwährend bestehen bleibt.

Die Städte und Kommunen sind dazu aufgefordert, aktiv eine Integration von Roma-Familien in die Gesellschaft zu fördern und Wohnraum für diese zu schaffen. Die Europäische Kommission stellt Hilfeleistungen gezielt für Sinti und Roma bereit. Es wird immer wieder betont, dass diese speziellen Hilfestellungen und-Leistungen für Sinti und Roma immens wichtig sind, jedoch verlieren sich diese Aussagen letztlich in der Verantwortung der einzelnen Länder, ohne dass auf Bundesebene eine Kontrollinstanz geschaffen wird, welche für die Umsetzung in den Ländern eine Verantwortung trägt oder eine Garantie für die Umsetzung gibt.

„Roma haben heute große Schwierigkeiten aus diesem Teufelskreis auszubrechen, in den andere sie gebracht haben. Das liegt einfach daran, dass man ihnen kein Gehör schenkt und lediglich andere über sie sprechen. Sie schreiben nicht ihre eigene Geschichte und sprechen nicht über sich selbst. Andere drücken

3.3 Lisa Jehle

Ungewolltes Volk? Einblick in die Wohnsituation von Sinti und Roma in d

ihnen eine Identität auf und machen sich ihre eigenen Vorstellungen, wie Roma sind. Sie sind von all diesen Mythen umgeben und die werden auch weiter gefördert.“ (Ailincai, Projektleiterin ROMED Europarat 2017, 00:59:10)

er Bundesrepublik Deutschland

8 Abbildungsnachweis

Abbildung 01: Sinti und Roma im neuen Europa

Abbildung 02: Welche Bevölkerungsgruppe wird als unsympathisch wahrgenommen

Abbildung 03: Vorschläge für ein gutes Zusammenleben mit Sinti und Roma

9 Literatur

Ailincai, Aurora (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zuletzt geprüft am 23.07.2018

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014): Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung- Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma. Online verfügbar unter http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Beoelkerungseinstellungen_gegenueber_Sinti_und_Roma_20140829.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 10.07.2018

Benz, Wolfgang (2007): Zur Entstehung der Studie am Zentrum für Antisemitismusforschung. In: Schlagintweit, Reinhard; Rupprecht, Marlene (Hrsg.): Zwischen Integration und Isolation: zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland und Südosteuropa. Berlin: Metropol-Verlag, S.4-9

Breckner, Ingrid; König Jonas (2014): Marco Temm – Ein Wohnprojekt mit Sinti in Kiel (P3 Studienprojekt Hafen City Universität Hamburg). Online verfügbar unter http://www.sinti-roma-sh.de/wp-content/uploads/2015/08/HCU_P3_MaroTemm.pdf, zuletzt geprüft am 23.07.2018

Brücker, Herbert (2014): „Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in der EU – Ausgrenzung und Teilhabe“ – Deutscher Bundestag, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Online verfügbar unter https://www.bundestag.de/blob/341488/e06a221778646781cbf84fbc0193b54a/stellungnahme_bruecker-data.pdf, zuletzt geprüft am 10.07.2018

Bundesministerium des Inneren (2011): Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die Europäische Kommission. EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland-. Online verfügbar unter <http://amarodrom.de/sites/default/files/files/Bericht%20der%20Bundesrepublik%20Deutschland%20an%20die%20Europäische%20Kommission.pdf> , zuletzt geprüft am 27.07.2018

9 Literatur

- Cada, Karel (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018
- Ceylan, Rauf (2012): „Muslimische Zigeuner“: Etablierten-Außenseiter-Figuration in einem multikulturellen Stadtteil – am Beispiel von türkeistämmigen Migranten, Westthrakien-Türken und türkischsprachigen Roma. In: Pohlan, Jörg; Glasauer, Herberg; Hannemann, Chrstine; Pott, Andreas (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2011/2012 Schwerpunkt: Stadt und Religion. Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, Opladen, S.99-116
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. 2. Auflage. Leipzig: Psychosozial-Verlag
- Deutscher Bundestag (2016): Zur Situation von Regional- und Minderheits sprachen in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/blob/481532/911a9f36ee4acfefda7e47aabd772dad/wd-10-050-16-pdf-data.pdf>, zuletzt geprüft am 09.07.2018
- Elias, Norbert; Scotson, John L. (2002): Etablierte und Außenseiter. 4. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Engbring-Romang, Udo (2014): Unbekanntes Volk? Daten, Fakten und Zahlen. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/sinti-und-roma-in-europa/179536/ein-unbekanntes-volk-daten-fakten-und-zahlen?p=all>, zuletzt geöffnet am 23.07.2018
- Europäische Kommission (2008): Diskriminierung in der Europäischen Union: Wahrnehmungen, Erfahrungen und Haltungen. Online verfügbar unter ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=4083&langId=de, zuletzt geprüft am 23.07.2018

- Fassin, Eric (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018
- Frietsch, Martina (2011): Sinti und Roma in Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.planet-wissen.de/kultur/voelker/sinti_und_roma_in_deutschland/index.html, zuletzt geprüft am 08.07.2018
- Golz, Hans-Georg (2011): Sinti und Roma. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (22-23/2011). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/system/files/pdf/WWG9D8.pdf>, zuletzt geprüft am 08.07.2018, S.2
- Heuss, Herbert (2011): Roma und Minderheitenrechte in der EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (22-23/2011). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/system/files/pdf/WWG9D8.pdf>, zuletzt geprüft am 08.07.2018, S. 21-27
- Jakob, Christian (2011): Zurückgeschickt in die Fremde. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!5104650/>, zuletzt geprüft am 28.07.2018
- Klovert, Heike (2018): Alles ist besser, als ‚Zigeuner‘ zu sein. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/karriere/sinti-und-roma-alles-ist-besser-als-ein-zigeuner-zu-sein-a-1193918.html>, zuletzt geprüft: 08.06.2018
- Koch, Ute (2011): Diskriminierung von Roma. In: Durchblick: Diskriminierungsform, Sozial Extra 11/12 ,11, S.52 – S.55
- Kressel, Tillmann (2014): Roma und Sinti – Bildungsberater an Hamburger Schulen – Eine Bestandsaufnahme. Online verfügbar unter <http://li.hamburg.de/contentblob/4486142/379314aab4a61151c30e4d508293acbf/data/pdf-sinti-und-roma-bestandsaufnahme.pdf;jsessionid=379DE651EC28B8567DB2E78067E01ADA.liveWorker2>, zuletzt geprüft am 09.07.2018
- Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse?, Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zuletzt geprüft am: 23.07.2018

9 Literatur

- Lohse, André (2016): Antiziganismus und Gesellschaft- Soziale Arbeit mit Roma und Sinti aus kritisch-theoretischer Perspektive. Wiesbaden: VS Springer
- Marchand, Frédéric (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018
- Marx, Reinhard (2011): Roma in Deutschland aus ausländerrechtlicher Sicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (22-23/2011). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/system/files/pdf/WWG9D8.pdf>, zuletzt geprüft am 08.07.2018, S.41-47
- Micu, Laura (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018
- Mihăilescu, Vinitlă (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018
- Mihok, Brigitte; Widmann, Peter (2007): Die Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland. Fallbeispiele aus fünf Städten. In: Schlagintweit, Reinhard; Rupprecht, Marlene (Hrsg.): Zwischen Integration und Isolation: zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland und Südosteuropa. Berlin: Metropol-Verlag, S.10-37
- Rodriguez, Vicente (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018
- Sack, Fritz; Lindenberg, Michael (2007): Abweichung und Kriminalität. In: Joas, Hans (Hg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 169-197

Staravache, Diana (2017): Roma: Bürger zweiter Klasse? In: Lièvre, Marion; Barler, Olivia; Lajus, Samuel (Produzenten): Arte-Dokumentation. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fYIdQ9RfErl>, zu letzt geprüft am: 23.07.2018

Strauß, Daniel (2011): Zur Bildungssituation von deutschen Sinti und Roma. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (22-23/2011). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/system/files/pdf/WWG9D8.pdf>, zuletzt geprüft am 08.07.2018, S.48-54

Volkshochschule der Burgenländischen Roma (2012): Sprache. Online verfügbar unter <http://www.burgenland-roma.at/index.php/politik-und-gesellschaft/sprache>, zuletzt geprüft am 29.07.2018

Volkshochschule der Burgenländischen Roma (2012): Herkunft der Roma. Online verfügbar unter <http://www.burgenland-roma.at/index.php/geschichte/herkunft-der-roma>, zuletzt geprüft am 29.07.2018

Widmann, Peter; Mihok, Brigitte (2006): Sinti und Roma als Feinbilder. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/izpb/9720/sinti-und-roma-als-feindbilder?p=0>, zuletzt geprüft am 30.07.2018

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2015): Erläuterungen zum Begriff „Zigeuner“. Online verfügbar unter <http://zentralrat.sintiundroma.de/sinti-und-roma-zigeuner/>, zuletzt geprüft am 15.08.2018

Zoll, Elisabeth (2014): Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma: „Wir wollen raus aus der Opferrolle“. Online verfügbar unter https://www.swp.de/politik/inland/vorsitzender-des-zentralrats-deutscher-sinti-und-roma_-_wir-wollen-raus-aus-der-opferrolle_-18314577.html, zuletzt geprüft am 25.07.2018

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Universität Stuttgart

Fakultät 1, Architektur und Stadtplanung

Institut Wohnen und Entwerfen

FG Architektur- und Wohnsoziologie

Prof. Dr. phil. habil. Christine Hannemann

Antonia J. Krah, M.A.

Seminar Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft

Sommersemester 2018

Inhalt

1 Abbildungsverzeichnis

2 Einleitung

3 „Ghetto“ als Begriff

3.1 Historische Entwicklung und stadtstrukturelle Praxis

3.1.1 Erste Ghettos in Europa

3.1.2 Sonderfall: Ghettos im Nationalsozialismus

3.1.3 Ghettos in den USA

3.2 „Ghettos“ im zeitgenössischen Diskurs

4 Städtebauliche Perspektive

4.1 „Ghetto“ und „Ghettoisierung“

4.1.1 Entstehung benachteiligter Quartiere

4.1.2 Stadtbild benachteiligter Quartiere

4.1.3 Mögliche Maßnahmen gegen sozial-räumliche Spaltung

5 Fazit

6 Abbildungsnachweis

7 Literatur

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Judengasse Frankfurt	207
Abbildung 2: Judengasse Frankfurt nach Süden	207
Abbildung 3: Stadtteile von Venedig	208
Abbildung 4: Plan venezianisches Ghetto, spätes 19. Jahrhundert	210
Abbildung 5: Orte des Terrors und der Vernichtung 1941-1945	216
Abbildung 6: Ghettos und Vernichtungslager 1941-1944	217
Abbildung 7: Siedlungsplan Theresienstadt 1942	218
Abbildung 8: Unterbringung Theresienstadt 1945	219
Abbildung 9: Karte des Ghettos von Warschau 1942/1943	219
Abbildung 10: Straßenszene im Warschauer Ghetto 1941	220
Abbildung 11: The „Golden Flats“ 1950, South Side, Chicago	224
Abbildung 12: Karte von Chicago 1926 – Industriegebiete, Grünanlagen, Transportwege und Sprachgruppen	226
Abbildung 13: Robert Taylor Homes 1965, Chicago	227
Abbildung 14: Cabrini Green, Chicago	227
Abbildung 15: Determinanten von sozialer Segregation	240
Abbildung 16: Schwarzplan-Ausschnitt Altbauquartiere in Kreuzberg 2010, Berlin	243
Abbildung 17: Hinterhöfe der Sorauer Straße in Kreuzberg 1970, Berlin	245
Abbildung 18: Großsiedlungen in Deutschland 1995	244
Abbildung 19: Lageplan Großsiedlung Hamburg Steilshoop, 1970er	245
Abbildung 20: Neubaugebiet Fritz Heckert 1976, Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz)	246

Abbildung 21: Plattenbauten „Wohnbauserie 70“ Marzahn 1984, Berlin 247

Abbildung 22: Großsiedlung Marzahn heute, Berlin 247

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

2 Einleitung

Das Seminar „Wohnen in der Einwanderungsgesellschaft“ des Fachgebiets Architektur- und Wohnsoziologie der Universität Stuttgart beschäftigte sich im Sommersemester 2018 mit der Thematik Migration, Wohnen und Integration. In diesem Spannungsfeld wurde über das Ankommen und Wohnen in der Stadt, die Mietpreisseigerungen der vergangenen Jahre und die Integration von Migranten in eine multikulturelle Gesellschaft diskutiert. Prof. Dr. Felicitas Hillmann erläuterte Fragestellungen der ethnischen und sozialen Segregation in Deutschland, wobei sie ebenfalls auf die Ghetto-Frage Bezug nahm und äußerte, ebenso wie der Referent Prof. Dr. Kai Vöckler, dass es in Deutschland keine Ghettos gäbe. Doch wieso prägt der Begriff „Ghetto“ dennoch zahlreiche zeitgenössische Diskurse? Medien berichten in Deutschland von „Ghettos“¹, Politiker machen sich den Begriff „Ghetto“ zunutze und schüren Angst in der Bevölkerung.² So begegnet „Ghetto“ als Schlagwort mit zahlreichen Konnotationen, ohne dass die ganze Komplexität des Begriffes abgebildet wird.

Gerade hier kann ein Blick aus städtebaulicher Perspektive einen wesentlichen Beitrag leisten, der die unreflektierte Verwendung des Begriffes hinterfragt. Dazu wird zunächst die historische Semantik und stadtsstrukturelle Praxis des Begriffes „Ghetto“ aufgezeigt, bevor im Anschluss seine Rolle in aktuellen politischen Diskursen eingeordnet wird. Dabei wird zuerst nach der historischen Genese des Begriffes gefragt: Woher kommt der Begriff und was zeichnet ein Ghetto aus? Ausgehend von einer Begriffsbestimmung wird gezeigt, wie sich Ghettos entwickeln und welche Funktion Ghettos in der Stadt erfüllen.

Auf dieser Grundlage wird beantwortet, ob der Begriff „Ghetto“ geeignet ist, um Phänomene sozialer Segregation zu beschreiben, und ob es Tendenzen zur Ghettoisierung in Deutschland gibt. Es wird aufgezeigt inwieweit der Begriff in das Spannungsfeld von Marginalität und Segregation passt und was Segregation im Stadtraum und in Bezug auf Integration bedeutet.

Danach wird kritisch beurteilt, welche Risiken die Verwendung des Begriffes mit sich bringt und ob der Begriff zur Beschreibung von städtischer Segregation

1 Hinrichs, Dörte et al. 2018.

2 Theveßen, Elmar 2018.

geeignet ist. Weiter werden die Ursachen von Segregation beleuchtet und benachteiligte Quartiere beschrieben. Abschließend werden exemplarisch Möglichkeiten für politische Handlungsmaßnahmen aufgezeigt, um eine Stadt zu einem sozialeren Ort zu machen.

3 „Ghetto“ als Begriff

Das Wort „Ghetto“, auch Getto geschrieben, leitet sich nach Wacquant von den italienischen Wörtern *giudecca*, *borghetto* oder *getto* ab. Die Etymologie des Wortes ist umstritten, sodass eine Ableitung von dem deutschen *Gitter* seiner Meinung nach ebenfalls möglich ist.³ „Ghetto“ geht auch auf den Namen der venezianischen Insel *Geto nuovo* zurück, wo erstmals 1516 italienische Juden getrennt von Christen gelebt haben.⁴ Auf der Insel wurde im Mittelalter eine Metallgießerei betrieben, sodass ein Zusammenhang zwischen *ghetto* und dem italienischen Verb *gettare* (dt. gießen⁵) angenommen wird. „Das zugehörige Verbalsubstantiv ital. *getto* kann von italienischen Juden lautlich mit hebr. *gēt* ‘Scheidung, Scheidungsbrief’ in Beziehung gesetzt worden sein, was eine Entwicklung von *getto* zu *ghetto* erklären würde“.⁶ Der Begriff ist von der italienischen Bezeichnung für jüdische Stadtviertel von anderen Sprachen weltweit adaptiert worden. Bis zur Französischen Revolution, welche die Emanzipation der Juden einleitete, blieben die meisten jüdischen Ghettos des Mittelalters bestehen. Der Begriff „Ghetto“ bekam durch die Nationalsozialisten eine völlig neue Bedeutung. Die nationalsozialistischen Ghettos waren als Teil des Vernichtungsprogramms der Nationalsozialisten zwangsweise eingerichtete, kontrollierte Judenviertel.⁷

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff „Ghetto“ von Drake

3 Wacquant, Loïc 2006, S. 132.

4 Duneier, Mitchell, S. 5.

5 Arbeitsübersetzung Zivanovic; <https://de.pons.com/übersetzung/italienisch-deutsch/gettare>; Zugriff 06.08.2018.

6 „Ghetto“, in: Pfeifer, Wolfgang et al. 1993: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. Digitalisierte und von Wolfgang Pfeifer überarbeitete Version im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache; <https://www.dwds.de/wb/Ghetto>; Zugriff 06.08.2018.

7 Wenzel, Mirjam 2018a.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

und Cayton der Chicago School zur Beschreibung von afroamerikanischen Ghettos in den Vereinigten Staaten von Amerika genutzt. Seitdem wandelte sich die Definition des Begriffes und wird nun im Soziologie-Lexikon von Reinhold (Hrsg.) von 2000 als „ein relativ abgeschlossener, abgekapselter Teil einer Stadt, in dem eine bestimmte homogene Bevölkerungsgruppe relativ isoliert von der Außenwelt lebt“⁸ beschrieben. Ferner wird beschrieben, dass der Zustand des Ghettos freiwillig oder erzwungen sein kann. „Seit dem 20. Jh. wurde der Begriff, zumal durch Soziologen, weiter verallgemeinert und umfasst nunmehr die Wohn- und gesamte Lebenssituation in stark benachteiligten Vierteln, in denen Menschen bestimmter Herkunft oder Hautfarbe, Religion oder Staatszugehörigkeit leben“.⁹

3.1 Historische Entwicklung und stadtstrukturelle Praxis

3.1.1 Erste Ghettos in Europa

Das Ghetto bezeichnet historisch einen Stadtteil, in dem Juden leben. Diese, ab dem 15. Jahrhundert unfreiwillige¹⁰, Segregation der Juden von der restlichen Bevölkerung hatte bereits vor dem oben genannten venezianischen Ghetto seinen Ursprung.

Juden bewohnten im Mittelalter in Spanien und am Rhein meistens eigene Straßenzüge oder Stadtviertel, waren aber nicht gänzlich von der nichtjüdischen

8 Reinhold, Gerd 2000, S. 238.

9 Schäfers, Bernhard 2006, S. 175.

10 Duneier, Mitchell 2016, S. 5.

Bevölkerung getrennt.¹¹ Ebenso wohnten Juden auch außerhalb der eigenen Straßenzüge und Stadtviertel inmitten der nichtjüdischen Bevölkerung. In den Städten ansässige Juden förderten die wirtschaftliche Bedeutung der mittelalterlichen Handelsstädte, sodass Könige und Kaiser ihnen Handelsprivilegien verliehen und ihnen Schutz gewährten. Nach Herzig waren sie die Schrittmacher des frühen Urbanisierungsprozesses in Deutschland.¹² Die Kirche jedoch war historisch um die Reinheit der Christen besorgt und wollte dem „verunreinigenden“ sozialen Kontakt mit Juden Einhalt gebieten¹³, sodass die Geschichte der zwangswise, abgeschlossenen jüdischen Viertel mit einem ersten gescheiterten

11 Louis Wirth beschreibt in *The Ghetto*, dass die Segregation der jüdischen Bevölkerung in eigene Viertel der mittelalterlichen Städte seinen Ursprung nicht in Verordnungen des Staates oder der Kirche hatte, sondern die jüdische Bevölkerung vielmehr freiwillig Ghettos bildete, um ihr kulturelles und religiöses Leben in der Gemeinschaft besser organisieren zu können, sodass die Juden von sich aus abgeschieden lebten, lange bevor es für sie verpflichtend war in separaten Vierteln der Stadt zu wohnen. Vgl. Wirth, Louis 1928, S. 18 ff. Das von Wirth sogenannte „freiwillige Ghetto“ kann nicht mit dem erzwungenen Ghetto des Mittelalters verglichen werden, da die jüdische Bevölkerung zwar lokal zusammen in einem Viertel lebte, jedoch zu der Zeit dieses Viertel auch von nichtjüdischer Bevölkerung bewohnt wurde und die Juden noch völlige Freiheiten genießen konnten, welche ihnen ab dem Zeitpunkt des erzwungenen Ghettos nicht mehr gewährt wurden. Anzudeuten, dass die freiwillige Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung womöglich die erzwungene Ghettoisierung mitverantwortet hat, ist meines Erachtens sehr schwierig, da hier die sozialen Bedingungen des Mittelalters zu wenig beleuchtet sind. Zumal bekannt ist, dass die jüdische Bevölkerung zahlreiche Pogrome erleiden musste und sich womöglich auch aus dem Grund des Selbstschutzes in eigenen Vierteln organisiert hat.

12 Herzig, Arno 2010, S. 9.

13 Das Konzil von Basel (1431-1449) forderte eine stärkere Exklusion der Juden aus der christlichen Gesellschaft, was durch eine Kennzeichnung der Juden und die Anlage isolierter Wohnquartiere erreicht werden sollte, da in den bisherigen Straßenzügen und Judenvierteln Juden neben Christen wohnten. Kardinal Nikolaus Cusanus forderte 1451 auf deutschem Reichsgebiet eine strikte Trennung und eine deutliche Kennzeichnung von Juden durch eine gelbe Markierung auf ihrer Kleidung. Trotz wiederholter kirchlicher Beschlüsse gab es in Deutschland zwischen jüdischen und christlichen Wohnvierteln dennoch keine klare Trennung. Vgl. Herzig, Arno 2010, S.22. Neben der Kennzeichnung der Kleidung wurde den Juden seit den 1450er Jahren der Besuch von Badestuben in der Stadt verwehrt. Christen durften jüdische Feste und Hochzeiten nicht mehr besuchen. Vgl. Wenzel, Mirjam 2018b.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Versuch des Bischofs Rüdiger von Speyer 1084 seinen Anfang nahm.¹⁴ In vielen Ländern Europas erzielte die Absonderung der jüdischen Bevölkerung in eigene Wohnviertel nicht das erwünschte Ausbleiben sozialer Kontakte von Christen und Juden, sodass 1492 im Königreich Spanien Juden entweder zum Christentum konvertieren mussten oder bei Verweigerung vertrieben wurden. Zu dieser Zeit wurden Juden bereits aus England (1290) und Frankreich (zwischen 1306 und 1394) vertrieben.¹⁵ Des Weiteren erlebten die Juden in den vergangenen Jahrhunderten zahlreiche Pogrome. Das erste Pogrom im Rheinland, das sogenannte Kreuzzugspogrom von 1096, richtete, trotz des zugesicherten kaiserlichen und bischöflichen Schutzes, ein Blutbad an der jüdischen Bevölkerung an. Grund dafür war ihre Andersgläubigkeit.¹⁶

In Frankfurt am Main wurden 1462 Juden aus ihrem Viertel nahe des Doms in ein Gebiet vor die Mauern der Stadt umgesiedelt.¹⁷ Dort baute der Rat der Stadt neue Wohnhäuser für die jüdische Bevölkerung, welche im Besitz der Stadt verblieben und auf welche Steuern erhoben wurden. Die Judengasse in Frankfurt war in Mitteleuropa das erste bekannte erzwungene Ghetto.

Das Areal umfasste etwa 330m auf 50m, wobei die Gasse selbst zwischen 3,70m und 7,30m breit war. Ursprünglich war der Raum für zehn bis 15 Familien auf etwa ein Dutzend Häuser ausgelegt, doch vermehrte sich die Bevölkerung, sodass es, aufgrund der Unzulässigkeit einer Erweiterung des Judenviertels, zu einer Wohnraumverdichtung¹⁸ kam. Im 18. Jahrhundert lebten in etwa 200 Häusern gut 3.000 Menschen. Städtebaulich kennzeichnend ist die Kleinteiligkeit der Judengasse bestehend aus Vorder- und Hinterhäusern, die als Zwerchhäuser

14 Herzig, Arno 2010, S. 10.

15 Duneier, Mitchell 2016, S. 5.

16 Herzig, Arno 2010, S.11.

17 In den dreißiger Jahren des 15. Jahrhunderts wurde im städtischen Rat auch die vollständige Vertreibung der Juden diskutiert. Vgl. Wenzel, Mirjam 2018b.

18 Wenzel, Mirjam 2018c. Um dem mangelndem Wohnraum entgegenzuwirken, teilten sich Bewohner der Judengasse die Gebäudegrundstücke oder bauten Ställe und Laubhütten zu Wohnhäusern um. Im Zuge der Grundstücksteilung wurden viele Gebäude abgerissen und beim Neubau in zwei oder mehrere Häuser aufgeteilt. Dabei entstanden auch Hinterhäuser. Viele der Häuser waren sehr schmal und lang. Wenzel, Mirjam 2018d.

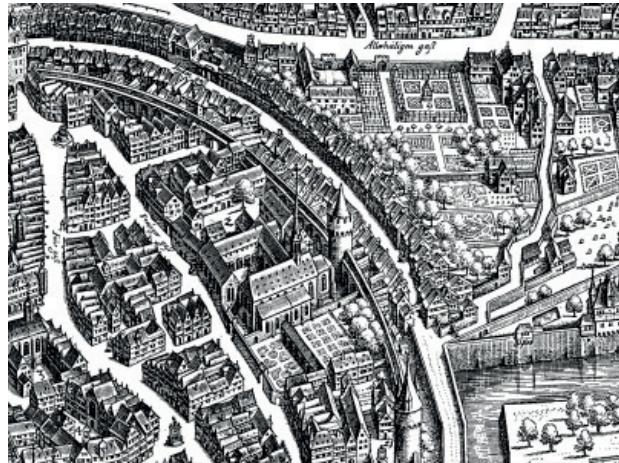


Abbildung 1: Judengasse Frankfurt

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2018.

in die Gasse hineinragten (siehe Abbildung 2). Die Frankfurter Judengasse war komplett von Mauern umgeben. Durch drei Tore, ein Tor jeweils am Nord- und Südende der Gasse und eines zur Innenstadt (siehe Abbildung 1), war das abgeschlossene Viertel nur tagsüber zugänglich. In der Nacht sowie an Sonn- und



Abbildung 2: Judengasse Frankfurt nach Süden

Quelle: Alt Frankfurt 2018.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Feiertagen blieben die Tore verschlossen.¹⁹

Innerhalb Frankfurts bildete die jüdische Bevölkerung eine abgesonderte Gruppe, für sie galt der Ghettozwang. Innerhalb des Viertels mussten die Juden ihre internen Angelegenheiten und Verhältnisse selbst verwalten. Dafür wurde eine jüdische Gemeindevorwaltung berufen. Die Gemeindevorwaltung vertrat die jüdische Gemeinde auch gegenüber dem städtischen Rat und der christlichen Bevölkerung. Die Stättigkeitsordnung regelte den rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Status der Juden in Frankfurt. Sie sicherte ihnen ab 1616 Aufenthaltsrecht in Frankfurt und bot ihnen Schutz vor Vertreibungen und Verfolgungen.²⁰ Der Ghettozwang sowie die rechtliche, soziale und kulturelle Sonderstellung der Frankfurter Juden hielt bis zum Ende des 18. Jahrhunderts an, als mit der Eroberung Napoleons die Emanzipation der Juden in Europa eingeleitet wurde und zumindest der Ghettozwang aufgehoben war.

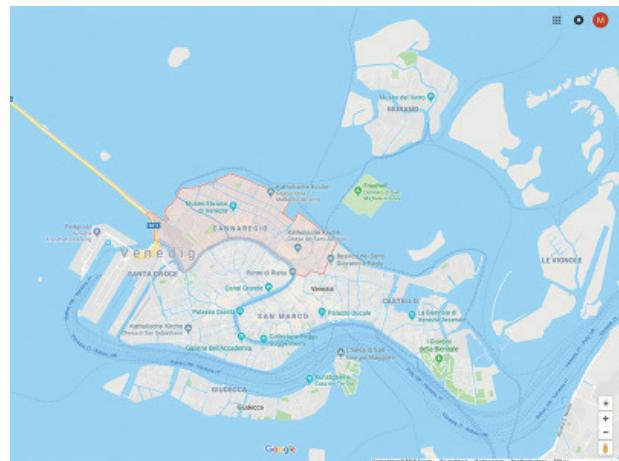


Abbildung 3: Stadtteile von Venedig

Quelle: Google Maps 2018.

19 Die Daten entstammen alle Wenzel, Mirjam 2018c.

20 Schutz vor Vertreibung und Verfolgung genossen jedoch nur die einheimischen Frankfurter Juden, die in die Städte aufgenommen waren. Wenzel, Mirjam 2018e.

Der Emanzipationsprozess war für die jüdische Bevölkerung kräftezehrend. Erst 1864 erlangten die Juden die völlige rechtliche Gleichberechtigung. Die Judengasse wurde Ende der 1880er Jahre zurückgebaut. Die Umgebung der ehemaligen Judengasse blieb die bevorzugte Wohngegend der weniger wohlhabenden jüdischen Bevölkerung. Die jüdischen Einrichtungen waren ebenfalls dort angesiedelt. Wohlhabende Juden zogen nach dem Abriss der Judengasse ins Frankfurter Westend.²¹

Die zahlreichen Pogrome und Vertreibungen in Nord-, Mittel- und Teilen Südeuropas zwangen die jüdische Bevölkerung neue Zufluchtsorte zu suchen. Einer dieser Zufluchtsorte war die italienische Insel Venedig, wo jüdische Bevölkerung verschiedenster Herkunft lebte.

Im Jahr 1516 ordnete der Senat von Venedig an, dass die in der Stadt lebenden Juden ausschließlich auf der Insel Cannaregio im *ghetto nuovo* wohnen durften²² (siehe Abbildung 3). Wie in Frankfurt war die leerstehende Gießerei von hohen Mauern umgeben, zusätzlich waren die Außenfenster und Türen des zu gewiesenen Gebiets zugemauert worden. Aufseher überwachten die Brückenzugänge und patrouillierten mit Booten auf den umgebenden Kanälen.²³ Die hölzernen Brückenzugänge wurden jeweils an beiden Seiten durch Tore verschlossen.²⁴

So konnte die jüdische Bevölkerung das Viertel bei Tag verlassen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Dabei musste sie ebenfalls gekennzeichnete Kleidung tragen. Am Tag konnten Christen das Viertel betreten, dort einkaufen und Geschäften nachgehen. Im äußerst seltenen Fall wurde einem jüdischen Bürger, Ärzten etwa, die Erlaubnis erteilt eine ganze Nacht außerhalb der Ghettomauern zu verbringen.²⁵ Im Ghetto Nuovo bilden die bis zu neungeschossigen Gebäude einen großen, unregelmäßigen Platz aus. Die Fenster der Gebäude waren auf den Platz

21 Wenzel, Mirjam 2018f.

22 Das Bleiberecht in der Stadt Venedig musste von den Juden alle fünf Jahre mit dem Senat erneut verhandelt werden. Erst 1532 wurde den Juden zum ersten Mal ein Bleiberecht von 10 Jahren ausgesprochen. Calimani, Riccardo et al. S. 13.

23 Wacquant, Loïc 2006, S. 132.

24 Duneier, Mitchell 2016, S. 6.

25 Ebd., S. 6 ff.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

ausgerichtet. Fenster und Türen, die nach außen zu den Kanälen gerichtet waren, mussten auf Geheiß des damaligen Dogen von Venedig zugemauert werden.²⁶

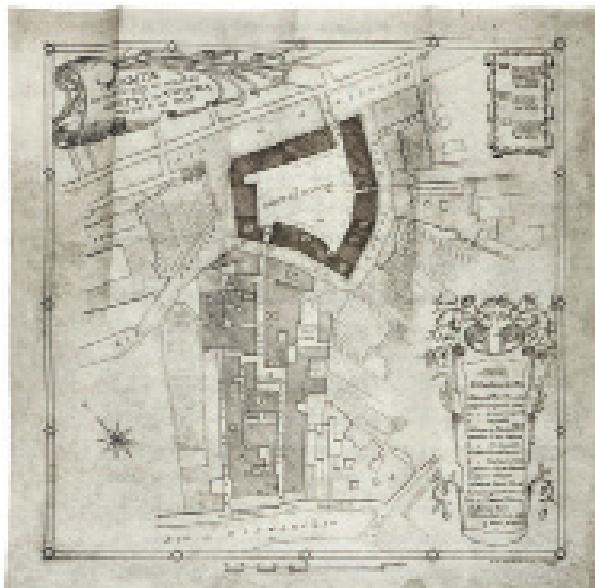


Abbildung 4: Plan venezianisches Ghetto, spätes 19. Jahrhundert

Quelle: WUSTL Digital Gateway Image Collections & Exhibitions 2018.

Neben Wohnhäusern waren auch religiöse und institutionelle Einrichtungen um den Platz gruppiert. Ursprünglich lebten etwa 700 Menschen im Ghetto Nuovo. Die Bewohneranzahl erweiterte sich jedoch bereits 1536 auf 1.424, sodass eine Aufstockung der Wohngebäude und eine Erweiterung des Ghettos 1541 notwendig wurden.²⁷ Auf einem Gebiet von drei Hektar lebten um das Jahr 1600 nun beinahe 3.000 Menschen, dreifach so viele pro Quadratmeter wie in der restlichen Stadt.²⁸ Dennoch nicht so dicht gedrängt wie in Frankfurt, wo im 18. Jahrhundert auf nur 1,65 ha gut 3.000 Menschen auf engstem Raum leben

26 Calimani, Riccardo et al. 2005, S. 12 ff.

27 Ebd., S.17.

28 Schönau, Birgit 2016.

mussten. Das Ghetto Vecchio ist eine schmale Straße, welche in der Mitte einen kleinen Platz ausbildet und durch die venezianische Kleinteiligkeit der Gebäudestruktur gekennzeichnet ist (siehe Abbildung 4). 1633 kam als Erweiterung des jüdischen Viertels das Ghetto Novissimo hinzu, welches im Gegensatz zu den anderen beiden Teilen des Viertels keine Geschäfte oder Synagogen beherbergte, sondern lediglich als Wohnraum diente. Es bestand aus vorwiegend niedriger, hochwertiger Bebauung. Die Straßen des jüdischen Viertels waren aus Lehm und Erde gestampft. Die Höfe und Klosteranlagen waren von vielen Gärten geprägt.²⁹

Das venezianische Ghetto war in seiner sozialen Struktur keineswegs homogen. Es vereinte Juden unterschiedlichster Herkunft, Kultur, Sprache und religiöser Frömmigkeit. Grund dafür waren die vielen schutzsuchenden Juden aus beispielsweise Spanien, Portugal oder Deutschland, die getrieben durch zahlreiche Pogrome und Vertreibungen auf der Flucht waren. Das Ghetto in Venedig schien ihnen trotz der vielen Restriktionen mehr Schutz als andere Orte bieten zu können. Neben diversen Sprachen wie Spanisch, Portugiesisch, Türkisch, Griechisch, Polnisch und Deutsch war Hebräisch das einzige verbindende Element, das die unterschiedlichen Gruppen im venezianischen Ghetto miteinander verband. Doch verschmolzen die unterschiedlichen Kulturen im Laufe der Jahrhunderte nicht nur miteinander, sondern sie banden auch das vorherrschende italienische Kulturgut mit ein.³⁰ Das venezianische Ghetto wurde 1797 durch den Einmarsch der französischen Truppen Napoleons aufgehoben.³¹ Die Juden konnten ihren Wohnort in der Stadt von da an selbst wählen, auch wenn es noch bis 1806 dauern sollte, bis sie eine vollkommene Staatsbürgerschaft erhalten sollten.³²

29 Calimani, Riccardo et al. 2005, S. 14.

30 Calimani, Riccardo et al. 2005, S. 12 f. und S. 16 f.

31 In Padua erließen die französischen Truppen folgende Erklärung: „First, the Hebrews are at liberty to live in any street they please. Second, the barbarous and senseless name of the Ghetto, which designates the street on which they have been inhabiting hitherto, shall be substituted by that of Via della Libertà“. Goldfarb, Michael in Duneier, Mitchell 2016, S. 11.

32 Mit der vollkommenen Staatsbürgerschaft durfte die jüdische Bevölkerung nun Grundstücke kaufen, eigene Geschäfte eröffnen, am öffentlichen Schulsystem teilnehmen, öffentliche Ämter bekleiden sowie in kulturellen Institutionen arbeiten. Vgl. Calimani, Riccardo et al. 2005, S. 18 f.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Wie oben bereits beschrieben, war der Hintergrund für die Absonderung der jüdischen Bevölkerung in Europa religiöser Natur. Die Christen sollten von einer „Kontaminierung“ mit den Juden bewahrt werden, denn „Juden galten als unrein, als in gefährlicher Weise genußsüchtig, man hielt sie für Träger von Syphilis und für Ketzer. Außerdem lastete auf ihnen der Makel, sich durch Wucher zu bereichern, was die katholische Kirche mit Prostitution gleichsetzte“.³³

Neben Frankfurt und Venedig breiteten sich in ganz Europa und an den Küsten des Mittelmeeres jüdische Ghettos aus. Die Segregation und örtliche Bindung der jüdischen Bevölkerung in den Ghettos führte oft zu einer verschachtelten Bauweise, einer Überbevölkerung der Häuser und dem Verfall der Häuser. In diesem Zusammenhang kam es auch zu Verelendung, Krankheiten und einer daraus resultierenden erhöhten Sterblichkeit.³⁴ Trotz aller Widrigkeiten entwickelten sich innerhalb der Ghettos zahlreiche Institutionen, die als „Instrumente des kollektiven Beistands und der Solidarität fungieren: kommerzielle Verbände, Wohlfahrts- und Hilfsvereine, Orte religiöser Andacht und Lehre. [...] Ihre Synagogen hatten nicht nur geistige Aufgaben, sie waren auch für administrative und juristische Anliegen der Bevölkerung zuständig. Das soziale Leben des jüdischen Ghettos war ganz nach innen gerichtet und befand sich am Rande einer Art „Überorganisation“ (Wirth 1928: 62). Dies verstärkte sowohl die Integration nach innen als auch die Isolation nach außen“.³⁵

3.1.2 Sonderfall: Ghettos im Nationalsozialismus

Im Dritten Reich beschrieben die Nationalsozialisten bereits 1933 in ihrer nationalsozialistischen Ideologie, dass „fremdrassige Volksfeinde“ aus dem „Großgermanischen Weltreich“ entfernt werden sollten.³⁶ Die nationalistiche Judenpolitik hatte die Ziele einer „Entjudung“ und „Arisierung“, welche nicht nur die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben und die Einstellung der jüdischen Gewerbetätigkeit und den Übergang des jüdischen Besitztums an die „Arier“

33 Sennett, Richard 1995, S. 224.

34 Wacquant, Loïc 2006, S. 133.

35 Ebd., S. 133.

36 Kwiet, Konrad 2010, S. 150.

bedeuteten, sondern auch die Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung beschrieben.³⁷ Zu Beginn des Vernichtungsprozesses wurde die jüdische Bevölkerung öffentlich aus der Wirtschaft verdrängt. Znächst wurden jüdische Unternehmen freiwillig oder zwangsweise liquidiert oder an „arische“ Erwerber verkauft. 1938, nach dem Novemberpogrom³⁸, wurde die Zwangsarisierung aller jüdischen Unternehmen gesetzlich festgeschrieben.³⁹ Öffentliche Herabwürdigung und Diskriminierung waren Vorboten der absoluten sozialen Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Ebenfalls 1938 wurde im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“ die Ghettoisierung der Juden⁴⁰ diskutiert. Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes und von Hermann Göring mit der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt, sprach sich am 12. November 1938 gegen eine Ghettoisierung der Juden aus, da sich geschlossene Judenviertel nicht überwachen

37 Weigel, Bjoern 2010, S. 332.

38 Das Novemberpogrom von 1938, in der Nacht vom 09. auf den 10. November, wird als Umschlagspunkt „der Phase der Drangsalierung und Demütigung zur Vertreibung und Vernichtung“ der Juden gesehen. Benz, Wolfgang et al., S. 68.

39 Bajohr, Frank 2010, S. 31.

40 Hitler hatte bereits 1935 bei einer internen nationalsozialistischen Veranstaltung geäußert, dass die Juden in ein Ghetto geschlossen werden sollen, wo sie sich „ihrer Natur gemäß“ verhalten könnten und von dem Deutschen Volk wie wilde Tiere beobachtet werden könnten. Saul Friedländer 1997, S. 143, in Duneier, Mitchell 2016, S.14. Hitler empfing im April 1933, kurz nach seiner Machtergreifung, Bischof Wilhelm Berning als Abgesandten der Bischofskonferenz. Das abgefasste Protokoll zeugt von der frühen Auseinandersetzung Hitlers mit dem beabsichtigten Umgang mit der Judenfrage: „Man hat mich wegen Behandlung der Judenfrage angegriffen. Die katholische Kirche hat 1500 Jahre lang die Juden als die Schädlinge angesehen, sie ins Ghetto gewiesen usw., da hat man erkannt, was die Juden sind. In der Zeit des Liberalismus hat man diese Gefahr nicht mehr gesehen. Ich gehe zurück auf die Zeit, was man 1500 Jahre lang getan hat. Ich stelle nicht die Rasse über die Religion, sondern ich sehe die Schädlinge in den Vertretern dieser Rasse für Staat und Kirche, und vielleicht erweise ich dem Christentum den größten Dienst; deswegen ihre Zurückdrängung vom Studium und staatlichen Berufen“. Friedländer, Saul 2007, S.60.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

ließen.⁴¹ Konrad Kwiet beschreibt, dass das Ghettoisierungsverbot auch deshalb beschlossen wurde, weil Deutschland so schnell wie möglich „judenfrei“ gemacht werden sollte. Die jüdische Bevölkerung wurde gezwungen in sogenannte Judenhäuser innerhalb der Stadt umzuziehen. 1939 wurde der Kündigungsschutz für jüdische Mieter gelockert und sie mussten die „arischen“ Wohnungen leerziehen. Um eine örtliche Konzentration der Juden zu vermeiden, wurden sie in bestimmte Judenhäuser untergebracht, die jeweils über die ganze Stadt verteilt waren.⁴² Mehrere Familien mussten auf engstem Raum in den Judenhäusern unterkommen. Die Judenhäuser wurden ab März 1942 mit „ein[em] Handteller große[n] Judenstern in schwarzem Druck auf weißem Papier an de[m] Türrahmen des Wohnungseingangs“⁴³ gekennzeichnet. Nach der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus der Wirtschaft, der Zwangsegregation und öffentlichen Stigmatisierung begannen ab 1940/1941 die ersten Deportationen in Ghettos, Konzen-

41 „Ich darf gleich zur Frage des Ghettos Stellung nehmen. Das Ghetto in der Form vollkommen abgesonderter Stadtteile, wo nur Juden sind, halte ich polizeilich nicht für durchführbar. Das Ghetto, wo der Jude sich mit dem gesamten Judenvolk versammelt, ist in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar. Es bleibt der ewige Schlupfwinkel für Verbrechen und vor allen Dingen von Seuchen und ähnlichen Dingen. Heute ist es so, daß die deutsche Bevölkerung- wir wollen die Juden auch nicht in demselben Haus lassen- in den Straßenzügen oder in den Häusern den Juden zwingen, sich zusammenzunehmen. Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden und aber Tausenden in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Überwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann“. Deutsches Historisches Institut 2018.

42 Kwiet, Konrad 2010, S. 151.

43 Ebd.

trations- oder Vernichtungslager.⁴⁴ Die Ghettoisierung sollte die jüdische Bevölkerung in wenigen Städten konzentrieren, wobei sich die Lebensbedingungen in den Ghettos nicht von denen in den Konzentrationslagern unterschieden.⁴⁵

Wolfgang Benz beschreibt die Ghettos „als Wartesäle zur Vernichtung, Vorhöfe der Hölle, Zwischenstationen für die Lager, in die die Menschen dann zum Zweck ihrer Ermordung deportiert wurden“.⁴⁶ Die Ghettos der Nationalsozialisten sind mit den vorangegangenen Ghettos des Mittelalters nicht zu vergleichen, da ihre Ziele nicht nur die soziale Segregation und die Diskriminierung, sondern auch die absolute Kontrolle der jüdischen Bevölkerung waren. Sie brachten ein bisher unbekanntes Ausmaß an menschlicher Grausamkeit hervor.⁴⁷ In den Ghettos wurde die jüdische Bevölkerung ausgebeutet, zur Zwangsarbeit gezwungen sowie psychisch und physisch vernichtet.

Es gab zwei Typen von Ghettos: das „geschlossene“, wo die jüdische und nichtjüdische Bevölkerung an den bewachten Toren von bewaffneten SS-Männern am Verlassen und Eintritt der Ghettos gehindert wurden, und das „offe-

44 Benz, Wolfgang 2010, S. 121. In Deutschland herrschte seit Jahren eine Wohnungsnot, die sich während des Zweiten Weltkriegs verstärkte. Das Zusammenziehen der jüdischen Bevölkerung hatte daher auch einen „praktischen Hintergrund“ der Entlastung des Wohnungsmarktes. Kwiet, Konrad 2010, S. 152. Nachdem sich die Bombenangriffe auf die Städte verstärken, wurde von der Konzentration der jüdischen Bevölkerung in Judenhäusern Abstand genommen und mit Deportationen begonnen, um Wohnraum für „deutschblütige Mieter“ zu schaffen. In einer Niederschrift einer Besprechung der staatlichen Verwaltung vom 13. November 1941 heißt es u.a.: „Der ursprüngliche Plan, die Juden an mehreren Stellen im Stadtgebiet zusammenzuziehen, ist aufgegeben worden. Nunmehr hat der Führer auf Antrag des Reichsstatthalters entschieden, daß die hier wohnenden Juden bis auf ganz Alte und Sieche nach dem Osten evakuiert werden sollen. [...] Gerechnet wird mit einem Zugang von ca. 1000 freien Wohnungen auf Grund dieser Maßnahme [d.h. aufgrund der beiden ersten Deportationen; Anm. M.Z.]. Sie sollen Bombengeschädigten und kinderreichen Familien zugute kommen. [...] In Hamburg waren vor Beginn der Evakuierung noch 7000 Juden. Bis Weihnachten werden ca. 5000 weggeschafft sein. Die hier verbleibenden Alten und Siechen sollen möglichst in jüdischen Heimen untergebracht werden [...].“ Ebbinghaus, Angelika et al. in Lorenz, Ina (Hrsg.) et al. 1992, S. 214 f.

45 Benz, Wolfgang 2013.

46 Benz, Wolfgang 2010, S. 121.

47 Benz, Wolfgang 2013 und Duneier, Mitchell 2016, S. 18 ff.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

ne“ Ghetto, das zwar durch keine Mauern oder Zäune abgeschottet war, aber dennoch keine Freizügigkeit erlaubte.⁴⁸ Nach Schätzung existierten während des Zweiten Weltkriegs im deutschen Herrschaftsgebiet 1.100 bis 1.200 Ghettos (vgl. Abbildungen 5 und 6).⁴⁹



Abbildung 5: Orte des Terrors und der Vernichtung 1941-1945

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2005.

Die Ghettos der Nationalsozialisten hatten regional unterschiedliche Strukturen, waren „geschlossen“ oder „offen“ und unterlagen keiner zentralen Leitung wie die Konzentrationslager. Die jüdische Bevölkerung verwaltete sich unter einer Vielzahl an Verordnungen und Befehlen selbst. Es wurden Judenräte als Institutionen von den Deutschen eingesetzt, die absolut abhängig von der deutschen Verwaltung waren und jegliche Anweisungen und Befehle ausführen mussten. Ihre Aufgabe war primär die Bereitstellung von Arbeitskräften und die Organisation der Arbeit im Ghetto.⁵⁰ In den zugewiesenen Wohnbezirken litt die jüdische Bevölkerung unter Terror, Angst, Zwangsarbeit und Hunger.⁵¹

48 Benz, Wolfgang 2013.

49 Ebd.

50 Löw, Andrea 2013.

51 Benz, Wolfgang 2013.

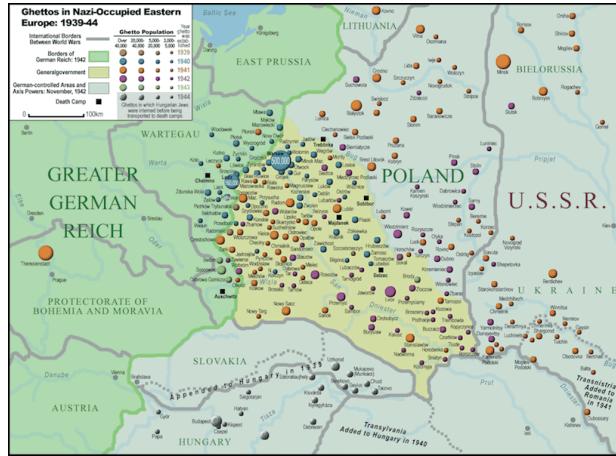


Abbildung 6: Ghettos und Vernichtungslager 1941-1944

Quelle: University of Oregon 2018.

Die städtebaulichen Strukturen der Ghettos unterschieden sich ebenfalls voneinander. Die jüdische Bevölkerung wurde in bereits bestehende städtische Gebiete umgesiedelt. Um diese zugewiesenen Gebiete wurden zur Sicherung der dann entstandenen Ghettos zusätzliche Mauern und Tore errichtet. Als vergleichende Beispiele können das Ghetto Theresienstadt und das Warschauer Ghetto genannt werden.

Ende des 18. Jahrhunderts wurde Theresienstadt als Festungsbau errichtet. Die städtebaulich symmetrische Struktur (siehe Abbildung 7), die Kasernen und die abschottende Anlage als Festung waren für die Nationalsozialisten gute Voraussetzungen für ein kontrolliertes Ghetto.⁵² Das sogenannte „Altersghetto“ sollte vorwiegend von privilegierten deutschen Juden, Weltkriegsteilnehmern, Alten und Kranken bewohnt werden und ein „positives“ Image vermitteln.⁵³ Das Ghetto unterschied sich dennoch nicht von den anderen, in welchen die Menschen unter elenden Bedingungen leben mussten. Neben der Zwangsarbeit und dem Hunger unterschieden sich die Verhältnisse der Unterbringung so gut wie nicht von denen der Konzentrationslager (siehe Abbildung 8). In dem Ghetto

52 Kulturverein Schwarzer Hahn e.V. 2018.

53 Benz, Wolfgang 2010, S. 121.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

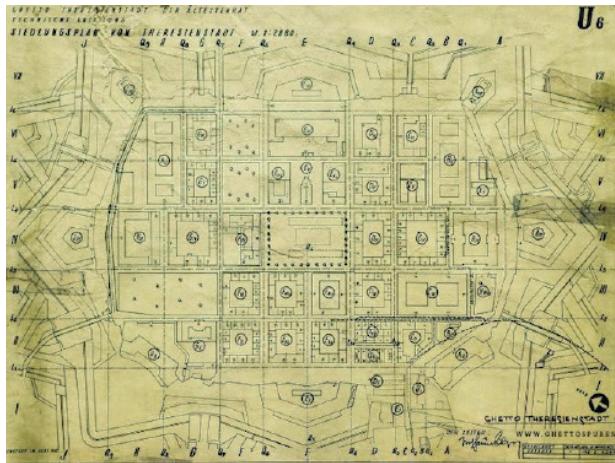




Abbildung 8: Unterbringung Theresienstadt 1945

Quelle: Spiegel Online GmbH & Co. KG 2014.

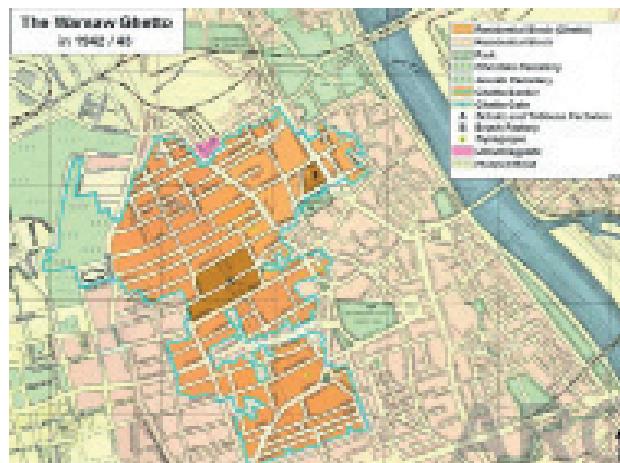


Abbildung 9: Karte des Ghettos von Warschau 1942/1943

Quelle: ARC 2006.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Die zu geringen Essensrationen⁵⁷, sehr schlechte sanitäre Bedingungen und die räumliche Enge führten für viele Ghetto-Bewohner zu zahlreichen Krankheiten und zum Tod. Um die 100.000 Menschen starben bis zum Beginn der Deportationen 1942 an den Folgen der Lebensbedingungen, viele durch Hunger und Krankheiten, aber auch durch Erschießungen des Wachpersonals.⁵⁸



Abbildung 10: Straßenszene im Warschauer Ghetto 1941

Quelle: Spiegel Online GmbH & Co. KG 2010.

Trotz der katastrophalen Bedingungen bemühten sich die Menschen im Ghetto um Kultur, Bildung und ein lebendiges religiöses Leben, indem sie intellektuelle Lesungen und Diskussionsrunden, Theater- und Konzertaufführungen veranstalteten und Kindern und Jugendlichen Unterricht gaben.⁵⁹ Darüber hinaus versuchte die jüdische Bevölkerung durch eigene Selbsthilfeinitiativen, wie Suppenküchen, Krankenhäuser, Waisen- oder Altenheime etc., das Leiden der Bevölkerung

57 Kalorientageswerte sahen 1941 für Deutsche 2.613 Kilokalorien, für Polen 699 und für Juden 184 Kilokalorien vor, sodass die Ghetto-Bewohner um zu überleben Lebensmitteln schmuggeln mussten. Siehe dazu Friedmann, Jan 2010, S. 46.

58 Löw, Andrea 2013.

59 Ebd.

zu mindern.⁶⁰ Im Juli 1942 begannen im Ghetto von Warschau die Deportationen, nach welchen Ende 1942 etwa nur noch 60.000 Juden übrig geblieben sind. 1943 leisteten Aktivisten der Jüdischen Kampforganisation ŻOB (Żydowska Organizacja Bojowa) bewaffneten Widerstand gegen weitere Deportationen, während sich die Menschen im Ghetto versteckten. Nach tagelangen Straßenkämpfen wurden die Häuser des Ghettos von SS-Männern in Brand gesetzt und das Ghetto zerstört.⁶¹ Der Stoop-Bericht meldete im Mai 1943, dass das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschaus nicht mehr bestehet.⁶²

Die Ghettos der Nationalsozialisten stellen aufgrund unvergleichlicher Gewalt und Isolation einen Sonderfall dar. Sie sind mit den mittelalterlichen sowie mit den folgend beschriebenen afroamerikanischen Ghettos nicht zu vergleichen.

3.1.3 Ghettos in den USA

Der Begriff des „Schwarzen Ghettos“ wurde zum ersten Mal von St. Clair Drake und Horace Cayton in Black Metropolis verwendet. Black Metropolis beschreibt, wie einschränkende Vereinbarungen der Weißen und schlechte Beschäftigungsaussichten für Schwarze Ghettos hervorgebracht haben. Beide Autoren verstanden den Begriff im Sinne der Segregation und des Reinheitsbestrebens der weißen Rasse, wie er von den Nationalsozialisten verwendet wurde. Sie machten sich diese Metapher zu eigen, obwohl das Schwarzenghetto an sich nichts mit den Lebensbedingungen der Judenghettos des Nationalsozialismus gemeinsam hatte.⁶³ Der Begriff des „Ghettos“ sollte den Unterschied zu anderen Vierteln in der Stadt verdeutlichen: überbevölkerte und heruntergewirtschaftete Häuser, schlechte Straßen, die Nähe zu Fabriken, eine schlechte Infrastruktur und die Konzentration einer „nicht gewollten Bevölkerung“ in elenden Stadtvierteln.⁶⁴ Drake und Cayton zeigten auf, dass es sich bei der schwarzen Bevölkerung ge-

60 Ebd.

61 Löw, Andrea 2013.

62 Friedmann, Jan 2010, S. 47.

63 Duneier, Mitchell 2016, S. 72 ff.

64 Ebd., S. 74.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

nauso wenig wie bei der jüdischen oder bei einer anderen Minderheit⁶⁵ um eine natürliche, ethnisch bevorzugte Verteilung/ Segregation, ein „natürliches Areal“, in der Stadt handelte, wie es von der Chicago School, vor allem auch von Louis Wirth, beschrieben wurde.⁶⁶ Die Ghettoisierung ist nach Wacquant eine eigene Form der Urbanisierung, die von ungleichen Machtverhältnissen unterschiedlicher ethnischer Gruppen geprägt war, „eine spezielle Art kollektiver Gewalt, die sich im Stadtraum konkretisiert“.⁶⁷ Demnach ist Ghettobildung ein kontrollierter Prozess. Nach Hirsch haben die Maßnahmen des staatlichen Sozialwohnungsbaus, sowie die Stadterneuerung und die Förderung der ökonomischen Entwicklung in den USA versucht, die Spaltung zwischen der schwarzen und der weißen Bevölkerung zu stärken.⁶⁸

Die Definition des Begriffs „Ghetto“ ist in den USA einem Wandel unterzogen. Der Soziologe William Julius Wilson definierte das Ghetto, anders als Drake und Cayton, nicht mehr als Instrument der Diskriminierung von ethnischen Gruppen und der Machtausübung, sondern legte den Fokus auf den sozialen Status der Bevölkerung. Die schwarze Bevölkerung der Mittelklasse verließ die Ghettos und ließ die arme schwarze Bevölkerung zurück, sodass es zu einer Armutskonzentra-

65 Nach dem Ende der Tokugawa Ära entstand in den japanischen Städten ebenfalls eine erzwungene Parallelwelt der Burakumin. Die Burakumin waren Nachkommen der niedrigsten Kaste Eta und galten in der buddhistischen und schintoistischen Religion als Unberührbare. Die Gesetzgebung hat sie dazu verpflichtet von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang in entfernten Dörfern zu bleiben, barfuß zu gehen und gelbe Halskrausen zu tragen. Sie durften nur ihresgleichen heiraten und waren verpflichtet sich auf die Knie und Hände fallen zu lassen, wenn sie sich an andere Bürger wandten. 1871 wurden sie den anderen Japanern gleichgestellt, mussten in der Stadt jedoch trotzdem in schlechten Bezirken wohnen, auf separate Schulen gehen und konnten keiner guten Arbeit nachgehen. Familienregister, durch welche die Burakumin diskriminiert wurden, werden heute noch inoffiziell weitergeführt. Ende der 1970er Jahre zählten zu der Interessengemeinschaft Burakumin etwa drei Millionen Menschen, die in einigen tausend Städten Japans verteilt auf 6.000 Ghettos lebten. Siehe dazu Wacquant, Loïc 2006, S. 134 f.

66 Duneier, Mitchell 2016, S. 74 und Wacquant, Loïc 2006, S. 135.

67 Ebd.

68 Ebd.

tion kam.⁶⁹ Hinzu kamen die Drogenprobleme, die Waffengewalt, die Angst und der vollkommene soziale Abstieg. Diese Faktoren prägten vor allem auch das Leben der Jugendlichen in den Ghettos. Geoffrey Canada beschäftigte sich in seinen soziologischen Studien mit dieser Problematik des Ghettos.⁷⁰ Duneier beschreibt, dass die Idee des Ghettos in den Sozialwissenschaften heute als Synonym für segregierte Siedlungsstrukturen und segregierte ethnische Wohngebiete verwendet wird.⁷¹ Die Folgen der Versäumnisse der Politik und der daraus resultierenden Ghettos sind in den USA heute noch zu spüren.⁷²

Wacquant beschreibt, dass die Entstehung, die Struktur und das Funktionieren des afroamerikanischen Ghettos von den Zielen der ökonomischen Ausbeutung und der sozialen Ächtung der afroamerikanischen Bevölkerung geformt wurden.⁷³ In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg migrierten viele Afroamerikaner aufgrund der expandierenden Industrie aus dem Süden in den Norden der Vereinigten Staaten. In der fordistischen Stadt waren die unqualifizierten Fabrikarbeiter das Rückgrat der industriellen Ökonomie. Die Zuwanderung der schwarzen Bevölkerung aus dem Süden wurde für die ansässigen Weißen ein zunehmendes Problem, da sie in ihnen minderwertige Menschen und ihre weiße Reinheit gefährdet sahen.⁷⁴ Die zunächst unorganisierte Diskriminierung und Gewalt gegen

69 Duneier, Mitchell 2016, S. 183 f.

70 Ebd., S. 186.

71 Ebd., S. 220.

72 Ebd., S. 223.

73 Wacquant, Loïc 2006, S. 133.

74 Andere Migrantengruppen, Chinesen, Juden, Italiener, Iren, Polen etc., erfuhren in den USA ähnliche Formen der Diskriminierung. Als besonderes Beispiel sind die Chinesen zu nennen: Ein Bundesgericht erklärte 1882 eine private Vereinbarung in San Francisco für rechtmäßig, die besagte, Immobilien nicht an Chinesen vermieten zu müssen. Des Weiteren durften Chinesen außerhalb Chinatowns bis 1947 keine Häuser kaufen. Sie wurden mit Steinen beworfen, wenn sie sich außerhalb ihres Stadtviertels bewegten. Dazu Duneier, Mitchell 2016, S. 44 f.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

die schwarze Bevölkerung⁷⁵ weitete sich auf immer mehr Lebensbereiche wie Wohnen, Bildung, öffentlicher Raum, Wirtschaft und Gemeinwesen aus.⁷⁶ Weiße Bevölkerungsschichten organisierten sich in Chicago und anderen Städten mittels privater Vereinbarungen, um Schwarze von ihren Nachbarschaften fernzuhalten. Keiner sollte sein Grundstück an Schwarze oder an andere Nicht-Weiße vermieten, verkaufen oder verschenken. Solche privaten Verpflichtungen behielten i.d.R. bis zu 20 Jahre ihre Gültigkeit.⁷⁷ Die erzwungene rassistische Trennung wurde hintergründig durch Kirchen als Versammlungsorte für weiße Nachbarschaftsorganisationen, aber auch vordergründig von Immobiliengesellschaften mitgetragen, die keine Immobilien an Personen vergaben, welche die Grundstückswerte oder Attraktivität einer Nachbarschaft in irgendeiner Weise mindern würden.⁷⁸



Abbildung 11: The „Golden Flats“ 1950, South Side, Chicago

Quelle: The Museum of Modern Art, Estate of Andreas Feininger, 2018.

75 Horace Cayton beschrieb in seinen Studien über Chicago zahlreiche Bombenangriffe und gelegte Feuer an und in Häusern von schwarzer Bevölkerung, die in ein „falsches Haus“ gezogen war, während die Polizei untätig blieb und niemanden verhaftete. Beispiele bei Duneier, Mitchell 2016, S. 29 und S. 31.

76 Wacquant, Loïc 2006, S. 134.

77 Duneier, Mitchell 2016, S. 29.

78 Ebd., S. 30.

Auf diese Weise wurde die schwarze von der weißen Bevölkerung gezwungen, in wenigen, bestimmten schwarzen Stadtvierteln zu wohnen. Die lokalen Restriktionen der schwarzen Bevölkerung führten schnell zu Überbevölkerung. Einfamilienhäuser wurden zu Fremdenheimen und größere Wohnungen in Ein- bis Dreizimmer-Einheiten umfunktioniert (siehe Abbildung 11).⁷⁹

Die Überbevölkerung der Gebäude führte zu ihrem Verfall, was umgekehrt Weiße zur Annahme verleitete, dass Schwarze keine guten Mieter seien, die Überbevölkerung ihre natürliche Lebensweise sei und alle Nachbarschaften, welche Schwarze zulassen würden, ebenso heruntergewirtschaftet würden.⁸⁰ Die schwarze Bevölkerung bewohnte in Chicago vor allem den sogenannten „Black Belt“ im Süden Chicagos, nahe der Industriegebiete (siehe Abbildung 12). Die vermehrte öffentliche Diskriminierung und Ausgrenzung zwang die schwarze Bevölkerung ein „Netzwerk aus eigenen Institutionen [(u.a. Kirchen, Zeitungen, Nachbarschaftsvereine, Schulen, Geschäfte sowie politische und kommunale Verbände)] zu entwickeln, um die Grundbedürfnisse einer ausgestoßenen Gesellschaft zu stillen“.⁸¹ In den afroamerikanischen Ghettos gab es keine sichtbaren Mauern, doch wurde jedem mit Gewalt begegnet, der sich anmaßte die unsichtbaren Mauern zu verlassen.

Der staatliche Sozialwohnungsbau in den USA ließ ab den 1950er Jahren Großsiedlungen nach dem Vorbild von Le Corbusier (Charta von Athen) bauen. Das Konzept schien zu Beginn zu funktionieren, schlug dann aber durch die soziale Isolation, Arbeitslosigkeit und Armut in Problemzonen mit Drogenproblematiken und Waffengewalt um.⁸² Die Robert Taylor Homes oder die Cabrini-Green Häuser waren Beispiele solcher Siedlungen in Chicago (siehe Abbildungen 13 und 14).

Die Robert Taylor Homes waren 28, 16-geschossige Türme, die an einem schmalen Band über drei Kilometer lang aneinandergereiht waren. In insgesamt

79 Ebd., S. 31.

80 Duneier, Mitchell 2016, S. 30 f.

81 Wacquant, Loïc 2006, S. 134.

82 Zur städtischen und sozialen Entwicklung der Chicagoer Siedlungen siehe die Artikel von Austen, Ben 2018 und Belluck, Pam 1998.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

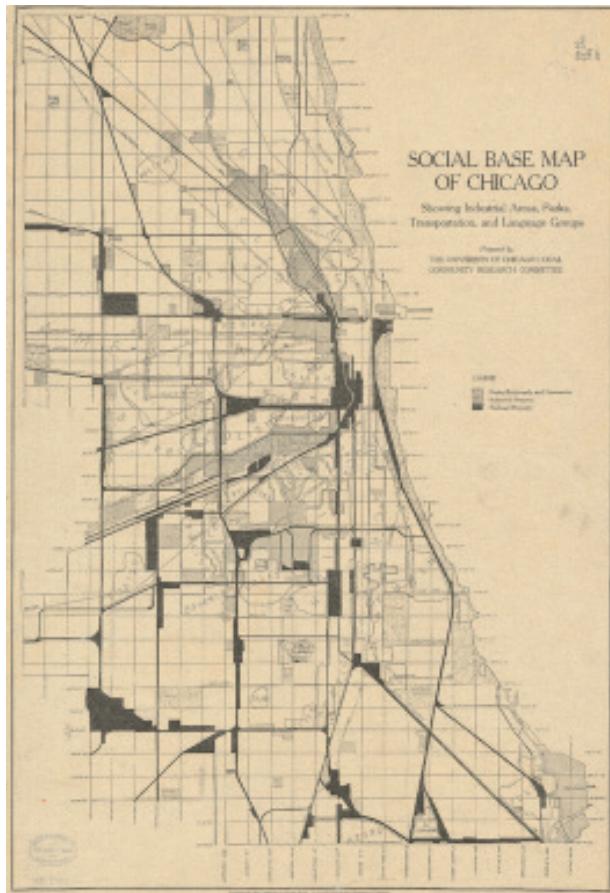


Abbildung 12: Karte von Chicago 1926- Industrie, Grün, Transportwege und Sprachgruppen
Quelle: The University of Chicago Library Map Collection, 2018.

4.321 Wohneinheiten lebten bis zu 20.000 Menschen, die zu 99 Prozent schwarz waren.⁸³ Im Rahmen des Bundesprogramms Hope VI wurden in den USA die miserabelsten Großsiedlungen zurückgebaut und die Bewohner dieser Großsiedlungen in andere Quartiere der Stadt umgesiedelt. Der größte Sozialwohnungsbau, die

83 Belluck, Pam 1998.



Abbildung 13: Robert Taylor Homes 1965, Chicago

Quelle: Jones, Zach, Chicago Gang History, 2017a.



Abbildung 14: Cabrini Green, Chicago

Quelle: Jones, Zach, Chicago Gang History, 2017b.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Robert Taylor Homes, wurden bis 2007 alle abgerissen.⁸⁴ Die Umsiedlung der Bewohner erfüllte nicht die Hoffnung einer Zerschlagung des „vertikalen Ghettos“, sondern bildete andere „horizontale Ghettos“. Die Menschen wurden in verarmte und segregierte Viertel umgesiedelt, in welchen sie als Eindringlinge wahrgenommen wurden.⁸⁵

3.2 „Ghettos“ im zeitgenössischen Diskurs

Der Begriff „Ghetto“ ist heute nicht nur in den amerikanischen Medien zu finden. In Europa prägen der Begriff „Ghetto“ respektive der „Ghettoisierung“ und der Entstehung von „Parallelgesellschaften“, als Folge einer Segregation von Migranten in eigenen Quartieren, ebenfalls den medialen sowie den politischen Diskurs.

Von Ghettos in den Banlieues Frankreichs ist die Rede. Diese *cités*⁸⁶ sind vor allem nach den Unruhen von 2005 negativ konnotiert. In den sogenannten Problemvierteln und sozialen Brennpunkten herrschen Gewalt, Drogen und Kriminalität. Sie werden von vielen Franzosen verurteilt, auch wenn die Polizei-ge-walt gegen ausländisch-aussehende Jugendliche ihren Teil zu sozialen Konflikten beiträgt.⁸⁷ Bisher schafft es die Politik trotz staatlicher Maßnahmen nicht den knapp fünf Millionen Menschen in den Banlieues ein besseres Wohnumfeld, eine bessere Infrastruktur, bessere soziale Angebote sowie Ausbildungsangebote zu bieten.⁸⁸ Als Banlieues-Bewohner sind sie mit ethnischen und sozialen Stigmatisierungen konfrontiert und werden nicht nur auf dem Arbeitsmarkt diskrimi-

84 Austen, Ben 2018 und Belluck, Pam 1998.

85 Austen, Ben 2018.

86 Die Hochhaussiedlungen wurden zum größten Teil nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund des großen Wohnungsmangels in den Vororten Frankreichs gebaut. Die ursprünglich als „Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs und eines neuen Lebensstils“ konzipierte moderne Architektur scheiterte an schlechter Infrastruktur und einer zu rigorosen Trennung von Wohnen und Arbeiten. Menschen, die es sich leisten konnten, verließen die Banlieues, die dann von Migranten aus Nordafrika bezogen wurden. Heute herrscht, als Folge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und der Deindustrialisierung, in den Vororten eine hohe Arbeitslosigkeit. Zur Situation in Frankreich siehe besonders Gnade, Simona 2013.

87 Siehe zu den Jugendlichen in französischen Banlieues Klovert, Heike 2017.

88 Gnade, Simona 2013.

niert. Neben offenem Rassismus erstarken als Folge der Diskriminierungen auch islamistische Subkulturen.⁸⁹

In Deutschland wird nicht nur in Berlin, Hamburg oder Köln von „Ghettos“ und „Parallelgesellschaften“ berichtet. In Berlin werden Berlin-Kreuzberg⁹⁰ oder Berlin-Neukölln⁹¹ als „Ghettos“ und „Problemviertel“ betitelt. Die Stadtteile zeigen ethnisch segregierte Viertel, sie haben einen hohen Ausländeranteil, ihm fehlen soziale und infrastrukturelle Angebote, vor allem für Jugendliche, die Arbeitslosenquote ist dort höher als im restlichen Berlin. In Hamburg sollen etwa Steilshoop⁹² oder Billstedt⁹³ „Ghettos“ sein. Großsiedlungen, hoher Ausländeranteil, schlechte Infrastruktur, wenig Perspektive. Doch soziale Angebote, Beratungen, Kindergärten, Schulen und Sportplätze haben positive Auswirkungen auf die Viertel, die „Ghetto-Kings“ von Steilshoop der 1990er Jahre, nun Familienväter, die auf die schulischen Leistungen ihrer Kinder achten, sorgen seit langem nicht mehr für Unruhe.⁹⁴ Trotz positiver Entwicklungen haben diese Stadtteile ein immer noch schlechtes Image.

Im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung wurde vor einer Ghettoisierung in den zentralen Unterkünften gewarnt. Manche Flüchtlingslager werden ohnehin bereits als „Ghetto“ bezeichnet.⁹⁵ Man könnte durchaus sagen, dass es sich in den Lagern um ghettoähnliche Zustände handelt, wenn vier bis sechs Personen in einem Zimmer auf engstem Raum leben müssen und die Menschen sich um Essen oder Hygieneartikel streiten müssen.⁹⁶ Die Menschen sind abgeschottet,

89 Ebd.

90 Zur Segregation im Berliner Stadtteil Kreuzberg siehe Goddar, Jeanette 2007.

91 Der Berliner Stadtteil Neukölln wird von der Politik auch zu den sogenannten „Problemvierteln“ gezählt, siehe dazu Keller, Claudia 2008.

92 Thomas Hahn beschreibt in seinem Artikel den Hamburger Stadtteil Steilshoop, den die damaligen „Ghetto-Kings“ unsicher gemacht haben. Vgl. Hahn, Thomas 2017.

93 Die Problematiken von Jugendlichen in Hamburg Billstedt beschreiben Klovert, Heike et al. 2016 u.a. in ihrer Multimedia-Reportage bei Spiegel Online.

94 Hahn, Thomas 2017.

95 Lobenstein, Caterina 2017.

96 Ebd.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

dürfen meist nicht arbeiten, Kinder können nicht auf reguläre Schulen gehen, das Lager wird bewacht, die Integration eher erschwert als ermöglicht.⁹⁷ Die Zustände sind für Außenstehende beängstigend, aber viel beängstigender sind sie für die dort untergebrachten Flüchtlinge, deren Zukunft ungewiss ist. Die von Bayern nun eingerichteten Ankerzentren⁹⁸ dürften zukünftig ähnliche Zustände abbilden. Auch hier warnt der Bayrische Flüchtlingsrat vor einer Ghettoisierung.⁹⁹

Die dänische Regierung hat ein Maßnahmenpaket gegen Parallelgesellschaften auf den Weg gebracht und führt sogenannte „Ghetto-Listen“. Ein „Ghetto“ ist nach der dänischen Regierung ein Stadtteil, der drei von fünf Kriterien¹⁰⁰ erfüllt. Aktuell hat Dänemark 22 Stadtteile, die die „Ghetto-Kriterien“ erfüllen.¹⁰¹ Für die Bewohner des Stadtteils bedeutet das konkret: Kita-Pflicht für Kinder ab einem Jahr, verpflichtende Sprachtests, wenn eine Schule mehr als 30 Prozent „Ghetto-Kinder“ besuchen, Gefängnisstrafen, wenn Eltern ihre Kinder zwingen in ihre Herkunftsänder zu reisen, doppelt so hohe Bestrafung kleinerer Delikte innerhalb der „Ghetto-Grenzen“, Zunahme der Polizeipräsenz, geringere staatliche Zuwendungen für die „Ghetto-Bewohner“, um den Stadtteil für neue Migranten unattraktiver zu machen.¹⁰² Es ist äußerst fraglich, ob derartige Maßnahmen zu einer Entspannung der Lage in den Problemvierteln Dänemarks führen und ob die Parallelgesellschaften dadurch besser integriert werden oder ob die öffentliche, offizielle Stigmatisierung und Diskriminierung nicht zu einer noch größeren Segregation, größeren Problematik und Unruhen führt. Wobei Fragen der Ursachen für die Entstehung solcher Parallelgesellschaften gestellt werden müssen

97 Ebd.

98 „Anker“ steht für An(kunft), k(ommunale Verteilung), E(ntscheidung) und R(ückführung).

99 dpa-Newskanal 2018.

100 In Dänemark wird ein Gebiet mit mehr als 1.000 Bewohnern als „Ghetto“ definiert, wenn es drei der fünf Kriterien erfüllt: 1. „Die Arbeitslosenrate liegt bei über 40 Prozent“. 2. „Mehr als die Hälfte der Bewohner hat Eltern, die aus nicht-westlichen Ländern stammen“. 3. „Das Einkommensniveau liegt im Schnitt unter 55 Prozent des dänischen Durchschnitts“. 4. „Mehr als die Hälfte der Anwohner hat gar keine oder nur eine grundlegende Schulbildung“. 5. „Mehr als 2,7 Prozent der Erwachsenen sind vorbestraft.“ Aus dem Artikel von Lüdke, Steffen 2018.

101 Reuß, Anna 2018.

102 Ebd.

und ob soziale Maßnahmen, Angebote und Hilfestellungen nicht eine bessere Integration versprechen würden.

4 Städtebauliche Perspektive

4.1 „Ghetto“ und „Ghettoisierung“

In diesem Abschnitt wird der sozialwissenschaftlichen Bedeutung der Ghettoisierung und des Ghettos nachgegangen. Es wird aufgezeigt, welche Merkmale das Ghetto hat und wie es zu anderen Quartieren abgegrenzt wird. Gleichzeitig wird Deutschland in den Fokus der Betrachtung gezogen, um die Frage nach etwaigen Ghettos oder Ghettoisierungstendenzen in Deutschland zu beantworten.

Ghettoisierung bedeutet nach Loïc Wacquant eine „negative Bewertung der Ehre der eingeschlossenen Gruppe“.¹⁰³ Die Ghettoisierung bewirkt Selbstzweifel bei den Betroffenen, die Menschen versuchen dann ihre Herkunft zu verbergen und sich zu der dominanten Gruppe zu zählen. Nach Wacquant kann jedoch nicht genau ausgemacht werden, welche kulturellen Züge genau eine Ghettoisierung ausmachen, da sie mit Ethnizität, Segregation und Armut einhergeht.¹⁰⁴

Nach Wacquant lässt das Ghetto vier Elemente klar erkennen: „Stigma, Zwang, räumliche Einsperrung und institutionelle Ausstattung“.¹⁰⁵ Der Stadtsoziologe Norbert Gestring bedient sich der Ghetto-Definition von Peter Marcuse: „Ein Ghetto ist ein Gebiet, in welchem Raum und Rasse miteinander verbunden sind, um eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die von der herrschenden Gesellschaft als minderwertig angesehen und dementsprechend behandelt wird, zu definieren, zu isolieren und einzuzgrenzen“.¹⁰⁶ Die beiden Gruppen, eine innerhalb und eine außerhalb des Ghettos, sind dennoch voneinander abhängig, weshalb Wacquant das Ghetto auch als „janusköpfige Institution“ bezeichnet.¹⁰⁷ Während das Ghetto für die herrschende Gruppe als Funktion der „Abgrenzung und Kontrolle“

103 Wacquant, Loïc 2006, S. 141.

104 Ebd., S. 141.

105 Ebd., S. 133.

106 Marcuse, Peter 1998, S. 179.

107 Wacquant, Loïc 2006, S. 136.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

dient, dient sie der anderen als „integrierende und schützende Einrichtung“.¹⁰⁸ Die erzwungene Isolation innerhalb des Ghettos führt aber zu einer Stärkung des Zusammenhalts der Ghetto-Bewohner nach innen und außen.¹⁰⁹

Wacquant unterscheidet deutlich zwischen Ghettos, Armuts- bzw. benachteiligten Quartieren und ethnischen Wohngegenden: Die extreme Armut und Arbeitslosigkeit, die in den französischen Banlieues, den Favelas Brasiliens oder in den benachteiligten Quartieren deutscher Städte herrscht, kann kein alleiniges Definitionsmerkmal eines Ghettos sein, da sonst „die meisten Städte der Dritten Welt riesige Ghettos“ wären.¹¹⁰ Ein Ghetto ist ein im Stadtbild klar zu erkennender, gebauter Raum, der durch die oben angeführten Charakteristika gekennzeichnet ist. Aber nicht alle segregierten Gebiete sind Ghettos, besonders deshalb nicht, weil sie ethnisch heterogene und nur sozial weitgehend homogene Gebiete sind. Die Segregation der sozial schwachen Bevölkerung ist oftmals die Folge eines ökologischen und keines rassistischen Zwangs.¹¹¹ „Damit aus einem Bezirk ein Ghetto wird, muß erstens die räumliche Segregation aufgezwungen und allumfassend sein. Zweitens muss dieses Viertel deutlich abgrenzbare Parallel-Institutionen aufweisen, die es der eingeschlossenen Gruppe auch ermöglichen, sich dort zu reproduzieren“.¹¹² Ein Ghetto kann zu einem ethnisch bestimmten Wohngebiet und dieses umgekehrt zu einem Ghetto werden, wenn sich Stigmatisierung, Zwang, räumliche Einsperrung und institutionelle Verdoppelungen verstärken oder abschwächen und miteinander verbinden.¹¹³ „Die hemmungslose Intensivierung seiner ausschließenden Tendenzen macht deutlich, daß das

108 Ebd. Siehe oben beschriebene Institutionen der jüdischen Bevölkerung in den mittelalterlichen Ghettos von Frankfurt (S.9) und Venedig (S. 10 und 12), in den nationalsozialistischen Ghettos (S. 20) sowie die Einrichtungen der afroamerikanischen Bevölkerung in Chicago (S. 24).

109 Duneier, Mitchell 2016, S. 76.

110 Wacquant, Loïc 2006, S. 137.

111 Gestring, Norbert 2011, S. 172. Wobei hier die Frage gestellt werden muss, ob die Diskriminierung aufgrund rassistischer Zwänge nicht doch eine zusätzliche Rolle spielt und in welchem Zusammenhang Ethnie und wirtschaftliche Situation stehen.

112 Wacquant, Loïc 2006, S. 138.

113 Ebd., S. 142.

Ghetto weniger mit städtischen Elendsvierteln, Unterklassenquartieren und Immigranten-Enklaven verglichen werden sollte als vielmehr mit dem Reservat, dem Flüchtlingslager und dem Gefängnis: alles Einrichtungen, die der erzwungenen Einschließung enteigneter und entehrter Gruppen dienen“.¹¹⁴

Wacquant zeigt in seiner Arbeit auf, dass also weder die französischen Vororte, noch die „britischen oder holländischen Innenstädte“ oder „die urbanen Wohngebiete der Immigranten in Deutschland oder Italien“ Ghettos sind. Soziologisch seien sie vielmehr sogenannte Anti-Ghettos.¹¹⁵ Es sind kulturell heterogene Viertel, in welchen die Menschen aufgrund von Klasse und nicht von Ethnizität auf die jeweiligen Wohngebiete verteilt sind. Sie weisen auch keine durch äußere Zwänge entstandenen Parallelinstitutionen auf.¹¹⁶ Auch Gestring schreibt 2011, dass es in deutschen Städten keine Ghettos und keine Ghettoisierungstendenzen gibt.¹¹⁷ In medialen und politischen Diskursen werden diese Begriffe zur Skan-

114 Ebd., S. 143.

115 Ebd., S. 139.

116 Ebd., S. 139.

117 Es ist aber darauf hinzuweisen, dass der Beitrag aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre an Aktualität eingebüßt hat.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

sierung verwendet, da weder Ghettos noch Parallelgesellschaften¹¹⁸ in Deutschland „theoretisch nicht plausibel und empirisch nicht haltbar sind“.¹¹⁹ Er fasst zusammen, dass in Migrantenquartieren keine parallelgesellschaftlichen Milieus entstehen und Migrantenquartiere selbst der sozialen Integration von Migranten auch nicht entgegenstehen. Migranten handeln im Allgemeinen nicht anders als Nicht-Migranten. Es kommt nach Häußermann beim Sozialverhalten, der Sozialisation, der kulturellen Orientierung und der räumlichen Mobilität vielmehr auf die individuellen Merkmale des Einzelnen an, die durch seine Bildung, sein

118 Gestring entkräftet die These von bestehenden Parallelgesellschaften in Deutschland, auch im sozialkulturellen Sinn, da keine Bevölkerungsgruppe in Deutschland in den vier Dimensionen, der rechtlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen, eigene Strukturen unabhängig von der Mehrheitsgesellschaft unterhalten kann. Diese Behauptung müsste überprüft werden: Ein eigenes Werteverständnis und eine eigene Rechtsordnung bestimmter Gruppen (Clans, Rockerbarden, usf.) weisen darauf hin, dass diese sich mit ihren kriminellen Machenschaften in einer, wie auch immer gearteten, „Parallelwelt“ bewegen: siehe dazu Debionne, Philippe 2018. Bei Migranten handelt es sich im Allgemeinen ebenso wenig um eine homogene Bevölkerungsgruppe wie bei der der Muslime; vgl. dazu Gestring, Norbert 2011, S. 176 ff. Die ethnische Segregation ist eine „häufig zu beobachtende Begleiterscheinung von Prozessen der Integration“, da Migrantengruppen niedrige und oft unsichere Einkommen haben und „[...] oft zu den am stärksten diskriminierten Gruppen gehören, haben sie in der Regel sehr begrenzte Wahlmöglichkeiten auf den Wohnungsmärkten, so dass sie oft außerhalb von Migrantenquartieren nur schwerlich eine Wohnung finden“. Gestring, Norbert 2011, S. 180. Ethnische Segregation und Quartiersbildung entsteht aber nicht nur als Folge ökonomischer Zwänge, sondern kommt auch dadurch zustande, dass Migranten es bevorzugen in diesen Quartieren zu wohnen, weil sie die „Nähe von Migranten der gleichen Herkunft schätzen“ oder die „Nähe der ethnisch-sozialen Netzwerke und ihrer Unterstützungsleistungen suchen“: Gestring, Norbert 2011, S. 181. Die Vermischung des ökonomischen Zwangs und des bevorzugten Wohnens mit Landsleuten ist wenig überzeugend. Es wäre zu untersuchen ob Migranten, wenn sie denn könnten, nicht auch in anderen Quartieren wohnen wollen würden, und ob nicht primär ökonomischer Zwang den Zuzug in bestimmte Viertel steuert.

119 Gestring, Norbert 2011, S. 184.

Einkommen und seinen Beruf beeinflusst werden.¹²⁰

Die Welt berichtet im Mai 2018 von einer Zunahme der Ghettoisierung in Deutschland und auch der Deutschlandfunk in seiner Sendung Länderzeit vom 29.08.2018 berichtet von einer Vertiefung der sozialen Spaltung in den deutschen Städten.¹²¹ Hintergrund ist die neue Studie von Marcel Helbig und Stefanie Jähnen zur residentiellen Segregation in deutschen Städten. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die soziale Segregation die ethnische ab Mitte der 2000er Jahre abgelöst hat und stärker geworden ist, während die ethnische Segregation in den deutschen Städten weiterhin abnimmt.¹²²

Besonders konzentriert sich die Armutsssegregation in den ostdeutschen Städten. Sie erreicht dabei Dimensionen von amerikanischen Metropolen. Der Anteil an sog. armen Kindern¹²³ liegt in Quartieren von 36 der untersuchten Städte bei über 50 Prozent, was sehr besorgniserregend ist.¹²⁴ Die sozial segregierten Kinder haben „schlechtere Lebenschancen aufgrund ihrer individuellen Lebenslage“ und es kann in „diesen [benachteiligten] Vierteln über kollektive Sozialisationsprozesse zusätzlich zu einer kontextuellen Benachteiligung kommen“, da es sowohl im Viertel als auch im schulischen Umfeld an Vorbildern mangelt.¹²⁵ Nach den Autoren müssten die individuellen Bildungschancen von Kinder- und Jugendlichen erforscht und Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem gegenseitigen Verständnis unserer Gesellschaft gestellt werden.

120 Häußermann, Hartmut 2007. Wenn Bildung aber vom familiären und sozialen Hintergrund abhängt, kann es nicht unbedingt auf die individuellen Merkmale des Einzelnen ankommen. Die sozialen Aufstiegschancen, beeinflusst durch Sozialisation und wirtschaftlichen Status, sind daher umso komplexer zu beurteilen.

121 Hinrichs, Dörte et al. 2018.

122 Helbig, Marcel et al. 2018, S. 58. Die Autoren geben an, dass mit der Flüchtlingskrise von 2015 zusammenhängende Segregationerscheinungen in dieser Studie bewusst nicht erfasst sind und die mittel- und langfristigen Auswirkungen zukünftige Studien zeigen müssen. Sie gehen aber davon aus, dass es zumindest kurzzeitig wegen der zentralen Unterbringungen zu einer ethnischen Segregationssteigerung kommen wird. Helbig, Marcel et al. 2018, S. 121.

123 Kinder mit SGB-II-Bezug (Zweites Buch Sozialgesetzbuch- Grundsicherung für Arbeitsuchende).

124 Helbig, Marcel et al. 2018, S. 58.

125 Ebd., S. 57.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Wenn heute also die Rede von Ghettos ist, dann muss der Begriff kritisch hinterfragt werden und entweder die Frage nach einer völlig neuen, allgemeingültigen Begriffsdefinition gestellt werden oder ein anderes Wort in Zusammenhang mit der sozialen Segregation gefunden werden. Im medialen und politischen Diskurs kann es sich aus den oben genannten Gründen eben nicht um das ethnische Ghetto des Mittelalters oder des Amerikas des frühen 20. Jahrhunderts handeln. Vielmehr handelt es sich um eine sozialräumliche Segregation mit weiteren Nebenfaktoren und sollte auch als solche differenziert bezeichnet werden.¹²⁶ Daneben unterscheidet sich auch die Genese sozialräumlicher Segregation von den oben angeführten Gründen für die Entstehung von Ghettos.

4.1.1 Entstehung benachteiligter Quartiere

Die Ursachen für die Entstehung sozialer Segregation und benachteiligter Quartiere sind vielseitig und können aufgrund ihrer Komplexität nicht pauschal auf jedes benachteiligte Quartier in Deutschland angewandt werden. Dennoch lassen sich bestimmte Faktoren ausmachen. Carsten Keller beschreibt fünf sich überlappende Ursachenkomplexe, die als Faktoren für die Bildung sozialer Segregation und benachteiligter Quartiere herangezogen werden können: Erstens

126 Die kommentarlose Verwendung des Begriffs „Ghetto“ in medialen und politischen Diskursen wird dennoch Assoziationen mit dem amerikanischen Ghetto, dem mittelalterlichen Ghetto oder fälschlicherweise sogar mit dem nationalsozialistischen Ghetto hervorrufen, da erstens eine differenzierte Begriffsdefinitionen des Ghettos nicht vorausgesetzt werden kann und zweitens diejenigen, die den Begriff des Ghettos verwenden, wie oben bereits beschrieben, genau diese skandalösen Assoziationen hervorrufen möchten. Es stellt sich jedoch die Frage, ob auch der Begriff „Ghetto“ überhaupt in Zusammenhang mit sozialer Segregation benutzt werden sollte. Die Begriffsdefinition des Ghettos von Reinhold ist zwar nicht unpassend, da sich die Homogenität einer Bevölkerungsgruppe auf den sozialen Status beziehen könnte und es bei der sozialen Segregation auch zutrifft, dass sozial segregierte Quartiere „relativ abgeschlossen“, „abgekapselt“ und die Bevölkerungsgruppe „relativ isoliert von der Außenwelt“ lebt, da die sozial segregierten Bewohner aufgrund vor allem auch ökonomischer Zwänge an ein bestimmtes Wohnviertel gebunden sind und nicht in vollem Maße an dem gesamtgesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dennoch kann der Begriff „Ghetto“ in Bezug auf sozialräumliche Segregation nicht verwendet werden, da es sich nicht um eine räumliche Einsperrung einer bestimmten ethnischen Gruppe durch direkten Zwang handelt.

die Zunahme der Armut und des prekären Wohlstands¹²⁷ ab Mitte der 1970er Jahre, zweitens den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, drittens die Deindustrialisierung, viertens die Migrationsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte und fünftens die politische Desintegration.

Die häufigste Ursache für die Armutszunahme ist seit Mitte der 1980er Jahre die Arbeitslosigkeit. Besonders stark betroffen sind Kinder, alleinerziehende Frauen und ausländische Menschen.¹²⁸ Die Massenarbeitslosigkeit, die Reduktion von sozialen Transferleistungen des Staates und die Ausweitung des Niedriglohnsektors sind für die zunehmende Armut in der Bevölkerung die ausschlaggebenden Faktoren.¹²⁹

Nachdem der soziale Wohnungsbau der Nachkriegsjahre die Wohnungsnot des zweiten Weltkrieges gelöst hatte, begann die Politik sich Anfang der 1970er Jahre aus dem Wohnungsmarktgeschehen zurückzuziehen und ihn stärker zu liberalisieren. Die Wohnungspolitik der Nachkriegsjahre versäumte es nachhaltig für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, da Sozialbindungen des sozialen Wohnungsbaus nach spätestens 25 Jahren¹³⁰ ausliefen. Sodass 1998 von etwa vier Millionen Wohnungen (1986) nur noch 1,9 Millionen Sozialwohnungen auf dem Markt übrig geblieben sind und jährlich mindestens 100.000 weitere aus der sozialen Bindung fallen.¹³¹ Die aus den sozialen Bindungen fallenden Wohnungen können heute durch neue Sozialwohnungen nicht kompensiert werden, da die Konzentration der Wohnungspolitik auf vorwiegend Eigentumswohnungen und Eigenheime, der Rückzug des Bundes „aus der Objektförderung im Mietwoh-

127 Nach Hübinger handelt es sich um prekären Wohlstand, wenn die Einkommenssituation zwischen 50% und 75% des Nettoäquivalenteinkommens liegt. Ab einem Wert von über 75% spricht Hübinger von einem „gesichertem Wohlstand“. Bei einem Wert von unter 60% gilt eine Person als armutsgefährdet. Laut Statistischem Bundesamt waren 2016 19,7% der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht 16 Millionen Menschen. Zu den Daten siehe Keller, Carsten 1999, S. 55 f. und Statistisches Bundesamt 2017.

128 Keller, Carsten 1999, S. 54.

129 Ebd., S. 57.

130 Rudolf-Cleff, Annette et al. 1996, S. 170.

131 Keller, Carsten 1999, S. 59 ff.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

nungsbau in den 80er Jahren“ und die vorübergehende gänzliche Einstellung der Objektförderung ein großes Loch in den Bestand an Sozialwohnungen geschlagen hat.¹³² Der soziale Wohnungsbau war größtenteils in Form von Siedlungsbauten umgesetzt worden, die vor allem an den Rändern der Städte realisiert wurden. Auf diesen Städtebau ist die Konzentration von Sozialwohnungen in den Großsiedlungen, allen voran der 1960er und 1970er Jahre, zurückzuführen.¹³³ Zudem tragen die Suburbanisierung und mehr noch die Gentrifizierung, neben dem geringen Angebot an bezahlbarem Wohnraum für sozial schlechtgestellte Bevölkerungsgruppen, zu einer sozialen Entmischung der Städte bei.¹³⁴

Der wirtschaftliche Strukturwandel der Städte von Industrie- zu Dienstleistungsstandorten hatte eine hohe Arbeitslosigkeit der ehemaligen Industriearbeiter zur Folge. Die Arbeiter konnten aufgrund ihrer niedrigen Qualifikation keine Arbeit im aufkommenden tertiären Sektor finden. Das führte zu Langzeitarbeitslosigkeit, was wiederum zu Armut führte. Die städtebaulich abgeschotteten Wohnquartiere in den belasteten ehemaligen Industriestadtteilen trugen ihren Teil zur sozialen Segregation bei.¹³⁵

Die konzentrierte Unterbringung der ersten „Gastarbeiter“ seit den 1960er Jahren in kleinen, schlecht ausgestatteten Wohnungen in minderwertiger Altbausubstanz der Innenstädte führte zur ersten ethnischen Segregation. Mit der über mehrere Jahre anhaltenden Migrationswelle Ende der 1980er Jahre kamen vorwiegend Spätaussiedler, Asylsuchende und Flüchtlinge aus dem Osten hinzu, die sich in den kostengünstigeren, bereits benachteiligten Quartieren niederließen.¹³⁶ Die Arbeiterquartiere und die unsanierten Altbauquartiere der Innenstädte sind, neben den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus an den städtischen Rändern, die Hauptanlaufstellen für Migranten.¹³⁷ Die Ost-West-Migration nach dem Mauerfall ließ die Bewohnerzahlen westdeutscher Städte ansteigen,

132 Ebd., S. 60 ff.

133 Ebd., S. 63.

134 Ebd. S. 64 f.

135 Ebd., S. 68 ff.

136 Ebd., S. 72 ff.

137 Ebd., S. 75.

während die Abwanderung in ostdeutschen Städten enormen Leerstand verursachte. Besonders betroffen waren dabei die randstädtischen Großsiedlungen und alten Villen. Zurück blieben sozial schwache Gruppen, zu welchen sich weitere sozial schwache ob der günstigen Mieten hinzugesellten.¹³⁸

Keller benennt den Rückgang der politischen Integrationsleistungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen als einen wesentlichen Faktor für das Wachstum benachteiligter Quartiere. Dieser Rückgang zeichnet sich direkt in der Wohnungspolitik, der Stadtplanung und Asylpolitik, aber auch indirekt in der Sozialpolitik aus.¹³⁹ Er kritisiert die nur noch moderierende und nicht mehr handelnde Politik, die zunehmend öffentliche Dienstleistungen privatisiert und auf verschiedenen politischen Ebenen mit Privatunternehmen kooperiert. Die aus diversen Gründen herrschende schlechte Haushaltsslage der Kommunen hat zur Folge, dass öffentliche Investitionen zurückgefahren werden und im städtischen Raum nach privatwirtschaftlicher Manier nur noch dort investiert wird, wo es sich zukünftig auszahlt. Darunter leiden besonders die benachteiligten Quartiere, deren Infrastruktur und Bausubstanz keine ausreichenden Investitionen erfahren. Zur Haushaltssanierung wird darüber hinaus kommunales Eigentum, beispielsweise in Form von Sozialwohnungen, veräußert.¹⁴⁰

Helbig und Jähnen teilen die Kontextfaktoren zur Entstehung benachteiligter Quartiere in ökonomische, soziale, politische und morphologische ein.¹⁴¹ Die Determinanten beeinflussen die soziale Segregation auf der Makro- (national/global), Meso- (lokal/ regional) und Mikroebene (Individuelle Entscheidungs- und Handelsprozesse) (siehe Abbildung 15).

Im ökonomischen Bereich schreiben sie auch vor allem der Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarktbedingungen eine hohe Bedeutung zu und sehen im ökonomischen Strukturwandel eine Konsequenz für die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt.¹⁴² Dabei heben sie nach Farwick die besonderen ökonomischen

138 Ebd., S. 72 und 76 f.

139 Ebd., S. 77.

140 Ebd. S. 79.

141 Helbig, Marcel et al. 2018, S. 64.

142 Ebd., S. 64 f.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

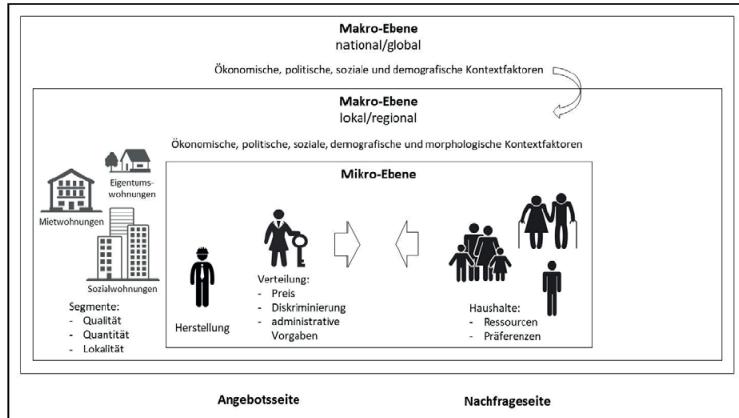


Abbildung 15: Determinanten von sozialer Segregation

Quelle: Helbig et al. 2018, S. 64.

Zwänge der SGB-II-Bezieher heraus, die auf das „preisgünstige Segment des Mietwohnungsmarktes und auf den Sozialwohnungsmarkt angewiesen“ sind.¹⁴³

Im politischen Bereich zeigen sie die Steuerungsmöglichkeiten des Staates in Form von Objektförderung (sozialer Wohnungsbau) und Subjektförderung (Wohngeld) auf. Seit 2006 sind die einzelnen Bundesländer für den sozialen Wohnungsbau zuständig, werden aber bis 2019 durch Kompensationsmittel vom Bund unterstützt. Dem Mietrecht und der Vermarktung des Wohnens wird bei der sozialen Segregation ebenfalls eine Rolle zugeordnet.¹⁴⁴ Konkrete Steuerungsinstrumente der sozialen Segregation ist die Städtebau- und Wohnungsbaupolitik auf kommunaler Ebene nebst der Wohnungszuweisungspolitik. Für das Verbleiben bildungsbewusster Eltern in benachteiligten Vierteln sind die Privatschulen ein bisher übersehenes Kriterium. Sie wirken zwar der residentiellen Segregation, nicht aber der innerschulischen, sozialen Segregation der Kinder, entgegen.¹⁴⁵

Helbig und Jähnen folgen Musterd und Kollegen in der Annahme, dass die Ungleichheit der Einkommen aus sozialer Hinsicht, neben dem demographischen, der entscheidende Faktor für das Ausmaß sozialer Segregation ist. Davon

.....

143 Ebd., S. 67.

144 Ebd. S. 65.

145 Ebd., S. 66.

beeinflusst ist aber auch das „Ausmaß der staatlichen Umverteilung und [die] wohnungspolitischen Interventionen“, wodurch klar wird, dass die einzelnen Kontextfaktoren auf den unterschiedlichen Ebenen nicht abgekoppelt voneinander sind.¹⁴⁶ Auf der Makroebene gehen Helbig und Jähnen wie Keller explizit auf die Gentrifizierung und den Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau als negative Faktoren ein.¹⁴⁷

Die Morphologie einer Stadt, d.h. das städtebauliche Erscheinungsbild und die Entscheidung über die Verteilung bestehender Sozialwohnungen, ist ebenfalls eine Determinante der sozialen Segregation.¹⁴⁸

Werden die Entstehungsfaktoren sozial segregierter Quartiere mit den von Ghettos verglichen, so zeigt sich, dass sie grundlegend anders sind und nur wenig gemein haben.¹⁴⁹ Ghettos resultierten immer aus sozialem und institutionellem Zwang, der ethnisch begründet war. Es wurde der Bevölkerung ebenfalls immer ein bestimmter städtischer Raum zugeordnet. Ein sozial segregiertes Quartier entsteht zwar auch aus diversen Zwängen und es lässt sich auch argumentieren, dass Wohnraumzuweisungen in bestimmte Quartiere ein institutioneller Zwang sind, doch haben alle diese Zwänge nie eine primär ethnische Komponente oder die Intention die betroffene Bevölkerung abzusondern¹⁵⁰ oder einzusperren.

4.1.2 Stadtbild benachteiligter Quartiere

Die benachteiligten Quartiere sind aufgrund der oben genannten Ursachen besonders bei drei Quartierstypen¹⁵¹ zu finden: Den innerstädtischen Altbauquartieren.....

146 Ebd., S. 65.

147 Ebd., S. 68.

148 Ebd., S. 66.

149 Ausgenommen sind die nationalistischen Ghettos, die durchaus aufgrund politischer Entscheidungen wie „Wohnmangel“ oder des Willens der Desintegration der jüdischen Bevölkerung entstanden sind. Siehe dazu S. 13f.

150 Gleichwohl könnten Beispiele angeführt werden, die unter Diskriminierung fallen: so z.B. die Vergabe von Wohnungen durch den Vermieter an Nicht-Ausländer, o.ä. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes versucht solchen und anderen Diskriminierungen im Alltag entgegenzuwirken.

151 Sonderunterbringungen wie Flüchtlingslager oder Notunterkünfte jeglicher Art sind von der Betrachtung ausgeklammert.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

ren, den Arbeiterquartieren und den monofunktionalen Wohnsiedlungen.¹⁵²

Die Altbauquartiere zeichnen sich überwiegend durch historische Bauten, etwa aus der Gründerzeit aus. Die Arbeiterquartiere überschnitten sich manchmal mit den Altbauquartieren, da sie sowohl innerhalb als als außerhalb der Innenstadt und häufig entlang zentraler Verkehrsachsen (Schienen, Straßen, Flüssen) gelegen sind.¹⁵³

Städtebaulich gesprochen handelt es sich um verdichtete Blockrandbebauungen mit Hinterhöfen sowie eventuellen Seitenflügeln und Hinterhäusern (vgl. dazu exemplarisch Abbildungen 16 und 17).

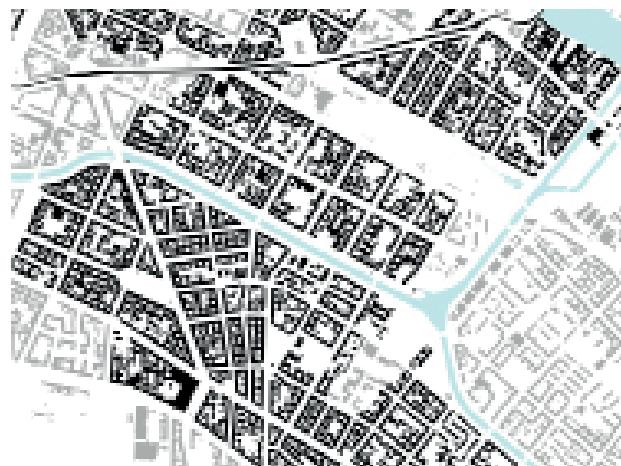


Abbildung 16: Schwarzplan-Ausschnitt Altbauquartiere in Kreuzberg 2010, Berlin

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2010, bearbeitet.

Die monofunktionalen Wohnsiedlungen wurden oftmals in randstädtischer Lage als Großsiedlungen verwirklicht. Die Großsiedlungen entstanden in Westdeutschland größtenteils in den 1960er und 1970er Jahren, während sie in Ostdeutschland bis Ende der 1980er Jahre entstanden.¹⁵⁴ Eine Übersicht der in Deutschland 1995 bestehenden Großwohnsiedlungen mit mehr als 1.000 Wohneinheiten

152 Keller, Carsten 1999, S. 84.

153 Ebd. S. 84.

154 Keller, Carsten 2015.



Abbildung 17: Hinterhöfe der Sorauer Straße in Kreuzberg 1970, Berlin
Quelle: Dieter Kramer 1970.

findet sich in Abbildung 18. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind die Großsiedlungen auf viele Städte und auch kleinere Gemeinden verteilt, während sie in Westdeutschland mehrheitlich in den städtischen Ballungsräumen von Großstädten wie Hamburg oder München vorkommen.¹⁵⁵ Der Großsiedlungsbericht der Bundesregierung von 1994 beschreibt 239 bestehende Großsiedlungen, „davon [sind] 95 in den westdeutschen und 144 in den ostdeutschen Bundesländern“.¹⁵⁶ Die Großsiedlungen der DDR dokumentieren „in der deutschen Geschichte einmalig [einen] engen Zusammenhang zwischen Stadtentwicklungs-, Bau-, Technologie- und Wohnungspolitik“.¹⁵⁷ Die Idee der „sozialistischen Lebensweise“ wurde in den vorwiegend industriell gefertigten Großsiedlungen verwirklicht.¹⁵⁸ Die Großsiedlungen der ersten Generation (Entstehungszeit 1950er und 1960er Jahre) wurden mit Menschen im Renten- oder Vorrentenalter belegt, zumal die der zweiten Generation (Entstehungszeit 1970er und 1980er Jahre) „vorrangig an junge Ehepaare und junge bzw. kinderreiche Familien“ mit einem höheren Quali-

155 Hannemann, Christine 2000, S. 96.

156 Jessen, Johann 2000, S. 104.

157 Hannemann, Christine 2000, S. 92.

158 Ebd.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

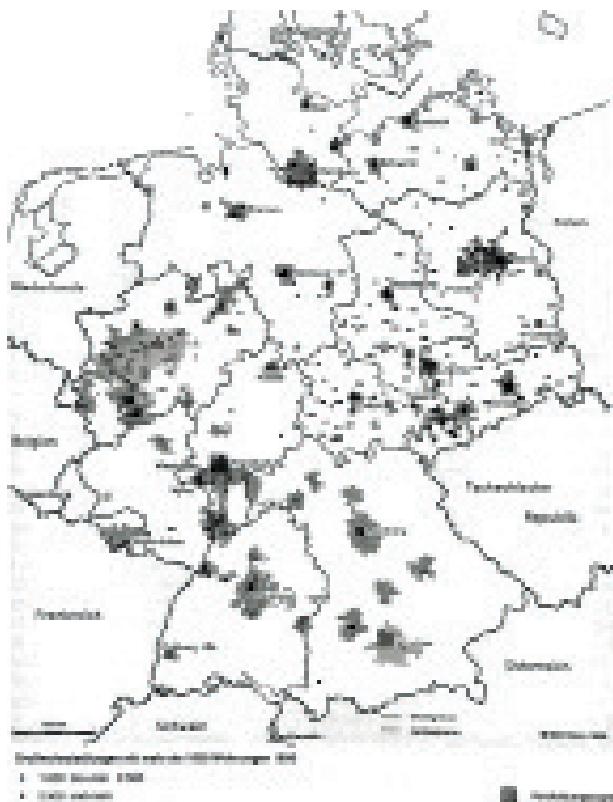


Abbildung 18: Großsiedlungen in Deutschland 1995

Quelle: Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 2000, S. 103.

fikationsniveau vergeben wurden.¹⁵⁹ In Westdeutschland waren die Großsiedlungen ursprünglich „für den vollbeschäftigen und sozial integrierten Mittelstand“ gebaut worden, doch entwickelten sie sich schnell zu Wohngebieten der sozial schwachen und später auch zu „sozialen Brennpunkten“.¹⁶⁰

Die Wohnanlagen sind städtebaulich in Zeilen, mäandrierenden „Gebäudeskulpturen“ oder als Punktbauden angeordnet (siehe Abbildung 19). Die Geschossigkeit und Dichte der einzelnen Körper variiert von Siedlungsform zu Siedlungs-

159 Fbd., S. 100.

160 Jessen, Johann 2000, S. 113.

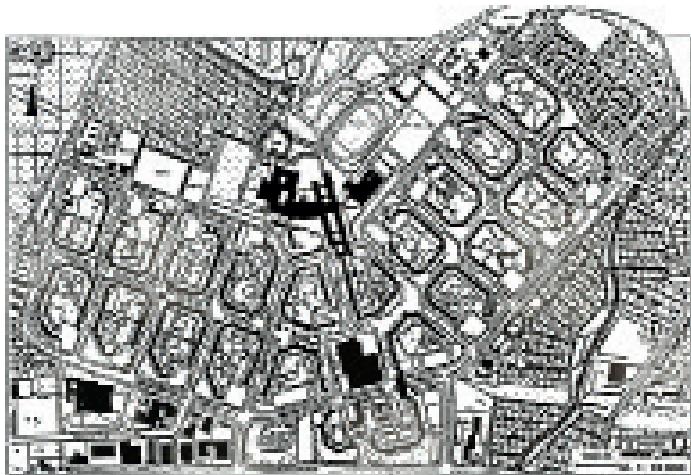


Abbildung 19: Lageplan Großsiedlung Hamburg Steilshoop, 1970er

Quelle: Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 2000, S. 107.

form, wobei Großsiedlungen häufig hochgeschossig sind. In den Zwischenräumen der Körper befinden sich meistens Grünanlagen für den gemeinschaftlichen Gebrauch. Die Erschließung erfolgt über relativ breite Stichstraßen (siehe Abbildung 20). Fußläufig zum Wohnkomplex sind „gesellschaftliche Einrichtungen, wie Schule, Kindergarten, Einzelhandelsgeschäft und Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs“, die als „Grundlage der Flächenbemessung und der baulich-räumlichen Konzeption“ dienten.¹⁶¹

In Westdeutschland beklagten die Bewohner der Großsiedlungen schnell die „hohen und steigenden Mieten, [den] mangelhaft[en] Lärmschutz, ein häufig unwirtliches Wohnumfeld, vor allem aber die fast immer unzureichende und verspätete Ausstattung mit öffentlichen und privaten Infrastruktureinrichtungen“.¹⁶² Besonders die hochgeschossigen Großwohnsiedlungen wurden öffentlich stigmatisiert und abwertend als „Schlafstädte, Betonburgen oder Wohnsilos“ bezeichnet. Sie „wurden zum Symbol für „inhumanen Städtebau“ [und] galten als beklagenswertes Zeugnis stadtplanerischer Hybris, als Produkt eines rücksichtslosen Bauwirtschaftsfunktionalismus und als Beleg wohnungspolitischen

161 Hannemann, Christine 2000, S. 93.

162 Jessen, Johann 2000, S. 111.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs



Abbildung 20: Neubaugebiet* Fritz Heckert 1976, Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz)

Quelle: Bundesarchiv 1976.

-
- * Nach Hannemann werden als Neubaugebiete bzw. Großsiedlungen „Wohngebiete bezeichnet, die vorwiegend ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nach dem Konzept des „sozialistischen Wohnkomplexes“ und ab den siebziger Jahren bis zum Ende der DDR im Rahmen des „Komplexen Wohnungsbaus“ in der DDR erbaut wurden“. Hannemann, Christine 2000, S. 92.

Versagens“.¹⁶³ Die Großsiedlungen Westdeutschlands wurden mit sozial schwachen Haushalten belegt. Diese Konzentration führte zu „sozialen Brennpunkten“, sodass Mieter, die es sich leisten konnten wegzuziehen, wegzogen und nur noch Mieter übrigblieben, die in den Großsiedlungen wohnen mussten, ebenso zog nur zu, wer keine andere Wahl hatte.¹⁶⁴

Für die Großwohnsiedlungen wurden und werden Milliardenprogramme für die städtebauliche und soziale Sanierung aufgewendet, die unterschiedliche Maßnahmen bis hin zum Rückbau ganzer Anlagen umfassen. Dabei spielen der Standort sowie die Wirtschaftssituation der umgebenden Region oder Stadt eine entscheidende Rolle, ob die Großsiedlung zukünftig gehalten werden kann oder nicht.¹⁶⁵ „Großsiedlungen, die integraler Bestandteil einer Stadt werden und kom-

163 Ebd., S. 112.

164 Ebd., S. 113.

165 Hannemann, Christine 2000, S. 100 ff.

fortable/bezahlbare Wohnungen und Wohnmilieus für die untere Mittelschicht bieten“, beispielsweise Berlin-Marzahn (Abbildungen 21 und 22), haben deutlich bessere Zukunftschancen als Gebiete, die eine peripherie Lage haben.



Abbildung 21: Plattenbauten „Wohnbauserie 70“ Marzahn 1984, Berlin
Quelle: Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf e.V. 2018.



Abbildung 22: Großsiedlung Marzahn heute, Berlin
Quelle: Berliner Kurier, Uhlemann.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

4.1.3 Mögliche Maßnahmen gegen sozialräumliche Spaltung¹⁶⁶

Die vorangegangenen Abschnitte zeigen auf, dass es in Deutschland aufgrund des Zusammenspiels unterschiedlicher Faktoren nicht nur zu einer sozialen Segregation in den Städten kommt, sondern diese auch zunimmt. Segregation jeglicher Art wirkt sich besonders negativ auf die Lebenschancen junger Bewohner in benachteiligten Quartieren aus¹⁶⁷, sodass die „Lösung der Wohnungsfrage unabdingbar an eine Lösung der sozialen Frage“ geknüpft ist.¹⁶⁸

Das Vorgehen gegen sozialräumliche Ungleichheit in den Städten ist das Kernthema des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“. Das Programm verfolgt das „materielle Ziel, benachteiligte Quartiere zu stabilisieren“ sowie das „politikbezogene Ziel („Erneuerung der Stadterneuerung“), [...] die „innovative, nachhaltige Stadtentwicklung“ durch integriertes Handeln aller beteiligten Ressorts und Akteure“ voranzutreiben.¹⁶⁹ Bewerkstelligt wurden diese Ziele mithilfe des Instruments des Quartiermanagements vor Ort, bestehend aus einem Team aus unterschiedlichen Berufsgruppen wie beispielsweise Sozialarbeitern, Soziopalädagogen, Architekten, Stadtplanern oder Ökonomen etc. Dieses entwickelt im Idealfall zusammen mit den Bewohnern vor Ort Handlungskonzepte sowie quartierbezogene Projekte.¹⁷⁰ Das Programm ist jedoch kritisch zu betrachten, da es an sozialen Maßnahmen und „Investition[en] in Menschen“ mangelt und städtebauliche Erneuerungen zwar prestigeträchtig sind, aber keine unbedingt bessere soziale Umgebung schaffen. Des Weiteren hat das Programm nicht die Stadt als gesamten gesellschaftlichen Raum, sondern nur vereinzelte benachteiligte Quartiere im Blick.¹⁷¹

166 Die Fragestellung nach möglichen Maßnahmen und Lösungsansätzen gegen die soziale Spaltung, ebenso wie ihre genaue Analyse und die des Wohnungsmarktes bedürfte einer anderen Dimension, sodass hier nur exemplarisch Ansätze angeschnitten werden, da sonst der Rahmen der Arbeit gesprengt würde.

167 Helbig, Marcel et al. 2018, S. 118.

168 Keller, Carsten 1999, S. 139.

169 Walther, Uwe-Jens 2018.

170 Ebd.

171 Ebd.

Diese soziale Frage des Wohnens und der Teilhabe betrifft aber nicht mehr „nur“ den sozial schwachen und armen Teil der Bevölkerung in benachteiligten Quartieren, sondern auch zunehmend die Mittelschicht.¹⁷² Die Kommunen sind seit einigen Jahren wieder im sozialen Wohnungsbau aktiv und sind daran interessiert, dass bei Neubauten 20 oder 30% der Wohnungen geförderte Wohnungen (Sozialwohnungen) sind, für welche in aller Regel ein Wohnberechtigungsschein benötigt wird. Die Einkommensgrenzen für solch einen Wohnberechtigungsschein variieren von Bundesland zu Bundesland.¹⁷³ Es bleibt jedoch fraglich, ob sich die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“, wenn sie über der Einkommensgrenze für einen Berechtigungsschein liegt, eine Eigentumswohnung oder die Kaltmieten des freien Wohnungsmarktes von beispielsweise 18,49 €/m² in München¹⁷⁴ oder 17,10 €/m² in Stuttgart¹⁷⁵ leisten kann. Oder ob die „Mitte der Gesellschaft“ schlicht durch das politische Raster fällt und deshalb auf die Straßen geht, um nicht auch „[r]ausspekuliert“ oder „raussaniert“ zu werden.¹⁷⁶

Ein oft zitiertes Beispiel für soziales Wohnen ist die Stadt Wien. Die „Wiener

172 Das Thema bezahlbares Wohnen ist in den Medien und der Öffentlich höchst aktuell. Am 15.09.2018 protestierten in München erneut 10.000 Menschen auf der Straße, gegen Wohnraumspekulation und für bezahlbaren Wohnraum. Britzelmeier, Elisa et al 2018. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch der „Hart aber fair“-Beitrag vom 28.05.2018 zum Thema „Mieten zu hoch, Bauen zu teuer- wenn Wohnen arm macht!“.

173 proMietrecht 2018.

174 PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018a.

175 PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018b.

176 Britzelmeier, Elisa et al. 2018. Städte wie Hamburg versuchen durch Milieuschutz mithilfe einer „Soziale Erhaltungsverordnung“ „in Quartieren mit angespannten Wohnungsmärkten die Zusammensetzung der ansässigen Wohnbevölkerung zu erhalten und vor Verdrängung zu schützen, indem die Durchführung aufwertender Maßnahmen an bestehenden Wohngebäuden begrenzt wird“. Bauliche Maßnahmen wie Luxussanierungen, die über den üblichen Standard hinausgehen, können versagt oder „im Einzelfall die Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter verträglich gesteuert werden“. Zwar kann die Soziale Erhaltungsordnung keinen individuellen Mietschutz bieten oder Mieterhöhungen begrenzen, doch ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Verbunden mit der Umwandlungsverordnung dürfen bestehende Mietwohnungen in sozialen Erhaltungsgebieten nicht ohne behördliche Genehmigung in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Siehe dazu Hamburg Bezirksamt Mitte 2018.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Wohnen“ verwaltet 220.000 Gemeindebau-Wohnungen und ist die größte kommunale Hausverwaltung Europas.¹⁷⁷ In Wien wohnen zwei Drittel der Bevölkerung in Sozialwohnungen. Die Sozialwohnung steht allen offen, die als alleinstehende Person bis zu 45.510 Euro jährlich und als vierköpfige Familie bis zu 85.670 Euro jährlich verdienen. Wenn das Gehalt sich während der Mietzeit steigert, müssen die Mieter nicht wegziehen.¹⁷⁸ Die Stadt Stuttgart kann mit ihrem Programm „Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher“ mit einem zulässigen Einkommen für eine alleinstehende Person von bis zu 42.415 Euro jährlich beinahe mithalten, auch wenn die Mietpreisbindung nur auf 20 Jahre ausgelegt ist und der Wohnungsbestand weit unter dem Niveau von Wien liegt.¹⁷⁹ Im sog. Gemeindebau wohnen alle Berufsgruppen von Medizinern bis zu Stadtangestellten. Man wolle „keine Ghettos schaffen, die Durchmischung“ sei der „Wiener Wohnen“ wichtig.¹⁸⁰

Vielleicht muss aber auch ein generelles Umdenken um den Handel und die Spekulation des Bodens in Deutschland stattfinden. Damit das Wohnen eben kein Geschäft, sondern ein Grundrecht ist. Wie Lisa Weißmüller beschreibt, verkauft nicht nur der Bund eigene Grundstücke an die Höchstbietenden, sondern sind auch Kommunen in ihren Satzungen dazu verpflichtet.¹⁸¹ Der Verkauf von öffentlichen Flächen wurde lange Zeit und wird für die (kurzfristige) Sanierung von Haushalten genutzt. Ein Beispiel dafür ist Dresden, das 2006 für eine Milliarde Euro alle 48.000 städtischen Wohnungen an einen amerikanischen Hedgefonds verkauft hat.¹⁸² Auf lange Sicht geben die Kommunen oder der Bund ihre Handhaube einer öffentlichen Stadtentwicklung im Sinne des Gemeinwohls auf, wenn sie

177 Münch, Peter 2018.

178 Ebd.

179 Landeshauptstadt Stuttgart 2018.

180 Münch, Peter 2018.

181 Weißmüller, Lisa 2017. Ein Schritt in die richtige Richtung sind sicherlich die Konzeptvergaben, wie sie in einigen Kommunen bereits betrieben werden, in welchen bei der Vergabe von Grundstücken auch das Quartierskonzept eine gewichtige Rolle spielt. Diese Vergaben könnten sicherlich auch um das Erbbaurecht erweitert werden.

182 Münch, Peter 2018.

ihre Grundstücke eben nicht im Erbbaurecht vergeben haben. Ich schließe mich Weißmüller an, wenn sie die öffentliche Hand zurecht dazu auffordert, zukünftig nur noch Grundstücke im Erbbaurecht zu vergeben und Käufer zu verpflichten, im Sinne des Allgemeinwohls zu bauen. Darüber hinaus muss die öffentliche Hand sich wieder aktiv in die Bodenpolitik einbringen und Grundstücke (zurück)kaufen, um lebenswerte und keine, wie Weißmüller sagt, „toten Städte“ zu entwickeln. Und das eben mit Partnern, die am Gemeinwohl der Gesellschaft interessiert sind.¹⁸³ Des Weiteren spricht Weißmüller die Aufhebung der Spekulationsfrist an, da keine Steuern auf den eingenommenen Gewinn durch den Verkauf eines Grundstückes anfallen, wenn zwischen ursprünglichem Kauf und dem Verkauf zehn Jahre vergangen sind. Bei der Steigerung der Grundstückspreise der vergangenen Jahre sind das Millionen, die dem Staat entgangen sind.¹⁸⁴ Millionen, die fehlen. Wenn Bund, Land und Kommunen ihre Flächen veräußern, geben sie die Handlungsmöglichkeiten der Wohnungspolitik an die Immobilienwirtschaft ab, die nur in eigenem wirtschaftlichen Interesse handelt, profitables, hochpreisiges Wohnen baut und dadurch zum sozialen Verdrängungsprozess beiträgt.

Auch wenn Ghettos und die soziale Segregation nicht identisch sind, gehören sie doch beide in den Bereich der sozialen Frage und des Gemeinwohls. Es ist Aufgabe der Politik im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln und den vielfältigen Herausforderungen sozialräumlicher Segregation zu begegnen.

5 Fazit

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass die Definition des Begriffs „Ghetto“ sehr komplex ist und sich sein Gebrauch auf unterschiedliche Phänomene bezieht, die nicht völlig deckungsgleich sind. Der Begriff „Ghetto“ hat sich im Laufe der Jahrhunderte gewandelt. Er ist negativ konnotiert, wobei auch aufgezeigt wurde, dass innerhalb der Ghettos des Mittelalters und innerhalb der amerikanischen

183 Weißmüller, Lisa 2017.

184 Als Beispiel sei das Bauland für Wohnimmobilien genannt. Laut Statistischem Bundesamt (2018) ist es von 89,50 Euro pro Quadratmeter (2010) auf 150,00 Euro (vorläufige Zahl) pro Quadratmeter (2017) gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 67,6%.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

Ghettos auch gesellschaftliches Leben, wenn auch sehr restriktiv, stattfinden konnte. Die Ghettos des Nationalsozialismus stellen einen Sonderfall des Ghettos dar, der in seinem Ausmaß von Machtausübung und Grausamkeit keinen historischen Vergleich hat. Gerade auch aus diesem Grund sollte der Begriff „Ghetto“ für Segregationsprozesse nicht verwendet werden.

Fakt ist, dass es im sozialwissenschaftlichen Sinn in Deutschland und Europa heute, entgegen dem medialen und politischen Diskurs, keine Ghettos gibt, die in die Reihe der oben aufgeführten historischen Ghettos gehören. Allerdings finden sich Teileigenschaften von Ghettos auch in heutigen Phänomenen von sozialer Segregation, die aber wiederum unter ganz anderen historischen Bedingungen entstanden sind. Es muss also festgehalten werden, dass sich bestimmte Zustandsbeschreibungen sowohl auf Ghettos als auch auf sozialräumliche Segregation anwenden lassen, aber völlig andere historische Wurzeln haben. So ist gerade die sozialräumliche Segregation auch als Folge stadtpolitischen Handelns entstanden. Sie äußert sich weniger in ethnischer vor allem aber in sozialer Segregation. Die ethnische Segregation ist in Deutschland, die Ereignisse von 2015 ausgenommen, seit einigen Jahren rückläufig, während die soziale Segregation in allen deutschen Städten ansteigt. Die neuen Bundesländer sind dabei besonders betroffen.¹⁸⁵ Die komplexen und ineinander greifenden Ursachen der sozialen Segregation und die Entwicklung der benachteiligten Quartiere wurden aufgezeigt und verlangen nach politischen Maßnahmen. Für diese Entwicklungen gibt es eine Vielzahl an Verantwortlichen, doch muss die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nun aus den vergangenen Versäumnissen lernen und der Segregation aktiv mit politischen Maßnahmen und Gesetzesänderungen entgegenwirken. Besonders drängend ist, dass es in Deutschland in 36 Städten Quartiere gibt, in denen über 50 Prozent der Kinder von Leistungen nach SBG II

185 Die Flüchtlingskrise von 2015 hat wie bereits beschrieben mit Sicherheit eine temporäre ethnische Segregation zur Folge. Erstaufnahmelager und Flüchtlingsunterkünfte müssten bei zukünftigen Betrachtungen mit eingebunden werden. Die anschließende Unterbringung der anerkannten Flüchtlinge wird auch ein herausforderndes Thema werden, da davon ausgegangen werden kann, dass sie die Mieten des freien Wohnungsmarktes genauso wie der Großteil der Gesellschaft nicht bezahlen können.

leben.¹⁸⁶ Es scheint, dass nur eine Änderung der Boden- und Wohnungspolitik dieser und zukünftigen Generationen deutschlandweit die gleichen Lebenschancen ermöglichen kann. Die Entwicklungen zeigen leider auch, dass nicht mehr „nur“ die sozial schwachen der Gesellschaft sozialräumlich abgespalten werden, sondern immer mehr auch die Mitte der Gesellschaft dieses eigentlich vermeidliche Schicksal zunehmend erreicht. Es ist höchste Zeit die „soziale Stadt“ vollumfänglich, ressort- und parteiübergreifend ins Blickfeld zu rücken und Konsequenzen aus der Misere zu ziehen. Die Ergebnisse des Wohnungsgipfels vom 21.09.2018 machen deutlich, dass die Brisanz des Wohnens nun tatsächlich in der Bundespolitik angekommen ist. Es sollen in dieser Legislaturperiode fünf anstatt zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau aufgebracht werden, was nach Kritikern aber „bei Weitem“ nicht ausreicht. Die Regierung möchte die Verfassung ändern, damit der Bund langfristig den sozialen Wohnungsbau fördern kann. Es bleibt abzuwarten, ob die Länder daraufhin die Bindungsfristen für Sozialwohnungen verlängern. Wohngeld soll sozial schwache Familien entlasten. Das Baukindergeld Familien dazu ermuntern Eigentum zu kaufen, umgekehrt sollen aber, ähnlich wie in Hamburg, Milieuschutzgebiete von den Ländern und

Kommunen ausgewiesen werden. Nach einer Emnid-Umfrage wollen nur 15 Prozent der Deutschen eine Immobilie kaufen. Steuererleichterungen sollen Investoren den Bau von erschwinglichen Mietwohnungen ermöglichen, die Wohnraumspekulationen bleiben hier leider ausgespart. Der Betrachtungszeitraum der Mietpreisbremse soll von vier auf sechs Jahre erhöht werden, sodass die Mieten „langsamer steigen“. Kommunen sollen Bundesliegenschaften zu einem günstigeren Preis kaufen können, um bezahlbaren Wohnraum darauf bauen zu können. Ob aber der reine Bau von Wohnungen der Weisheit letzter Schluss ist, bleibt zu bezweifeln. Wir brauchen keine Maßnahmen, die die Wohnungsnot nur „schnell und umfassend“ lindert, wie Peter Altmaier sagt, sondern die langfristig eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bringen und das Soziale ins Auge fassen. (vgl. Norddeutscher Rundfunk 2018a und Norddeutscher Rundfunk 2018b)

186 Helbig et al. 2018, S. I.

3.4 Marija Zivanovic

„Ghettos“ in Deutschland? Zur Problematik eines Begriffs

6 Abbildungsnachweis

Alt Frankfurt 2018: Judengasse Frankfurt nach Süden; <http://www.altfrankfurt.com/Altstadt2/Judengasse/Judengasse1870.htm>; Zugriff 29.08.2018.

ARC 2006: Karte des Ghettos von Warschau 1942/1943; <http://www.deathcamps.org/occupation/pic/bigwarsawmap.jpg>; Zugriff 31.08.2018.

Berliner Kurier, Uhlemann: Großsiedlung Marzahn heute, Berlin; <https://www.berliner-kurier.de/image/2433114/max/1920/1080/bf307efa6efc18c71fc2b1312dd07d11/bN/uhlemannplatte-17-jpg.jpg>; Zugriff 19.09.2018.

Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf e.V. 2018: Plattenbauten „Wohnbauserie 70“ Marzahn 1984, Berlin; http://www.bpb.de/cache/images/5/233565-3x2-galerie_gross.jpg?0CDB2; Zugriff 19.09.2018.

Bundesarchiv 1976: Neubaugebiet Fritz Heckert 1976, Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz); http://www.bpb.de/cache/images/4/230164-3x2-galerie_gross.jpg?FE7C7; Zugriff 19.09.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung 2005: Orte des Terrors und der Vernichtung 1941-1945; <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39556/shoah-und-antisemitismus>; Zugriff 30.08.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung 2018: Judengasse Frankfurt; <http://www.bpb.de/izpb/7661/1350-1630-periode-einer-langen-krise?p=all>; Zugriff 29.08.2018.

Dieter Kramer 1970: Hinterhöfe der Sorauer Straße in Kreuzberg 1970, Berlin; <http://www.spiegel.de/fotostrecke/kreuzberg-1968-bis-2013-von-dieter-kramer-fotostrecke-102868-3.html>; Zugriff 18.09.2018.

Fischer, Uta 2018b: Siedlungsplan Theresienstadt 1942; https://ghettospuren.de/wp-content/uploads/ghettospuren_theresienstadt_siedlungsplan_web.jpg; Zugriff 03.09.2018.

Google Maps 2018: Stadtteile von Venedig; <https://tinyurl.com/VenedigGhetto>; Zugriff 30.08.2018.

6 Abbildungsnachweis

- Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 2000: Großstadt. Soziologische Stichworte. 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Helbig, Marcel/ Jähnen, Stefanie 2018: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten; <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf>; Zugriff 07.09.2018.
- Jones, Zach, Chicago Gang History, 2017a: Robert Taylor Homes 1965, Chicago; https://chicagoganghistory.com/housing-project/robert-taylor-homes/#&gid=psgal_4802_7&pid=2; Zugriff 07.09.2018.
- Jones, Zach, Chicago Gang History, 2017b: Cabrini Green, Chicago; https://chicagoganghistory.com/housing-project/cabrini-green/#&gid=psgal_5129_4&pid=33; Zugriff 07.09.2018.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2010: Schwarzplan-Ausschnitt Altbauquartiere in Kreuzberg 2010, Berlin; https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/pix/innere_stadt/download/schwarzplan_bestand_2010_und_plw_innere_stadt_5000pix.jpg; Zugriff 18.09.2018.
- Spiegel Online GmbH & Co. KG 2010: Straßenszene im Warschauer Ghetto 1941, Aufnahme von Helmy Spethmann; <http://www.spiegel.de/fotostrecke/la-zarettschwester-im-warschauer-ghetto-fotostrecke-108961-8.html>; Zugriff 31.08.2018.
- Spiegel Online GmbH & Co. KG 2014: Unterbringung Theresienstadt 1945; <http://www.spiegel.de/fotostrecke/ghetto-theresienstadt-nationalsozialistisches-durchgangslager-fotostrecke-119498-8.html>; Zugriff 03.09.2018.
- The Museum of Modern Art, Estate of Andreas Feininger, 2018: The „Gol-den Flats“ 1950, South Side, Chicago; <https://www.moma.org/collection/works/82484>; Zugriff 06.09.2018.

The University of Chicago Library Map Collection, 2018: Karte von Chicago 1926
– Industriegebiete, Grünanlagen, Transportwege und Sprachgruppen; https://luna.lib.uchicago.edu/luna/servlet/detail/UCHICAGO~2~2~742~1241317:Social-base-map-of-Chicago---showin?qvq=q:_luna_media_exif_filename%3DG4104-C6E1-1926-C5.tif&mi=0&trs=1#; Zugriff 06.09.2018.

University of Oregon 2018: Ghettos und Vernichtungslager 1941-1944; https://pages.uoregon.edu/dluebke/Holocaust444-544/ghettos_central_detail_map.gif; Zugriff 03.09.2018.

WUSTL Digital Gateway Image Collections & Exhibitions 2018: Plan venezianisches Ghetto, spätes 19. Jahrhundert, Venice, the Jews and Europe 1516-2016. Guido Costante Sullam, “Plan of the Jewish Ghetto of Venice”; <http://omeka.wustl.edu/omeka/items/show/14153>; Zugriff 30.08.2018.

7 Literatur

- Austen, Ben 2018: The Towers Came Down and With Them the Promise of Public Housing. Former residents of Chicago's Cabrini-Green were thrown into a system that increasingly leaves the poor to fend for themselves. In: The New York Times Magazine; <https://nyti.ms/2EmQyCU>; Zugriff 07.09.2018.
- Bajohr, Frank 2010: Arisierung In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3 Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin/New York: Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, S. 30-32.
- Belluck, Pam 1998: END OF A GHETTO: A special report.; Razing the Slums to Rescue the Residents. In: The New York Times; <https://nyti.ms/2jSud5G>; Zugriff 07.09.2018.
- Benz, Wolfgang 2010: Holocaust In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3 Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin/New York: Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, S. 119-125.
- Benz, Wolfgang 2013: Ghettos in Osteuropa- Definitionen, Strukturen, Funktionen; <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/geheimsache-ghettofilm/141448/ghettos-in-osteuropa>; Zugriff 29.08.2018.
- Britzelmeier, Elisa/ Hoben, Anna 2018: Der große Marsch der Mieter. In: Süddeutsche Zeitung; <http://sz.de/1.4131990>, Zugriff 16.09.2018.
- Calimani, Riccardo/ Sullam, Anna-Vera/ Calimani, Davide 2005: The Venetian Ghetto. Mailand: Mondadori Electa.
- Deutsches Historisches Institut 2018: Band 7. Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1945 Stenographische Niederschrift (Teilübertragung) der interministeriellen Konferenz im Reichsluftfahrtministerium (12. November 1938); <http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/German34.pdf>; Zugriff 31.08.2018.

dpa-Newskanal 2018: Ankerzentren gestartet: Seehofer lobt neue Einrichtungen. In: Süddeutsche Zeitung; <https://www.sueddeutsche.de/news/politik/migration---manching-ankerzentren-gestartet-seehofer-lobt-neue-einrichtungen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180731-99-369230>; Zugriff 09.09.2018.

Duneier, Mitchell 2016: Ghetto. The invention of a place, the history of an idea. New York: Farrar, Straus and Giroux.

Fischer, Uta 2018a: Ghetto Theresienstadt 1941-1945. Materielle Zeugnisse und Spuren; <https://ghettospuren.de>; Zugriff 30.08.2018.

Friedländer

Friedmann, Jan 2010: Hölle des Judentums. In: Der Spiegel. Nr. 29/2010: S. 46-47.

Gestring, Norbert 2011: Parallelgesellschaft, Ghettoisierung und Segregation-Muslime in deutschen Städten. In: Mayer, Hendrik/ Schubert, Klaus (Hrsg.): Politik und Islam. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S.168-190.

Gnade, Simona 2013: Problemgebiet Banlieue: Konflikte und Ausgrenzung in den französischen Vorstädten; <http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152511/problemgebiet-banlieue>; Zugriff 09.09.2018.

Goddar, Jeanette 2007: Gefährliche Tendenz zum Ghetto oder die ganz gewöhnliche Suche nach Nestwärme? Chinatown, Little Italy, türkisches Viertel: Einwandererquartiere sind häufig ethnisch homogen- das Beispiel Berlin-Kreuzberg; <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/64399/einblicke>; Zugriff 06.08.2018.

Hahn, Thomas 2017: Hamburg-Steilshoop: Rau, hart, herzlich. In: Süddeutsche Zeitung; <https://www.sueddeutsche.de/leben/stadtentwicklung-hamburg-steilshoop-rau-hart-herzlich-1.3318142>; Zugriff 06.09.2018.

Hamburg Bezirksamt Mitte 2018: Milieuschutz. Soziale Erhaltungsverordnungen in Hamburg-Mitte; <https://www.hamburg.de/mitte/soziale-erhaltungsverordnungen>

7 Literatur

- nungen/; Zugriff 20.09.2018.
- Hannemann, Christine 2000: Großsiedlungen- Ost. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich, S. 91-103.
- hartaberfair 2018: Mieten zu hoch, Bauen zu teuer- wenn Wohnen arm macht! In: Das Erste; <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/videos/video-mieten-zu-hoch-bauen-zu-teuer--wenn-wohnen-arm-macht-102.html>; Zugriff 02.08.2018.
- Häußermann, Hartmut 2007: Ihre Parallelgesellschaften, unser Problem. Sind Migrantenviertel ein Hindernis für Integration? In: Leviathan. Band 35, Ausgabe 4. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 458-469.
- Helbig, Marcel/ Jähnen, Stefanie 2018: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten; <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf>; Zugriff 07.09.2018.
- Herzig, Arno 2010: Jüdisches Leben in Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Jüdisches Leben in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung. Nr. 307/2010; <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/informationen-zur-politischen-bildung/7642/juedisches-leben-in-deutschland>; Zugriff 29.08.2018.
- Hinrichs, Dörte/ Roehl, Michael 2018: Armen-Ghetto, Villen-Viertel. Vertieft sich die soziale Spaltung in den Städten? In: Deutschlandfunk Länderzeit; https://www.deutschlandfunk.de/armen-ghetto-villen-viertel-vertieft-sich-die-soziale.1771.de.html?dram:article_id=426517; Zugriff 29.08.2018.
- Hübinger 1996, S. 204 u. 216. Im Literaturverzeichnis: Hübinger, Werner 1996: Prekärer Wohlstand: Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 204 u. 216.
- Jessen, Johann 2000: Großsiedlungen West. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich, S.

104-115.

Keller, Carsten 1999: Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Keller, Carsten 2015: Problemviertel? Imageproduktion und soziale Benachteiligung städtischer Quartiere; <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gangsterlaeufer/202834/problemviertel-image-und-benachteiligung>; Zugriff 06.08.2018.

Keller, Claudia 2008: Endstation Ghetto. Nirgendwo gibt es so viele Probleme wie in Nord-Neukölln, behauptet Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky. Eine Rundfahrt durch den Kiez. In: Der Tagesspiegel; <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neukoelln-endstation-ghetto/1273612.html>; Zugriff 13.09.2018.

Klovert, Heike/ Pohl, Christina 2016: Wie Can und Samer es aus dem Getto schaffen. In: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/hamburg-billstedt-jugendarbeit-im-getto-a-1100640.html>; Zugriff 09.09.2018.

Klovert, Heike 2017: Jugendliche in Frankreich Banlieues. Kurz vor dem Knall. In: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/frankreich-jugendliche-in-den-banlieues-wo-polizisten-scheitern-a-1173524.html>; Zugriff 09.09.2018.

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V. 2018: Ghetto Theresienstadt; <http://www.ghetto-theresienstadt.info/terezingeschichte.htm>; Zugriff 30.08.2018.

Kwiet, Konrad 2010: Judenhaus In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3 Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin/New York: Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, S. 150-151.

Landeshauptstadt Stuttgart 2018: Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher; <https://www.stuttgart.de/item/show/170044>; Zugriff 19.09.2018.

Lobenstein, Caterina 2017: Willkommen hinterm Stacheldraht. In: Zeit Online; <https://www.zeit.de/2017/43/fluechtlingsheim-fluechtlinge-lager-bamberg-aufnahmeeinrichtung-oberfranken/komplettansicht>; Zugriff 13.09.2018.

7 Literatur

- Lorenz, Ina 1992: Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der „Endlösung“ (1942-1945). In: Herzig, Arno/ Lorenz, Ina (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Rohde, Saskia: Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus. Hamburg: Hans Christians Verlag, S. 207-248.
- Löw, Andrea 2013: Das Warschauer Ghetto; <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/geheimsache-ghettofilm/141785/das-warschauer-ghetto?p=all>; Zugriff 29.08.2018.
- Lüdke, Steffen 2018: Wir waren in dem Viertel, das das schlimmste Getto Dänemarks sein soll. In: bento; <https://www.bento.de/politik/kopenhagen-das-beuechtigtste-getto-daenemarks-soll-verschwinden-wir-haben-es-besucht-a-00000000-0003-0001-0000-000002421616>; Zugriff 13.09.2018.
- Marcuse, Peter 1998: Ethnische Enklaven und rassische Ghettos in der postfordistischen Stadt. In: Heitmeyer, Wilhlem/ Dollase, Rainer/ Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 176-193.
- Münch, Peter 2018: So geht wohnen. In: Süddeutsche Zeitung; <http://sz.de/1.4134897>; Zugriff 19.09.2018.
- Norddeutscher Rundfunk 2018a: Ergebnisse des Wohngipfels. Mehr Bauland, günstiger wohnen; <https://www.tagesschau.de/inland/wohngipfel-105.html>; Zugriff 21.09.2018.
- Norddeutscher Rundfunk 2018b: Treffen im Kanzleramt. Mehr Wohngeld für Geingverdiener; <https://www.tagesschau.de/inland/mehr-wohngeld-2020-103.html>; Zugriff 21.09.2018.
- Pfeifer, Wolfgang (Hrsg.) 1993: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. Digitalisierte und von Wolfgang Pfeifer überarbeitete Version im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache; <https://www.dwds.de/wb/Ghetto>; Zugriff 06.08.2018.
- Poschardt, Ulf 2018: In deutschen Großstädten nimmt die Gettoisierung deutlich zu. In: Welt; Zugriff 07.09.2018.
- proMietrecht 2018: Wohnberechtigungsschein- Tabelle Einkommensgrenzen;

<https://www.promietrecht.de/Wohnberechtigung/Wohnberechtigungs-schein-Tabelle-Einkommensgrenzen-E2524.htm>; Zugriff 19.09.2018.

PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018a: Mietspiegel München 2018; <https://www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-Muenchen/2091>; Zugriff 19.09.2018.

PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018b: Mietspiegel Stuttgart 2018; <https://www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-Stuttgart/972>; Zugriff 19.09.2018.

Reinhold, Gerd (Hrsg.) unter Mitarbeit von Lamnek, Siegfried/ Recker, Helga 2000: Soziologie-Lexikon. 4. Aufl., München/ Wien: R. Oldenbourg Verlag.

Reuß, Anna 2018: Gesetz des „Ghettos“. In: Süddeutsche Zeitung; <https://www.sueddeutsche.de/politik/daenemark-gesetz-des-ghettos-1.4038575>; Zugriff 07.09.2018.

Rudolf-Cleff, Annette/ Wollmann, Hellmut (Hrsg.) 1996: Wohnungspolitik und Stadtentwicklung: Ein deutsch-französischer Vergleich. (Stadtforschung aktuell Band 55). Basel/ Boston/ Berlin: Birkhäuser Verlag.

Schäfers, Bernhard 2006: Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien-Grundlagen und Praxisfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 172-186.

Schönau, Birgit 2016: Mittendrin ausgeschlossen. In: Zeit Online; <https://www.zeit.de/2016/14/venedig-viertel-ghetto-juedische-gemeinde-faschismus-italien/komplettansicht>; Zugriff 31.08.2018.

Statistisches Bundesamt 2017: Pressemitteilung Nr. 392 vom 08.11.2017; https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/11/PD17_392_634.html; Zugriff 17.09.2018.

Statistisches Bundesamt 2018: Häuserpreisindex, Preisindex für Bauland: Deutschland, Jahre 2000 – 2017; https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;sid=061B08AA7ADD2FF56DD9DF72C9AD6C70.GO_2_2?operation=previous&levelindex=3&levelid=1536747891003&levelid=1536747751705&step=2; Zugriff 12.09.2018.

7 Literatur

- Theveßen, Elmar 2018: Rechtspopulismus. Wie „Wir und Die“ zum Schlimmsten führen kann. In: ZDFheute; <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/thevesen-kommentar-rechtspopulismus-100.html>; Zugriff 22.09.2018.
- Wacquant, Loïc 2006, S. 133. Die folgende Fußnote 34: Ebd., S. 133
- Wacquant, Loïc 2006: Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays. Basel: Birkhäuser Verlag für Architektur. Gütersloh/ Berlin: Bauverlag BV GmbH.
- Walther, Uwe-Jens 2018: Quartiermanagement in der Sozialen Stadt; <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216887/konzept-quartiermanagement>; Zugriff 06.08.2018.
- Weigel, Bjoern 2010: Verjudung In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3 Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin/New York: Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, S. 331-332.
- Weißenmüller, Lisa 2017: Die Spekulation mit Grund und Boden schadet dem sozialen Frieden. In: Süddeutsche Zeitung; <https://www.sueddeutsche.de/kultur/2.220/bodenspekulation-die-spekulation-mit-grund-und-boden-schadet-dem-sozialen-frieden-1.3770730>; Zugriff 09.09.2018.
- Wenzel, Mirjam 2018a: Ghetto/ Judenviertel; <http://www.judengasse.de/dhtml/T028.htm>; Zugriff 29.08.2018.
- Wenzel, Mirjam 2018b: Die Einrichtung der Judengasse; <http://www.judengasse.de/dhtml/E003.htm>; Zugriff 29.08.2018.
- Wenzel, Mirjam 2018c: Judengasse/ Mauer/ Tore; <http://www.judengasse.de/dhtml/T045.htm>; Zugriff 29.08.2018.
- Wenzel, Mirjam 2018d: Abspaltung von Häusern und Gelände; <http://www.judengasse.de/dhtml/T001.htm>; Zugriff 29.08.2018.
- Wenzel, Mirjam 2018e: Städtigkeit; <http://www.judengasse.de/dhtml/T043.htm>; Zugriff 29.08.2018.
- Wenzel, Mirjam 2018f: Abbruch der Judengasse; <http://www.judengasse.de/>

dhtml/E001.htm; Zugriff 29.08.2018.

Wirth, Louis 1928: The Ghetto. Chicago: University of Chicago Press; <https://maxwellhalsted.uic.edu/home/ghetto-living-cheap-economics-west-side/the-ghetto-1928-by-louis-wirth/>; Zugriff 26.08.2018.

4 Referent*innen und Organisator*innen

4 Referent*innen und Organisator*innen

Andreas Baumer, Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg.

Ingrid Breckner, Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der HafenCity Universität Hamburg.

Christine Hannemann, Professorin für Architektur- und Wohnsoziologie am Institut Wohnen und Entwerfen der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart.

Felicitas Hillmann, Professorin für „Transformation städtischer Räume im internationalen Kontext“, Institut Stadt- und Regionalentwicklung. Abteilungsleitung der Forschungsabteilung: „Regenerierung von Städten“, am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS), der Technischen Universität Berlin.

Peter Pätzold, Architekt, von 2011 bis 2015 Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart, seit 2015 Bürgermeister für Städtebau und Umwelt der Landeshauptstadt Stuttgart.

Monika Renninger, Pfarrerin und Leiterin des Evangelischen Bildungszentrums Hospitalhof Stuttgart.

Kai Vöckler, Professor der Stiftungsprofessur „Kreativität im urbanen Kontext“ an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main.

Fakultät 1 Architektur und Stadtplanung
IWE Institut Wohnen und Entwerfen
FG Architektur- und Wohnsoziologie

Keplerstr. 11
D-70174 Stuttgart

Prof. Dr. Christine Hannemann
christine.hannemann@iwe.uni-stuttgart.de

Die Reihe **Materialien zur Architektur- und Wohnsoziologie** stellt in loser Folge Arbeiten vor, die ein über den Kreis von Seminarteilnehmern hinausgehendes Interesse beanspruchen dürfen. Publikationen dieser Reihe sollen Studierenden, WissenschaftlerInnen und Praktikern sowie allen an Themen der Stadt-, Architektur- und Wohnforschung interessierten Menschen als Informationsgrundlage dienen und zur Auseinandersetzung mit Architektur, Stadt und Gesellschaft aus soziologischer Sicht anregen.